UNESCO-Personalroulette

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 04/09 · Juli – August 2009 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

Kulturradio
In diesem Sommer senden die Kulturradios der Landesrundfunkanstalten in den Abendstunden ein gemeinsames Programm unter dem Label „ARD-Radiofestival“. Ist das ARD-Radiofestival ein besonderes „Schmankerl“ für die Hörer oder der Anfang vom Ende der Kulturradios?
Seiten 3 bis 6

UNESCO
Wohl selten hat es im Vorfeld der Wahl eines UNESCO-Generaldirektors so viel Aufregung wie in diesem Jahr nach den Äußerungen des ägyptischen Kandidaten Faruk Hosni gegeben. Doch wer sind die anderen Kandidaten? Wie läuft die Wahl ab? Welche „Geschäfte“ werden gemacht?
Seiten 7 bis 9

Digitalisierung
Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung? Was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage leisten? Zusätzlich wird über Öffnungsklauseln des TRIPS-Abkommens berichtet, die die Medikamentversorgung in Entwicklungsländern verbessern soll.
Seiten 10 bis 14

Kulturelle Bildung
Meist wird bei kultureller Bildung an Kinder und Jugendliche gedacht. Kulturelle Bildung richtet sich aber an Menschen aller Altersgruppen. Wie sich die Kulturnutzung älterer Menschen ändert und welche kreativen Potenziale im Altentheater schlummern, ist u.a. Thema dieses Heftes.
Seiten 25 bis 30

Beilage Interkultur
Spielt der Migrationshintergrund eine Rolle bei Orchestermusikern? Welche Bedeutung hat er bei Schauspielern oder Sängern? Müssen die öffentlichen Fördermittel umverteilt werden, damit postmigrantische Kulturprojekte realisiert werden können?
Beilage Seiten 1 bis 4

Editorial

Zukunftswillen

Das Internet wird die Lebensader der Kulturmärkte werden. Der Musikfile wird den Massenmarkt der Musik-CDs ersetzen, das E-Book wird den Massenmarkt des gedruckten Buches ersetzen, Filme werden im Massenmarkt on-demand empfangen werden und Computerspiele werden im Massenmarkt als Browser-Games oder ähnliches geladen. Das gedruckte schöne Buch, die CD und die nostalgisch knisternde Schallplatte, die Film-CD und vieles andere Ausgefallene mehr wird es auch weiterhin für die Liebhaber im Internet oder in kleinen Spezialgeschäften zu kaufen geben. Die Masse der Nutzer aber wird ihre Kultur online als immer verfügbare digitale Konserve oder aber als Lifeact erleben wollen.

Die Trennung der Hardware, hier Fernseher, dort Computer, hier Stereoanlage, dort Spielkonsole wird verschwinden. Mein Handy kann schon jetzt mehr als alle meine heimischen Unterhaltungsgeräte zusammen. Die Kulturindustrie wird den Kulturnutzern auf diesem Weg folgen oder untergehen.

Natürlich ist es richtig, die alten Strukturen so lange ökonomisch zu nutzen wie es geht. Nach dem Ende der Schallplatte kam der Siegeszug der CD. Das Geld fiel einige Zeit fast wie vom Himmel. Jetzt verschwindet die CD und Musik wird bald fast nur noch online gehandelt werden. Schade um die Schallplattenläden, die schon vor Jahren gestorben sind und schade um die CD-Läden die gerade sterben. Viele Buchhandlungen werden zu Grunde gehen! Werden auch die Musikunternehmen und die Verlage sterben?

Die Künstler werden überleben und sie werden autonomer. Wer konnte schon eine eigene Schallplatte produzieren und distribuieren? Bei der CD ist die Kleinauflage selbst am heimischen PC brennbar. Und immer öfter wird das Internet Produktionsstelle, Werbeplattform und Handelsort. Die Musikunternehmen und die Verlage werden ihre Geschäftsaktivitäten erweitern. Künstler- und Kundenbetreuung, PR und Marketing, Produktentwicklung, Entwicklung des Onlinemarkts, des Hardwaremarktes und des Lifemarkts und der Rechtehandel werden einige der Aufgabenfelder sein.

Ob in dieser neuen Zeit die Künstler und die Kulturwirtschaft ihr dauerhaftes Auskommen haben werden, wird zu einem großen Teil auch an der Entwicklung eines zeitgemäßen Urheberrechtes liegen. Unser Urheberrecht ist ein Recht der Vor-Internet-Ära, jetzt in der Zeit des Übergangs zeigen sich schon deutlich seine Schwächen, wenn es um die Rechtewahrung im Internet geht. In der Zukunft wird das Urheberrecht in seiner jetzigen Verfassung keine ausreichende Antwort auf die Anforderungen der digitalen Kulturverwertung geben.

Seit der Jahrtausendwende wird das Urheberrecht mehr oder weniger erfolgreich für die neue Zeit hingebogen. Korb I und Korb II waren solche eher kosmetischen, zum größten Teil von der Europäischen Kommission erzwungenen, Anpassungen. Das Urhebervertragsrecht war eine mindestens zwanzig Jahre zu spät kommende Reform, die in ihrer Kleinmütigkeit letztlich vollständig gescheitert ist. Der für die nächste Legislaturperiode langsam Gestalt annehmende Korb III verspricht nicht mehr Zukunftswillen.

Um die wirtschaftliche Zukunft gestalten zu können, brauchen die Künstler und die Kulturwirtschaft aber mehr urheberrechtliche Visionen. Das Urheberrecht steht vor einer tiefer greifenden Reform, das mögen die alten Kämpen bedauern und einige auch fürchten. Die große Reform des Urheberrechtes wird aber trotzdem kommen, weil ohne sie die Kulturmärkte nicht überleben werden.

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Qualität in allen Genres

Der Programmauftrag des Ersten Deutschen Fernsehens • Von Volker Herres

„Dieser Film ist das, was ich erträumt, aber nicht zu hoffen gewagt habe.“ So beurteilte Marcel Reich-Ranicki die Verfilmung seiner Autobiographie im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Der anspruchsvolle und bewegende Film „Marcel Reich Ranicki: Mein Leben“ lief Mitte April im Hauptabendprogramm des Ersten Deutschen Fernsehens, gefolgt von der Dokumentation „Eine Begegnung mit Marcel Reich-Ranicki“.

Volker Herres Foto: ARD/Thorsten Jander

Das Lob für den Film wäre weniger erwähnenswert, hätte Reich-Ranicki mit seiner wütenden Rede über den Niedergang der Programmqualität bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises 2008 nicht ein gewaltiges Rauschen im deutschen Blätterwald ausgelöst. Umso erfreulicher ist, dass Das Erste die Erwartungen Reich-Ranickis erfüllen konnte. Der Mittwochsfilm des Ersten über Verfolgung, Liebe und Flucht vor dem Nationalsozialismus zog 3,77 Millionen Zuschauer in seinen Bann; bei der Vorabpremiere auf ARTE fünf Tage zuvor schalteten 913.000 deutsche Zuschauer ein. „Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben“ war ein Publikumserfolg und ein herausragender Beitrag zur deutschen Fernsehkultur. Der Film zeigte, dass Zuspruch und Qualität durchaus vereinbar sind.

Auch in Zukunft werden sich die Programme durchsetzen, die mit hohem Anspruch ein Millionenpublikum erreichen und Diskussionsstoff bieten wie die ARD-Fernsehfilme „Contergan“ oder „Mogadischu“. Die ARD produziert jedoch nicht nur Filme für ihre Programme, sondern auch für das Kino. Sie fördert Filmkultur, indem sie sich finanziell und redaktionell für den künstlerisch wertvollen Kinofilm engagiert. Deutsche Kinofilme waren in den letzten Jahren national und international sehr erfolgreich, wobei fast alle ausgezeichneten Filme ARD-Koproduktionen sind, wie etwa „Das Leben der anderen“. Der Film über einen Stasi-Hauptmann, der ein Künstlerpaar bespitzelt, wurde 2007 mit dem Oscar prämiert.

Im Gegensatz zu manchmal risikoscheuen Produzenten und Verleihern gibt die ARD auch gezielt Starthilfe für Erstlingswerke. Die Debüts des Filmnachwuchses tragen dazu bei, die Kinokultur lebendig zu halten und mit zu begründen. Für die ARD heißt Filmförderung zunächst Finanzierung – durch Eigenproduktionen und durch die Beteiligung am deutschen Filmfördersystem.

So überweisen die Landesrundfunkanstalten jährlich insgesamt etwa 30 Millionen Euro an die Filmförderungseinrichtungen ihrer Länder. Daneben wendet die ARD jährlich etwa 40 Millionen Euro für Koproduktionen mit externen Partnern auf. Zudem beteiligen sich die Landesrundfunkanstalten freiwillig mit weiteren rund 5,5 Millionen Euro am „Produktionsfördertopf“ der Filmförderungsanstalt des Bundes. Ohne die ARD gäbe es in Deutschland keine lebendige und qualitativ anspruchsvolle Filmkultur.

Doch würde ein erheblicher Teil der Programmleistungen ausgeblendet, wenn man das ARD-Gemeinschaftsprogramm auf seine Rolle als Kulturträger reduzierte. Kultur ist ein wichtiger Teil des staatsvertraglich festgeschriebenen Auftrags der ARD. Gleichberechtigt hinzu kommen Information und Unterhaltung. Im ARD-Gemeinschaftsprogramm müssen sich auch jene Gebührenzahler wieder finden, die keine Hochkultur nutzen, keine Opernhäuser und keine Volkshochschule besuchen.

Weiter auf Seite 2

Kultur-Mensch

Undine Kurth

Abwägend und klar ist die Bundestagsabgeordnete Undine Kurth von Bündnis 90/Die Grünen. In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat sie zielgerichtet die Themen verfolgt, die ihr wichtig sind wie zum Beispiel die bessere Unterstützung und Zusammenarbeit der UNESCO-Weltkulturerbestätten. Sie hat nachgebohrt, wenn Formulierungen oder Empfehlungen unklar waren. Abgewogen wurde von ihr das Für und Wider. War sie überzeugt, so hat sie diese Überzeugung mit Nachdruck vertreten.

Diese Arbeitsweise zieht sich durch die parlamentarische Arbeit von Undine Kurth im Deutschen Bundestag. Ihre Rede zur Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz im Deutschen Bundestag am 19. Juni ist von diesem Abwägen und der klaren Aussage geprägt.

Abgewogen hat sie die Pro- und Contra-Argumente zum Staatsziel Kultur ihrer Fraktion vorgetragen und erläutert, warum Bündnis 90/Die Grünen sich bei der Abstimmung enthalten. Genauso klar hat sie deutlich gemacht, dass sie dem Gesetzesentwurf trotzdem zustimmt, da sie nach wie vor überzeugt ist, dass die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz wie von der Enquete-Kommission beschlossen, richtig ist.

© dpa

4 195981 603008 04

Fortsetzung von Seite 1

Qualität in allen Genres

Mit dem Ersten Deutschen Fernsehen soll die ARD ihren Auftrag erfüllen, ein integrations-förderndes Vollprogramm für die gesamte Bevölkerung anzubieten – oder, wie es im Rundfunkstaatsvertrag heißt, „als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken“. Das funktioniert nur, wenn die Programm-Mischung stimmt, ebenso die Mischung der Anspruchsniveaus. Aus diesem Grund lässt sich die Qualitäts-Diskussion nicht auf die Fragen reduzieren, ob ein herausragender Fernsehfilm wie „Mein Leben“ jede Woche kommen müsste oder ob um 20.15 Uhr Opern übertragen werden sollten.

Die Autoren, die Redakteure, Regisseure und Programmverantwortlichen streben öffentlich-rechtliche Programmqualität in allen Genres an, ebenso bei Nachrichten wie beim Fernsehfilm, beim Sport und bei den Seifenopern. Eine Fußball-Live-Übertragung kann Spitzenqualität oder Durchschnitt bieten. Nur definiert sich die Art der Qualität anders als bei einer Opernübertragung: etwa durch die Zahl der Kameras, durch Bildtechnik, die Art der Kommentierung und Moderation. Gute oder schlechte Qualität gibt es ebenso bei den Daily Soaps wie bei den Informationssendungen, die mehr als 40 Prozent des Programms des „Ersten“ ausmachen.

Mit qualitativ guten Angeboten kann die ARD auch auf eine Herausforderung reagieren, vor der nicht nur Fernsehveranstalter stehen: Der demographische Wandel verändert die Gesellschaft grundlegend. Aus der Sicht eines Programmverantwortlichen ist es sehr erfreulich, dass unsere Gesellschaft immer älter wird, zumal ältere Menschen intensiver fernsehen als jüngere. Das Durchschnittsalter der Zuschauer des Ersten liegt bei 59 Jahren. Doch hat diese Entwicklung nicht nur ihre guten Seiten. Die ARD kann ihren Programmauftrag nicht so definieren, dass ihr Gemeinschaftsprogramm Angebote für überwiegend älteres Publikum macht. Das Programm möchte alle Zuschauer und Gebührenzahler erreichen, auch die deutlich unter 59-jährigen. Das bedeutet umgekehrt aber nicht, dass *Das Erste* zum Jugendkanal werden sollte. Unser Ziel ist vielmehr, niemanden zu verprellen, aber verstärkt auch die mittleren und jüngeren Jahrgänge für unser Programm zu gewinnen. Das gelingt uns dann besonders gut, wenn wir beispielsweise Spitzensport wie Fußball und Boxen übertragen. Das gelingt auch mit dem „Tatort“, den täglichen Serien und der „Lindenstraße“. Auch die „Tagesschau“ wird von Zuschauern unter 50 Jahren stark genutzt. Im Jahresdurchschnitt 2008 haben 1,73 Millionen Zuschauer zwischen 14 und 49 Jahren die Hauptausgabe um 20 Uhr verfolgt. An zweiter Stelle in dieser Altersgruppe steht „RTL-aktuell“ mit 1,45 Millionen Zuschauern pro Ausgabe.

Es wäre relativ einfach, das Durchschnittsalter der Zuschauer zu senken, etwa indem der Sportanteil am Gesamtprogramm von derzeit rund acht Prozent oder etwa die Zahl „Tatort“-Wiederholungen erhöht würden. Kurzfristige Maßnahmen wie diese würden jedoch dem öffentlich-rechtlichen Programmauftrag auf Dauer nicht gerecht. Das Durchschnittsalter des Publikums zumindest nicht weiter ansteigen zu lassen, dieses Ziel sollte die ARD mit behutsamen Schritten verfolgen.

Mit innovativen Serien möchte die ARD ihr Gemeinschaftsprogramm für jüngeres Publikum interessanter machen. Ein Versuch beispielsweise war die qualitativ anspruchsvolle Vorabendserie „Türkisch für Anfänger“. Sie erzählte den Alltag einer deutsch-türkischen Patchworkfamilie auf humorvolle Weise. Für dieses Projekt bekam die ARD zahlreiche Preise von der „Goldenen Nymphe“ über den „Prix Italia“, den „Deutschen Fernsehpreis“, den „Adolf-Grimme-Preis“ bis zum „Civis-Medienpreis 2007“. Der Zuspruch der Jurys war sehr gut, beim Publikum hätten wir uns aber noch etwas mehr Resonanz gewünscht.

Zuschauer unter 50 Jahren und älteres Publikum gemeinsam vor dem Fernseher zu versammeln, das ist dem Norddeutschen Rundfunk mit der Gala zum 100. Geburtstag von Heinz Erhardt gut gelungen. Die aus dem NDR-Fernsehen bekannte Moderatorin und Entertainerin Ina Müller zeigte mit ihren Gästen, wie der Humor Heinz Erhardts nachwirkt.

Die Sendung reflektierte Geschichte und Kultur des Fernsehens mit Ausschnitten aus Erhardt-Filmen, Gesprächen und Rezitationen. Ina Müller las in einem Reclam-Büchlein die Anfänge von Erhardt-Gedichten, und ihre Gäste mussten sie vervollständigen. Das war erfolgreiches Bildungsfernsehen mit 5,3 Millionen Zuschauern und eine Ermutigung, auf diesem Weg fortzufahren.

Doch müssen wir nicht nur auf den demographischen Wandel, sondern auch auf die technischen Veränderungen reagieren: In absehbarer Zeit wird für das Fernsehen das analoge Zeitalter zu Ende gehen. Die Digitalisierung hat bereits jetzt dazu geführt, dass die Zuschauerzahlen der nationalen Vollprogramme langsam, aber stetig abnehmen, weil sich das Publikum auf immer mehr Fernsehprogramme verteilt. Die Zuschauer stellen sich aus der Fülle der Angebote eigene Programme zusammen, und sie nutzen die Sendungen nicht immer bei der Erstausstrahlung. Die meisten Angebote des Ersten Deutschen Fernsehens werden mittlerweile in Dritten Programmen, in Kooperationsprogrammen oder in den reinen Digitalprogrammen der ARD wiederholt. Zusätzlich sind viele Sendungen in der Mediathek des Ersten, über Youtube oder Zattoo abrufbar. Trotzdem wird Fernsehen ein Medium bleiben, das die Zuschauer einschalten wollen, ohne ihr eigener Programmdirektor sein zu müssen. Fernsehen wird auch in Zukunft ein „lean-back-Medium“ bleiben. Und Fernsehen wird weiterhin Orientierung bieten, auch wenn die Medien Audio, Video und Text zusammenwachsen.

Mit starken Marken wie „Tagesschau“, „Tatort“ und „Sportschau“ möchte die ARD in der digitalen Welt Zeichen setzen. Ein gutes Beispiel dafür ist die „Tagesschau“. Das begleitende Online-Angebot „tagesschau.de“ enthält aktuelle Nachrichten, ergänzt durch sorgfältig recherchierte Hintergrundinformationen, Audio- und Videoclips. Dieser werbefreie Internetauftritt gehört zu den meist genutzten Nachrichtenseiten in Deutschland. Doch auch im Bereich Kultur bieten die Internetseiten der ARD digitalen Mehrwert. So gibt es auch zum Fernsehfilm „Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben“ umfassendes Begleitmaterial mit Interviews, biographischen Angaben und Fotos. Es richtet sich nicht nur an Literaturwissenschaftler und Germanistikstudenten, sondern auch an all jene Zuschauer, die durch den Fernsehfilm darauf aufmerksam wurden, dass der Literaturkritiker mehr erlebt hat, als im „Literarischen Quartett“ gute und schlechte Bücher zu besprechen oder zu zerreißen, wie er es gern auch mit dem Fernsehen tut.

Der Verfasser ist Programmdirektor des Ersten Deutschen Fernsehens ■

©ARD

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Zukunftswillen
Von Olaf Zimmermann 1

KULTUR-MENSCH

Undine Kurth 1

LEITARTIKEL

Qualität in allen Genres
Von Volker Herres 1

AKTUELLES

Legislaturperiode auf der Zielgeraden
Von Gabriele Schulz 3

KULTURRADIO

Ein Festival von einiger Blöße
Von Diemut Roether 4

Das ARD-Radiofestival ist für unsere Hörer...
Die Intendanten der ARD-Landesrundfunkanstalten nehmen Stellung 5

BIBLIOTHEKEN

Einen Stein ins Rollen gebracht
Von Frank Simon-Ritz 6

INTERNATIONALES

UNESCO – Mehr als nur Kultur, aber weniger als nur Politik
Von Andreas Westerwinter 7

Wie sollte der künftige UNESCO-Generaldirektor sein?
Kulturpolitiker des Deutschen Bundestags nehmen Stellung 8

Internationale und nationale Entwicklungen
Von Max Fuchs 9

DIGITALISIERUNG

Google-Settlement-Update
Von Robert Staats 10

Der Patentpool als Ausweg
Von Oliver Moldenhauer 11

Open Access – Die digitale Chance nutzen
Von Christoph Bruch 12

E-Publishing und Wissenschaftsverlage
Von Sabine Cofalla 13

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Prüfung des weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts 14

KULTURHAUPTSTADT EUROPA

Kulturhauptstadt der 53
Stefanie Ernst interviewt Oliver Scheytt 15

Kulturhauptstadtfinanzierungskuchen
Von Olaf Zimmermann 16

Masterplan Kultur
Von Dieter Nellen 17

EUROPA

Europäischer Kulturverband mit neuer Struktur
Von Rupert Graf Strachwitz 18

Europa und die Kultur
Von Barbara Gessler-Dünchem 18

20 JAHRE MAUERFALL

DDR-Rockmusik zwischen Anpassung und Aufbegehren
Kristin Bäßler interviewt Suse Jank und Birgit Jank 19

Wie sich die Kultur in Sachsen nicht abschalten ließ …
Barbara Haack interviewt Steffen Lieberwirth 20

LUTHER 2017

Luthers Wirkungsspur ist breit
Von Wolfgang Böhmer 21

KULTURLANDSCHAFT DEUTSCHLAND

Grüner Landkreis im Herzen Europas
Von Kerstin Fischer 22

Neue kulturtouristische Leuchttürme im Harz
Von Reinhard Roseneck 23

Ein ländlicher Kreis zeigt Flagge
Von Jörn Klimant 24

KULTURELLE BILDUNG

Die Kulturschule
Von Max Fuchs 25

Mit 50 in die Oper statt ins Rockkonzert
Von Susanne Keuchel 26

Das Kapital des Älterwerdens nutzen
Von Dieter Scholz 27

Das 2. Theaterfestival „Herzrasen“ am Schauspielhaus Hamburg
Von Thomas Lang 28

Fünf erfolgreiche Jahre für das Leseland Niedersachsen
Von Georg Ruppelt 29

Musikalische Bildung öffnet Grenzen
Von Matthias Pannes und Claudia Wanner 29

INTERRELIGIÖSER DIALOG

Komplex, pluralistisch, realistisch
Von Eva Maria Hinterhuber und Julia Thomas 31

Dialog zwischen den Kulturen
Von Kristin Bäßler 31

KULTURELLES LEBEN

„Praktisches Kochbuch“ und „Beruf der Jungfrau“
Von Georg Ruppelt 32

Ein Zeichen aktiver Erinnerung
Von Hanno Knoch 33

PORTRAIT

Das Ohr des Architekten
Von Achim Ost 34

NACHRUF

Hans-Jürgen Müller – Visionär
Von Olaf Zimmermann 34

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN 35

AUS DEN GREMIEN

Der Deutsche Kulturrat vor neuen Herausforderungen
Vorstand legt sein neues Arbeitsprogramm vor 35

KURZ-SCHLUSS

Wie ich einmal den Stellenmarkt der „ZEIT“ sehr vor-zeitig einsehen durfte
Von Theo Geißler 36

BEILAGE INTERKULTUR

Musizieren – Interkulturelle Integration?
Von Elmar Weingarten 1

Kunst ist kein Heilmittel für gescheiterte Politik
O-Töne aus dem Film von Nadja Rahal und Johannes Roskamm 2

Legislaturperiode auf der Zielgeraden

Eine kulturpolitische Bestandsaufnahme • Von Gabriele Schulz

Die 16. Legislaturperiode befindet sich auf der Zielgeraden. Wenn diese Zeitung erscheint, geht die voraussichtlich letzte Sitzungswoche zu Ende. – Eine weitere Sitzungswoche wird nur dann einberufen, wenn der Bundestag unaufschiebbare Entscheidungen treffen muss. – Koalition und Opposition bringen daher auf den letzten Metern dieser Wahlperiode noch einige Gesetzesvorhaben zum Abschluss beziehungsweise stellen sie zur Debatte.

Begonnen hat diese Wahlperiode mit dem Großvorhaben Föderalismusreform I zur Entflechtung von Bund und Ländern. Geradezu im Schweinsgalopp wurden die Regelungen, die noch zum Ende der 15. Wahlperiode nicht kompromissfähig waren, wie das Zurückdrängen des Bundes aus bildungspolitischen Investitionen, umgesetzt. Ein Jahr nach der Bundestagswahl 2005, ein gutes dreiviertel Jahr nach dem Amtseid der großen Koalition wurde im Juli 2006 die Föderalismusreform I im Deutschen Bundestag und anschließend im Bundesrat verabschiedet.

Föderalismusreform II

Und drei Jahre später bei der Föderalismusreform II mussten Fehlentscheidungen der Föderalismusreform I erstmals geheilt werden. Denn das viele Geld, dass im Rahmen des Konjunkturpakets II unter anderem für Investitionen in Bildungs- und Kultureinrichtungen vom Bund bereit gestellt wurde, konnte nach der reinen Lehre dafür gar nicht verwendet werden. In der Föderalismusreform I wurde nämlich Art. 104 b Grundgesetz geändert. Der Bund darf seit 2006 keine Finanzmittel mehr für Bereiche zur Verfügung stellen, in denen er keine Gesetzgebungsbefugnisse hat. Da Bildung – wie in der Föderalismusreform I energisch unterstrichen – Ländersache ist, darf der Bund auch nicht in diesem Bereich investieren. Was einst als Abwehr gegen Maßnahmen wie das Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung gedacht war, erwies sich beim Konjunkturpaket II als Bumerang. Mit Blick auf spätere Prüfungen des Bundesrechnungshofs, den aktuelle Notlagen nicht interessieren, sondern allein die gesetzlichen Grundlagen, haben sich einige Länder zurückgehalten, das Konjunkturpaket II tatsächlich für Investitionen in Bildungseinrichtungen zu nutzen.

Seit der Föderalismusreform II, die am 29.05.2009 im Deutschen Bundestag und am 12.06.2009 im Bundesrat verabschiedet wurde, ist nun der Weg für solche Investitionen in Bildungseinrichtungen frei, da Art. 104 b Grundgesetz erneut geändert wurde. Jetzt darf der Bund in außergewöhnlichen Notlagen wie der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise auch in den Gebieten Finanzhilfen gewähren, in denen er keine originäre Gesetzgebungskompetenz hat. Eine Rolle rückwärts sozusagen. Recht-haber könnten nun sagen, haben wir doch schon immer gesagt!

Die Halbwertszeit des neugefassten Art. 104 Grundgesetz war also noch nicht einmal eine Legislaturperiode. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Regelungen der Föderalismusreform II halten und wann zur Föderalismusreform III geladen wird. Denn eines ist klar, das- Programm, dass sich Bund und Länder aufgegeben haben, ist eigentlich nicht zu schultern, soll nicht ein massiver Kahlschlag in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Lebens stattfinden.

Angetreten ist die Föderalismuskommission II, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Deutschen Bundestags und des Bundesrats, mit dem Ziel, die Verschuldung zu begrenzen und den künftigen Generationen nicht überbordende Schulden zu hinterlassen. Dieses Ziel ist uneingeschränkt zu unterstützen. Doch stellt sich dennoch die Frage, ob die gewählten Mittel die richtigen sind, um die angestrebte Generationengerechtigkeit zu erzielen.

Zunächst gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass die Staatsverschuldung weder aus dem Nichts noch aus reiner Verschwendung entstanden ist. Es galt in den letzten Jahrzehnten durch Investitionen in das Bildungswesen, zur Überwindung des Ölpreisschocks und der damit einhergehenden Wirtschaftskrise, zur Meisterung der deutschen Einheit und vielem anderen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel durch staatliche Hilfen zu unterstützen. Da mag es sicherlich die eine oder andere Fehlinvestition gegeben haben. Da aber alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, sei es als jeweilige Bundes- oder auch als Landesregierung, an dieser Verschuldung teilhat, möge diejenige als erste den Stein werfen, die sich außerhalb des Glashauses wähnt.

Schuldenbremse

Um die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, wurde vereinbart, dass sukzessive die Haushalte ausgeglichen werden müssen und die Neuverschuldung zurückgefahren werden muss. Dem Bund wird ab dem Jahr 2016 ein strukturelles Defizit von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zugestanden. Die Länder dürfen ab dem Jahr 2020 keine Schulden mehr machen. Da die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein mit einer besonders schwierigen Haushaltslage konfrontiert sind, sollen sie in den Jahren 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen erhalten. Im Jahr 2019 endet der Solidarpakt II, mit dem bisher die ostdeutschen Länder unterstützt werden, diese Länder werden also mit zusätzlichen Finanzproblemen zu rechnen haben.

Bereits jetzt sprechen Ländervertreter hinter vorgehaltener Hand davon, dass sie nicht wissen, wie sie in den kommenden Jahren ihre Kultureinrichtungen finanzieren sollen. Von neuen, innovativen Vorhaben ganz zu schweigen. Die zu befürchtenden Kürzungen bei der freiwilligen Leistung Kultur werden nicht mehr durch Einsparungen bei einzelnen Institutionen zu leisten sein, sie werden aller Voraussicht nach zu Schließungen führen müssen.

Parlamentarische Kontrolle

Offen bleibt die Frage, was mit dem Königsrecht der Parlamente, der Aufstellung und Kontrolle der Haushalte bleibt. Wenig ist nämlich bisher vom neu eingefügten Art. 109 a Grundgesetz die Rede. Hier wird beschrieben, dass ein Stabilitätsrat eingerichtet wird, der folgende Aufgaben hat:

- fortlaufende Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern auf der Basis festzulegender finanzwirtschaftlicher Kennziffern,
- sollten sich aus der Überwachung Hinweise für das Risiko einer Haushaltsnotlage ergeben, wird eine umfassende Analyse der Haushaltssituation der betreffenden Gebietskörperschaft erstellt, auf dieser Grundlage wird geprüft, ob eine Haushaltsnotlage besteht,
- wird die Haushaltsnotlage festgestellt, muss die betroffene Gebietskörperschaft alle Konsolidierungsspielräume konsequent ausschöpfen und ein Sanierungsprogramm mit dem Stabilitätsrat vereinbaren,
- der Stabilitätsrat überwacht dann die Durchführung des Sanierungsprogramms.

Im Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform (Bundestagsdrucksage 16/12400) wird festgelegt, wer dem Stabilitätsrat angehören soll:

- der Bundesminister der Finanzen,
- die für Finanzen zuständigen Minister der Länder,
- der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Das Parlament bleibt außen vor. Weder die Vorsitzenden der Haushaltsausschüsse von Bund und Länder noch die haushaltspolitischen Sprecher haben bei diesem Gremium ein Wörtchen mitzureden. Es bleibt eine Veranstaltung der Exekutive. Es ist eigentlich kaum zu glauben, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, die diesem Gesetz zugestimmt haben, dieser Selbstentmachtung auch noch ihr Plazet gegeben haben. Fragwürdig ist natürlich auch, warum ausgerechnet der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und nicht etwa der Bundesminister für Bildung sowie die Bildungsminister der Länder dem Stabilitätsrat angehören, denn sie sollten sich schließlich in besonderem Maße der Generationengerechtigkeit und der Investition in die Zukunft verpflichtet fühlen.

Letztlich bleibt bei allem Respekt für das wichtige Ziel der Generationengerechtigkeit die Hoffnung, dass die Halbwertszeit der Föderalismusreform II ebenso kurz ist, wie die einzelner Regelungen der Föderalismusreform I.

Staatsziel Kultur

Bei der Föderalismusreform II können die neu gefassten Regelungen im Grundgesetz gar nicht präzise und ausführlich genug gefasst sein, bei einer anderen Grundgesetzänderung, dem Staatsziel Kultur wird von den Gegnern die Schlichtheit und präzise Sprache des Grundgesetzes gelobt. Am Freitag, den 19.06.2009 wurde das Sterbeglöckchen in dieser Legislaturperiode für das Staatsziel Kultur geläutet. Zur Diskussion und Abstimmung stand ein Antrag der FDP-Bundestagsfraktion das Grundgesetz um einen neuen Artikel 20b „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ zu ergänzen. In dieser Zeitung war die Debatte um das Staatsziel Kultur wiederholt Thema (Juli/August 2005, Juli/August 2006, November/Dezember 2006, Juli/August 2008). Auch hier wurden die Argumente des Für und Wider ausgetauscht. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat eine bemerkenswerte Anhörung zum Staatsziel Kultur durchgeführt, die von deren Vorsitzender Gitta Connemann immer wieder als Sternstunde bezeichnet wurde. Die Enquete-Kommission hat sich in ihrem Zwischenbericht aus dem Sommer 2005 einstimmig für das Staatsziel Kultur ausgesprochen und diese Empfehlung im Dezember 2007 in ihrem Schlussbericht wiederholt. Der Gesetzesentwurf der FDP-Bundestagsfraktion übernimmt 1 : 1 den Vorschlag der Enquete-Kommission. Zusätzlich hat sich SPD-Bundestagsfraktion fraktionsintern für das Staatsziel Kultur ausgesprochen und dessen Verankerung als wichtiges Ziel für die nächste Wahlperiode in das Wahlprogramm aufgenommen.

Bei so viel fraktionsübergreifender Übereinstimmung ist es letztlich doch verwunderlich, dass nur die FDP und die Fraktion Die Linke dem Gesetzesentwurf zugestimmt haben. Die SPD befand sich in einer Zwickmühle.

© Deutscher Bundesrat

Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Monika Griefahn, MdB hat diese Zwickmühle in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags am 22.04.2009 sehr bewegend beschrieben. Sie hat klargemacht, dass sie und ihre Fraktion für das Staatsziel Kultur sind, der Koalitionspartner CDU/CSU aber sich klar dagegen ausgesprochen hat. Siegmund Ehrmann, MdB (SPD) und Monika Griefahn, haben dieses in der Bundestagsdebatte am 19.06.2009 nochmals wiederholt. Gewiss keine leichte Aufgabe, zumal die FDP und Die Linke Salz in diese Wunde gestreut haben. Sie haben den Widerspruch zwischen Wahlprogramm zur Bundestagswahl, Beschluss des Hamburger Parteitags, Bundestagsfraktion und Abstimmungsverhalten der SPD-Abgeordneten genüsslich ausgekostet. Da waren die Hinweise von Monika Griefahn, dass die FDP die Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, auch nicht zur Zustimmung zum Staatsziel Kultur im Bundesrat im September 2008 bewegen konnte, zwar richtig, aber dennoch bleibt der Schwarze Peter bei den Sozialdemokraten. Die Union hat sich bei der Bundestagsdebatte nicht mit Ruhm bekleckert. Im Kulturausschuss wurde sich am 22.04.2009 noch gewunden, dass dem Gesetzesentwurf der FDP nicht zugestimmt werden könnte, da ansonsten das Staatsziel Sport im Grundgesetz verankert würde – eine Gedankenfigur, die erst einmal nachvollzogen werden muss, da die FDP explizit nur vom Staatsziel Kultur spricht. In der Debatte des Deutschen Bundestags waren dann die Rechtspolitiker am Zug und machten ihrem Stand keine Ehre. Nicht nur, dass sie die ganze Debatte versuchten, ins Lächerliche zu ziehen, sie unterstrichen zugleich, dass allein die Union-Fraktionen die Debatte ernst nehmen, da nur sie die Rechtspolitiker und nicht wie die anderen Fraktionen die vermeintlich unkundigen Kulturpolitiker zu Wort kommen lassen. Wer den Mund so voll nimmt, sollte zumindest von der Sache etwas verstehen, was leider nicht der Fall war. Enttäuschend ist, dass sich Bündnis 90/Die Grünen enthalten haben. Hut ab vor Undine Kurth, Bündnis 90/Die Grünen, die gegen ihr Fraktionsvotum für den Antrag gestimmt hat.

Wertentscheidung

Sowohl Hans-Joachim Otto (FDP), Guido Westerwelle (FDP) als auch Luc Jochimsen (Die Linke) haben in ihren Beiträgen explizit unterstrichen, dass es beim Staatsziel Kultur nicht um irgendeine Grundgesetzänderung, sondern um eine Wertentscheidung geht. Monika Griefahn (SPD) hat implizit auf diese Wertentscheidung verwiesen. Eine Wertentscheidung, die durch Art. 5 Grundgesetz (Kunst- und Wissenschaftsfreiheit) ebenso wenig ersetzt werden kann wie durch den Einigungsvertrag. Es geht um das Grundverständnis, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat versteht, die natürlichen Lebensgrundlagen schützt und, wie gewollt, auch die geistigen Lebensgrundlagen.

Es ist schon bemerkenswert, dass die Parteien, die ansonsten für sich in Anspruch nehmen, für Werte einzutreten, wie die CDU und CSU, von dieser Wertentscheidung mit Ausführungen zur puristischen Sprache des Grundgesetzes und der Kulturförderung durch den Kulturstaatsminister ausweichen. Beim Staatsziel Kultur geht es eben nicht darum, wer die Kassen für Kulturförderung füllt, sondern wie sich der Staat versteht.

Arbeitslosengeld I

Ebenfalls am 19.06.2009 auf den Weg gebracht, wurde die Reform des Arbeitslosengeldes I. Hier gab es im Vorfeld viel Hin und Her, so dass die Verabschiedung dann ziemlich lautlos vonstatten ging. Die neu getroffene Regelung ist zwar nicht das Optimum. Nachdem aber klar war, dass die Bundesregierung und speziell das Bundesministerium für Arbeit und Soziales keine Sonderregelung für Kulturberufe schaffen wird, war es das Beste, was herauszuholen war. Wichtig ist, dass das Gesetz in drei Jahren evaluiert wird. Dieser Zeitraum reicht aus, um erste Erfahrungen mit der Neuregelung zu sammeln und gegebenenfalls eine Nachjustierung vorzunehmen.

Neue Aufgaben warten

Das Ende einer Legislaturperiode bedeutet auch immer den Anfang einer neuen. In der nächsten, der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags stehen wichtige kulturpolitische Entscheidungen an. Neben dem Staatsziel Kultur, das wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, ist es vor allem das Urheberrecht. Hier gilt es, den Spagat zu leisten, zwischen kurzfristigen Veränderungen und einer erforderlichen grundlegenden Debatte der Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter. Die nächste Legislaturperiode wird spannend.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Ein Festival von einiger Blöße

Die ARD-Sender planen im Sommer ein gemeinsames Kulturprogramm • Von Diemut Roether

Die ARD plant in diesem Sommer ein gemeinsames Abendprogramm aller Kulturwellen: Zweieinhalb Stunden lang wird täglich von großen Musikfestspielen übertragen, anschließend folgen eineinhalb Stunden Wortprogramm. Kritiker warnen, dies sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem nationalen Kulturprogramm.

Das Festspielhaus in Bayreuth **© Jörg Schulze (1996)/Bayreuther Festspiele GmbH**

In diesem Sommer erwartet die Kulturradiohörer ein ungewöhnliches Programm: Vom 12. Juli bis 12. September planen die Kultursender der ARD täglich von 20 bis 24 Uhr ein „ARD-Radiofestival“, das den Hörern die Gelegenheit geben soll, „bei allen renommierten Musikfestspielen zu Gast zu sein und die Höhepunkte des nationalen und internationalen Festivalsommers wie z. B. Opern der Bayreuther Festspiele live erleben“ zu können. An das Musikprogramm, das auf allen Wellen gleichzeitig übertragen werden soll, werde sich ab 22.30 Uhr ein Wortprogramm mit „spannenden Wortsendungen“ anschließen, teilte die ARD Anfang des Jahres mit.

In den Musikredaktionen der Sender ist man großenteils erfreut über dieses gemeinsame Sommerprogramm, das durchzusetzen – so ist zu hören – nicht leicht gewesen sei. Den regionalen Musikfestivals ist so eine noch größere Beachtung gewiss. Doch es sind auch kritische Stimmen zu vernehmen. Denn wegen des „Radiofestivals“ werden vom 12. Juli bis 12. September auf vielen Kulturwellen eingeführte Sendungen ausfallen. Sendungen wie sie beim WDR unter der Rubrik „WDR 3 open“ laufen, mit denen der WDR seit einigen Jahren versucht, „junge Kulturinteressierte“ zu gewinnen, oder der „SWR 2 Essay“, das „SWR 2 Feature“ und das „SWR Hörspielstudio“.

Die kleineren Sender wie RBB und HR senden, um Geld zu sparen, schon seit einiger Zeit im Sommer abends überwiegend Wiederholungen. Einzig Bayern 2 wird auch in diesem Sommer sein gewohntes Programm senden. Der BR beteiligt sich mit Bayern 4 Klassik an dem musikalischen Teil des „Radiofestivals“, die Wortsendungen werden nur auf Bayern 2 Digital zu hören sein. Mit Ausnahme von Bayern 2 werden die Kultursender also durch das gemeinsame Festival zwei Monate lang ihr abendliches Programmprofil verlieren. Kritiker fragen, welches Signal von diesen gemeinsam veranstalteten vier Stunden ausgeht: Werden hier nicht Begehrlichkeiten geweckt, das, was im Sommer zwei Monate lang vier Stunden am Tag gut funktioniert hat, viel öfter zu machen?

Nach dem gemeinsamen „ARD-Radio-Tatort“ könnte das „ARD-Radiofestival“, so fürchten die Kritiker, ein weiterer Schritt zur Zentralisierung der Kulturwellen sein. Manche befürchten gar, es werde ein nationales Kulturprogramm vorbereitet. Geplant ist bereits ein gemeinsames ARD-Feature, das im kommenden Jahr starten soll. Die Federführung soll beim WDR liegen, nur MDR und RBB, werden sich, so ist zu hören, nicht beteiligen, weil sie bereits bilateral kooperieren.

Die Kulturwellen sind ohne Frage die teuersten Hörfunkwellen der Sender. WDR 3 kostet den WDR etwa 16 Millionen Euro im Jahr. Kein Wunder, dass in den aktuellen Verteilungskämpfen, die in den ARD-Anstalten angesichts der Ausfälle bei den Gebühreneinnahmen ausgefochten werden, immer lauter danach gerufen wird, an der Kultur zu sparen. Einmal mehr positionieren sich die aktuellen Programme gegen die Kulturwellen. Kultur, Bildung, Information, alle drei gehören zum Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender. Doch darf man das eine gegen das andere ausspielen? Schon lange beobachten die Radiomacher ohnmächtig, wie immer mehr Geld ins Fernsehen fließt. Beim HR, der in den kommenden vier Jahren 64 Millionen Euro einsparen muss, sollen die sechs Hörfunkwellen insgesamt 4,1 Millionen zu den Einsparungen beitragen, das Fernsehen 2,9 Millionen.

Wie viel die ARD-Sender durch das gemeinsame Sommerprogramm einsparen, will bei dem Senderverbund niemand beziffern. Die ARD erklärte, sie wolle beim „ARD-Radiofestival“ „nicht von einem Spar-, sondern von einem Bündelungseffekt reden“. Doch in den meisten Sendern spricht man unumwunden von Sparmaßnahmen. Dem einen oder anderen Wellenchef dürfte dies sogar ganz gelegen kommen.

Nach einer internen Aufstellung entfallen während des „ARD-Radiofestivals“ 266 Stunden Wortprogramm in allen Kulturwellen, darunter Hörspiele, Features, Lesungen, Literatursendungen und Ars-Acustica-Formate. Wie viele von diesen Sendungen Neuproduktionen sind, auch dazu wollte die ARD keine Auskunft geben, ebenso wenig zu Art und Umfang des entfallenden Programms. „Dass bei gemeinschaftlichen Projekten Sendungen in einzelnen Häusern ausfallen, ist logisch. Eine konkrete Zahl haben wir nicht ermittelt und können sie auch nicht bestätigen“, teilte die ARD-Pressestelle mit.

Die Kritik entzündet sich vor allem an den Wortsendungen, die die ARD-Hörfunkdirektoren für das gemeinsame Sommerprogramm geplant haben. Denn diese kommen großenteils aus der Konserve: Zu hören sein soll täglich eine halbe Stunde „Die Buddenbrooks“, gelesen von Gert Westphal, die Aufnahme stammt von 1980. Anschließend soll eine halbe Stunde „Jazz“ folgen, der Tag endet schließlich mit Radio-Dokumenten aus 60 Jahren Deutschland. Die Entscheidung, die 30 Jahre alte Lesung eines Klassikers zu senden, führt erschreckend deutlich vor Augen, wie einfallslos eine gemeinsame Kulturwelle aussehen könnte. Mit den „Buddenbrooks“ wollen die Hörfunkdirektoren wohl auch für den Fernsehfilm von Heinrich Breloer werben, der im Winter als Zweiteiler im Ersten zu sehen sein. Die ARD hat viel Geld in dieses 16 Millionen Euro teure Projekt gesteckt.

Man hätte sich auch eine selbstbewusstere Programmgestaltung vorstellen können als den „Jahrhundertroman, gelesen von einer Jahrhundertstimme“, wie Bernhard Hermann, Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission die Lesung anpries. Angesichts von 60 Jahren Deutschland hätten die Sender etwa ihre besten Features und Hörspiele wiederholen können: eine Leistungsshow von 60 Jahren Radio. Doch für die Rechte daran, meinen Insider, hätten die Sender deutlich mehr zahlen müssen als für die „Buddenbrooks“. Hermann bestreitet, dass das „ARD-Radiofestival“ ein Startsignal für ein gemeinsames Programm aller ARD-Kulturwellen sein könnte: „Keiner von uns plant ein Bundeskulturprogramm“, sagt er. Der „ARD-Radio-Tatort“ habe gezeigt, dass gemeinsame Projekte von der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen würden. In der ARD erhofft man sich denn auch für das „Radiofestival“ eine breitere Berichterstattung über das von den Zeitungen sträflich vernachlässigte Medium Radio.

Die ARD, die sich in ihrem im vergangenen Jahr erschienen „Kulturbuch“ selbstbewusst als „Kulturchronist wie Kulturschaffender“ anpreist, scheint sich mit ihrer eigenen Rolle als Medium und Faktor zunehmend schwer zu tun. Denn je mehr die Kulturwellen gemeinsam anbieten, desto mehr kulturelle Vielfalt geht verloren. Die vielen Frequenzen, die die Kultursender der ARD belegen, lassen sich letztlich nur mit dem Argument verteidigen, dass sie unterschiedliche Programme, eine unterschiedliche Sehweise auf die Kultur in Deutschland bieten. Nur wenige ARD-Sender leisten sich überhaupt noch ein Radiofeuilleton, das diesen Namen verdient. Doch die Sendungen, die das tun, erfüllen eine wichtige Funktion im kulturellen Leben.

Für Autoren gehen durch das gemeinsame „Radiofestival“ Sendeplätze für Hörspiele und Features verloren. Es gibt Überlegungen, das Hörspiel und das Feature nur noch bei zwei oder drei der neun ARD-Sender anzusiedeln, die übrigen Sender sollen dann das übernehmen, was die anderen produzieren. Eine solche Zentralisierung würde einen Verlust an Handschriften bedeuten. Wer die Hörspiele der ARD-Sender verfolgt, weiß, wie unterschiedlich in den einzelnen Abteilungen gearbeitet wird und welchen Reichtum dies für die Hörspiellandschaft in Deutschland bedeutet. Dieter Anschlag, Chefredakteur des Branchenblatts „Funkkorrespondenz“, befürchtet: „Das ‚ARD-Radiofestival’ läuft am Ende wohl eher hinaus auf ein Fest, die Welt des Kulturradios zu uniformieren. Diese Blöße sollte sich die ARD nicht geben.“

Eine weitere Zentralisierung hätte zur Folge, dass sich die Sender noch mehr auf wenige bekannte Autoren konzentrieren, für neue, unbekannte würde es immer weniger Möglichkeiten geben, sich auszuprobieren. Damit würde sich die ARD auch von einer wichtigen Rolle für die Kultur in Deutschland verabschieden, die sie nach dem Krieg ganz selbstverständlich übernommen hat: Autoren wie Arno Schmidt oder Ingeborg Bachmann schrieben in den 50er Jahren für die Kulturwellen Essays und Hörspiele. Die Radiosender wurden zu wichtigen Auftraggebern für Autoren, Komponisten und Regisseure und trugen so auch zum Aufbau der Kultur bei.

Beim Kulturrat beobachtet man das „ARD-Radiofestival“ daher mit Sorge. Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, warnt vor einem „latenten Selbstabschaffungsprogramm“ der Kulturwellen. Eine solche gemeinsame Unternehmung rühre an das Selbstverständnis der Landesrundfunkanstalten. Die kulturelle Vielfalt, die die ARD-Sender garantierten, müsse sich der Senderverbund auch etwas kosten lassen, meint Zimmermann. Nicht zuletzt sind die Kulturwellen ein gewichtiges Argument für knapp 6 Milliarden Gebühren, die die ARD pro Jahr kassiert.

Auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die sowohl Journalisten als auch Schriftsteller vertritt, spricht von einem „medienpolitisch falschen Signal“. Inez Kühn, Leiterin der Fachgruppe Medien bei ver.di, hält es zwar für gut, wenn der Senderverbund gemeinsame Projekte als ARD-Projekte vermarktet, doch zugleich gehe durch das gemeinsame Programm Vielfalt verloren, warnt sie: „Die ARD ist föderal aufgestellt und produziert auch föderal.“

Eben diese föderale Organisation der Kulturwellen in Deutschland hat der Hörfunkdirektor des Saarländischen Rundfunks, Frank Johannsen, im „Kulturbuch“ der ARD noch wortreich gelobt: „Das deutsche Rundfunkmodell ist in seiner in der föderalen Tradition verankerten inhaltlichen und formalen Vielfalt weithin einzigartig“, schrieb er: „So unterschiedlich ausgeprägt die Besonderheiten der Regionen und die kulturellen Präferenzen ihrer Bewohner sind, so vielfältig sind auch die Konzepte, Anmutungen und Profile der einzelnen Kulturprogramme.“ Man möchte der ARD wünschen, dass ihre Verantwortlichen diesen einzigartigen Schatz nicht mutwillig verspielen.

Die Verfasserin ist verantwortliche Redakteurin von epd-medien ■

Kulturradios: Aushängeschild der ARD

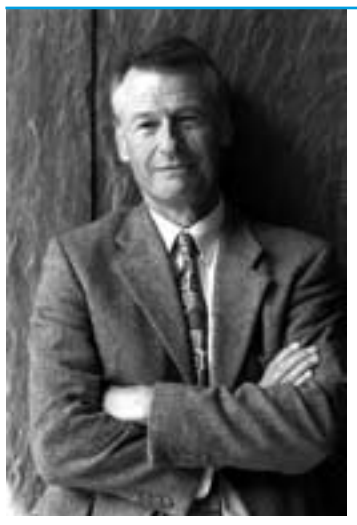
Die Kulturradios der ARD-Rundfunkanstalten sind das Aushängeschild, wenn es um Kultur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geht. Hier wird die moderne zeitgenössische Kunst gepflegt, die neue Musik findet ebenso ihr Zuhause, wie anspruchsvolle Hörspiele oder Features und vieles andere mehr. Die Kulturradios berichten nicht nur über Kultur im Sendegebiet, als Kulturpartner oder als Medienpartner unterstützen sie die Kultureinrichtungen.

Nun planen die ARD-Anstalten in den Sommermonaten ein gemeinsames Hörfunkprogramm am Abend. Ist dies der Anfang vom Ende des Aushängeschilds Kulturradio und welche Auswirkungen hätte eine solche Entwicklung auf Hörfunkautoren und das kulturelle Profil des öffentlich-rechtlichen Hörfunks mit diesen Fragen setzt sich *Diemut Roether* auseinander. Die Intendanten der Landesrundfunkanstalten wurden gebeten die folgenden Sätze zu ergänzen: „Das ARD-Radiofestival ist eine Chance für die Hörer in unserem Sendegebiet, weil…“ und „Das gemeinsame ARD-Radiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass…“. Bemerkenswert sind hier die teilweise wortgleichen Antworten der Verantwortlichen. Lediglich der Intendant des Bayerischen Rundfunks Thomas Gruber und der Intendant des Norddeutschen Rundfunk Lutz Marmor haben eine unverwechselbare Antwort gegeben und direkt auf ihr Kulturradioprogramm Bezug genommen. Der Intendant des Saarländischen Rundfunks Fritz Raff hat zwar bei der ersten Frage auch auf das eigene Programm hingewiesen, bei der zweiten allerdings sich offenkundig dem allgemeinen Wortlaut angeschlossen. Schade eigentlich.

Die Redaktion ■

Das ARD-Radio-Festival ist für unsere Hörer...

Die Intendanten der ARD-Landesrundfunkanstalten nehmen Stellung



Thomas Gruber, BR
© Bayerischer Rundfunk

Das gemeinsame Kulturfestival ist eine Chance für die Hörer in unserem Sendegebiet, weil wir dadurch eine zusätzliche Positionierung unseres Spezialangebotes im digitalen Radio DAB erreichen wollen, das unser Wort-Kultur-Angebot Bayern 2 ergänzt. In unserem Klassik-Kulturkanal Bayern 4 Klassik können wir durch die Kooperation ein breites bundesweites Spektrum als Sommerfestival anbieten, das einer Leistungsschau aller Landesrundfunkanstalten gleichkommt.

Das gemeinsame Kulturradiofestival bedeutet für Hörfunkautoren des Bayerischen Rundfunks keine Veränderung der bisherigen Auftragslage.

Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks ■

Udo Reiter, MDR
© MDR/Martin Jehnichen

Das ARD Radiofestival ist eine Chance für die Hörerinnen und Hörer in den Sendegebieten der Landesrundfunkanstalten, weil sie damit ein sehr attraktives Musik- und Wortprogramm empfangen können. Jeden Tag sind ab 20.05 Uhr (zuweilen, etwa bei den Bayreuther Festspielen auch früher) Konzerte von nationalen und internationalen Festivals von höchster Qualität zu hören, vielfach live. Die Musikredaktionen der Kulturradios haben hier gemeinsam das Beste vom Besten herausgesucht. Anschließend gibt es eine nach wie vor außergewöhnliche Wortproduktion. „Die Buddenbroooks“, gelesen von Gert Westphal. Es folgt eine attraktive Jazz-Strecke. Schließlich sind Wortdokumente ais 60 deutschen Jahren zu hören. Am Beginn des darauf folgenden Nachtprogramms steht ein Gedicht ais der faszinierenden ARD-Produktion „Lauter Lyrik. Der Hör-Conrady“. Hier wurden ganz bewusst zeitgenössische Gedichte der deutschen Nachkriegszeit ausgewählt. Denn den musikalischen Beginn machen dann nach Mitternacht jeweils herausragende Musikproduktionen aus 60 deutschen Jahren. Mit dem ARD-Radiofestival und dem anschließenden ARD-Nachtkonzert bieten die Kulturradios ein höchst attraktives Abend- und Nachtprogramm, das gerade während der Sommerwochen viele begeisterte Zuhörer finden wird.

Das ARD Radiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass ihre Arbeit auch in Zukunft gebraucht, uneingeschränkt hochgeschätzt und angemessen honoriert wird. Hinsichtlich des finanziellen Umfangs der Honorare bringt das ARD Radiofestival den Hörfunkautoren weder Einbußen noch Zugewinne. Die meisten ARD-Kulturradios senden in den Sommerwochen seit langem ein besonders kostengünstiges Programm. Es gibt sogar Kulturradios, für die das ARD Radiofestival wegen des Wortanteils Mehrkosten mit sich bringt. Bei den Kulturradios, die bisher auch während der Sommerwochen regelmäßige Wortsendungen wie Feature, Essays und Hörspiele im Abendprogramm nach 20.00 Uhr hatten, sind die Einsparungen aufgrund des ARD Radiofestivals etwa so hoch wie die tariflich vereinbarten Honorarsteigerungen, beide liegen zwischen 2 und 3 Prozent. Bei einer derzeitigen Inflationsrate von 0 Prozent ändert sich für die Hörfunkautoren insgesamt also nichts. Sender wie der MDR, die beim ARD Radiofestival Einsparungen erzielen, investieren das eingesparte Geld im gleichen Programm an anderer Stelle.

Udo Reiter, Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks ■

Fritz Raff, SR
© Saarländischer Rundfunk

Das gemeinsame Kulturradiofestival ist eine Chance für die Hörer in unserem Sendegebiet, weil sie im Programm von SR 2 KulturRadio – oft in Live-Übertragungen – wieder herausragende Konzerte von den wichtigsten europäischen Sommer-Festivals miterleben können – z. B. aus Bayreuth, Montpellier und Salzburg oder von den legendären Londoner „Proms“. Unser Publikum nutzt und schätzt diesen sommerlichen Kultur-Service seit vielen Jahren im Rahmen der gemeinsam von MDR, NDR, RBB, SR und WDR gestalteten „Internationalen Musikfestspiele“, an deren Tradition das ARD-Radiofestival anknüpft. Die vom SR eingebrachten Konzerte der „Deutschen Radiophilharmonie“, der „Musikfestspiele Saar“ und von den Kammermusiktagen in Mettlach können nun sogar in der gesamten ARD wahrgenommen werden. Das Radiofestival hat das musikalische Spektrum zudem um den Jazz erweitert, so dass auch hier Aufnahmen aus unserer Region z. B. vom Jazzfestival St. Ingbert in ganz Deutschland verbreitet werden und den SR2-HörerInnen im Gegenzug Mitschnitte aller anderen großen Jazz-Events angeboten werden können. Neben der legendären Buddenbrooks-Lesung mit Gert Westphal wird mit der Reihe „Echtzeit“ eine spannende zeitgeschichtliche Hörreise präsentiert, deren aufwändige Produktion in dieser Größenordnung überhaupt nur als gemeinschaftliche Leistung zu realisieren war.

Das ARD Radiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass ihre Arbeit auch in Zukunft gebraucht, uneingeschränkt hochgeschätzt und angemessen honoriert wird. Hinsichtlich des finanziellen Umfangs der Honorare bringt das ARD Radiofestival den Hörfunkautoren weder Einbußen noch Zugewinne. Die meisten ARD-Kulturradios senden in den Sommerwochen seit langem ein besonders kostengünstiges Programm. Es gibt sogar Kulturradios, für die das ARD Radiofestival wegen des Wortanteils Mehrkosten mit sich bringt. Bei den Kulturradios, die bisher auch während der Sommerwochen regelmäßige Wortsendungen wie Feature, Essays und Hörspiele im Abendprogramm nach 20.00 Uhr hatten, sind die Einsparungen aufgrund des ARD Radiofestivals etwa so hoch wie die tariflich vereinbarten Honorarsteigerungen, beide liegen zwischen 2 und 3 Prozent. Bei einer derzeitigen Inflationsrate von 0 Prozent ändert sich für die Hörfunkautoren insgesamt also nichts. Sender wie der SWR, die beim ARD Radiofestival Einsparungen erzielen, investieren das eingesparte Geld im gleichen Programm an anderer Stelle.

Fritz Raff, Intendant des Saarländischen Rundfunks ■

Peter Boudgoust, SWR
© SWR/Rafael Krötz

Das ARD Radiofestival ist eine Chance für die Hörerinnen und Hörer in den Sendegebieten der Landesrundfunkanstalten, weil sie damit ein sehr attraktives Musik- und Wortprogramm empfangen können, das sie weit über ihr jeweiliges Sendegebiet hinausführt. Jeden Tag sind ab 20.05 Uhr (zuweilen, etwa bei den Bayreuther Festspielen, auch früher) Konzerte von nationalen oder internationalen Festivals von höchster Qualität zu hören, vielfach live. Die Musikredaktionen der Kulturradios haben hier gemeinsam das Beste vom Besten herausgesucht. Anschließend gibt es eine nach wie vor ganz außergewöhnliche Wortproduktion: „Die Buddenbrooks“, gelesen von Gert Westphal. Es folgt eine attraktive Jazz-Strecke. Schließlich sind Wortdokumente aus 60 deutschen Jahren zu hören. Am Beginn des darauf folgenden ARD-Nachtkonzerts steht ein Gedicht aus der faszinierenden ARD-Produktion „Lauter Lyrik. Der Hör-Conrady“. Hier wurden ganz bewusst zeitgenössische Gedichte der deutschen Nachkriegszeit ausgewählt. Denn den musikalischen Beginn machen dann nach Mitternacht jeweils herausragende Musikproduktionen aus 60 deutschen Jahren. Mit dem ARD Radiofestival und dem anschließenden ARD-Nachtkonzert bieten die Kulturradios ein höchst attraktives Abend- und Nachtprogramm, das gerade während der Sommerwochen viele begeisterte Zuhörer finden wird.

Das ARD Radiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass ihre Arbeit auch in Zukunft gebraucht, uneingeschränkt hochgeschätzt und angemessen honoriert wird. Hinsichtlich des finanziellen Umfangs der Honorare bringt das ARD Radiofestival den Hörfunkautoren weder Einbußen noch Zugewinne. Die meisten ARD-Kulturradios senden in den Sommerwochen seit langem ein besonders kostengünstiges Programm. Es gibt sogar Kulturradios, für die das ARD Radiofestival wegen des Wortanteils Mehrkosten mit sich bringt. Bei den Kulturradios, die bisher auch während der Sommerwochen regelmäßige Wortsendungen wie Feature, Essays und Hörspiele im Abendprogramm nach 20.00 Uhr hatten, sind die Einsparungen aufgrund des ARD Radiofestivals etwa so hoch wie die tariflich vereinbarten Honorarsteigerungen, beide liegen zwischen 2 und 3 Prozent. Bei einer derzeitigen Inflationsrate von 0 Prozent ändert sich für die Hörfunkautoren insgesamt also nichts. Sender wie der SWR, die beim ARD Radiofestival Einsparungen erzielen, investieren das eingesparte Geld im gleichen Programm an anderer Stelle.

Peter Boudgoust, Intendant des Südwestdeutschen Rundfunks und Vorsitzender der ARD ■

Monika Piel, WDR
© WDR

Das ARD Radiofestival ist eine Chance für die Hörerinnen und Hörer in unserem Sendegebiet, weil sie damit ein sehr attraktives Musik- und Wortprogramm empfangen können, das sie weit über ihr jeweiliges Sendegebiet hinausführt. Jeden Tag sind ab 20.05 Uhr (zuweilen, etwa bei den Bayreuther Festspielen, auch früher) Konzerte von nationalen oder internationalen Festivals von höchster Qualität zu hören, vielfach live. Die Musikredaktionen der Kulturradios haben hier gemeinsam das Beste vom Besten herausgesucht. Anschließend gibt es eine nach wie vor ganz außergewöhnliche Wortproduktion: „Die Buddenbrooks“, gelesen von Gert Westphal. Es folgt eine attraktive Jazz-Strecke. Schließlich sind Wortdokumente aus 60 deutschen Jahren zu hören. Am Beginn des darauf folgenden ARD-Nachtkonzerts steht ein Gedicht aus der faszinierenden ARD-Produktion „Lauter Lyrik. Der Hör-Conrady“. Hier wurden ganz bewusst zeitgenössische Gedichte der deutschen Nachkriegszeit ausgewählt. Den musikalischen Beginn machen dann nach Mitternacht jeweils herausragende Musikproduktionen aus 60 deutschen Jahren. Mit dem ARD Radiofestival und dem anschließenden ARD-Nachtkonzert bieten die Kulturradios ein höchst attraktives Abend- und Nachtprogramm, das gerade während der Sommerwochen viele begeisterte Zuhörer finden wird.

Das ARD Radiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass ihre Arbeit auch in Zukunft gebraucht, geschätzt und angemessen honoriert wird. Hinsichtlich des finanziellen Umfangs der Honorare bringt das ARD Radiofestival den Hörfunkautoren insgesamt gesehen weder Einbußen noch Zugewinne. Die meisten ARD-Kulturradios senden in den Sommerwochen seit langem ein besonders kostengünstiges Programm. Es gibt sogar Kulturradios, für die das ARD Radiofestival wegen des Wortanteils Mehrkosten mit sich bringt. Für den Jazz bedeutet das ARD Radiofestival sogar eine Ausweitung, denn viele ARD-Programme haben gar keinen Jazz im Angebot.

Monika Piel, Intendantin des Westdeutschen Rundfunks ■

Lutz Marmor, NDR
© NDR/Holde Schneider

Das gemeinsame Kulturradiofestival ist eine Chance für die Hörer in unserem Sendegebiet, weil sie die Vielfalt der regionalen Festivals in Deutschland und das internationale Festivalgeschehen unmittelbar am Radio miterleben können. Wer im Norden hat schon die Gelegenheit, das „Internationale Bodenseefestival“ oder die „Tage alter Musik Regensburg“ oder die Saisoneröffnung der Berliner Philharmoniker zu besuchen. Das gilt vermutlich auch für das „Mikkelifestival“, Finnland oder das Festival im südspanischen Granada – von Bayreuth, den Salzburger Festspielen oder den Wiener Festwochen mit ihren knappen Kartenkontingenten gar nicht zu sprechen. Indem sich neun Sender zusammentun, kommen viele neue Spielorte und Bühnen hinzu.

Das gemeinsame Kulturradiofestival bedeutet für Hörfunkautoren der Musikredaktionen, dass sie für ihre sehr aufwändig gebauten Beiträge für die Pausen bei Live-Übertragungen ein bundesweites Publikum haben. Weil NDR Kultur über 40 Jahre lang Mitveranstalter der Internationalen Musikfestspiele/IMF war, haben Feature und Hörspiel traditionell eine Sommerpause.

Lutz Marmor, Intendant des Norddeutschen Rundfunks ■

Dagmar Reim, rbb
© Bernd Lammel, 2003

Das ARD Radiofestival ist eine Chance für die Hörerinnen und Hörer in den Sendegebieten der Landesrundfunkanstalten, weil sie damit ein sehr attraktives Musik- und Wortprogramm empfangen können, das sie weit über ihr jeweiliges Sendegebiet hinausführt. Jeden Tag sind ab 20.05 Uhr (zuweilen, etwa bei den Bayreuther Festspielen, auch früher) Konzerte von nationalen oder internationalen Festivals von höchster Qualität zu hören, vielfach live. Die Musikredaktionen der Kulturradios haben hier gemeinsam das Beste vom Besten herausgesucht. Anschließend gibt es eine nach wie vor ganz außergewöhnliche Wortproduktion: „Die Buddenbrooks“, gelesen von Gert Westphal.

Weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Intendantenstatements

Es folgt eine attraktive Jazz-Strecke. Schließlich sind Wortdokumente aus 60 deutschen Jahren zu hören. Am Beginn des darauf folgenden ARD-Nachtkonzerts steht ein Gedicht aus der faszinierenden ARD-Produktion „Lauter Lyrik. Der Hör-Conrady“. Hier wurden ganz bewusst zeitgenössische Gedichte der deutschen Nachkriegszeit ausgewählt. Denn den musikalischen Beginn machen dann nach Mitternacht jeweils herausragende Musikproduktionen aus 60 deutschen Jahren. Mit dem ARD Radiofestival und dem anschließenden ARD-Nachtkonzert bieten die Kulturradios ein höchst attraktives Abend- und Nachtprogramm, das gerade während der Sommerwochen viele begeisterte Zuhörer finden wird.

Das gemeinsame Kulturradiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass sich im Prinzip für sie nichts ändert. Das Auftragsvolumen des rbb für die Autorinnen und Autoren von kulturradio bleibt von dieser Kooperation unberührt. Ohnehin hatten wir in den vergangenen Jahren während der Sommermonate so gut wie keine exklusiven Produktionen.

Dagmar Reim, Intendantin des Rundfunks Berlin Brandenburg ■

Das gemeinsame Kulturradiofestival ist eine Chance für die Hörer in unserem Sendegebiet, weil sie damit ein sehr attraktives Musik- und Wortprogramm empfangen können, dass sie weit über das jeweilige Sendegebiet hinausführt. Jeden Tag sind ab 20.05 Uhr (zuweilen, etwa bei den Bayreuther Festspielen, auch früher) Konzerte von nationalen oder internationalen Festivals von höchster Qualität vielfach live zu hören, unter anderem auch das Eröffnungskonzert des Bremer Musikfestes. Die Musikredaktionen der Kulturradios haben hier gemeinsam

Dirk Hansen, Radio Bremen
© Radio Bremen

das Beste vom Besten herausgesucht. Anschließend gibt es eine nach wie vor ganz außergewöhnliche Wortproduktion: „Die Buddenbrooks“, gelesen von Gert Westphal. Es folgt eine attraktive Jazz-Strecke. Schließlich sind Wortdokumente aus 60 deutschen Jahren zu hören. Am Beginn des darauf folgenden ARD-Nachtkonzerts steht ein Gedicht aus der faszinierenden ARD-Produktion „Lauter Lyrik. Der Hör-Conrady“. Hier wurden ganz bewusst zeitgenössische Gedichte der deutschen Nachkriegszeit ausgewählt. Denn den musikalischen Beginn machen dann nach Mitternacht jeweils herausragende Musikproduktionen aus 60 deutschen Jahren. Mit dem ARD Radiofestival und dem anschließenden ARD-Nachtkonzert bieten die Kulturradios ein höchst attraktives Abend- und Nachtprogramm, das gerade während der Sommerwochen viele begeisterte Zuhörer finden wird.

Das ARD Radiofestival bedeutet für Hörfunkautoren, dass ihre Arbeit auch in Zukunft gebraucht, uneingeschränkt hochgeschätzt und angemessen honoriert wird. Hinsichtlich des finanziellen Umfangs der Honorare bringt das ARD Radiofestival den Hörfunkautoren weder Einbußen noch Zugewinne. Die meisten ARD-Kulturradios senden in den Sommerwochen seit langem ein besonders kostengünstiges Programm. Es gibt sogar Kulturradios, für die das ARD Radiofestival wegen des Wortanteils Mehrkosten mit sich bringt. Bei den Kulturradios, die bisher auch während der Sommerwochen regelmäßige Wortsendungen wie Feature, Essays und Hörspiele im Abendprogramm nach 20.00 Uhr hatten, sind die Einsparungen aufgrund des ARD Radiofestivals etwa so hoch wie die tariflich vereinbarten Honorarsteigerungen, beide liegen zwischen 2 und 3 Prozent. Bei einer derzeitigen Inflationsrate von 0 Prozent ändert sich für die Hörfunkautoren insgesamt also nichts. Einsparungen, die Radio Bremen beim ARD Radiofestival erzielt, werden wieder ins Programm investiert.

Dirk Hansen, Programmdirektor von Radio Bremen ■

Einen Stein ins Rollen gebracht

Die Thüringer Bibliotheken ein Jahr nach der Verabschiedung des ersten Landesbibliotheksgesetzes • Von Frank Simon-Ritz

Am 4. Juli 2008 verabschiedete der Thüringer Landtag mit den Stimmen der CDU-Mehrheit das erste deutsche Landesbibliotheksgesetz. Der Rückblick nach einem Jahr ist für unseren Autor zugleich ein Rückblick auf eine insgesamt sechsjährige Amtszeit als Vorsitzender des Thüringer Bibliotheksverbands, die am 30. Juni 2009 endete.

Unter Bibliothekarinnen und Bibliothekaren in Thüringen sowie unter aufmerksamen Beobachtern der kulturellen Entwicklung in diesem Bundesland herrscht ein Jahr nach der Verabschiedung des ersten deutschen Landesbibliotheksgesetzes Ratlosigkeit. „Wozu die ganze Aufregung des Frühsommers 2008?“ fragt man sich und erinnert sich z.B. an die mehrstündige Anhörung, die der Wissenschaftsausschuss des Thüringer Landtags im Mai 2008 zu den beiden konkurrierenden Gesetzentwürfen der Regierungsfraktion der CDU und der Oppositionsfraktionen der Linken und der SPD durchgeführt hatte (vgl. *puk* 04/08). Weitestgehend Übereinstimmung herrschte damals unter den Anzuhörenden, dass man der CDU nahe legte, Nachbesserungen an ihrem Entwurf vorzunehmen. Insbesondere Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, wies nachdrücklich daraufhin, dass der CDU-Entwurf zu kurz griff. „Sie setzen zu einem Sprung an“, sagte er an die Adresse der CDU-Kulturpolitiker gerichtet, „aber sie springen nicht wirklich.“ Eine ernsthafte Bereitschaft, den eigenen Entwurf noch einmal zu überdenken, war in der Mehrheitsfraktion allerdings nicht vorhanden und so hat man das Gesetz kaum fünf Wochen nach der Anhörung ohne große Veränderungen verabschiedet.

Zumindest auf der Seite der CDU herrschte zum damaligen Zeitpunkt und herrscht bis heute große Zufriedenheit mit dem verabschiedeten Gesetz. In der Plenardebatte erklärte der gerade ins Amt berufene Kultusminister Bernward Müller: „Wir schaffen auf gesetzlicher Basis die Rahmenbedingungen der Bibliotheksförderung und Bibliotheksfinanzierung.“ Zu diesem hohen Anspruch passt es gut, dass die CDU in ihrem Wahl- bzw. Regierungsprogramm für die Landtagswahl am 30. August 2009 erklärt: „Mit dem ersten Bibliotheksgesetz Deutschlands haben wir Maßstäbe für die Lesekultur gesetzt.“

Im Grunde sind es drei Kriterien, die als Maßstab für den Erfolg – oder Misserfolg – des Thüringer Bibliotheksgesetzes herangezogen werden können. Zum einen bestand eine Grundintention der Gesetzesinitiative darin, die rechtliche Stellung insbesondere der Öffentlichen Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft zu stärken. Zum anderen sollten mit dem Gesetz Regelungen für ein dauerhaftes finanzielles Engagement des Landes für die überwiegend von den Kommunen getragenen Öffentlichen Bibliotheken getroffen werden. Und schließlich war es insbesondere die Formulierung „Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen“ in § 3 des Thüringer Bibliotheksgesetzes, die auf allen Seiten auf Zustimmung gestoßen ist. Auch hier ist zu fragen, ob dies im bibliothekarischen Alltag fruchtbar geworden ist.

In der Landtagsdebatte am 4. Juli 2008 verteidigte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jörg Schwäblein, dass mit dem zu verabschiedenden „Bibliotheksrechtgesetz“ keine verbindlichen finanziellen Regelungen verbunden seien. Für durchaus möglich hielt er es, dass mit dem nächsten Doppelhaushalt 2010/11 ein „Förderprogramm“ verabschiedet werde, „um die Bestandserneuerung in der Kommune zu befördern“. Von einer finanziellen Besserstellung sind die Öffentlichen Bibliotheken in Thüringen ein Jahr nach der Verabschiedung des Gesetzes weit entfernt. Die finanzielle Förderung durch das Land lag bis 2007 bei 350.000 Euro pro Jahr. Mit dem Doppelhaushalt 2008/09 wurde die Zweckbindung dieser Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs aufgehoben. Sozusagen als Auffangbecken wurde im Etat des Kultusministeriums ein Titel zur „Schwerpunktförderung im Bereich der Breitenkultur“ eingerichtet, der 2008 und 2009 mit jeweils 2,17 Mio. Euro ausgestattet ist. Diese Fördermittel kommen sowohl den Bibliotheken als auch den Musikschulen und Jugendkunstschulen zugute. Für die Öffentlichen Bibliotheken addierten sich die Fördermittel aus diesem Topf im Jahr 2008 insgesamt auf knapp 490.000 Euro. Wenn es gelungen wäre, dies zu verstetigen, hätte man durchaus davon sprechen können, dass sich die Tatsache der Verabschiedung des Bibliotheksgesetzes positiv auf die Finanzausstattung der Bibliotheken ausgewirkt hat.

Die Vorzeichen für das Jahr 2009 sehen allerdings anders aus. Die bisher bewilligten Fördermittel für Öffentliche Bibliotheken addieren sich lediglich auf 280.000 Euro. Gegenüber 2007 würde das eine Absenkung um 20 % bedeuten. Das Signal, das mit dieser Bewilligungspraxis verbunden ist, ist für die Bibliotheksvertreter in Thüringen derzeit nicht nachvollziehbar.

Fassade der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in restauriertem Zustand, Juli 2007. © Klassik Stiftung Weimar

Bleibt also die Formulierung „Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen“, von der möglicherweise richtungweisende Signale für die Bibliotheken in Thüringen ausgegangen sind. Die Hoffnung auf positive Wirkungen wurde noch dadurch unterstrichen, dass die Bibliotheken Ende Januar 2009 Post vom damaligen kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Jörg Schwäblein, erhielten. Dieser forderte die Bibliotheken ausdrücklich dazu auf, sich mit Anträgen an Förderprogrammen zu beteiligen, die bislang ausdrücklich nur die Förderung unmittelbarer schulischer Aktivitäten vorsahen.

Bislang sind mir allerdings keine Projekte bekannt, die auf diesem Weg gefördert werden. Dass es hier nicht wirklich Absprachen zwischen der Fraktion und dem Kultusministerium gab, zeigte die Fachtagung „Bibliothek – Schule – Schulbibliothek“, die das Kultusministerium und das Thüringer Institut gemeinsam mit dem Thüringer Bibliotheksverband am 25. Februar 2009 veranstalteten. Auf Initiative des Bibliotheksverbands hatten das Kultusministerium und der Verband bereits 2005 eine Kooperationsvereinbarung „Schule und Bibliothek“ abgeschlossen. Für den Bibliotheksverband ist mit dieser Vereinbarung der möglicherweise größte Erfolg der Arbeit der vergangenen Jahre verbunden. In insgesamt 40 Kommunen wurden über 140 konkrete Vereinbarungen zwischen einzelnen Bibliotheken und einzelnen Schulen geschlossen. Eine gesonderte Förderung für diese überaus erfolgreiche Arbeit hat es – auch wenn der Bibliotheksverband dies seit 2005 immer wieder gefordert hat – bislang nicht gegeben. Und auch von der Erfurter Tagung Ende Februar 2009 gingen keine positiven Signale in diese Richtung aus. Gerade in der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bibliotheken würden vielfältige Möglichkeiten bestehen, die Lesekultur tatsächlich zu fördern.

Keine konkreten Ansätze gibt es bislang auch zu einer „Bibliotheksentwicklungsplanung“, die in dem verabschiedeten Gesetz im Zusammenhang mit der Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken ausdrücklich angesprochen wird. In Thüringen gibt es einen Bibliotheksentwicklungsplan für die Öffentlichen Bibliotheken, der aus dem Jahr 1999 stammt. Der Bibliotheksverband hat seine Bereitschaft signalisiert, hier an einer Fortschreibung mitzuwirken, an der allerdings auch der Gemeinde- und Städtebund sowie der Landkreistag beteiligt sein sollten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Thüringer Bibliotheksgesetz – wie es ihm an seiner Landtagswiege vorhergesagt wurde – in der Praxis so gut wie keine Wirkungen entfaltet hat. Eine wichtige Lehre für vergleichbare Initiativen in anderen Bundesländern besteht darin, dass ein Gesetz, das den Bibliotheken und der Lesekultur wirklich helfen soll, über das Thüringer Gesetz deutlich hinausgehen muss.

Der Verfasser ist seit 1999 Direktor der Universitätsbibliothek Weimar. Von 2003 bis 2009 fungierte er als Vorsitzender des Landesverbands Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband, von 2006 bis 2008 zusammen mit Matthias Biskupek als Sprecher des Thüringer Literaturrats. ■

UNESCO – Mehr als nur Kultur, aber weniger als nur Politik

Vor der Wahl des neuen Generaldirektors im Herbst 2009 • Von Andreas Westerwinter

Die Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird im Herbst 2009 einen neuen Generaldirektor wählen. Seit dem Schluss der offiziellen Nominierungsfrist am 31. Mai 2009 gibt es neun offizielle Kandidaten, die von Mitgliedsstaaten vorgeschlagen wurden. Darunter vier Frauen. Es ist also möglich, dass die UNESCO zum ersten Mal eine neue Generaldirektorin bekommt. Dies wäre an der Zeit, murmeln einige Beobachter. Ebenso sei es an der Zeit, einen Generaldirektor aus Osteuropa oder der arabischen Welt zu wählen, wiederholen zunehmend interessierte Parteien aus diesen Weltregionen.

Laut wurde es neulich, als ein Aufruf französischer Intellektueller deutlich zum Ausdruck brachte, der nächste Chef der Weltkulturorganisation dürfe kein Antisemit sein. Selten hat sich die doch biedere Weltkultur- (plus Bildungs-, Wissenschaft-, und-und-und-)Organisation soviel Aufsehen in der deutschen und internationalen Presse erregt. Was in Deutschland jedoch mehr ins Feuilleton verbannt wurde, erreichte in anderen Ländern durchaus sofort die politischen Seiten der Tagespresse.

Diplomaten in Paris (und anderen UN-Haupt- und Nebensitzen der Welt) reden sich schon seit Monaten die Köpfe heiß und die Herzen schwer von dem, was denn da kommen mag, sollten die Wahlen im Herbst 2009 das Unglaubliche wahrmachen, nämlich einen politisch kontroversen Kandidaten zu wählen.

Die Interessen der 193 Mitgliedstaaten an der UNESCO sind ungefähr so verschiedenartig, wie es Mitglieder gibt. Es geht eben nicht nur um Kultur, Wissenschaft und Bildung, denn die UNESCO ist Teil der großen UN Familie, wo Realpolitik und Scheindiplomatie natürlich in strengem Konkurrenzkampf stehen. Ein Schelm, der meint, die Weltkultorganisation sei ein Ort der Kulturschaffenden. In Wirklichkeit geht es hier wie anderswo um Machtpositionen, auch wenn man nur mühsam Legionen zählen kann oder die ausgeübte Macht sonst beweisen kann.

Die Arbeit der UNESCO ist subtil oder oftmals bürokratisch unscheinbar und damit nicht journalistisch verwertbar. Wenn seit Jahren Experten des Denkmalschutzes sich kollektiv und universal den Kopf darüber zerbrechen, wie denn historische Kulturlandschaften zu beschützen seien, dann erreicht man nur die Öffentlichkeit, wenn dann dieses Expertengremium letztlich beschließt, Dresden auf die Rote Liste zu setzen. Wenn die UNESCO über Jahrzehnte hinweg versucht, Tsunamifrühwarnsysteme in den Weltmeeren einzurichten, dann erreicht das nur die Presse, wenn diese Systeme wie 2006 im Indischen Ozean aus Geldgründen noch nicht eingerichtet wurden. Stille Arbeit in der Bildungspolitik weltweit würde in Entwicklungshilfegeberländern nur dann außerhalb der Spezialistenkreise wahrgenommen, wenn ein westliches Land es wagen würde, vermeintliche Rückschritte in der afghanischen Bildungspolitik für Mädchen und junge Frauen öffentlich durch die UNESCO verurteilen zu lassen, wie es kürzlich versucht, aber rasch politisch-diplomatisch unterbunden wurde.

Aber auch beim Weltkulturerbe, bei der Bildung oder der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sind nicht nur Experten, sondern auch Diplomaten am Werk. Leicht kann es da passieren, dass ein Land dem anderen vorschlägt, doch einen „deal" zu machen, um auch noch den einen oder anderen Ort zu retten (vor der Liste). Oder aber es sind rein politische Gespräche, die hinter dem Vorwand „Weltkuturerbe" ausgetragen werden, wie es oftmals im Fall von Weltkulturerbestätten im Mittleren Osten der Fall ist. Und hier liegt eines der Probleme mit der Kandidatur Faruk Hosnis, aber auch einiger anderer Kandidaturen.

Was ist passiert? Mittlerweile haben alle internationalen Zeitungen über die „Ausrutscher" des langjährigen ägyptischen Kulturministers berichtet. Auch Gegeninterviews wurden gegeben und es scheint sich mittlerweile eine Diskussion zu entwickeln, welche die UNESCO-Generaldirektorenwahl auf eine Art Kulturkampf zwischen Ost und West (lies Pro oder Anti-Israel) zuspitzt. Seit einigen Monaten schon ist aus arabischen und besonders ägyptischen Quellen zu hören, dass eine Ablehnung Hosnis nicht nur ein Affront gegen die arabische Welt, sondern ein Zeichen des Westens wäre, keinen Dialog mit dem Mittleren Osten zu suchen.

Die Kandidatur der jetzigen österreichischen Außenkommissarin der EU, Benita Ferrero-Waldner, die nur wenige Tage vor Schlussdatum bekannt wurde, hat dann auch noch extra Öl ins Feuer gegossen. Böse Stimmen von akuten Beobachtern der Situation in Paris sagen vermehrt öffentlich, dass dem Westen wohl nichts Besseres eingefallen sei, als gegen den vermeintlichen arabischen Bücherverbrenner ausgerechnet eine österreichische (bald Ex-)Kommissarin aufzustellen, die sich zuvor in Wien mit dem rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Jörg Haider in Koalitionsehen wohlfühlte. Bilder der Türken vor Wien werden hier aufgerufen, die der UNESCO in jeglicher Hinsicht nur schädlich sein können. Die österreichische Presse macht es der Kandidatin nicht einfacher. Sie schreibt täglich über den Wunsch der der ÖVP, Frau Ferrero-Waldner aus Brüssel hinwegzubefördern, um einen Kommissarsposten für einen neuen Kandidaten freizumachen, nachdem Herr Barroso Frau Ferrero-Waldner nicht den Posten zugestehen wollte, mit dem diese liebäugelte. Zur weltpolitischen Gemengelage gesellt sich nun auch noch wienerische Personalpolitik, die eine Wahlentscheidung nie leicht macht.

UNESCO-Welttag des Buches: Luftballons, Literatur und Lesungen **©UNESCO/Sigird Stange**

Was passiert nun? Im September 2009 werden die 58 Mitglieder des UNESCO-Exekutivrates alle Kandidaten in geschlossener Sitzung interviewen. Vorher müssen alle ein „Vision Document" von maximal 2000 Wörtern einreichen, das einige Ideen für eine UNESCO der Zukunft vorlegen soll. In geheimer Sitzung werden dann die Kandidaturen besprochen und in ebenfalls geheimer Abstimmung geht es an die Wahl. Es ist üblich in UN-Kreisen, dass Wahlversprechen zwischen Ländern und Stimmentausch für verschiedene UN-Posten das Wahlverhalten im ersten Wahlgang determinieren. Nach dem Motto „Stimmst Du für mich bei der UNESCO, wähle ich Dich bei der Welthandelsorganisation" werden so die Qualitäten der Kandidaten für einen Posten oftmals in die zweite Reihe der Entscheidungskriterien abgeschoben.

„Geopolitische" Konsiderationen rücken bei Wahlentscheidungen in der UN oftmals in den Vordergrund, so wie es der brasilianische Außenminister Amorim öffentlich in der nationalen Presse angedeutet hat, sobald er erklären musste, warum sein Land keinen Brasilianer vorschlagen wollte, sondern öffentlich den ägyptischen Kandidaten unterstütze. Ähnliches ging durch die französische Presse, als Jack Lang mehrmals Faruk Hosni als besten Kandidaten apostrophiert hatte. Es wird heute von ägyptischer Seite ständig betont, man habe die Unterstützung Sarkozys für den Kandidaten aus Kairo, was dann ebenso penetrant vom Sprecher des Quai d'Orsay dementiert wird. Es wird ebenfalls betont, die französisch-ägyptischen Vereinbarungen gingen auf die Bestellung Dominique Strauss-Kahns zum Chef des Weltwährungsfonds zurück, wo kurz darauf der Neffe Boutros-Boutros Ghalis und Finanzminister Ägyptens auf den politisch wichtigsten Posten im Führungsgremium gewählt wurde. Andere Stimmen sagen, die französischen Sorgen um die Zukunft der Mittelmeerunion (Vizevorsitzender ist Hosni Mubarak) hätten vor zwei Jahren bereits eine vage Zustimmung Frankreichs für Faruk Hosni motiviert, die nun von den Ägyptern als ernsthaftes Eheversprechen interpretiert werde. Wo immer auch die Wahrheit liegt, es gibt endlose Kombinierungsmöglichkeiten für Stimmentausch, die die Kampagnenmanager der amerikanischen Präsidentschaftswahlen vor Neid erblassen lassen. Und sollten die Franzosen das Versprechen nicht einhalten, werden die Ägypter ganz sicher die Zurückführung des Obelisken von der Place de la Concorde verlangen, was die Italiener gerade mit Aksum so gut vorgezeigt haben (dank stiller Diplomatie der UNESCO).

Sollte im ersten Wahlgang ein Kandidat 30 Stimmen erhalten, ist er oder sie gewählt. Da dies höchst unwahrscheinlich ist, kann es noch drei weitere Wahlgänge geben, in denen sich Kandidaten zurückziehen oder selbstbewusst im Rennen bleiben können, egal wie viele Länder sie haben mobilisieren können. Und hier wird es spannend: Nun ist es an der Zeit, Stimmenübertragungen zu verhandeln und unter Umständen auch einen eventuellen Posten für den sich zurückziehenden Kandidaten zu sichern. Nur in einem eventuellen fünften Wahlgang werden die beiden bestplatzierten Kandidaten direkt gegeneinander aufgestellt, um eine eindeutige Nominierung für die Generalkonferenz der UNESCO im Oktober 2009 zu ermöglichen. Diese bestätigt dann mit allen 193 wahlberechtigten Ländern entweder die Nominierung oder aber verlangt innerhalb von 48 Stunden einen neuen Kandidatenvorschlag des Exekutivrates, sollte der Kandidat oder die Kandidatin nicht eine deutliche Mehrheit erhalten. Einige Länder haben schon deutlich gemacht, dass sie einer Nominierung Hosnis durch die Generalkonferenz nicht zustimmen werden.

Wer hält still? Wer sollte handeln? Wer wird wohl nicht handeln? Das Ganze wird ein Pokerspiel, das Nerven, Gefühl, Charme und handfesten Druck aus Hauptstädten braucht, um sich letztlich durchzusetzen. Zyniker sagen, dies sei alles nur Salondiplomatie, wenn es in Wirklichkeit doch um eine wichtige Möglichkeit geht, die UN aus einer weiteren Sackgasse herauszumanövrieren.

Und was tut all das zur Sache und was steht eigentlich auf dem Spiel? Die Wahl eines politisch kontroversen Generaldirektors wird auf Jahre hinaus die UNESCO blockieren. Viele Reformen, die der jetzige Generaldirektors Matsuura in den letzten Jahren errungen hat, wären auf einmal verloren. Doch nicht nur ein politisch kontroverser Kandidat kann der UNESCO gefährlich werden. Ein unerfahrener Manager wird Monate brauchen, um den Bürokratiedschungel der UNESCO durchforsten zu können und es ist unwahrscheinlich, dass ein Kandidat ohne internationale Erfahrung die internen Machtspiele um neue Posten oder alte Programme verstehen wird, wenn sich zu viele Insider anbieten, dem neuen Generaldirektor den Weg zu weisen.

Wer steht denn nun zur Wahl und was haben die Kandidaten vorzubringen?

Faruk Hosni ist seit über zwei Jahrzehnten Kulturminister in Ägypten. Er selbst stellt eine lange Liste von Ergebnissen vor, die er erreicht habe. Kritiker halten ihm jedoch vor, dass die großen Kulturprojekte, die er mit Hilfe der UNESCO hätte realisieren sollen – wie das Große Museum der ägyptischen Zivilisation – um Jahre verspätet sind und auch in naher Zukunft noch nicht das Licht der Welt erblicken werden. Korruptionsaffairen im Ministerium haben regelmäßig die Presse beschäftigt, wenn auch nicht überrascht. Abgesehen von politischen Kontroversen stellt sich auch die Frage, ob Hosni als UNESCO-Chef ein Jahresbudget von gut 500Mio Euro verwalten können wird. Hosni selbst hat *Benita Ferrero Walder* als die stärkste Gegenkandidatin ausgemacht. Beobachter sagen, dies sei nicht ohne die Hoffnung geschehen,

Weiter auf Seite 8

Kratzer an der UNESCO

Die UNESCO war in den letzten Jahren vor allem positiv besetzt. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen (Konvention Kulturelle Vielfalt) erschien vielfach als das Allheilmittel gegen die Liberalisierung der Kulturmärkte durch das GATS-Abkommen und als Appell zu mehr kultureller Vielfalt in Deutschland. Kaum ein politischer Akteur, der nicht die Förderung der kulturellen Vielfalt beschworen hat.

Nun zeigen sich Kratzer an der UNESCO. Die Mühen der Ebenen zur Umsetzung der Konvention Kulturelle Vielfalt sind tatsächlich Mühen. Soll die Konvention Kulturelle Vielfalt wirklich Wirkung entfalten, darf es nicht bei Appellen bleiben. Jetzt sind die Kulturpolitiker in den Verbänden gefragt, für ihr Arbeitsfeld deutlich zu machen, welche Umsetzungsschritte erforderlich sind. *Max Fuchs* zeigt den Kontext dieses Umsetzungsprozesses auf.

Die Auseinandersetzung um den Posten des nächsten UNESCO-Generaldirektors, der im Oktober dieses Jahres von der UNESCO-Vollversammlung gewählt wird, zeigt, dass es auch in der UNESCO um Machtkämpfe, um Proporze und um Einflussmöglichkeiten geht. *Andreas Westerwinter* befasst sich mit dem Thema. Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker des Deutschen Bundestags, *Wolfgang Börnsen, Uschi Eid, Monika Griefahn, Jan Mücke* und *Hans-Joachim Otto*, geben Auskunft, was ein künftiger UNESCO-Generaldirektor machen sollte und was er in keinem Fall tun darf.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 7

UNESCO – Mehr als nur Kultur

einen habsburgisch-arabischen Kulturkampf für sich auswerten zu können. Hinzukommen die Wiener Stimmen, die diese Kandidatur als personalpolitische Posse nach Europawahlen beschreiben. Und letztlich hat die österreichische Kandidatin mit einem rein praktischen Totschlagargument in der UN zu tun: Ihre Wahlgruppe 1, d.h. Westeuropa und Nordamerika habe schon zu viele Generaldirektoren der UNESCO gestellt und seien nun nicht mehr an der Reihe. Es sagen einige arabische Kollegen in Paris nicht ohne Süffisanz, als ehemalige Protokollchefin der UN in New York sollte die Kandidatin die ungeschriebenen Regeln der UN besser kennen. Hinzugesellen sich Stimmen aus westlichen Ländern, die Fragen nach der Motivation, aber auch Qualifikation stellen. Bedenken werden in Brüssel laut, wo diplomatische Stimmen sagen, der hochtrabende Titel „Außenkommissarin" sei ein bisschen schönfärberisch für eine Superprotokollchefin der EU-Kommission: Die wirkliche Außenpolitik werde durch den Spanier Xavier Solanas gemacht, das wirkliche Geld liege beim Belgier Louis Michel im Entwicklungsressort, die wirklichen handelspolitischen Wegweiser wurden durch den Briten Peter Mandelson gesetzt. Und alles andere sei eh Chefsache bei Manuel Barroso gewesen. Bei all dem blieb für die österreichische Juniorkommissarin nicht viel, was sie für die UNESCO hätte qualifizieren können. Und sie hätte sich eh unbeliebt gemacht, als sie „penetrant" die EU-Sanktionen gegen Österreich zur Zeit der ÖVP-Haider Koalition sanktionieren wollte.

Außer der arabischen Gruppe, gibt auch die Wahlgruppe 2 (Ost- und Mitteleuropa) zu bedenken, dass noch nie ein Generaldirektor der UNESCO von ihr bestellt worden sei. Hier gibt es zwei Kandidatinnen, die sich als Kennerinnen der UNESCO ausweisen wollen. Die Bulgarin *Irena Bokova* ist Botschafterin ihres Landes in Frankreich und gleichzeitig bei der UNESCO. Als Karrierediplomatin und kurzfristige Ministerin bringt sie sowohl Erfahrung als auch politische Unterstützung mit. Diese wird ihr aber auch angekreidet. Stimmen in Bulgarien, aber auch im Westen unterstreichen regelmäßig, dass sie ein Mitglied der kommunistischen Nomenklatura sei (Studium in Moskau in den 1970ern, Vater im Zentralkommittee der KP) und auch heute noch zu eng mit der jetzigen Regierung verbunden sei, die Brüssel regelmäßig für mangelnde Transparenz im Umgang mit EU-Geldern kritisiert wird (Bruder Filip ist Kabinettschef des Premiers in Sofia). Frau Bokova wird jedoch allgemein als erfahrene Diplomatin gelobt, die mit allen Interessierten in Konfliktsituationen reden kann.

Ebenfalls aus einem neuen EU-Mitgliedsstaat kommt *Ina Marciulionyte*. Eine politische Generation jünger als ihre bulgarische Konkurrentin, war die jetzige litauische Botschafterin sehr aktiv an der Unabhängigkeits- und Demokratiebewegung im eigenen Land in den späten 1980ers und frühen 1990ern beteiligt. Als Journalistin und Mitarbeiterin des Open Society Insitutes in Vilnius vertritt sie eine neue osteuropäische Politik, die sie als Vize-Ministerin im Kulturressort nahe an die UNESCO-Themen herangebracht hat. In Paris war sie ähnlich wie der jetzige UNESCO-Generaldirektor Präsidentin des Weltkulturerbekommittees und zurzeit Vize-Vorsitzende des UNESCO Exekutivrates. Kritiker sagen sie sei „zu jung", worauf die Kandidatin humorvoll antwortet, sie sei nur ein Jahr jünger als Obama und wolle ja auch keine Atomwaffen. Stimmen innerhalb der UNESCO beschreiben sie als die qualifizierteste Kandidatin aus technischer Perspektive aber auch als hart arbeitende Botschafterin, die in vielen Konfliktsituationen bereits hat eingreifen können.

Südamerika hat in der Person der Ekuadorianerin *Ivonne Baki* ebenfalls eine Frau nominiert. Frau Baki, ehemalige Ministerin und Botschafterin in Washington, libanesischen Ursprungs, wird von einigen als westliche Antwort auf Hosni gehandelt, die einen Kulturkonflikt vermeiden könnte. Viel ist über Frau Baki nicht bekannt. Sie wird bis Herbst 2009 Präsidentin des Parlamentes der Anden sein. Vereinzelte Stimmen in Südamerika und Washington werden jedoch lauter, die über „business deals" Fragen stellen, an denen die Kandidatin vielleicht beteiligt sei. Aber auch Stimmen, die einfach fragen, ob die Kandidatin denn überhaupt Managementqualitäten im Bereich Wissenschaft, Kultur, Bild aufzuweisen habe, außer selbst leidenschaftliche Malerin zu sein.

Ein Überraschungskandidat kam in der Person des russichen Vizeaussenministers *Alexander Jakowenko*. Russlands wohl erfahrenster multilateraler Karrierediplomat, der seit 1976 das UN-Geschäft bestens kennt und regelmäßig in Paris an UNESCO-Sitzungen teilnimmt. Ein genaues Programm hat Moskau noch nicht vorgelegt, jedoch haben sich in vergangen Jahren vor allem die westlichen Länder vermehrt den Kopf gezaust, als die Russen wiederholt vorschlugen, das UNESCO Wissenschaftsprogramme auch im Bereich der Energiepolitik zu stärken. Dem Westen liegt es nicht sonderlich, dass ein weiteres UN-Forum aufgemacht wird, wo Russland unter Umständen Diskussionen dem Wesen aufdrücken könnte, die dem nicht sehr lieb sind. Still wird auch gesagt, die Russen hätten sich mehrmals über die bulgarischen aber auch ägyptischen Äußerungen geärgert, Russland unterstütze deren Kandidatur. Wer ein diplomatischen „Nein" aus Moskau nicht vernehmen wolle, müsse es nun als praktisch hinnehmen, dass Russland keinen der Kandidaten unterstütze.

Zwei afrikanische Kandidaten haben sich ins Rennen geworfen. Man hört, um persönlich den Ägyptern klar zu machen, sie könnten nicht behaupten Faruk Hosni habe die Unterstützung ganz Afrikas. *Sospeter Mohongo* (Tanzania) ist Geologe und jetziger Regionaldirektor der Weltwissenschaftsdachorganisation ICSU. *Nouréini Tidjani-Serpos* (Benin) ist zurzeit Untergeneraldirektor der UNESCO für Afrikafragen. Von beiden wird erwartet, dass sie sich nach der ersten Runde zurückziehen werden, um zu verhindern, dass die Wahl auf Hosni fallen wird. Afrika ist ebenfalls nicht „an der Reihe" einen Generaldirektor zu stellen.

Ein wagemutiger algerischer Kandidat, *Mohamed Bejaoui* (nominiert von Kambodscha), bleibt in Rennen trotz angeblicher Bedrohungen gegen seine Person. „Es sei eine Ehrensache, an diesen Wahlen teilzunehmen", sagt der Mann, der in den 1930er Jahren Hölderlin durch seinen elsässischen Deutschlehrer hat lernen müssen, können, dürfen, wie er selbst sagt. Als ehemaliger Außenminister Algeriens und Präsident des International Gerichtshofes in Den Haag wird Bejaoui ebenfalls als einer der Kandidaten angesehen, die Hosni vor allem den Weg verbauen würden, auch wenn dies nicht öffentlich gesagt werden kann.

Es bleibt spannend in Paris.

Der Verfasser war Stellvertreter des Britischen Botschafters bei der UNESCO (2006-2009) ■

Wie sollte der künftige UNESCO-Generaldirektor sein?

Hans-Joachim Otto
© Büro H.-J. Otto

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin sollte in erster Linie durch seine bzw. ihre Arbeit und Persönlichkeit die Ziele der UNESCO und der Vereinten Nationen nachhaltig befördern und damit einen Beitrag für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt mit Hilfe von Bildung, Wissenschaft und Kultur leisten. Aus kulturpolitischer Sicht gehören hierzu insbesondere die Wahrung der kulturellen Vielfalt und des kulturellen Erbe sowie die Beförderung des interkulturellen Dialogs. Die Arbeit und die Persönlichkeit des Generaldirektors müssen dementsprechend von den Werten der Menschenrechte, der Toleranz und der Völkerverständigung getragen sein.

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin darf in keinem Fall durch seine bisherigen Arbeit oder seine Persönlichkeit Zweifel an der Eignung für die Verfolgung dieser Ziele oder an dem Vorhandensein der zuvor genannten Werte aufkommen lassen. Er (oder sie) darf auf keinen Fall unter fragwürdigen Umständen ins Amt kommen, sondern muss von einer ganz breiten Basis getragen werden. Durch seine Wahl darf die UNESCO weder direkt oder indirekt Schaden in ihrer Tätigkeit und ihrem Ansehen nehmen.

Hans-Joachim Otto, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags ■

Monika Griefahn
© Katja-Julia Fischer

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin sollte in erster Linie absolut offen sein für die kulturellen Leistungen und die kulturelle Vielfalt aller Mitgliedstaaten. Grundprinzipien ihres oder seines Handelns und damit grundlegende Qualifikation müssen die Achtung und der Respekt aller Kulturen der Menschheit sein, sowie die Garantie dieser Prinzipien in der Arbeit. Zugleich muss er bzw. sie versöhnen und ausgleichen und in dieser Rolle einen neutralen, vermittlenden Standpunkt einnehmen können. Denn zu den wesentlichen Aufgaben des Generaldirektors bzw. der Generaldirektorin gehört es, den Austausch und den kulturellen Dialog zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Letzendlich muss er bzw. sie für dieses Amt, welches auch ein administratives ist, in besonderer Weise dazu befähigt sein.

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin darf auf keinen Fall kulturelle Positionen ausgrenzen und mit einseitigen Ansichten provozieren. Für grundlegend wichtig halte ich zudem, dass der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin ein mehheitsfähiger Kandidat bzw. eine mehrheitsfähige Kandidatin ist, um nicht bereits vor Amtsantritt nachhaltig beschädigt zu sein.

Monika Griefahn, kultur- und medienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion ■

Jan Mücke
© FDP-Bundestagsfraktion

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin sollte in erster Linie die internationale Verständigung fördern, in dem die Kultur als verbindendes Element und gemeinsame Sprache gefördert wird. Um der Aufgabe gerecht zu werden, das Weltkulturerbe zu schützen und dessen positive Weiterentwicklung zu fördern, sollte dabei der verantwortungsvolle Umgang mit dem Weltkulturerbe genauso selbstverständlich sein, wie der respektvolle und sensible Umgang mit den dort lebenden Menschen. Sie oder er sollte vorurteilsfrei sein, ein verbindliches und integrierendes Wesen haben und sowohl im Bereich der Kultur als auch in den Bereichen der Erziehung, Bildung und Wissenschaft ideologiefrei im Sinne einer weltweiten, aufgeklärten Verständigung denken und handeln.

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin darf in keinem Fall religiöse, nationale oder persönliche Vorbehalte haben, verschiedene Kulturkreise wertend nebeneinanderstellen oder gar aus einer entsprechenden Rangfolge normative Handlungsanleitungen ableiten.

Jan Mücke, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion ■

Uschi Eid
© Büro Uschi Eid

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin sollte in erster Linie dafür sorgen, dass die UNESCO dazu beiträgt, dass Menschen- und Freiheitsrechte als Grundorientierung in Politik und Entwicklung verankert werden und an säkularen und rationalen Werten orientiert sind; in der „Bildung" z. B. Schulbuchrevisionen im Hinblick auf die Verankerung von Menschenrechtsbildung, Friedenssicherung und Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten befördern; sich bei der „Kommunikation und Information" für Pressefreiheit und Medienpluralismus einsetzen und Journalisten zur kritischen Berichterstattung befähigen; bei der „Wissenschaft" dafür sorgen, dass das Programm „Der Mensch und die Biosphäre" weiterentwickelt wird und die Erkenntnisse aus der Untersuchung „Millennium Ecosystem Assessment" sowohl bei der Beratung nationaler Wissenschafts- und Technologiepolitiken als auch in Aktivitäten der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung" einfließen.

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin darf in keinem Fall zulassen, dass der UNESCO-Leuchtturm „Welterbe" durch zunehmende Probleme beeinträchtigt wird und notwendige Reformen verschlafen werden; zulassen, dass über die Förderung und Überbetonung der kulturellen Vielfalt das Gemeinsame ▶

Wolfgang Börnsen
© Büro Börnsen/Deutscher Bundestag

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin sollte in erster Linie von der großen Mehrheit der 193 Vertragsstaaten als Brückenbauer anerkannt sein, zum Dialog der Kulturen und der Länder beitragen, eine eigene kulturpolitische Kompetenz besitzen.

Der künftige UNESCO-Generaldirektor bzw. die künftige UNESCO-Generaldirektorin darf in keinem Fall eine tief umstrittene Persönlichkeit sein.

Wolfgang Börnsen, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ■

▶und Verbindende zwischen den Kulturen vergessen wird; zulassen, dass die USA aus der UNESCO wieder aussteigen; zulassen, dass notwendige Organisationsreformen, wie stärkere Ausrichtung auf konkrete strategische Ziele, Begrenzung auf realistische Kernkompetenzen und transparente Haushaltsführung verschleppt werden.

Uschi Eid, Sprecherin für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag ■

Internationale und nationale Entwicklungen

Die Konvention zur kulturellen Vielfalt • Von Max Fuchs

Am 19. und 20. Mai 2009 fand im Goethe-Museum in Düsseldorf die 7. Arbeitskonsultation der Bundesweiten Koalition für kulturelle Vielfalt statt. Wie ist der Stand der Debatten auf internationaler Ebene, was tun die verschiedenen Organe und Netzwerke, und was geschieht im Hinblick auf die nationale Umsetzung? Diese Fragen betrafen den allgemeinen Teil des Treffens. Daneben lag ein besonderer Fokus auf zwei Themen: dem Beitrag der Kulturwirtschaft zur Umsetzung der Konvention und die Strategien zum Kulturaustausch speziell mit Entwicklungsländern.

Bewährt hat sich – wie bei den früheren Treffen – auch dieses Mal eine Kooperation mit lokalen Partnern: Das Goethe-Museum in Düsseldorf bot ein sehr gutes Ambiente. Dass unser Dichterfürst keine Abscheu vor den materiellen Dingen des Lebens hatte, ist bekannt. Man lese etwa seinen Briefwechsel mit Schiller, der sich zu einem Drittel mit kunstästhetischen Fragen befasst, ein weiteres Drittel könnte man unter „Tratsch" subsumieren (was tun die Schriftstellerkollegen und was hält man davon?). Ein letztes Drittel widmet sich dem Austüfteln von neuen Projekten. Hier geht es um Einnahmen, vor allem um solche, die Schiller dringend brauchte. Die Organisation des Treffens lag in den überaus engagierten Händen von CIAM, dem Internationalen Zentrum für Internationales Kunstmanagement in Düsseldorf/Köln, wobei die Studierenden bei dem kreativen „Wake Up Call" des zweiten Tages zeigten, dass Kunstmanagement auch sehr viel mit Kunst zu tun haben kann. Es bekam zudem das Nachwuchsförderprogramm „U40 – kulturelle Vielfalt 2030" die Gelegenheit, den eigenen Diskurs zur Konvention zu präsentieren. Dieses Programm – die Idee stammt aus der Deutschen UNESCO-Kommission – hat sich zu einem veritablen Netzwerk engagierter jüngerer Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern entwickelt, dem inzwischen sogar ein Anhörungsrecht bei den zentralen Steuerungsgremien der Konvention gewährt wird. Eine sehr gute Idee also, die sich offensichtlich bewährt.

Christine Merkel von der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) gab einen eindrucksvollen Überblick über die zahlreichen Aktivitäten und die – nicht immer konfliktfreien – Diskurse bei der Einrichtung der verschiedenen Organe der Konvention. Dabei überrascht wieder einmal die Schnelligkeit dieses Prozesses. War es schon eine Sensation, dass ein konsensfähiger Konventionstext bereits nach einem Jahr vorlag und dass es innerhalb kürzester Zeit die notwendigen 30 Ratifizierungen gab, so dass die Konvention in Kraft gesetzt werden konnte (inzwischen sind fast 100 Staaten Mitglied), wurden jetzt – ebenfalls in rekordverdächtiger Zeit – Umsetzungsrichtlinien entwickelt, die bei der nächsten Vertragsstaatenkonferenz (dem obersten Organ der Konvention) im Juni dieses Jahres verabschiedet wurden. Diese Geschwindigkeit ist beeindruckend, allerdings auch notwendig. Denn die Zeit läuft. So sind die ersten Umsetzungsberichte der Mitgliedsstaaten (Art. 9a) bereits 2011 vorzulegen.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Konvention kann man unterschiedliche Beobachtungen machen.

1. Es gibt auf der internationalen Ebene eine ausgesprochen produktive Geschäftigkeit im Hinblick auf die Implementierung. Dabei gibt es – wie die Sitzungsprotokolle und Berichte zeigen – durchaus handfeste Auseinandersetzungen etwa rund um den einzurichtenden Fonds zur Unterstützung bedürftiger Länder. Es gibt zudem auf internationaler Ebene ein offensichtlich gut funktionierendes System unterschiedlicher, z.T. zivilgesellschaftlicher Netzwerke, die sich aktiv in die Debatten einmischen und in denen die deutsche Seite gut aufgestellt ist.
2. Auf nationaler Ebene ist allerdings im vergangenen Jahr seit der letzten Arbeitskonsultation in Neukölln eine gewisse Ermüdung – etwa im Vergleich zu der fast euphorischen Anfangszeit – eingetreten. Dies hat z.T. objektive Gründe, die etwa darin liegen, dass es noch keine Umsetzungsrichtlinien gab. Wie sollte man auch initiativ werden, wenn unsicher war, ob eigene Vorstellungen von kultureller Vielfalt und möglichen Regelungen den geplanten Umsetzungsrichtlinien überhaupt entsprechen?
3. Die inzwischen eingetretene nationale Abkühlung, die von mehreren Düsseldorfer Diskutanten angesprochen wurde, hat allerdings auch mit der Ausdifferenzierung der Diskurse rund um die Konvention zu tun.

Hierzu einige Überlegungen. Ausgangsmotivation für eine solche Konvention waren – gerade bei den kanadischen Kollegen, die sogar schon 2002 einen ersten eigenen Entwurf präsentierten – die Ängste vor einer Überrollung durch die aggressive US-amerikanische Kulturwirtschaft. Es ging weniger um geisteswissenschaftliche Diskurse über Vielfalt und ihre kulturelle Bedeutung, sondern ganz handfest um den Schutz der kleinen einheimischen vor der großen ausländischen Kulturwirtschaft. Und dieser Schutz wurde deshalb immer dringlicher gefordert, weil gleichzeitig ein ungeschützter Markt durch die Welthandelsorganisation WTO und das Dienstleistungsabkommen GATS auch im Kulturbereich gefordert wurde. Diese Ängste waren auch bei den meisten UNESCO-Mitgliedern bei der historischen Abstimmung im September 2004 zu spüren. Wenn es heute deutliche Tendenzen gibt – auch aus der UNESCO heraus –, die Konkurrenz der Konvention zu GATS herunterzuspielen, so mag das politisch verständlich sein. Doch ohne GATS gäbe es keine Konvention!

Als Anker für ein solches völkerrechtlich bindendes Instrument schien das Konzept der „kulturellen Vielfalt" sehr tauglich. Denn immerhin gab es bereits eine (nicht bindende) Universelle Erklärung zur kulturellen Vielfalt aus dem Jahre 2001. Dies hat auch tatsächlich funktioniert. Denn das Konzept der Vielfalt erfüllt alle Funktionen einer guten politischen Leitformel (siehe meinen Beitrag in UNESCO heute 1/2005). Eine zweite Diskursebene ist daher eine lebendige kulturelle Debatte über Vielfalt.

Das Verfahren der Aushandlung des Textes war jedoch die übliche Prozedur einer politischen Konsensfindung. Pragmatische Arbeitsbegriffe kamen so in den Text, der auch nicht mehr „Konvention zur kulturellen Vielfalt", sondern „Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" hieß. Für die meisten Leser dürfte dies nur eine umständliche, bürokratisch-administrative Umformulierung desselben Sachverhaltes sein. Doch gibt es auch den Deutungsvorschlag, dass damit eine Akzentverschiebung von dem Inhalt kultureller Vielfalt zur Rolle geeigneter politischer Rahmenbedingungen gemeint sei. Das mag so sein. Doch muss man bedenken, dass sich damit kaum der Wunsch nach einer inhaltlichen Debatte bändigen lässt und – falls dies doch gelänge – man der Idee einen Bärendienst erwiesen hätte: Denn alle diejenigen, die begeistert die Konvention unterstützt haben und die man braucht, damit sie lebendig wird, sind kaum für rein politisch-administrative Diskurse zu begeistern.

© Deutsche UNESCO-Kommission

Die bislang letzte Etappe im diskursiven Umgang mit der Konvention hat gerade begonnen. Denn der Text ist nicht nur ein ökonomischer, leicht protektionistischer Schutzwall, er ist nicht nur ein Anlass zu tiefschürfenden kulturwissenschaftlichen Debatten, er ist auch nicht nur eine Blaupause für administrative Maßnahmen: Es ist auch ein juristischer Text. Ein erster Schritt ist mit dem kürzlichen Urteil des Europäischen Gerichtshofes gemacht, bei dem unter Berufung auf die Konvention bestimmte Quotierungen im Fernsehen ausdrücklich zugelassen wurden. Ein juristisches Handbuch ist im Entstehen. Juristischer Umgang heißt dabei: Eine sorgfältigste Begriffsdefinition, der rein kulturwissenschaftliche Diskurse nicht genügen.

Die Konvention hat also sehr verschiedene, gleichermaßen legitime Lesarten, so dass wir lernen müssen, mit dieser Komplexität umzugehen.

Die beiden inhaltlichen Themen, die im Mittelpunkt des Arbeitstreffens lagen, hätten unterschiedlicher nicht sein können:

1. Kulturwirtschaft ist seit einigen Jahren in aller Munde. Bei dem Arbeitstreffen befasste sich eine Arbeitsgruppe damit. Es wurde zudem die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung vorgestellt. Hier bleibt nur lapidar festzustellen, dass es offensichtlich kaum Anstrengungen gibt – auch und gerade in der Initiative der Bundesregierung nicht –, wichtige Leitlinien der Kulturpolitik und der Konvention wie Nachhaltigkeit, Nord-Süd-Austausch oder Vielfalt gezielt in die Überlegungen einzubeziehen. Gerade in Deutschland scheint man zudem die engen Ressortgrenzen (neben BKM und Wirtschaftministerium werden eigentlich auch noch mindestens Entwicklungshilfe und Auswärtiges Amt berührt) nur schwer überwinden zu können. Man ist schon stolz auf die Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Wirtschaftsressort. Aber immerhin: Der Diskurs über Kulturwirtschaft boomt. Allerdings ist nicht jede Kulturwirtschaftspolitik auch schon eine Politik im Sinne der Konvention. Hier ist noch einiges an Reflexion und politischer Gestaltung nötig.
2. Dies gilt insbesondere für ein weiteres wichtiges Anliegen: die in Art. 12 und 16 angesprochene internationale Zusammenarbeit, v.a. mit Entwicklungsländern, für die eine Vorzugsbehandlung vorgeschrieben wird. Diese Schwachstelle gilt sowohl für Deutschland als auch für die EU. Zwar gibt es einzelvertragliche Übereinkommen, doch kann von der stets geforderten Kohärenz der Politik noch keine Rede sein. Es besteht zudem die Gefahr im Umgang mit der Konvention, dass man sie als Steinbruch verwendet: Gerne nimmt man die Garantie für eine nationale kulturpolitische Souveränität in Anspruch, wobei andere Verpflichtungen (wie etwa der Nachweis der Förderung von Vielfalt oder der Nord-Süd-Beziehungen) übergangen werden.

Wie geht es weiter? Um die internationale Ebene muss man sich offensichtlich keine Sorgen machen. Auch ist Deutschland sowohl von staatlicher Seite, aber auch in der zivilgesellschaftlichen Szene gut aufgestellt. Dagegen braucht die nationale Umsetzung jetzt mehr Dynamik. Hier muss die Verabschiedung der Umsetzungsrichtlinien im Juni eine Zäsur bedeuten. So ist die Idee eines nationalen Weißbuches, in dem einige politische Vorschläge zu ausgewählten Themenfeldern gesammelt werden, gut. Sie wurde allerdings nicht formell beschlossen, wie es in der Presseerklärung der Deutschen UNESCO-Kommission heißt; hier wäre ein wenig mehr Korrektheit bei demokratischen Spielregeln wünschenswert. Bislang ist die Auswahl der Personen, die sich für einzelne Themen gemeldet haben, auch sehr zufällig. Damit ist die Legitimation der Vorschläge in dem Weißbuch, das bis zum November vorliegen soll, eher fragil.

Es muss daher mit einem ähnlichen Schwung wie in der Anfangszeit eine Debatte darüber beginnen, was im Rahmen der dann gültigen Umsetzungsrichtlinien und vor dem Hintergrund der komplexen Anforderungen, die in der Konvention deutlich beschrieben werden, konkret getan werden kann. Dabei ist es sehr gut vorstellbar, dass bei den drohenden Eingriffen in die Kulturfinanzierung aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise die Konvention einen Schutzmechanismus darstellen könnte, der allerdings nicht zum Nulltarif zu haben ist.

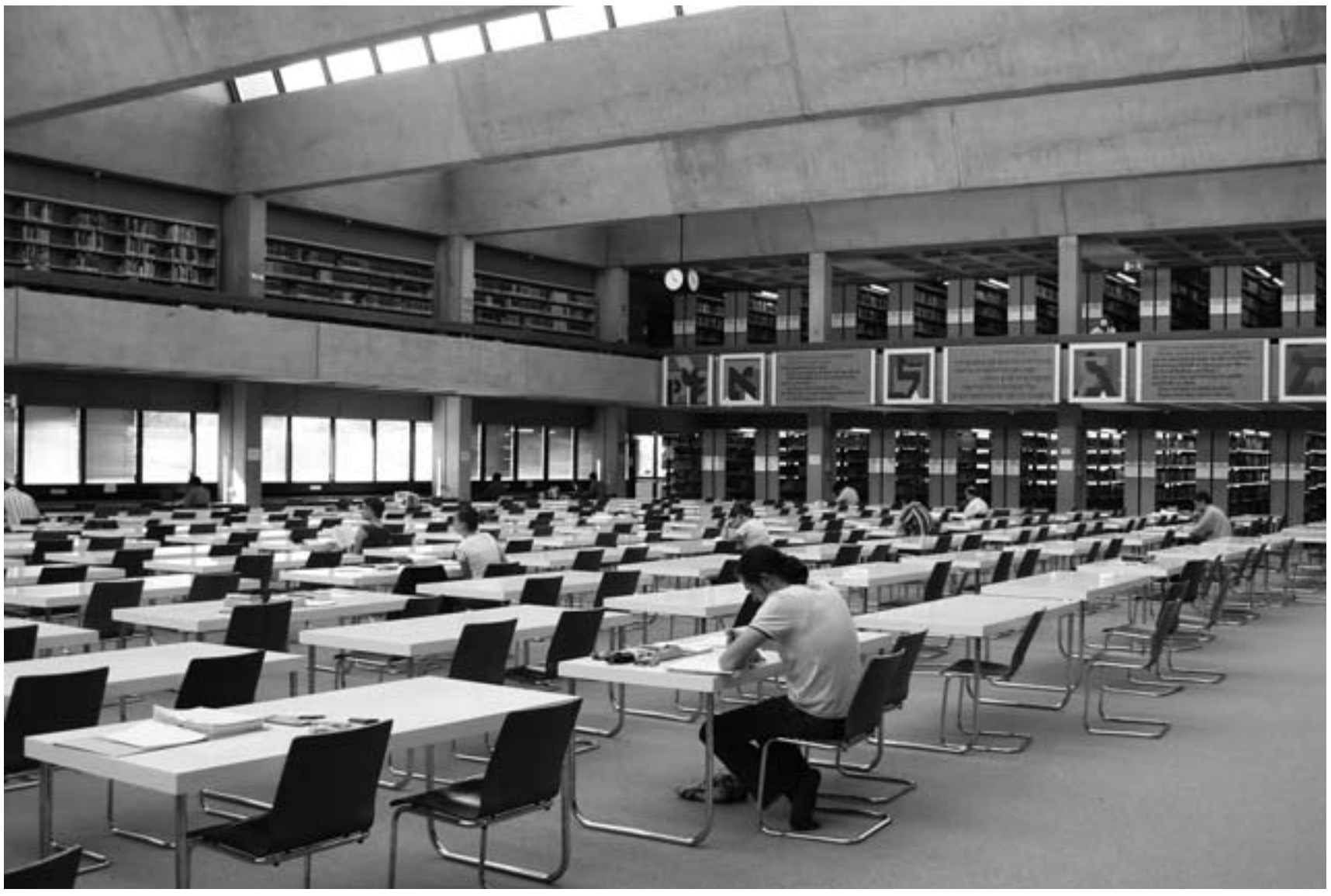
Der Vorstand des Deutschen Kulturrates hat daher die nationale Umsetzung der Konvention als organisatorischen Mittelpunkt seines Arbeitsprogramms für die nächsten zwei Jahre gewählt.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Google-Settlement-Update

Anmerkungen zum Lösungsvorschlag der VG-Wort • Von Robert Staats

Der Google-Vergleich in den USA hat die letzten Monate über für viel Aufregung gesorgt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in der Presse über das Thema berichtet wird. Das ist durchaus zu begrüßen. So hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass dieser Vergleich unmittelbare Auswirkungen auf deutsche Autoren und Verlage haben kann, auch wenn er in den USA zwischen den Parteien des Google-Verfahrens abgeschlossen wurde. Darauf hat die VG Wort – gemeinsam mit dem Schriftstellerverband und dem Börsenverein – bereits sehr frühzeitig hingewiesen. Eine Arbeitsgruppe der VG Wort hatte einen Lösungsvorschlag erarbeitet, der eine Wahrnehmung von bestimmten Rechten aufgrund des Google-Settlements durch die VG Wort vorsah (vgl. Staats, puk März/April 2009, S. 22). Diesem Lösungsvorschlag hat die Mitgliederversammlung der VG Wort am 23. Mai 2009 zugestimmt. Die dort beschlossenen Änderungen des Wahrnehmungsvertrags und des Inkassoauftrags für das Ausland sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.



Lesesaal der Universitätsbibliothek Regensburg. **Foto: Juan-Martin Koch**

Zunächst hat die Mitgliederversammlung der VG Wort zwei Änderungen des Wahrnehmungsvertrages beschlossen, die zwar im Zusammenhang mit dem Google-Settlement zu sehen sind, aber nicht an Rechte anknüpfen, die im Settlement selbst enthalten sind.

Zum einem geht es um die Möglichkeit der VG Wort, digitale Nutzungen von vergriffenen Werken zu lizenzieren. Diese Rechteeinräumung war bereits im Sommer 2008 in den Wahrnehmungsvertrag aufgenommen worden, wurde aber jetzt neu formuliert und in eine eigenständige Regelung überführt. Wichtig ist, dass die Lizenzierung digitaler Nutzungen von vergriffenen Werken durch die VG Wort nur dann erfolgt, wenn die Rechteinhaber vorher zugestimmt haben. Ferner kann die Rechteeinräumung jederzeit widerrufen werden. Aufgrund dieser Regelung wird die VG Wort in die Lage versetzt, mit Google – aber insbesondere auch mit Trägern nationaler und europäischer Digitalisierungsprojekte – Vereinbarungen zu schließen, um zu ermöglichen, dass die Werke digital zugänglich sind. Gleichzeitig wird so eine angemessene Vergütung der Rechteinhaber sichergestellt.

Zum anderen wurde der VG Wort das Recht zur digitalen Vervielfältigung zum Zwecke der maschinellen Indexierung für die Volltextsuche im Inhalt eines Werkes eingeräumt. Das klingt sehr kompliziert, es verbirgt sich dahinter aber lediglich die Möglichkeit, die Anzeige bibliographischer Angaben – und nur diese – im Internet zu lizenzieren.

Änderungen des Inkassoauftrags für das Ausland

Die Änderungen im so genannten Inkassoauftrag für das Ausland, der den Wahrnehmungsvertrag ergänzt, betreffen die eigentlichen Settlement-Rechte. Hier geht es zunächst um die Vergütungsansprüche für die Digitalisierungen von Büchern und Beiträgen, die Google bis zum 5. Mai 2009 vorgenommen hat. Der Vergleich sieht bekanntlich vor, dass für derartige Bücher 60 USD und für Beiträge 15 USD zu zahlen sind. Im Hinblick auf Beiträge kann die VG Wort allerdings die Entschädigungsansprüche nur wahrnehmen, soweit sie in seit dem 1. Januar 1987 erschienenen wissenschaftlichen Büchern enthalten und von Autoren für die Fotokopierausschüttung gemeldet worden sind. Für sonstige Beiträge, also vor allem Beiträge in belletristischen Werken, fehlen der VG Wort die erforderlichen Daten. Vergütungsansprüche für diese Beiträge müssen deshalb individuell geltend gemacht werden. Ferner wird der VG Wort das Recht eingeräumt, lieferbare und vergriffene Werke aus dem Digitalisierungsprogramm von Google zu entfernen („Removal“). Diese Regelung steht unter dem Vorbehalt, dass alle an einem Werk beteiligten Wahrnehmungs- und Bezugsberechtigten der VG Wort das „Removal“-Recht einräumen. Anderenfalls würde die Geltendmachung des Rechts über die VG Wort rechtlich und praktisch zu kompliziert werden.

Und schließlich wird im Inkassoauftrag für das Ausland klargestellt, dass, falls die Rechteeinräumung für die Settlement-Rechte – z.B. von einem Gericht – als unzureichend angesehen werden sollte, die VG Wort jedenfalls als Beauftragter der Rechteinhaber („agent“) tätig wird.

Die Änderungen des Wahrnehmungsvertrages und die Änderungen des Inkassoauftrags für das Ausland müssen – wie bereits gesagt – im Zusammenhang gesehen werden. Durch das „Removal“ der Bücher aus dem Digitalisierungsprogramm von Google soll nicht generell verhindert werden, dass Werke digital zugänglich gemacht werden. Nur liegt die Entscheidung darüber wieder bei den Rechteinhabern. Im Hinblick auf vergriffene Werke kann dabei in Zukunft die Lizenzierung über die VG Wort – als zentraler Stelle – abgewickelt werden. Gleiches gilt bei lieferbaren Büchern für die erforderliche digitale Vervielfältigung, um ausschließlich bibliographische Daten anzuzeigen.

Die Einräumung der Settlement-Rechte im Inkassoauftrag für das Ausland hängt allerdings davon ab, ob der Vergleich von dem zuständigen US-Gericht abschließend gebilligt wird. Sollte der Vergleich in den USA verworfen werden, gingen diese Regelungen ins Leere.

Weiteres Vorgehen

Die VG Wort wird Wahrnehmungs- und Bezugsberechtigte voraussichtlich Anfang August 2009 über die Änderungen des Wahrnehmungsvertrages und des Inkassoauftrages schriftlich unterrichten. Bei Wahrnehmungsberechtigten sieht der Wahrnehmungsvertrag vor, dass Änderungen als vereinbart gelten, wenn der Autor oder Verlag nicht binnen sechs Wochen seit Absendung der Mitteilung widerspricht. Bezugsberechtigte müssen sich dagegen mit den Änderungen ausdrücklich einverstanden erklären. Es wird derzeit bei der VG Wort ein Internetportal eingerichtet, dass eine entsprechende Rückmeldung ermöglicht. Sobald die Rechteeinräumung geklärt ist, wird die VG Wort die Anmeldung der Vergütungsansprüche bei der – noch zu gründenden – Book-Rights-Registry in die Wege leiten.

Das US-Gericht hat bekanntlich die Fristen für den vollständigen Austritt aus dem Vergleich („opt out“) vom 5. Mai 2009 auf den 4. September 2009 verschoben. Gleiches gilt für die Frist für die Geltendmachung von Einwänden gegen den Vergleich („objections“). Die Gerichtsanhörung zu dem Vergleich soll jetzt am 7. Oktober 2009 stattfinden. Die übrigen Fristen, insbesondere die Frist zur Anmeldung der Entschädigungsansprüche, die bereits am 5. Januar 2010 abläuft, wurden jedoch bisher nicht verlängert. Vor diesem Hintergrund ist es – trotz der Unsicherheit, ob der Vergleich abschließend gebilligt wird – zwingend erforderlich, die Rechtewahrnehmung durch die VG Wort weiter vorzubereiten. Das geschieht nach wie vor in enger Abstimmung mit den Schwestergesellschaften in Österreich und in der Schweiz.

Schlussbemerkung

Das Google-Settlement wird in Deutschland vielfach – und mit guten Gründen – kritisiert. Das ändert allerdings nichts daran, dass es erforderlich ist, eine sinnvolle Lösung für den Fall parat zu haben, dass der Vergleich in den USA Bestand hat. Dem dient der Beschluss der Mitgliederversammlung der VG Wort vom 23. Mai 2009.

Der Verfasser ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Wort ■

Digitalisierung

Das Urheberrecht ist das zentrale Recht im digitalen Zeitalter. Bereits im analogen Zeitalter spielte das Urheberrecht eine wichtige Rolle für Urheber, Leistungsschutzberechtigte und andere Rechteinhaber. Dennoch war es ein Rechtsgebiet, dass den meisten Laien als Buch mit sieben Siegeln erschien und mit dem die wenigsten in Berührung kamen. Das hat sich nun grundlegend verändert. Bereits Kinder und Jugendliche müssen lernen, dass nicht alles, was aus dem Internet gezogen werden kann, kostenlos ist. Es muss das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass diejenigen, die künstlerische Werke schöpfen oder verwerten, einen ökonomischen Nutzen aus dieser Verwertung ziehen müssen.

In den letzten Ausgaben von *politik und kultur* haben sich mit diesem Themenkomplex befasst: Kristin Bäßler, Theo Geißler, Barbara Haack, Ferdinand Melichar, Oliver Passek, Georg Ruppelt Gabriele Schulz, Malte Spitz, Christian Sprang, Grietje Staffelt, Robert Staats, Imre Török, Helga Trüpel, Olaf Zimmermann und Brigitte Zypries.

In dieser Ausgabe wird zum einen die Debatte um open access in der Wissenschaft aufgegriffen. Hierzu positionieren sich *Christoph Bruch*, Max Planck-Gesellschaft und *Sabine Cofalla* Akademie-Verlag. Weiter berichtet *Robert Staats* über aktuelle Entwicklungen zum Google-Settelment. *Oliver Moldenhauer* informiert über ein kulturfern erscheinendes Thema auf, nämlich die Medikamentenkampagne von „Ärzte ohne Grenzen“, das aber Bezüge zu aktuellen Urheberrechtsdebatten hat. *Olaf Zimmermann* hat im Editorial die künftigen Herausforderungen skizziert.

Die Redaktion ■

Der Patentpool als Ausweg

Geistige Eigentumsrechte und der Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten • Von Oliver Moldenhauer

Über 33 Millionen Menschen weltweit sind derzeit nach Angaben von UNAIDS mit HIV infiziert, die meisten davon in Afrika. HIV/Aids ist derzeit nicht heilbar, aber dank lebensverlängernder Medikamente kann die Krankheit aufgehalten werden. Seit Ende der 90-er Jahre gibt es Therapien, die die Vermehrung des Virus im Körper hemmen und den Infizierten eine relativ gute Lebensqualität bescheren. Einige Jahre nach der Infektion ist es entscheidend, eine Therapie mit so genannten antiretroviralen Medikamenten zu beginnen. Diese besteht aus mindestens drei verschiedenen Wirkstoffen, die die Vermehrung des Virus verhindern.

Dieser hochwirksame Medikamentencocktail wurde den Menschen in ärmeren Ländern viele Jahre lang praktisch komplett vorenthalten. In den letzten Jahren gab es allerdings ein wichtiges Umdenken, so dass es heute erklärtes Ziel von Regierungen, Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Nichtregierungsorganisationen ist, allen Infizierten eine rechtzeitige Behandlung zu ermöglichen.

Von circa zehn Millionen HIV-Infizierten in Entwicklungsländern, die eine solche antiretrovirale Therapie bräuchten, erhalten sie derzeit ungefähr drei Millionen (mehr als 140.000 von ihnen in den Projekten von „Ärzte ohne Grenzen“). Das ist immerhin ein Drittel und wesentlich mehr als noch vor wenigen Jahren, bedeutet aber immer noch jährlich den unnötigen Tod von Millionen Menschen.

Aufgrund der lebenslangen Behandlungsdauer sowie der hohen Wandlungsfähigkeit des HI-Virus entwickelt der Virus bei den meisten Patienten nach einiger Zeit Resistenzen gegen die Medikamente. In anderen Fällen werden die Nebenwirkungen der Medikamente nach einigen Jahren zu gefährlich für die Patienten. Individuell unterschiedlich muss daher nach einigen Jahren die Behandlung mit Medikamenten der so genannten ersten Behandlungslinie auf andere, neuere Arzneimittel umgestellt werden (zweite Behandlungslinie).

Dass überhaupt so viele Menschen derzeit Behandlung erhalten, ist nur durch die gesunkenen Preise der Medikamente der ersten Behandlungslinie möglich geworden. Durch Wettbewerb hauptsächlich indischer Hersteller ist es gelungen, den Preis für die erste Behandlungslinie im Jahr 2000 von rund 10.000 US-Dollar pro Patient und Jahr auf inzwischen 85 US-Dollar pro Patient und Jahr zu senken. Öffentliche Gesundheitsprogramme in ärmeren Ländern und Hilfsorganisationen sind damit besser in der Lage, diesen Preis zu bezahlen und Menschen zu behandeln.

Generikaproduktion senkt Medikamentenpreise

Die Produktion von Nachahmerpräparaten, sog. Generika, ist in Ländern möglich, in denen kein Patent auf das Originalpräparat existiert oder wenn freiwillige Herstellungslizenzen von den Patentinhabern erteilt werden.

Dass in Indien Medikamente der ersten Behandlungslinie kostengünstig hergestellt werden können, liegt daran, dass dort auf diese Medikamente keine Patente vergeben wurden, da sie noch vor der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) erfunden wurden. Dies gilt aber nicht für neuere Medikamente. Die WHO empfiehlt zur Behandlung von HIV/Aids mittlerweile aber eine neuere Therapie mit weniger Nebenwirkungen – eine Kombination, die den Wirkstoff Tenofovir enthält. Für diesen Wirkstoff wurde durch die Firma Gilead in Indien ein Patent beantragt. Leider ist diese verbesserte erste Behandlungslinie drei bis viermal so teuer wie die alte Kombination, so dass die meisten Patienten weiter mit der eigentlich obsoleten Kombination behandelt werden.

Auch auf das derzeit wichtigste Medikament der zweiten Behandlungslinie, die hitzestabile Kombination Lopinavir/Ritonavir (LPV/r) von Abbott, läuft ebenfalls ein Patentantrag in Indien. Zwar wird LPV/r derzeit generisch hergestellt, aber durch die unklare Patentsituation sozusagen nur mit angezogener Handbremse. Insgesamt kostet die zweite Behandlungslinie ein Vielfaches der ersten. Je nach Land und jeweiliger Patentsituation kann dies leicht eine Verzehnfachung der Medikamentenpreise bedeuten. Unbezahlbar für arme Menschen, die aufgrund von Resistenzen oder zu starken Nebenwirkungen auf die zweite Behandlungslinie umgestellt werden müssen.

Gestellte Patentanträge für diese Wirkstoffe verhindern, dass die Generikahersteller mit voller Kraft in die Massenproduktion einsteigen und investieren.

Zweite Behandlungslinie zu teuer

In einigen Jahren werden immer mehr Menschen, die heute antiretrovirale Medikamente der sog. ersten Behandlungslinie erhalten, auf andere Medikamente umgestellt werden müssen. Die Preise, die momentan für diese Medikamente der sog. zweiten Behandlungslinie verlangt werden, können weder der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose noch öffentliche Gesundheitsprogramme in ärmeren Ländern oder Hilfsorganisationen bezahlen. Es ist dringend notwendig, dass die generische Produktion dieser Arzneimittel in großem Umfang gestartet wird. Nur dies kann die Preise senken und den Patienten den Zugang zu dieser Therapie ermöglichen. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, dann werden die wichtigen Erfolge, die bisher im Kampf gegen die Ausbreitung von HIV/Aids erzielt wurden, zunichte gemacht.

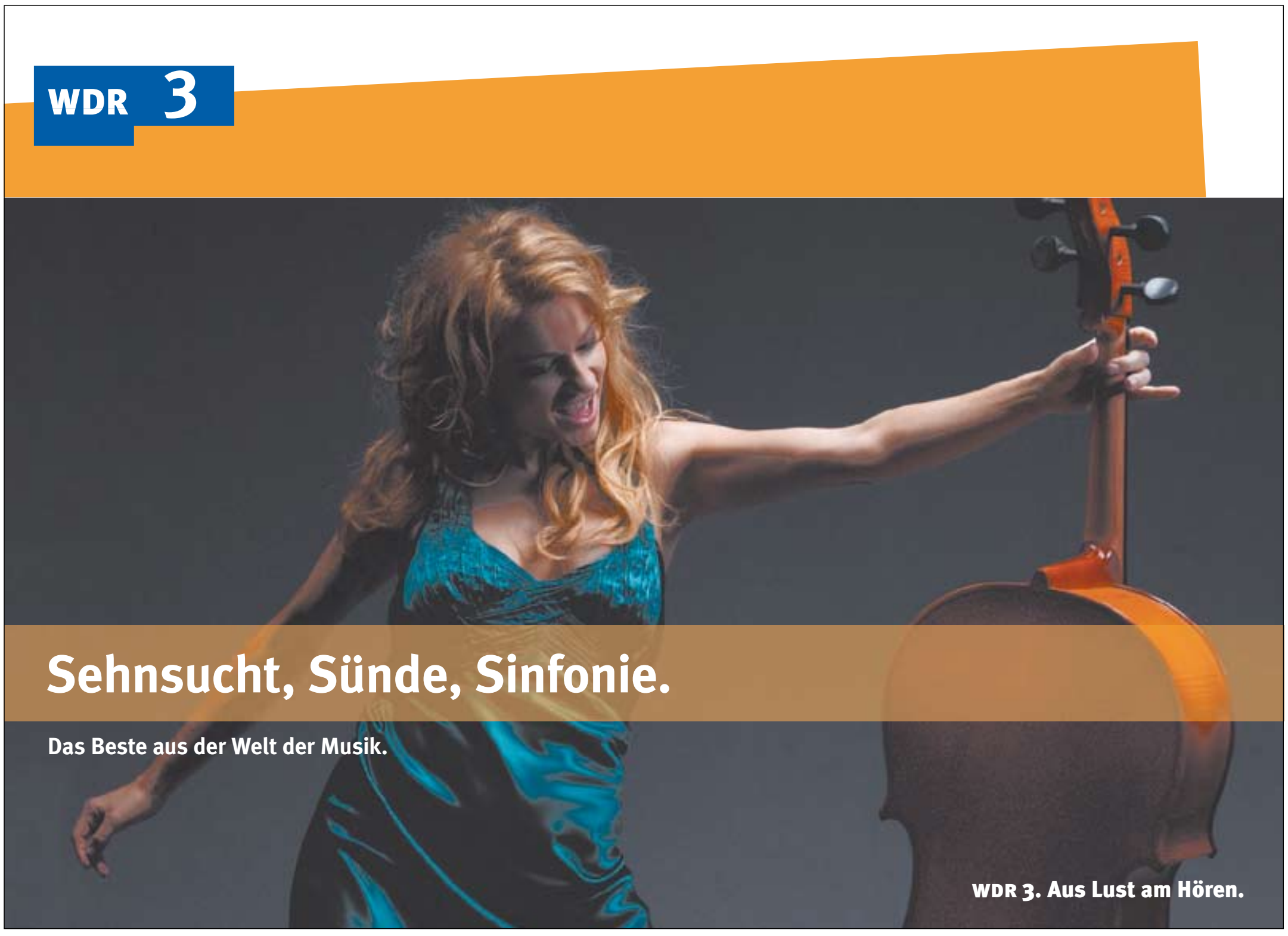
TRIPS-Flexibilitäten im vollen Umfang ausschöpfen

Wenn ein Medikament patentiert ist und der Patentinhaber sich weigert, die generische Produktion zu erlauben, hat eine Regierung noch die Möglichkeit, Zwangslizenzen zu vergeben. Im Abkommen der WTO zum geistigen Eigentum (dem sog. TRIPS-Abkommen) ist vorgesehen, dass eine Regierung zum Schutz der öffentlichen Gesundheit Zwangslizenzen für Medikamente erlassen kann. Zwangslizenzen sind ein wichtiges Instrument des internationalen Rechts, um lebensnotwendige Medikamente bezahlbar zu machen. Leider gibt es immer noch massiven politischen Widerstand gegen dessen Nutzung.

Die thailändische Regierung erließ Ende 2006 Zwangslizenzen für zwei HIV/Aids-Medikamente und ein Herz-Kreislauf-Medikament. Darunter auch für LPV/r, nachdem die Verhandlungen der thailändischen Regierung mit Abbott über eine Preissenkung des Originalpräparats gescheitert waren. Abbott verlangte für LPV/r 2.200 US-Dollar pro Patient und Jahr von Ländern mit mittlerem Einkommen wie Thailand. Der Streit um das Patent eskalierte. Abbott zog aus Protest gegen die Zwangslizenzen die Zulassungsanträge für sieben Medikamente zurück. Diese Medikamente stehen thailändischen Patienten nun nicht zur Verfügung. Ein groß angelegter Protest durch Nichtregierungsorganisationen gegen diese „Geiselnahme thailändischer Patienten“ seitens Abbott führte dazu, dass Abbott seine Preispolitik für LPV/r änderte. Länder mittleren Einkommens erhielten plötzlich das Angebot, LPV/r für 1.000 US-Dollar pro Patient und Jahr zu kaufen. Damit, so betonte Abbott, läge der Preis unter dem der Generikahersteller. Den Medikamentenboykott gegen Thailand erhält die Firma bis heute aufrecht. Thailand bezieht LPV/r derzeit aus indischer generischer Produktion.

Statt den thailändischen HIV-Infizierten in dieser Auseinandersetzung beizustehen, warnte der EU-Handelskommissar Peter Mandelson die Regierung schriftlich vor der Erlassung weiterer Zwangslizenzen. Obwohl Thailand völlig gesetzeskonform im Rahmen des TRIPS-Abkommens gehandelt hatte, fand sich die Regierung plötzlich zusätzlichem politischen Druck ausgesetzt.
Leider fordert die EU in derzeit lau-

Weiter auf Seite 12



Fortsetzung von Seite 11

Der Patentpool als Ausweg

fenden bilateralen Handelsverhandlungen mit Indien eine weitere Erschwerung der Generika-Produktion, die die Effekte von Zwangslizenzen praktisch zunichte machen können.

Der Patentpool: Ein möglicher Ausweg aus dem Patentdilemma.

Im Jahr 2008 hat die internationale Organisation UNITAID beschlossen, einen Patentpool für HIV-Medikamente einzurichten. Die von 26 Ländern getragene Institution will damit sicherstellen, dass auch in Zukunft günstige Generika von HIV-Medikamenten für die ärmeren Länder verfügbar sind. Die Idee eines Patentpools ist es, die Pharmariesen dazu zu bringen, alle Patentrechte für HIV-Medikamente in den ärmeren Ländern an den Pool abzugeben, der dann Generika-Produzenten Lizenzen zur Produktion in und für die ärmeren Länder erteilt.

Für die HIV-Infizierten würde dies viele Probleme lösen, wenn sichergestellt ist, dass alle wichtigen Medikamente im Pool sind und nicht nur Afrika sondern auch Länder wie Indien einbezogen werden. In Indien gibt es zwar eine Mittelschicht, aber Hunderte von Millionen Menschen sind dort zu arm, um sich teurere Medikamente leisten zu können. Jetzt kommt es darauf an, dass sich auch die Pharmaindustrie zu diesem Instrument bekennt und ihrer Pflicht nach verantwortungsvollem Umgang mit Monopolrechten nachkommt. Mit HIV-Medikamenten wird schon in den reicheren Ländern genug Gewinn gemacht, so dass die Pharmafirmen gut auf Monopole in den ärmeren Ländern verzichten können.

Der Verfasser ist Koordinator der Medikamentenkampagne von Ärzte ohne Grenzen in Deutschland ■

Ärzte ohne Grenzen ist seit Jahrzehnten auch in Afrika aktiv. **© Mark Knobil/www.wikipedia.org**

Open Access – Die digitale Chance nutzen

Neue Herausforderung für Verlage und Wissenschaftsbetrieb • Von Christoph Bruch

Open Access steht für das Anliegen, das Wissen der Menschheit im gesamtgesellschaftlichen Interesse der Öffentlichkeit kostenfrei elektronisch zugänglich zu machen. Dazu sollen die dem entgegenstehenden überkommenen Geschäftsmodelle des wissenschaftlichen Publikationswesens umstrukturiert werden.

Durch die Erfindung beweglicher Lettern wurde ein Schub für Bildung und Wissenschaft ausgelöst, von dem die Menschheit bis heute profitiert. Mit den Innovationen der Informations- und Kommunikationstechnik bietet sich erneut die Chance, unsere Möglichkeiten zur Generierung von Wissen zu revolutionieren.

Das elektronische Publizieren ermöglicht zunächst eine entscheidende Verbilligung und Beschleunigung der Verbreitung nicht nur von Text, sondern auch von Ton und Bild. Darüber hinaus können elektronisch verfügbare Informationen prinzipiell an jedem Ort der Welt zugänglich gemacht werden. Die neue Technik erweitert nicht nur die Möglichkeiten zur Verbreitung von Informationen, sie schafft auch neue Verarbeitungsmöglichkeiten für elektronisch verfügbare Informationen. Das Verlinken von Texten ist das bekannteste Beispiel. Mit Hilfe semantischer Netze, einer Technik, die den Sinngehalt von Texten maschinenlesbar macht, werden deren Nutzungsmöglichkeiten zukünftig stark erweitert.

In der Wissenschaft werden große Hoffnungen auf die Entwicklung neuer Techniken zur Informationsverarbeitung gesetzt. Ziel ist es, die Fähigkeit der Wissenschaftler zu Rezeption und Verarbeitung von Wissen auszuweiten. Die Anwendungen, die dies ermöglichen sollen, existieren bisher nur in rudimentärer Form. Ihre weitere Entwicklung ist eng mit der Zugänglichkeit des zu verarbeitenden Wissens verbunden.

Besonderheiten des wissenschaftlichen Publikationswesens

Die konkreten Forderungen und Strategien der Open Access Bewegung sind nur auf Grundlage des Wissens um die Eigenheiten des wissenschaftlichen Publikationswesens nachvollziehbar.

Christoph Bruch **Foto: Susanne Lang/Sören Köhler**

Wissenschaftler erhalten in der Regel für ihre Veröffentlichungen, sei es in Buchform oder als Artikel in Sammelbänden oder Zeitschriften, kein Honorar. Sie fertigen ihre Veröffentlichungen meist im Rahmen von Arbeitsverhältnissen, für die sie von der öffentlichen Hand entlohnt werden. Im privaten Sektor tätige Wissenschaftler veröffentlichen vergleichsweise wenig, weil ihre Ergebnisse als Betriebsgeheimnisse betrachtet werden.

Wissenschaftler in Forschungsorganisationen und Hochschulen stehen unter hohem Druck, möglichst viel und in den richtigen Medien zu veröffentlichen, da ihre Publikationstätigkeit als Maßstab ihrer wissenschaftlichen Leistung gewertet wird.

Weil sie einerseits unter diesem Publikationsdruck stehen und andererseits nicht auf Einkommen aus den Verkäufen ihrer Publikationen angewiesen sind, akzeptieren Wissenschaftler, dass ihnen Verleger im Zuge des Publikationsprozesses oft die Nutzungsrechte an ihren Werken vollständig und exklusiv abbedingen.

Gleichzeitig sind Wissenschaftler für ihre Tätigkeit auf den Zugang zu den einschlägigen Fachveröffentlichungen angewiesen. Dies zwingt die Wissenschaftsorganisationen zum Kauf dieser Fachveröffentlichungen.

Ein Wettbewerb zwischen den Wissenschaftsverlagen findet nur eingeschränkt statt, weil die angebotenen Veröffentlichungen Unikate sind und deshalb nur von einem Anbieter bezogen werden können. Markthemmend wirkt außerdem, dass bestimmte Marktsegmente durch wenige Anbieter dominiert werden.

In der Nische, die sich aus der doppelten Abhängigkeit der Wissenschaftler ergibt, haben sich Wissenschaftsverlage und verlegerisch tätige Fachgesellschaften etabliert. Ihr Geschäftsmodell beruht auf dem Verkauf des Wissens, das ihnen kostenfrei überlassen wird. Das wissenschaftliche Publikationswesen wurde lange als gut funktionierend bewertet. Diese Einschätzung wandelte sich in dem Maße, in dem sich Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisationen durch das bestehende System behindert sahen, sei es durch rechtliche, technische oder finanzielle Schranken der Zugänglichkeit und Nutzbarkeit wissenschaftlicher Veröffentlichungen.

Das traditionelle Geschäftsmodell der Wissenschaftsverlage basiert nicht auf einer direkten Vergütung der von ihnen erbrachten Dienstleistungen: vor allem der Qualitätssicherung. Wäre dies der Fall, könnten die Veröffentlichungen gemeinfrei gestellt werden, bzw. die Verlage bräuchten sich von den Autoren keine exklusiven Nutzungsrechte einräumen lassen.

Unglücklicherweise hat sich historisch ein Vergütungssystem entwickelt, das auf der Eigentumsübertragung und dem anschließenden Verkauf der Publikationen basiert. Produkt der Verlage sind nicht ihre Dienstleistungen, sondern ihre Veröffentlichungen.

Der goldene Weg

Die Befürworter von Open Access, in Deutschland alle großen Wissenschaftsorganisationen, streben an, die Verlage direkt für Ihre Dienstleistungen zu bezahlen, statt ihnen ihre Veröffentlichungen abzukaufen. Mit anderen Worten, das Geld, das derzeit am Ende des Publikationsprozesses ausgegeben wird, soll in Form von Publikationsgebühren bereits zu dessen Beginn ins System kommen. Ob diese im Fachjargon als „goldener Weg“ bezeichnete Umschichtung mit Einsparungen verbunden sein kann, ist nicht sicher.

Technische Aufwendungen zur Gewährleitung von Zugriffbeschränkungen könnten entfallen. Die Nutzungsmöglichkeiten der Veröffentlichungen bräuchten Dank des neuen Finanzierungsmodells nicht länger durch Zugriffbeschränkungen behindert werden. Bisher ausgeschlossene Interessenten hätten kostenfreien Zugang und könnten neue Dienstleistungen zur Aufbereitung des Wissens entwickeln.

Das Voranschreiten auf dem goldenen Weg setzt nicht nur Angebote von Seiten der Verlage voraus. Die

Weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

Wissenschaftsorganisationen müssen ihre Finanzierungswerkzeuge anpassen. Dies wird Reibungsverluste einschließen und Zeit benötigen.

Der grüne Weg

Die Verlage tun sich schwer mit der geforderten Umstellung. Auf diese Situation haben Wissenschaftler mit Selbsthilfe reagiert. Viele Wissenschaftsorganisationen betreiben heute Repositorien, das sind im Internet frei zugängliche Datenbanken, über die Wissenschaftler die Manuskripte ihrer Verlagsveröffentlichungen kostenfrei zugänglich machen.

Diese self-archiving oder „grüner Weg“ genannte Praxis ist aufgrund der verbreiteten exklusiven Nutzungsrechtsübertragung an die Verlage von deren Zustimmung abhängig. Viele Verlage erlauben self-archiving – mutmaßlich jedoch nur zähneknirschend. Entgegen oft geäußerter Befürchtungen hat es bisher noch nicht zu Abbestellungen von Zeitschriften geführt.

Aufgrund der Abhängigkeit vom guten Willen der Verlage kommen aus dem Lager der Wissenschaft Forderungen nach einer Änderung des Urheberrechtes, die wissenschaftlichen Autoren, deren Arbeit aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, ein Recht zum self-archiving sichert.

Self-archiving ist mit dem offensichtlichen Nachteil verbunden, dass eine aufwendige Versionskennzeichnung organisiert werden muss, um Inhalte sauber identifizieren zu können. Auch drängt es Wissenschaftsorganisationen in die Rolle von Verlegern. Das ist weder im Interesse der Verleger noch der Wissenschaftsorganisationen.

Geordnete Umstrukturierung

Wie lange dieses Übergangsstadium andauern wird, ist augenblicklich nicht absehbar, obwohl der Lösungsansatz der Problematik sichtbar ist. Es gilt, die Produktivität, die sich durch die Nutzung kostenfrei zugänglichen Wissens entfalten könnte, möglichst wenig zu hemmen. Wo im Wissenschaftsbetrieb die Dienstleitungen der Verlagswirtschaft weiterhin gebraucht oder gewünscht werden, muss deren Bezahlung so geregelt werden, dass am Ende keine Zugriffsschranken stehen.

Die Open Access Bewegung steht der Verlagswirtschaft aufgeschlossen gegenüber. In einer Phase, in der die überkommenen Geschäftsmodelle der Wissenschaftsverlage in ein Spannungsverhältnis zur Bedürfnislage wachsender Teile der Wissenschaft geraten, bietet Open Access den Ansatz zur geordneten Umstrukturierung. Hier liegt beispielsweise ein fundamentaler Unterschied zu Google Inc. das mit seinem Digitalisierungsprogramm seine Marktmacht kühl ausnutzt.

Eine Modernisierung des wissenschaftlichen Publikationswesens wäre unvollständig, würde nicht auch das Versagen des Markets in bestimmten Segmenten adressiert. Hier werden verschiedene Lösungsansätze, wie Zwangslizenzen oder die oben angesprochne Änderung des Urheberrechtes, diskutiert.

Wissenschaftliche Autoren mit einem unveräußerlichen und durch eine Embargofrist abgemilderten Recht zum self-archiving auszustatten, könnte ein gangbarer Weg sein. Das Urheberrecht würde seinem Namen gerechter, weil so die Urheber und nicht die Verwerter gestärkt würden. Die Kräfteverschiebung im Verhältnis zwischen Wissenschaftsverlagen und -organisationen würde nur indirekt zu Gunsten der letzteren erfolgen. Widerstand gegen Verlagspolitik könnte so nicht zentral, sondern nur mit breiter Unterstützung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgebaut werden.

Die Bundesregierung steht im Wort, mit dem dritten Korb der Urheberechtsnovellierung dringend notwendige Anpassungen an die Bedürfnisse der Wissenschaft vorzunehmen. Wo dies durch europäische und darüber hinaus reichende Rechtsrahmen verhindert wird, sollte die Bundesregierung Initiativen starten, die das Urheberrecht stärker am gesamtgesellschaftlichen Nutzen orientieren als es derzeit der Fall ist.

Der Verfasser ist Leiter der Open Access Stelle der Max-Planck Gesellschaft. Der Artikel gibt die Auffassung des Verfassers nicht die der Max-Planck-Gesellschaft wieder. ■

E-Publishing und Wissenschaftsverlage

Neue Formen und Funktionalitäten • Von Sabine Cofalla

Das Programm eines geisteswissenschaftlichen Verlags umfasst traditionsreiche Zeitschriften, gediegene historisch-kritische Editionen, spezialisierte Monographien für unterschiedlichste Disziplinen und solide Einführungen für Studierende. An diesen Inhalten hat die „Medienrevolution“, die sich seit gut zehn Jahren vollzieht, (noch) nichts geändert, wohl aber an den Formen ihrer Aufbereitung und ihrer Verbreitung: Mit Internet, Online-Zeitschrift und E-Book wandelt sich der verlegerische Alltag grundlegend.

Die basalen Kenntnisse und Fähigkeiten des Verlegens sind dabei weiterhin unabdingbar, darüber hinaus impliziert die Welt digitalen Publizierens jedoch für jede Berufsgruppe im Verlag zusätzliche Anforderungen. So steht die Abteilung Herstellung angesichts diverser Datenformate für unterschiedlichste Ausgabeformen vor neuen Herausforderungen. Die Lektorate müssen beurteilen können, welche Titel sich für eine aufwändige digitale Aufbereitung eignen (und welche nicht) oder welche innovativen crossmedialen Produkte de facto einen Mehrwert für den Nutzer bedeuten (und welche nicht). Eine radikale Erweiterung des Aktionsradius durch die digitale Medienwelt erfahren insbesondere Marketing und Vertrieb. Der traditionelle Buchhandel erfährt scharfe Konkurrenz durch Global Player wie Amazon, Zeitschriften werden digital über internationale Aggregatoren verbreitet und manche Neuerscheinung wird via Google Adwords beworben. Verlage müssen sich zu Initiativen wie dem Google Settlement verhalten, den Nutzen von Digital Right Management-Systemen einschätzen und Open Access Policies definieren.

Viele dieser Entwicklungen sind interessant und aufregend, manche auch aufreibend, auf jeden Fall sind sie eine große Herausforderung für alle Akteure des wissenschaftlichen Publizierens – für Urheber, Verleger, Bibliotheken, für den Buchhandel sowie für die Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Das Buch mit seinem dreidimensionalen Charme, seinen haptischen, visuellen Freuden und seinen Vorteilen gegenüber digitalen Angeboten (Lesefreundlichkeit, Nachhaltigkeit, Unabhängigkeit von Strom und Infrastruktur) wird kaum verschwinden, doch die Formen des wissenschaftlichen Publizierens und Kommunizierens haben sich extrem flexibilisiert. Angesichts dieser sich massiv umstrukturierenden Publikationslandschaft besteht die Aufgabe der Verlage weiterhin darin, zeitgemäße Verlagsprogramme und Dienstleistungen anzubieten, die den Bedürfnissen ihrer Partner aus der wissenschaftlichen Community entsprechen – so schlicht, so komplex.

Die wesentlichen Anliegen von Herausgebern, Autoren und Nutzern lassen sich mit Stichworten belegen, die auch schon vor 400 Jahren ausschlaggebend gewesen sein dürften:

- inhaltliche und formale Qualitätssicherung,
- bestmögliche Verbreitung und barrierefreie Zugänglichkeit zu Information und Wissen,
- weitreichende Sichtbarkeit von Forschungsleistungen,
- nachhaltige Verfügbarkeit publizierter Werke (Langzeitarchivierung).

Sind diese grundsätzlichen Erwartungen kaum verändert, gibt das E-Publishing neue Formen und Funktionalitäten an die Hand, um diese Ziele zu verfolgen. Über Informationen jedweder Art weltweit umgehend verfügen zu können, über vernetzte Dokumente vielfältige Zugänge zu Wissen bereit zu stellen, aufwändige Recherchen abkürzen und wissenschaftliche Diskurse unmittelbar nachzeichnen zu können, dies sind Pluspunkte des Internets, auf die niemand mehr verzichten möchte. Die Interessen der Verlage unterscheiden sich in dieser Hinsicht in keiner Weise von denen der Urheber. Vielmehr verstehen sie es als ihre essenzielle Aufgabe, die Möglichkeiten digitalen Publizierens optimal und marktgerecht in ihre Programme zu integrieren.

Die harschen Zwischentöne, die in der öffentlichen Diskussion zwischen Bibliotheken, Verlagen und Wissenschaft bedauerlicherweise immer wieder auszumachen sind, beruhen schlussendlich nicht auf einem differierenden Verständnis vom wissenschaftlichen Publizieren im 21. Jahrhundert, sondern gehen in erster Linie auf Finanzierungsfragen zurück. Besonders deutlich wird dies im Kontext der Open-Access-Debatte, die zeitweilig einem unversöhnlichen Stellungskrieg nahe zu kommen schien.

Der konstruktive Austausch wird vor allem dann erschwert, wenn das politische Ziel des möglichst barrierefreien Zugangs zu Wissen sich mit dem finanziellen Anliegen mischt, im Zuge einer neu strukturierten Publikationslandschaft zugleich deutlich weniger für die Verfügbarkeit wissenschaftlicher Literatur aufzuwenden. Beide Wünsche sind selbstverständlich legitim, ihre Realisierung sollte jedoch deutlich voneinander geschieden diskutiert werden.

Leider trägt das geltende Urheberrecht dazu bei, dass der Wunsch nach Open Access zum einen und der nach Entlastung öffentlicher Etats zum andern auf wenig hilfreiche Weise miteinander verschränkt werden: So hält § 52a des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) fest, dass „veröffentlichte kleine Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften zur Veranschaulichung im Unterricht an Schulen, Hochschulen […] ausschließlich für den bestimmt abgegrenzten Kreis von Unterrichtsteilnehmern“ öffentlich zugänglich gemacht werden darf und schränkt somit die exklusive Verwertung der Nutzungsrechte ein, die einem Verlag von einem Wissenschaftler übertragen wurden. Das Problem dieser Schrankenregelung besteht darin, dass der Personenkreis, den sie begünstigt, just derjenige ist, für den ein wissenschaftlicher Verlag sein Programm primär aufbaut. Wenn nun die „Einführung in die Mediävistik“ und die Studie zur „Versorgung des päpstlichen Hofes in Avignon mit Lebensmitteln“ in den benötigten Häppchen kostenlos auf Universitätsservern zu finden sind – warum sollten Studierende, Wissenschaftler oder die Bibliothek diese dann noch erwerben wollen? Aus den resultierenden Einnahmeausfällen erwachsen den Verlagen Probleme, mittelfristig aber auch den Nutzern. Denn wenn die Leistungen von Verlagen nicht mehr angemessen vergütet werden, ist absehbar, dass sie die seitens der Wissenschaft weiterhin nachgefragten Inhalte nicht mehr aufarbeiten und bereitstellen können.

Sabine Cofalla Foto: Susanne Lang/Sören Köhler

Verlage sind offen für flexible Publikationsformen und unterschiedlichste Finanzierungswege, solange sicher gestellt ist, dass sie eine Chance haben, ihre Investitionen zu amortisieren. Ob der Urheber selbst, eine Institution oder wissenschaftliche Einrichtung oder aber der Nutzer zahlt, ist unerheblich. Nur kostenlos können verlegerische Leistungen nicht erwartet werden – und erfreulicherweise zeichnet es den Fortschritt der Diskussion über Open Access aus, dass dies auch immer mehr Beteiligte nachvollziehen. Aus dem Dialog der langjährigen Partner Wissenschaft und Verlage entwickeln sich kontinuierlich taugliche Geschäftsmodelle sowohl für hybride Publikationen als auch für reine Open-Access-Angebote. Dabei ist die „Golden Road“ der favorisierte Weg, derweil die „Green Road“, die Zweitpublikation auf Repositories, aus Sicht der Verlage potenziell den Absatz der Erstpublikation schmälert. Ob diese Gefahr sich als real erweist oder ob Repositories vielmehr als umsatzsteigernde Werbeplattform zu sehen sind, ist umstritten und harrt noch der wissenschaftlichen Objektivierung.

Festzuhalten bleibt, dass Wissenschaft und Verlage weiterhin aus freien Stücken und erfolgreich zusammenarbeiten und ihre wechselseitigen Leistungen zu schätzen wissen. Möglicherweise haben Herausgeber und Autoren darüber hinaus vor Augen, dass ein staatlich organisiertes Publikationssystem wirtschaftlich wohl kaum kostengünstiger oder effizienter wäre als ein privatwirtschaftliches System konkurrierender Verlagsunternehmen, dafür aber mit einer Zentralisierung einherginge, die nicht im Sinne einer vielfältigen, freiheitlichen Publikationslandschaft sein kann.

Die Verfasserin leitet den Akademie Verlag (Berlin) – www.akademie-verlag.de. ■

Der vollständige Beitrag ist abgedruckt in der Zeitschrift „Gegenworte“, hg. v. der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, H. 21, Juni 2009, S. 73-75: „Die Wissenschaft geht ins Netz. Publizieren und Kommunizieren im Zeitalter des Internets“.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Prüfung weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts

Berlin, den 17.06.2009. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass das Bundesministerium der Justiz noch vor dem Ende der 16. Legislaturperiode den gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Bereich des Urheberrechts für die nächste Legislaturperiode prüft. Dieses ist vor allem mit Blick auf die raschen Entwicklungen in Folge der Digitalisierung erforderlich. Weiter wurden zwischenzeitlich mit den im „Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft" getroffenen Regelungen Erfahrungen gesammelt, in deren Lichte die im Gesetzgebungsverfahren formulierten Prüfbitten erneut bewertet werden können.

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht mit dieser Stellungnahme seine in vorherigen Stellungnahmen bereits formulierte Überzeugung, dass für den Kulturbereich der Schutz des geistigen Eigentums unerlässlich ist, da künstlerische Werke der eigentliche Rohstoff des kulturellen Lebens sind. Ohne Texte, Bilder, Noten gäbe es kein kulturelles Leben. Das Urheber- und Leistungsschutzrecht ermöglicht den Urhebern und ausübenden Künstlern einen ökonomischen Ertrag aus der Verwertung und Nutzung ihrer Werke.

Die Digitalisierung macht das Urheber- und Leistungsschutzrecht keineswegs überflüssig. Im Gegenteil, eine Gesellschaft, die einen wachsenden Teil der Wertschöpfung aus kulturellen und kreativen Produkten und Dienstleistungen gewinnt, ist auf ein funktionierendes Urheberrecht dringend angewiesen. Zugleich ist der Zugang der Gesellschaft zu Kunst und Kultur sicherzustellen.

Der Deutsche Kulturrat nimmt im Folgenden zu ausgewählten Prüfbitten Stellung. Er nimmt dabei Bezug auf seine Stellungnahmen zu den Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der EU-Inforichtlinie, seine Stellungnahme zu den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" sowie seine Stellungnahme zum EU-Grünbuch „Urheberrecht in der wissensbestimmten Wirtschaft".

A. Prüfbitten des Deutschen Bundestags

I. Begrenzung der Privatkopie auf Kopien nur vom Original und des Verbots der Herstellung einer Kopie durch Dritte (§ 53 UrhG)

Der Deutsche Kulturrat sieht gerade auch im Lichte internationaler Entwicklungen, wie beispielsweise Google-Books, das Erfordernis, die Rechte der Urheber zu stärken und vor allem durchzusetzen. Die Privatkopie entwickelt sich zunehmend von ihrer ursprünglichen Intention weg und wird in einem großen Umfang genutzt, um den Kauf von urheberrechtlich geschützten Werken zu vermeiden. Dadurch entstehen gerade der Kulturwirtschaft erhebliche wirtschaftliche Einbußen, die letztlich das ohnehin geringe Einkommen der Künstler schmälern.

Eine Begrenzung der Zulässigkeit der Privatkopie darf aber nicht dazu führen, dass die ohnehin zu geringe Vergütung nach § 54a UrhG noch weiter abgesenkt wird.

II. Gesetzliches Verbot sogenannten intelligenter Aufnahmesoftware, mit der gezielt Musiktitel automatisiert aus dem Webradio-Angebot herausgefiltert und aufgenommen werden können (§ 53 UrhG)

Der Deutsche Kulturrat sieht das Problem einer Durchsetzung des Verbots intelligenter Aufnahmesoftware, zumal diese auch von ausländischen Providern aus gestartet werden können. Der Deutsche Kulturrat fordert daher die Bundesregierung auf, auf europäischer und internationaler Ebene für eine Stärkung des Urheberrechts und vor allem seiner Durchsetzung mit Nachdruck einzutreten. In diesem Kontext soll das Problem der intelligenten Aufnahmesoftware angegangen werden.

Wir weisen daraufhin, dass sich das Problem der intelligenten Aufnahmesoftware nicht allein für den Musikbereich stellt, sondern vielmehr der audiovisuelle Bereich in zunehmendem Maße betroffen ist.

III. Zweitverwertungsrecht für Urheber von wissenschaftlichen Beiträgen, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind (§ 38 UrhG)

Der Deutsche Kulturrat sieht hier keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Es steht den Wissenschaftlern frei, statt in einem Verlag zu publizieren, Forschungsergebnisse kostenfrei online zugänglich zu machen. Ebenfalls können Wissenschaftler mit Verlagen entsprechend verhandeln, wann sie ihre Arbeiten zusätzlich zur Verlagsveröffentlichung (online und/oder Print) kostenfrei online zugänglich machen. In der Praxis gibt es bereits bewährte Modelle, wie zusätzlich zur Verlagsveröffentlichung wissenschaftliche Forschungsergebnisse durch die Wissenschaftler kostenfrei zugänglich gemacht werden können.

IV. Überprüfung der bestehenden Regelungen der Kabelweitersendung (§ 20b UrhG)

Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis einer technologieneutralen Gestaltung der bestehenden Regelungen der Kabelweitersendung. In jedem Fall muss eine angemessene Vergütung der Urheber- und Leistungsschutzberechtigten erfolgen.

B. Prüfbitten des Bundesrats

I. Wie kann den Besonderheiten von Open Access- und Open Source-Verwertungsmodellen Rechnung getragen werden?

In der Praxis gibt es zahlreiche Modelle von Open Access- und Open Source-Verwertungsmodellen. Der Deutsche Kulturrat sieht daher keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

II. Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven (§ 52 b UrhG)

In seiner Stellungnahme „Kritik der Experten ernst nehmen! – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Anhörung von Sachverständigen durch den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags zum Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft" vom 07.12.2006 hat der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass im Sinne der weiteren Entwicklung der Wissensgesellschaft und der möglichst breiten Zugänglichmachung von Informationen gesetzliche Regelungen zu On-the-spot-consultation und dem Kopienversand auf Bestellung vorgeschlagen wurden. Der Deutsche Kulturrat hat unterstrichen, dass er die vorgeschlagenen Regelungen für nicht optimal hält.

Der Deutsche Kulturrat hat ausdrücklich den vom Börsenverein des deutschen Buchhandels und Deutschem Bibliotheksverband gemeinsamen Vorschlag zu § 52b UrhG unterstützt, da dieser Vorschlag einen Kompromiss der beiden hauptsächlich betroffenen Beteiligten widerspiegelt. Der Deutsche Kulturrat unterstreicht seine damalige Forderung, dass sich die Politik diesen Vorschlag zu eigen machen sollte. Ebenso betont der Deutsche Kulturrat nochmals seine Forderung, dass die Urheber bei Nutzungen von On-the-spot-consultation angemessen beteiligt werden sollten.

III. Keine Begrenzung des elektronischen Kopienversands durch Bibliotheken

Mit Blick auf die zwischenzeitlich zwischen den Beteiligten geschlossenen Verträge besteht aus Sicht des Deutschen Kulturrates kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

C. Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland"

§ 59 UrhG – Vergütungspflicht für die Abbildung von Werken im öffentlichen Raum

Der Deutsche Kulturrat hat in den letzten Jahren wiederholt die Forderung nach einer Vergütungspflicht für kommerzielle gewerbliche Nutzung von Abbildungen von Kunstwerken im öffentlichen Raum erhoben. Dabei ist für den Deutschen Kulturrat selbstverständlich, dass wie bei Kunstwerken in geschlossenen Räumen eine Vergütungspflicht im Zusammenhang mit der journalistischen Berichterstattung ebenso wenig entsteht wie wenn es sich bei den Kunstwerken um unwesentliches Beiwerk handelt. Die Vergütung kann aus Sicht des Deutschen Kulturrates nur über eine Verwertungsgesellschaft erfolgen. Der Deutsche Kulturrat hat daher in seiner Stellungnahme „Kultur-Enquete: Starkes Urheberrecht ist für den Kulturbereich unerlässlich!" begrüßt, dass die Enquete-Kommission seine bereits seit einiger Zeit vorgetragene Forderung aufgenommen und dem Deutschen Bundestag eine entsprechende Gesetzesänderung empfohlen hat. In der genannten Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den urheberrechtlichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission hat der Deutsche Kulturrat die kurzfristige Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode gefordert. Der Deutsche Kulturrat unterstreicht, dass in der nächsten Legislaturperiode unter Wahrung der Interessen der journalistischen Berichterstattung und der Ablichtung als unwesentliches Beiwerk in audiovisuellen Werken diese Empfehlung dringend umgesetzt werden sollte.

Darüber hinaus hat der Deutsche Kulturrat bereits in seiner Stellungnahme vom 07.02.2006 zum „Zweiten Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft" bedauert, dass keine Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Position Bildender Künstler vorgeschlagen wurden. Im Vergleich zu Urhebern anderer künstlerischer Sparten besteht eine strukturelle Benachteiligung Bildender Künstler, deren Werke ebenso wie die Werke musikalischer Autoren überall zugänglich gemacht werden, ohne allerdings hierfür Vergütungen zu erhalten. Der Deutsche Kulturrat hat bereits seinerzeit die Bundesregierung aufgefordert, diese strukturelle Benachteiligung zu beseitigen. Mit dieser Stellungnahme bekräftigt der Deutsche Kulturrat seine Forderung.

II. Veröffentlichung von Gegenseitigkeitsverträgen der Verwertungsgesellschaften

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht seine Aussage, dass Transparenz und Effizienz bei der kollektiven Rechtewahrnehmung unverzichtbar sind.

IV. Hinterlegungspflicht bei gesetzlichen Vergütungsansprüchen

In seiner Stellungnahme „Kultur-Enquete: Starkes Urheberrecht ist für den Kulturbereich unerlässlich" hat der Deutsche Kulturrat die Forderung nach einer Ausdehnung der Hinterlegungspflicht von § 11 Abs. 2 UrhWG auf Tarifstreitigkeiten bezüglich gesetzlicher Vergütungsansprüche mit Nachdruck unterstützt. Diese Forderung bekräftigt der Deutsche Kulturrat hiermit.

D. Prüfbitte der Europäischen Kommission

Regelung des Umgangs mit „verwaisten Werken" („Orphan Works")

In seiner Stellungnahme zum EU-Grünbuch „Urheberrechte in der wissenbestimmten Wirtschaft" (KOM (2008) 466/3) hat der Deutsche Kulturrat unterstrichen, dass die Nutzung verwaister Werke für Wissenschaft und Forschung teilweise ein erhebliches urheberrechtliches Problem darstellt. Das Gleiche gilt allerdings auch für vergriffene Werke. Der Deutsche Kulturrat hat gefordert, dass die inzwischen in der Praxis mit Hilfe von Verwertungsgesellschaften entwickelten Verfahrensweisen durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen abgesichert werden sollten (vgl. Initiative 2010 im Zusammenhang mit der Europäischen Digitalen Bibliothek). Eine Richtlinie sollte den nationalen Gesetzgebern entsprechende – zwingende – Vorgaben machen, um die Wiederzugänglichmachung dieser Werke durch Wissenschaft und Forschung, aber auch für private Anbieter zu erleichtern. Der Deutsche Kulturrat bekräftigt diese Forderung.

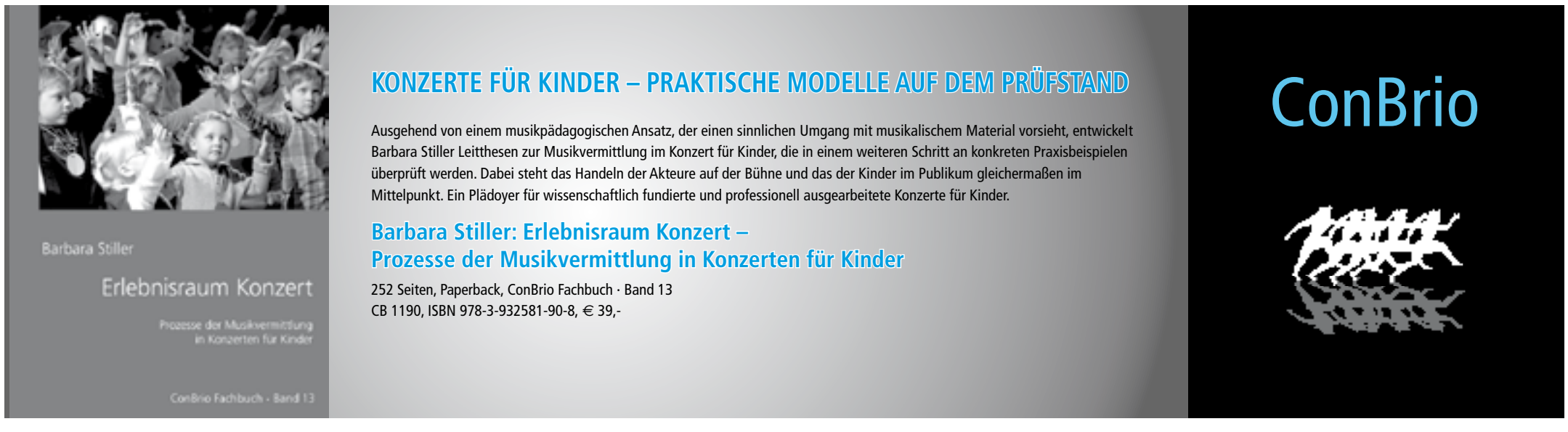
E. Sonstige Fragen

I. Elektronischer Bundesanzeiger

Der Deutsche Kulturrat würde begrüßen, wenn sich die Veröffentlichungspflicht für Verwertungsgesellschaften nach §§ 5, 9, 13 UrhWG auf den elektronischen Bundesanzeiger beziehen würde.

Übergangsregelung § 27 UrhWG

Im Zuge der Verabschiedung des „Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft" wurde in § 27 UrhWG eine Übergangsregelung für den neu gefassten § 54a UrhG getroffen. Diese Übergangsregelung soll gewährleisten, dass so lange noch keine neuen Vergütungsvereinbarungen nach § 54a UrhG getroffen wurden, zumindest die alten gesetzlichen Vergütungssätze fortgelten. Diese Übergangsregelung läuft in Kürze aus, ohne dass in wichtigen Bereichen neue Vergütungssätze vereinbart werden konnten. Der Deutsche Kulturrat fordert daher mit Nachdruck die Bundesregierung auf, die bestehende Übergangsregelung zu verlängern, um zu verhindern, dass Urhebern und anderen Rechteinhabern ein beträchtlicher ökonomischer Verlust entsteht.



Kulturhauptstadt der 53

Ruhr.2010 bietet dem Ruhrgebiet neue Chancen • Stefanie Ernst interviewt Oliver Scheytt

© RUHR.2010 GmbH

***politik und kultur*:** Herr Scheytt, vor kurzem sagten Sie in einem Interview in der neuen musikzeitung (nmz), dass die Menschen die Chancen, die Essen durch das Kulturhauptstadt-Jahr hat, noch nicht recht sehen. Wenn Sie eine Ruck-Rede an die Menschen im Ruhrgebiet halten könnten, um diesen Zustand in pure Begeisterung umzuwandeln, was würde diese Rede beinhalten?

Oliver Scheytt: Das Ruhrgebiet hat durch das Kulturhauptstadtjahr die einmalige Chance, sich als neue und werdende Metropole in Europa zu präsentieren. Die Menschen im Ruhrgebiet werden ihre Metropole in einer Weise erleben, wie sie das niemals zuvor getan haben. Ein großer Erfolg schon im Vorfeld besteht darin, dass wir eine Gesamtdramaturgie konzipieren konnten, bei der sich die einzelnen Städte und Kultureinrichtungen nicht getrennt voneinander präsentieren, sondern als Einheit auftreten. Viele haben es nicht für möglich gehalten, dass das Mitwirken von 53 Städten überhaupt funktionieren wird. Uns ist zudem gelungen, eine Metropolenkarte für den öffentlichen Nahverkehr zu initiieren, eine Ticketplattform und eine Internetplattform für das komplette Veranstaltungsangebot der Metropole Ruhr zu schaffen. Wir haben allein organisatorisch und strukturell bereits sehr viel erreicht. und sollten auf diese Gemeinschaftsleistung erst einmal stolz sein. Zusätzlich zu dem ohnehin schon fantastischen vorhandenen Kulturangebot des Ruhrgebiets haben wir weitere Attraktionen kreiert, die nachhaltige Wirkung entfalten werden. Bei dem Großprojekt TWINS sind über 1.500 europäische Partner beteiligt. Zu der Veranstaltung des „Day of Song“, der am 05. Juni 2010 stattfinden wird, haben bereits 22.000 Sängerinnen und Sänger ihre Teilnahme zugesagt. Und auch die Stilllegung der A40, bei der auf 60 Kilometern 28.000 Tische zur Verfügung gestellt werden und die Autobahn so zu einem Kunstprojekt wird, wird ein spannendes Großereignis. Wir freuen uns, dass alle Museen, Konzerthäuser, Opernhäuser, Theater, Kunstvereine etc. an RUHR.2010-Projekten mitwirken. Vor diesem Hintergrund bin ich mir sicher, dass in den nächsten Wochen der Funke auf die Menschen im Ruhrgebiet überspringen wird.

***puk*:** Das Stichwort Nachhaltigkeit fiel bereits. Könnte ein nachhaltiges Ergebnis des Kulturhauptstadtjahres sein, dass Essen der bisherigen Kulturmetropole Köln den Rang ablaufen wird?

Scheytt: Das Ruhrgebiet kann mit fünf Opernhäusern, sieben Symphonieorchestern, hunderten von Kultureinrichtungen, und über fünfzig Festivals aufwarten. Diese Zahlen verdeutlichen doch, dass wir keinen Vergleich scheuen müssen. Entscheidend ist aber, dass die kulturelle Besonderheit, die kulturelle Identität der Metropole Ruhr herausgearbeitet wird. Das Ruhrgebiet hat seine Kultur erarbeitet, nicht von Königen und Kaisern ererbt. Auf der einen Seite haben wir eine alte Kultur aus dem Mittelalter, die sich etwa im Essener Domschatz oder in alten Burgen und Schlössern niederschlägt. Eine Historie, die angesichts der industriellen Kulisse oftmals in Vergessenheit gerät. Diese Traditionslinien gilt es herauszuarbeiten. Auf der anderen Seite ist Industrialisierung das zentrale Thema für die Region. Im Zuge der Industrialisierung sind ca. vier Millionen Menschen eingewandert und haben zwischen dem Jahr 1870 und dem Zweiten Weltkrieg ihre eigene Kultur mit(ein)gebracht. Zusammen mit den angesiedelten vielfältigen Kulturen, den expandierenden Industrieunternehmern und großartigen Mäzenen konnte eine herausragende kulturelle Infrastruktur geschaffen werden. Die Besonderheit des Ruhrgebiets und seiner Städte und Gemeinden liegt im permanenten kulturellen Wandel und einer ungeheuren Vielfalt, die sich auch in der Anzahl der Kultureinrichtungen widerspiegelt. Die Kulturhauptstadt hat bewirkt, dass aus dieser kulturellen Vielfalt ein Gesamtprofil entsteht, bei dem die einzelnen Städte weiterhin mit ihren Besonderheiten in Erscheinung treten. Oberhausen ist die Stadt der Kurzfilmtage, Recklinghausen veranstaltet die Ruhrfestspiele, Bochum glänzt durch sein Schauspiel, Essen hat mit der Zeche Zollverein eine Kultureinrichtung, die den Weltkulturerbetitel trägt und hat die beste Oper weit und breit. Diese kulturellen Profile herauszuarbeiten und sie in einen Kontext einzubauen, das ist die Aufgabe der Kulturhauptstadt. Und hierin liegt schon jetzt ihr Erfolg.

Die Nachhaltigkeit der Projekte ist uns sehr wichtig. Natürlich gibt es das eine oder andere Ereignis, welches nur an einem Tag stattfinden wird. Die Bilder, die solche Ereignisse in den Köpfen der Menschen schaffen, werden auch nachhaltig wirken und auch noch nach Jahren abrufbar sein. Denken Sie nur an die Verhüllung des Reichstags durch Christo. Hier hat sich ein nur zehn Tage real existentes Bild in dem visuellen und kulturellen Gedächtnis der Menschen verfestigt. Die Wahrnehmung des Reichstagsgebäudes hat sich dadurch gänzlich verändert. So wird es bestenfalls auch mit einer Reihe von Ereignissen sein, die im nächsten Jahr stattfinden werden.

Wichtig sind in die strukturellen Effekte, die ein solches Jahr mit sich bringt: Museums-Sammlungen werden gemeinsam präsentiert, der Henze-Zyklus bringt 35 Musikstätten und -festivals zusammen, es wird neue Kulturführer und gemeinsames Marketing geben. Durch 2010 haben wir die Möglichkeit, eine ganz andere Form der Wahrnehmung unserer Kulturlandschaft entstehen zu lassen.

***puk*:** Bei dem Thema „interkulturelle Bildung“ liegt ein Schwerpunkt auf der Heranführung der Zielgruppe der Migranten an die Kultur. Wie wollen Sie es schaffen, eine Gruppe zu mobilisieren, die nicht regelmäßig Opernhäuser, Museen und andere Kultureinrichtungen aufsucht?

Scheytt: Einer unserer zentralen Programmschwerpunkte ist mit „Mythos Ruhr“ betitelt. Diesen Mythos gilt es zu benennen und begreifbar zu machen. Er besteht darin, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft – früher unter Tage, heute in den Städten – in Solidarität gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Die Solidarität, die uns ausmacht, die sich niederschlägt im Fußball, in der Heimatverbundenheit, aber auch im Zusammenleben unterschiedlichster Religionsgemeinschaften, sie ist unsere Basis, um eine neue Metropole zu gestalten. Und diese neue Metropole gestalten wir entlang der großen Ost-West-Achsen Ruhr/Emscher, A40/Hellweg und Lippe. Von diesen Themen sind alle 5,3 Mio. Einwohner berührt.

An den Grundschulen im Essener Norden haben zum Teil 80% der Kinder einen Migrationshintergrund. Kulturarbeit kann wesentlich dazu beitragen, Eigenheiten wahrzunehmen und Gemeinsamkeiten zu schaffen. Zum Beispiel im Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ an den Grundschulen in NRW wird den Kindern jenseits jeglicher Zugehörigkeit Musik vermittelt. Dabei werden nicht nur „typische“ Instrumente, sondern u.a. auch das türkische Instrument *Bağlama* erlernt. Bei unseren Jugendprojekten ist es zentral, von der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen auszugehen. Im Rahmen des Projekts „Pott Fiction“ werden Jugendliche aus

Weiter auf Seite 16

Prof. Dr. Oliver Scheytt

Geb. 14. April 1958;
verheiratet; drei Kinder Kinder;
Musik- und Jurastudium,
1986
2. jurist. Staatsexamen
1989
Dissertation zum Musikschulrecht;
1983–88
Management von Kulturprojekten bei der Stadt Essen und beim Kultursekretariat NRW;
1986–93
Referent beim Deutschen Städtetag; zunächst Büroleiter des Hauptgeschäftsführers
ab 1990
Beauftragter für die neuen Länder und Leiter Berlin-Vertretung
seit 1993
Kulturdezernent der Stadt Essen, zusätzlich auch zuständig für Bildung (1997–07), Grün und Gruga (2001–06) sowie Jugend (2005–2007).
Seit 2006
Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH
seit 2007
Professor für Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur an der Hochschule für Musik und Theater, Hamburg.
1993–2002
Mitglied des Bundesvorstandes des Verbandes deutscher Musikschulen
1995–2003
Vorsitzender des NRW-Kultursekretariates
seit 1997
Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn
seit 1998
Vorstandsmitglied des Kulturforums der Sozialdemokratie;
Mitglied in den Kulturausschüssen des Deutschen Städtetages und der Deutschen UNESCO-Kommission; Mitglied des Beirates der Kulturstiftung des Bundes. Lehr-, Vortrags- und Gutachtertätigkeit; Autor zahlreicher Publikationen zu den Bereichen Kommunalpolitik, Kulturpolitik, Kulturmanagement, Kulturrecht, Personal- und Organisationsentwicklung.

ConBrio *aktuell*
www.conbrio.de

Rhythmus! Studien und Materialien zur musikpädagogischen Arbeit über und mit Rhythmen
Paperback, 124 Seiten, Mit CD
CB 1202, ISBN,
€ 14,80

Fortsetzung von Seite 15

Kulturhauptstadt der 53

dem gesamten Ruhrgebiet die Möglichkeit haben, ihre eigenen Themen – wie Umwelt, Liebe, Zukunftsängste – theatralisch zu erfassen und auszudrücken. In Zusammenarbeit mit sieben Kinder- und Jugendtheatern im Ruhrgebiet wird die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen mit künstlerischen Mitteln sichtbar gemacht.

***puk*:** Die Finanzkrise hat auch vor der Kulturhauptstadt nicht Halt gemacht. Sie mussten Abstriche machen. Zuletzt kursierten Meldungen, dass die EU weitere Fördermittel in Aussicht stellt. Gibt es Positives zu vermelden?

Scheytt: Die EU hat jetzt bestätigt, dass wir die avisierten 1,5 Millionen Euro erhalten. Zudem wollen wir bei weiteren Sponsorentreffen Gelder akquirieren. Im Moment ist es so, noch ca. 10% der Mittel fehlen. Das bedeutet lediglich, dass von 157 Projekten drei nicht ganz gesichert sind. Zudem haben wir Mittel im Bereich Marketing gesperrt, die wir gerne wieder freigeben möchten. In seiner Pressemitteilung hat der Deutsche Kulturrat richtigerweise zum Ausdruck gebracht, dass die Kulturhauptstadt eine nationale und internationale Aufgabe und nicht nur ein regionales Ereignis ist. In dieser Angelegenheit ist die ganze Bundesrepublik gefordert und damit auch die großen deutschen Unternehmen und Stiftungen.

***puk*:** Wenn Sie nun so viel Zeit und Kraft in die Akquise stecken müssen, bleibt da nicht viel Inhaltliches auf der Strecke?

Scheytt: Nein, wir arbeiten tagtäglich intensiv programmatisch und inhaltlich. Dafür haben wir vier starke künstlerische Direktoren, ein qualifiziertes Team und engagierte Partner innerhalb der Metropole Ruhr und in Europa. Aber wir wünschen uns schon, dass die RUHR.2010 es so gut wie das kleine Oberösterreichische Städtchen Linz hätte, das von Stadt, Land und Bund jeweils 20 Millionen Euro erhalten hat. Wir haben vom Bund 17 Millionen Euro, vom Land 12 Millionen Euro und von der Wirtschaft bislang ungefähr 10 Millionen Euro bekommen. Die Stadt Essen und der Regionalverband Ruhr haben sich mit 18 Millionen Euro beteiligt. Natürlich konnten wir bei der Planung nicht ahnen, dass eine Wirtschaftskrise kommen wird. Wir hatten acht Hauptsponsoren á zwei Millionen zum Ziel, jetzt sind es noch fünf. Es wird schwer sein, weitere Sponsoren zu finden. Diese Umstände verlangen unserer Sponsoringabteilung viel Zeit und Einsatz ab. Andererseits habe ich als Kulturdezernent gelernt, mit finanziellen Schwierigkeiten umzugehen. In Essen haben wir ja in den letzten Jahren unseren beispiellosen kulturellen Aufbruch auch mit Hilfe von Wirtschaft und Stiftungen hinbekommen. Bestes Beispiel sind die 55 Millionen Euro, einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik, die für das Museum Folkwang von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung zur Verfügung gestellt wurden. Ich bin es also gewohnt, Engagement und Geduld in Sponsoring und Fundraising zu investieren.

Immerhin hat das Land im Herbst 2008 noch einmal zehn Millionen direkt an die Kommunen gegeben hat, was eine politische Entscheidung des Landtages war. Diese zehn Millionen waren entscheidend dafür, dass jetzt alle Städte mitmachen, denn jede Stadt hat zwei Euro pro Einwohner bekommen. Kleinere Städte meldeten sich daraufhin bei uns und berichteten, dass sie noch nie so viel Geld für Kultur auf ihrem Konto gehabt hätten. Es war sehr gut, dass das Land NRW festgelegt hat, dass das Geld nur für solche Projekte ausgegeben werden darf, die von der RUHR.2010 ausgewählt worden sind. Insofern war das eine neue Form der kulturpolitischen Steuerung: von einer regionalen Ebene wurden Themen und Projekte vorgegeben, vor Ort kann entschieden werden, wie viel in das jeweilige Thema investiert wird. Eine ganz neue Form der „cultural governance“.

***puk*:** Nichtsdestotrotz mussten Abstriche gemacht werden. Die Eröffnungsfeier findet leider nicht mehr „auf Schalke“ statt. Ein solcher Veranstaltungsort hätte der Kulturhauptstadt gewiss eine immense Breitenwirkung beschert. So hätte man vielleicht auch weniger kulturaffine Menschen des Ruhrpotts für die Kulturhauptstadt stärker sensibilisieren können.

Scheytt: Die offizielle Eröffnung wird am 9. Januar auf der Zeche Zollverein stattfinden. Das ZDF wird diese Feier übertragen. Im Rahmen eines großen Bürgerfests mit abschließendem Feuerwerk sollen die Bürgerinnen und Bürger eindrucksvoll auf das dann beginnende Kulturhauptstadtjahr eingestimmt werden. Eine gute Alternative zur allzu aufwändigen Eröffnungsfeier in der Veltins-Arena. Der bereits erwähnte „Day of Song“ wird in der Schalke Arena stattfinden. Dann werden sieben Schiffe vom Schiffshebewerk Henrichenburg den Rhein-Herne Kanal entlangfahren. Begleitet werden sie vom Stadionsprecher von Borussia Dortmund, der für Stimmung sorgen und wahrscheinlich den ein oder anderen Fangesang anstimmen wird. Vom Ufer aus werden andere Chöre in die Gesänge einstimmen; ein tolles Projekt.

***puk*:** Welche berufliche Steigerung ist denkbar, nachdem Sie eine Kulturveranstaltung mit einem so enormen Ausmaß gemanagt haben?

Scheytt: Was die Zukunft mir noch bringen wird, wird sich im Verlauf des Jahres 2011 zeigen. Schließlich gilt es nach dem Kulturhauptstadtjahr, den Erfolg weiter in die Welt zu transportieren. Mal sehen, was danach kommt. Meine Gelassenheit steigert sich von Tag zu Tag. Fest geplant habe ich nur, 2011 einen etwas längeren Urlaub anzutreten.

Oliver Scheytt ist Geschäftsführer der Ruhr2010 GmbH. Stefanie Ernst ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Kulturhauptstadtfinanzierungskuchen

Ein Kommentar von Olaf Zimmermann

In einem halben Jahr ist es endlich wieder einmal soweit. Nach Berlin (West) im Jahre 1988 und Weimar 1999 sind 2010 Essen und das Ruhrgebiet die Kulturhauptstadt Europas. 1988 und 1999 musste sich Deutschland diesen Ehrentitel mit niemandem teilen, dieses Mal gehen noch die ungarische Stadt Pése und als Vertreter eines Nicht-EU-Staates die türkische Millionenstadt Istanbul als Kulturhauptstädte Europas mit an den Start. Besonders Istanbul wird es der deutschen Kulturhauptstadt nicht leicht machen, die Aufmerksamkeit der Bürger Europas auf sich zu lenken.

Essen und das Ruhrgebiet machen in den letzten Wochen Schlagzeilen. Von Finanzlöchern, fehlenden Sponsoren und einem abgespeckten Kulturhauptstadtprogramm ist zu hören. 2003, als die nationale Bewerbungsphase zur europäischen Kulturhauptstadt 2010 mit sechzehn Bewerberstädten begann, war die Stimmung noch euphorisch. Auch das große in Aussicht gestellte Engagement der Wirtschaft hat dazu beigetragen, dass Essen das Rennen machen konnte. Damals hofften alle, dass im Jahr 2010 nicht nur die Wirtschaft, der Bund, sondern auch die Gemeinschaft der Bundesländer Essen bei diesem wichtigen Ereignis ideell und finanziell unterstützen werden. Nun trudelt die Wirtschaft kräftig und kann und will sehr oft nicht helfen. Aber auch die Bundesländer, außer dem Sitzland Nordrhein-Westfalen natürlich, halten sich auffällig zurück.

Der von Deutschland ins Rennen geschickten deutschen Europäischen Kulturhauptstadt fehlt aber nicht nur Geld. Ihr fehlt in der letzten Vorbereitungsphase besonders bundesweite Ausstrahlung und Beachtung. In sechs Monaten sollen Essen und das Ruhrgebiet Deutschland in Europa präsentieren. Dafür ist es notwendig, dass der Bund und die Gemeinschaft der Bundesländer sich der europäischen Bedeutung des Ereignisses bewusster werden. Aber auch die Kulturhauptstadt selbst muss sich aus ihrer provinziellen Enge befreien. Es ist nicht akzeptabel, wenn die chronisch zerstrittenen Ruhrgebietsstädte immer noch um die Stücke von Kulturhauptstadtfinanzierungskuchen streiten, statt endlich an einem Strick für Deutschland in Europa zu ziehen.

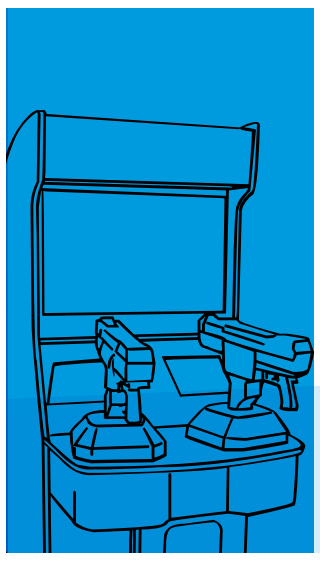
Fritz Pleitgen, einer der beiden Geschäftsführer der Ruhr.2010 GmbH, die die Kulturhauptstadt managen, sagte vor kurzem: „Istanbul ist einmalig – eine Kulturhauptstadt, die auf zwei Kontinenten steht. Das Ruhrgebiet ist noch einmaliger – um uns reißen sich gleich drei Regierungsbezirke.“ Man muss sich um die deutsche Europäische Kulturhauptstadt 2010 wohl doch etwas Sorgen machen.

Der Verfasser ist Herausgeber von politik und kultur ■

Streitfall Computerspiele
Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz

Sind Computerspiele „Kulturgüter“ oder handelt es sich um „Schund“? Sollten Computerspiele strenger kontrolliert werden oder reichen die bestehenden Jugendschutzbestimmungen aus? Sollten qualitativ hochwertige Computerspiele von der öffentlichen Hand gefördert werden oder soll es der Markt richten? Wie soll der neue Deutsche Computerspielepreis aussehen? Mit diesen Fragen wurde sich in verschiedenen Ausgaben von politik und kultur befasst. Im Band „Aus politik und kultur 1“ Streitfall Computerspiele werden die wichtigsten Beiträge noch einmal zusammengefasst veröffentlicht.

Autoren des Buches sind u.a.: Günther Beckstein, Max Fuchs, Wilfried Kaminski, Armin Laschet, Christian Pfeiffer, Klaus Spieler, Olaf Wolters, Wolfgang Zacharias und Olaf Zimmermann



Streitfall Computerspiele: Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 2. erweiterte Auflage, 140 Seiten, € 9,- zzgl. Versand, ISBN 987-3-934868-15-1

Die Kirchen
die unbekannte kulturpolitische Macht

Spielen die Kirchen überhaupt eine Rolle in der Kulturpolitik oder haben sich Kultur und Kirche voneinander entfernt? Sind die Kirchen noch wichtige Auftraggeber für Künstler oder wurden sie von Akteuren insbesondere dem Markt längst abgelöst? Vermitteln die Kirchen Kunst und Kultur? Ist Kultur in der Kirche selbstbezüglich oder auf die Gesellschaft orientiert. Markus Lüpertz sagt in dem Buch, dass Künstler den Engeln sehr nahe sind und stellt damit eine enge Verbindung zwischen Kunst und Kirche her. Trifft dieses auch auf andere Künste zu? Mit diesen und weiteren Fragen befassen sich die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband.

Autoren des Buches sind u.a.: Petra Bahr, Karl Lehmann, Wolfgang Huber, Max Fuchs, Katrin Göring-Eckardt, Thomas Sternberg, Christhard-Georg Neubert und Olaf Zimmermann

Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 1. Auflage, 108 Seiten, € 9,- zzgl. Versand, ISBN 978-3-934868-14-4

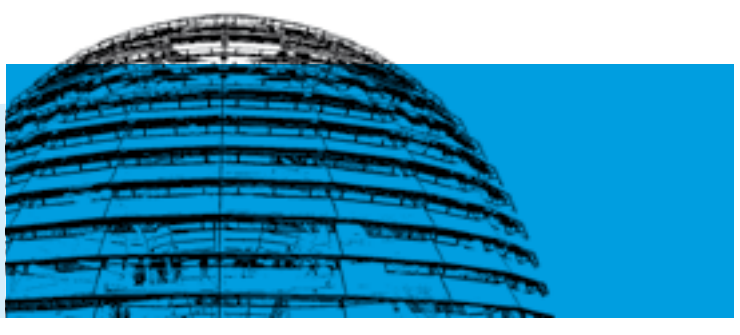
Kulturpolitik der Parteien
Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen

Gibt es Unterschiede in der kulturpolitischen Programmatik der Parteien? Sind sich Kulturpolitiker immer einig? Ist Kulturpolitik eigentlich unpolitisch oder doch hochpolitisch, weil es um Fragen des Zusammenlebens geht? Welche Rolle spielen die Künste in der Kulturpolitik der Parteien? Welche Ideen entwickeln die Parteien für eine zukunftsfähige Kulturpolitik? Auf welchem Fundament beruht die Kulturpolitik der Parteien? Mit diesen Fragen befassen sich die Beiträge in diesem Buch.

Autoren des Buches sind u.a.: Frank-Walter Steinmeier, Kurt Beck, Guido Westerwelle, Wolfgang Gerhardt, Christian Wulff, Bernd Neumann, Claudia Roth, Uschi Eid, Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Erwin Huber, Thomas Goppel, Olaf Zimmermann.

Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 1. Auflage, 166 Seiten, € 12,90 zzgl. Versand, ISBN 978-3-934868-17-5

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45 oder www.kulturrat.de/shop.php



Masterplan Kultur

Rahmenarchitektur 2010 bis 2020 • Von Dieter Nellen

Große Ereignisse erzeugen nach ihrem gloriosen Finale schnell eine andere Stimmungslage und ein Entscheidungsvakuum über den künftigen Weg. Aber Katzenjammer nach einem großen Fest muss nicht immer sein. Mit einem zügig und zielorientiert erarbeiteten Masterplan hat deshalb das Ruhrgebiet – wie bisher keine andere Kulturhauptstadt in Europa – bereits vor dem eigentlichen Ereignisjahr 2010 eine programmatische, organisatorische und finanzielle Rahmenarchitektur unter dem Label „Kulturmetropole Ruhr" für die Zeit nach dem großen Projekt entworfen. Die Dynamik der Kulturhauptstadt soll die Region dauerhaft als weltstädtische Kulturdestination in einem Zeitkorridor bis 2020 etablieren. Man wartet also nicht einfach ab, sondern entwickelt ein eigenes Drehbuch für die Zukunft.

Diskussion über die Zeit nach Ruhr 2010: Mitglieder der RVR-Lenkungsgruppe mit Kulturdezernent Jörg Stüdemann. **Foto: Agentur event/Wien**

Träger dieses anspruchsvollen Strategieprojektes waren als Auftraggeber der RVR/Regionalverband Ruhr (der auch gleichzeitig größter Gesellschafter der Ruhr 2010 GmbH ist) und die invent GmbH aus Wien als federführende Beratungs- und Innovationsagentur. Diese hatte sich im vorhergehenden Wettbewerb durchgesetzt. Am Diskurs beteiligten sich schon in dieser ersten Phase ca. 160 Vertreter der regionalen Kulturszene. Bundesweit ist kein vergleichbares Projekt dieser qualitativen und quantitativen Tiefe bekannt.

Der Prozess soll alles in allem politisch behutsam verlaufen. Deshalb handelt es sich bei den jetzigen Vorschlägen – insbesondere zur künftigen regionalen Finanzausstattung – zunächst keineswegs um eine abschließende und nicht mehr veränderbare Festlegung. Vielmehr geht es um eine erste grundlegende Gedankenfigur, die ab 2010 zusammen mit allen regional Beteiligten in einen verbindlichen Rahmen gestellt werden soll. Der Beratungsparcours hat bereits begonnen und setzt sich fort, in den eigenen Gremien und demnächst in fast allen Gebietskörperschaften des Ruhrgebietes.

Noch im Veranstaltungsjahr sollen die finalen Entscheidungen für die Zeit nach 2010 fallen und ein umsetzungsrelevanter Städtekontrakt aller 53 Gebietskörperschaften geschlossen werden. Dieser soll sich auf die programmatischen Inhalte einer kulturellen Metropolenstrategie, die künftige Organisation regionaler Kulturpolitik und deren Finanzausstattung beziehen.

Darüber soll – im besten Planerdeutsch gesprochen – eine „föderalistisch organisierte, kreative Metropolregion" entstehen.

Metropolenstrategie und -kompetenzfelder

Hierzu gehört zunächst eine Strategie mit starken inhaltlichen Metropolenkompetenzfeldern und regionalen Netzwerkstrukturen. Die Kernfrage war: Für welche Kompetenzfelder kann die Region schon jetzt starke Begabungen und realistische Entwicklungschancen vorweisen? Folgende wurden mit den notwendigen Eignungskriterien ausgewählt:

(1) Theater und Performing Arts: Das Ruhrgebiet gehört schon jetzt zu den reichsten Theaterlandschaften mit renommierten europäischen Festivals, ohne allerdings schon hierfür die notwendige internationale Wahrnehmung zu genießen. Das soll sich ändern durch „ein multizentrisches, sich funktional ergänzendes Entwicklungs-, Produktions- und Vermarktungsnetzwerk".

(2) Städte- und Metropolentransformation: Wie kaum in einer anderen Region kann man den spätindustriellen „Wandel durch Kultur" als paradigmatische Städte- und Metropolentransformation beobachten. Begonnen hatte alles zwischen 1989 und 1999 mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) EmscherPark, die hierfür durch bauliche Umnutzung und eine erste kulturelle Bespielung Maßstäbe gesetzt hat. Für die weltweite Positionierung auf diesem Feld werden deshalb ein „Center of Excellence der Städte- und Metropolentransformation Ruhr", eine „Urbanitätsoffensive und Metropolenraumdesign Ruhr" sowie Präsentationsstrategien mit internationalem Anspruch vorgeschlagen.

(3) Interkultur: Das Ruhrgebiet gilt als klassische Einwanderungs- und Kompetenzregion für Interkulturalität und begründet damit den Kern einer neuen Identität. Um sich auch hier dauerhaft mit einer globalen Kompetenzstrategie zu etablieren, werden insgesamt acht Schlüsselprojekte vorgeschlagen.

(4) Kreativwirtschaft: Bei dem Metropolenfeld „Kreativwirtschaft" geht es weniger um gewachsene Kompetenzen, sondern um künftige Zukunftspotentiale „zur Behebung bestehender Urbanitätsdefizite und zur Erweiterung kultureller und wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten". Die Region ist bisher hier im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittlich aufgestellt, obwohl mit den räumlichen Hinterlassenschaften des Industriezeitalters nachgefragte Areale zur Verfügung stehen. Umso mehr gilt die Vision: „Die Kulturmetropole Ruhr ist 2020 ein national und international bedeutsames Ausbildungs-, Präsentations- und Kommunikationszentrum für Design und andere Bereiche der Kreativwirtschaft".

Die Hoffnung auf dieses goldene Zeitalter der Kultur- und Kreativwirtschaft dürfte nicht ganz unbegründet sein. Der Dortmunder Kulturdezernent Jörg Stüdemann, der wesentlichen Anteil an der vorliegenden Denkschrift hat, schreibt dazu im ähnlichen Zusammenhang: „Dort, wo nach der Deindustrialisierung der Verlust am deutlichsten spürbar ist, ablesbar an jeder Kontur der Industriearchitektur, blüht kleinwüchsig, oft chaotisch kreatives Leben im globalen Dorf".

Weitere profilbildende Kompetenzfelder sind die Bildende Kunst, Kulturelle Bildung und Geschichtskultur.

Die Metropole Ruhr erwartet mit der Nähe zur Kulturhauptstadt spektakuläre Museumsneubauten, so die Eröffnung des Kunstquartiers Hagen mit dem Emil Schumacher Museum, des Folkwang Museums in Essen, den Umbau des Dortmunder U zu einem neuen Kreativareal und die Erweiterung des Museums Küppersmühle. Die Disparitäten zwischen Rhein- und Ruhrschiene auf dem Feld der Museumsarchitektur werden damit egalisiert. Sie sollten nun auch zu engeren Kooperationen und einem Rhein/Ruhr-Design bei der Kernaufgabe der Häuser, dem eigentlichen Ausstellungsgeschäft führen.

Identitätsfragen spielen in einer Region mit einem vergleichsweise jungen Geschichtsmythos eine besonders große Rolle. Der Bochumer Historiker Klaus Tenfelde und die Autoren des Masterplans regen in diesem Zusammenhang eine „Stiftung Industriemuseen beim Regionalverband Ruhr" an. Diese würde die bisher bei den rheinischen und westfälischen Landschaftsverbänden angesiedelte Trägerschaft der identitätsbildenden RuhrMuseen übernehmen und damit die Historiographie des Raumes gewissermaßen in dessen eigene narrative Regie geben.

Organisation regionaler Kulturpolitik

Masterpläne und Denkschriften stehen oft im Verdacht akademischer Beliebigkeit und mangelnder operativer Verbindlichkeit. Der Weg ist manchmal wichtiger als das Ziel. Der vorliegende Masterplan vermittelt deshalb erste Empfehlungen für eine erfolgreiche Umsetzungsstrategie.

Im Zuge der IBA hat der Regionalverband Ruhr als Bündelungsorganisation aller Städte und Kreise verstärkt Aufgaben der regionalen Kultur- und Tourismuspolitik übernommen. Darüber hinaus wurden von ihm, dem Land NRW sowie weiteren Akteuren themenspezifische Tochtergesellschaften gegründet, welche die operative Realisierung von Festivals wie der RuhrTriennale, von Großprojekten wie der Kulturhauptstadt Europas 2010 sowie die Entwicklung der alten Industrieregion zu einer touristischen Destination übernahmen.

Die Neuausrichtung dieser Regionalagenturen muss spätestens in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 erfolgen. Eine neue Trägerschaft könnte durch eine Zusammenlegung von Kultur- und Tourismusorganisation zu einer „Kulturmetropole Ruhr GmbH" geschehen.

Regionale Finanzausstattung

Bleibt die letzte, die vielleicht wichtigste Frage, nämlich die der Finanzierung. In die Regionalisierungsstrategie der Kulturpolitik sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten erhebliche Budgets des Landes NRW, des RVR sowie der Städte und Kreise geflossen. Die Wirtschaft engagiert sich über den Initiativkreis Ruhr und veranstaltet seit Jahren das weltweit größte Klavierfestival Ruhr.

Auch hier wird der tatsächliche Erfolg der Kulturhauptstadt entscheiden, inwieweit die bisherigen institutionellen Finanziers, also die Regional- und Landesebene zusammen mit den kommunalen Gebietskörperschaften die künftige kulturelle Regionalisierungsstrategie durch die notwendigen Budgets unterfüttern werden.

Der Masterplan „Kulturmetropole Ruhr" beziffert den späteren jährlichen Bedarf mit 20 Mio. Euro, von denen das Land NRW gut die Hälfte übernehmen soll. Die Restfinanzierung müsste von der Region und deren Kommunen übernommen werden. Deren politische Vertreter haben sich hierzu noch nicht positioniert, zumal die politischen Karten in Nordrhein-Westfalen mit der anstehenden Kommunalwahl und der Landtagswahl in 2010 ohnehin neu gemischt werden.

Die eigentliche kulturpolitische Diskussion für die Zeit nach Ruhr 2010 hat allerdings längst begonnen. Und das ist auch gut so, wenn man nicht irgendwann unsanft erwachen will.

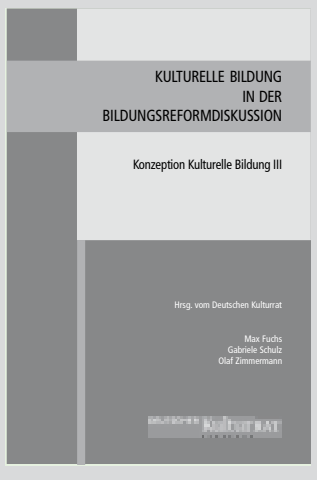
Der Verfasser ist Leiter des Referates Kultur und Sport beim Regionalverband Ruhr ■

Der „Masterplan Kulturmetropole Ruhr" ist unter www.rvr-online.de als PDF-Datei verfügbar. Näheres zur Beratungsagentur invent GmbH Wien unter www.invent.or.at .

KULTURELLE BILDUNG
IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION
Konzeption Kulturelle Bildung III

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Max Fuchs, Gabriele Schulz und
Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de



Europäischer Kulturverband mit neuer Struktur

Jahresversammlung 2009 von EUROPA NOSTRA auf Taormina/Sizilien • Von Rupert Graf Strachwitz

EUROPA NOSTRA, der Dachverband europäischer nicht-staatlicher Kulturerbe-Organisationen, hat sich auf seiner Jahresversammlung am 3. Juni 2009 in Taormina (Sizilien) eine grundlegend neue Organisationsstruktur gegeben. Der 1963 gegründete und 1991 mit dem Internationalen Burgeninstitut fusionierte Verband, dem heute 394 Organisationen aus 39 europäischen und 3 außereuropäischen Ländern sowie 1.369 Einzelmitglieder angehören, hatte bisher eine Struktur, die organisch gewachsen war, aber modernen Erfordernissen einer guten zivilgesellschaftlichen Organisation nicht mehr entsprach. So lag beispielsweise die exekutive Verantwortung formal in den Händen eines fast 60-köpfigen Rates, de facto aber bei einem Arbeitsausschuss, dessen demokratische Legitimation zweifelhaft war. Die Mitgliedschaft in Rat und Ausschuss war nicht durchgehend durch Wahlen bestimmt und musste Außenstehenden oft als intransparent erscheinen.

Allen Verantwortlichen war klar, dass man vor einer schwierigen Aufgabe stand. Daher wurden zunächst in einer Sondierungsgruppe, der unter Vorsitz des Verfassers dieses Berichts ein früherer Generalsekretär der Organisation (aus Italien) und der Vertreter des größten Mitgliedsverbandes, des englischen National Trust angehörten, die Defizite des bestehenden Systems analysiert, Prinzipien einer angemessenen Governance erarbeitet und zwei alternative Modelle für die Umsetzung skizziert. Nach Annahme des Berichts dieser Gruppe im Rat und entsprechender Unterrichtung der Mitglieder wurde dann eine bewusst anders zusammengesetzte formelle Arbeitsgruppe gebildet, die einen vollständigen Entwurf einer neuen Satzung erstellen sollte. Das Generalsekretariat arbeitete dieser Gruppe vielfach zu; auch die Mitglieder hatten Gelegenheit zu Stellungnahmen.

Nach fast 5-jähriger intensiver Debatte lag der Mitgliederversammlung nunmehr der Entwurf einer umfassenden Satzungsrevision vor, der vom Rat mit einigen Änderungen im Januar 2009 verabschiedet worden war. Vollständig abgeschafft werden sollte die Kooptation von Mitgliedern der Organe. Der von der Mitgliederversammlung gewählte Rat sollte seinerseits einen handlungsfähigen Vorstand berufen. Rechte und Pflichten der einzelnen Organe sollten klar von einander abgegrenzt werden. Als besonders schwierig erwies es sich, bei voller Wahrung der Souveränität der Mitgliederversammlung dafür Sorge zu tragen, dass sich große und kleine Organisationen, Profis und freiwillig Engagierte, Verbände und Einzelmitglieder hinreichend einbringen können und dass eine angemessene Vertretung aller Regionen Europas zumindest in etwa gewährleistet bleibt. Zudem sollte die aktive Mitwirkung aller Mitglieder an den Verbandsangelegenheiten bewußt ausgebaut und gestärkt werden.

Da es bekanntlich nach wie vor keine Möglichkeit gibt, eine Vereinigung nach europäischem Recht zu gründen und EUROPA NOSTRA seinen Sitz in Den Haag hat, konnten die in den Einzelheiten zum Teil weit auseinander liegenden, von sehr unterschiedlichen Traditionen und Rechtsvorstellungen der Mitglieder geprägten Vorschläge für eine adäquate Governance-Struktur nur dann zum Tragen kommen, wenn sie mit niederländischem Vereinsrecht kompatibel waren. Dies führte bis in die abschließende Behandlung hinein zu Nachfragen und gelegentlich sehr streitig ausgetragenen Debatten. Auch gab es durchaus Mitglieder, die eine Reform dieser Art grundsätzlich für nicht erforderlich oder sogar für schädlich hielten und besonders in den letzten Monaten in ausführlichen Stellungnahmen gegen den vorliegenden Entwurf plädiert hatten. Gegen manche Einzelheiten sowohl in der Sache als auch in den Verfahrens- und Übergangsbestimmungen der Reform, zum Beispiel gegen den sofortigen Vollzug, hatten einzelne, überwiegend aus Großbritannien stammende Mitglieder Widerspruch angemeldet.

Da durchaus die Möglichkeit bestand, dass Mitglieder ihre Ansicht auf Grund des Diskussionsverlaufs noch ändern würden (was offenkundig auch geschah) und auch das noch anzuwendende alte Stimmrecht relativ komplizierte Stimmübertragungs- und Mehrfachstimmrechte enthielt, war bis zum Schluss nicht klar, ob die erforderliche 2/3-Mehrheit für die Satzungsänderung erreicht werden würde. Zudem ist EUROPA NOSTRA ein sehr konsensorientiertes Verhalten seiner Mitglieder gewöhnt, sodass die exakte Beachtung aller Formalien wie Vertretungsberechtigung, Stimmenzählung usw. nicht besonders gut eingeübt war. Für den Erfolg des Reformprozesses waren diese jedoch entscheidend und wurden penibel angewandt.

Die Erleichterung der „Reformpartei“ war groß, als das Ergebnis bekanntgegeben wurde. Mit deutlich über dem Mindesterfordernis liegender Mehrheit, wenn auch keineswegs einstimmig, war die neue Satzung angenommen worden. Nach den niederländischen Bestimmungen konnte dieses Ergebnis elektronisch nach Den Haag übermittelt und die Satzung von einem Notar sofort in das Register eingetragen werden, sodass nach einer Mittagspause die Mitgliederversammlung nach neuer Satzung Wahlen durchführen konnte. Die unterlegene „Partei“ akzeptierte, dass die Abstimmung korrekt verlaufen war und die Mehrheit sich anders entschieden hatte.

Insbesondere stand die Neuwahl eines Exekutivpräsidenten an, da sich der bisherige, der Schweizer Dr. Andrea Schuler, nach Ablauf seiner Amtszeit nicht mehr zur Wahl stellte. Gewählt wurde einstimmig der Franzose Denis de Kergolay, der nicht nur als Eigentümer eines denkmalgeschützten Hauses und Vorsitzender eines französischen Fachverbandes, sondern insbesondere auch als langjähriges Vorstandsmitglied von „Ärzte ohne Grenzen“ beste Voraussetzungen für die Leitung einer internationalen zivilgesellschaftlichen Kulturorganisation mitbringt. Gemeinsam mit dem neu konstituierten und gewählten Vorstand wird er EUROPA NOSTRA in den kommenden Jahren in eine neue Dimension seiner Tätigkeit führen.

Schon heute gehört EUROPA NOSTRA als mitgliederstarker Verband, aber auch auf Grund seines Haushaltsvolumens von über 1 Million Euro pro Jahr zu den größten Kulturverbänden auf europäischer Ebene. Neben der Lobby-Arbeit für das (bauliche) kulturelle Erbe gegenüber den Organen der Europäischen Union und des Europarates und der Vernetzung seiner Mitglieder gehören die offene Debatte über alle mit der Erhaltung des kulturellen Erbes verbundenen Themen, die Auszeichnung hervorragender Beispiele von Restaurierung, neuen Nutzungskonzepten, persönlichem Engagement und wissenschaftlicher Grundlagenarbeit – ein von der Europäischen Kommission finanziertes Programm – und der Protest gegen die Zerstörung von Denkmalen des kulturellen Erbes zu den vornehmsten Aufgaben der Organisation. Dabei hat EUROPA NOSTRA stets das große Europa im Blick. Nicht zuletzt deshalb wird die Jahresversammlung 2010 in Istanbul stattfinden. In der Zukunft wird es darauf ankommen, den Rang des kulturellen Erbes als Identifikations- und Integrationsfaktor aller Europäer noch stärker herauszuarbeiten und insbesondere der politischen und allgemeinen Öffentlichkeit zu vermitteln.

Die zur Zeit 13 deutschen Mitgliedsorganisationen, darunter z. B. die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die Deutsche Burgenvereinigung, die Kulturstiftung Haus Europa und der Förderkreis Alte Kirchen Berlin Brandenburg, wirken seit vielen Jahren aktiv an der Arbeit von EUROPA NOSTRA mit. Dem Rat gehören jetzt 5 deutsche Mitglieder an; der Vertreter der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in der Mitgliederversammlung, Professor Dr. Michael Krautzberger, wurde in Taormina in den neugebildeten Vorstand gewählt. Zu den Gewinnern der EU/EUROPA NOSTRA Auszeichnungen gehörte in diesem Jahr die Dokumentationsstätte Regierungsbunker Bad Neuenahr-Ahrweiler – wie es in der Begründung heisst, „in Anerkennung ihrer Bedeutung als authentisch erhaltene Erinnerung an den Ost-West-Konflikt und als Symbol der Tatsache, daß Europa die Spaltung, die ehedem den Kontinent teilte, überwunden hat“. (Näheres zu EUROPA NOSTRA unter www.europanostra.org)

Der Verfasser ist ehrenamtlicher Vorstand der Kulturstiftung Haus Europa, Berlin und Mitglied des Rates von EUROPA NOSTRA ■

Europa und die Kultur

Institutionen wappnen sich schon jetzt für die neue Legislatur • Von Barbara Gessler-Dünchem

Die Europäer haben ein neues Parlament gewählt und damit eine Periode nicht nur noch konkreterer Personalspekulation eingeläutet, sondern auch verschiedenste Szenarien für die unmittelbare Zukunft der Kommission und ihres Präsidenten wie auch für ein endgültiges Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eröffnet.

Europäisches Parlament, Innenansicht. **© Europäisches Parlament/Architecture Studio Europe/SERS**

Auch wenn die Wahlbeteiligung freundlich gesagt ernüchternd, nicht nur in den meisten westeuropäischen Mitgliedstaaten zum Teil historisch niedrig ausgefallen ist und viele daraus (zu Unrecht) Rückschlüsse über die Repräsentativität des Europäischen Parlaments ziehen, müssen die Mehrheitsverhältnisse von allen Akteuren in Betracht gezogen werden, auch wenn die neue Machtverteilung der alten recht nahe kommt. Interessant wird sicher, wie die überraschend ins Parlament eingezogene Piratenpartei aus Schweden ihren Kampf gegen den Urheberrechtsschutz in Europa führen wird und welche Allianzen sie dabei finden kann und müsste. Gerade durch die in Frankreich vor kurzem eingeführte Möglichkeit der Internetsperre bei mehrfachem illegalem Downloading („Hadopi“–Gesetz), das in der französischen Kulturszene durchaus kontrovers gesehen wird, ist das Thema innerhalb der EU noch stärker in der Diskussion, auch angefacht durch die von der deutschen Delegation eingebrachten Debatte im Kulturministerrat zum Thema Google books. Hier wurde etwa nochmals eindeutig klar gestellt, dass es sich bei der europäischen Digitalen Bibliothek, Europeana, nicht um ein ähnliches Konzept handelt, sondern dass das europäische Modell weder profit- noch marktorientiert ist und von öffentlichen Trägern im Sinne des öffentlichen Interesses unterstützt wird.

Wie die letzte *puk* eindrücklich belegt, ist der Kulturbereich im weiteren Sinne ständig von europäischen Entscheidungen betroffen und es gilt daher, erneut an die Parteien und Fraktionen in der frisch gewählten Volksversammlung zu appellieren, interessierte und engagierte Abgeordnete in den Kulturausschuss zu entsenden. In Zeiten, in denen gerade in der Politik die mangelnde Seele Europas bemängelt wird und in den Augen der Öffentlichkeit die Krise mit der wirtschaftspolitischen Orientierung der EU in Verbindung gebracht wird, können in diesem Betätigungsfeld durchaus auch dankbare Aufgaben für die Volksvertreter liegen! Ganz oben auf der Agenda wird, analog der oben beschriebenen Diskussion, in den Augen zumindest des audiovisuellen Kulturbereichs, die abschließende Behandlung des so genannten Telekom-Pakets stehen, das Gegenstand eines Vermittlungsverfahrens werden muss, da keine Einigung zwischen den Entscheidungsgremien erzielt werden konnte. Die Abgeordneten hatten in ihrer letzten Sitzung dem ausgehandelten Kompromiss mit dem Ministerrat nicht folgen wollen und haben ihre ursprüngliche Position verteidigt, dass Grundrechte und Freiheiten der Endnutzer nicht ohne vorherige Entscheidung der Justizbehörden eingeschränkt werden dürften. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier Allianzen verschieben, zum Beispiel zwischen den gestärkten Grünen und Liberalen und wie sich die Sozialistische Fraktion, in Frankreich als Partei im Thema durchaus gespalten, dazu verhält.

Der Ministerrat im Mai hat sich auch intensiv dem Thema des diesjährigen Europäischen Jahres gewidmet, in dem er die Rolle der Kultur im Kontext von Innovation und Kreativität hervorhebt. Er formuliert den Appell an die Mitgliedstaaten, die relevanten Organisationen der Zivilgesellschaft besser einzubinden, um das Potenzial, das dem Sektor innewohnt, verstärkt zu nutzen, um allgemeine Ziele der europäischen und nationalen Politik zu erreichen. Dabei müsste auch die Offene Methode der Koordinierung voll ausgeschöpft werden, um insbesondere auch Erfahrungen auszutauschen und Netzwerkbildung voranzutreiben. Die entsprechenden nationalen europäischen Fonds sollten diesen Link zwischen Kreativität und Wettbewerbsvorteil befördern. Der besonderen Rolle der Städte und Regionen sowie der Zivilgesellschaft sollte durch Vernetzung auf europäischer Ebene Rechnung getragen werden. Auch die kleineren und mittleren Unternehmen aus dem Sektor sollten besser über Finanzierungsmöglichkeiten informiert werden. Das könnte auch ein Element der Finanzierung für die kommende Finanzperiode sein. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der sich aktiv an der Initiative zur Förderung von KMU beteiligt, sollte sich in dieser Hinsicht auch angesprochen fühlen. Die Eröffnung eines Designwettbewerbs Ende Juni und ein umfassender Wettbewerb Ende September werden die Möglichkeiten des EWSA dahingehend präzisieren.

In seiner letzten Sitzung hat das Europäische Parlament die Schaffung des MEDIA Mundus Programms von 2011 bis 2013 begrüßt, das die Förderung der Zusammenarbeit mit audiovisuellen Fachleuten aus Drittstaaten zum Ziel hat. Dabei gilt es auch, europäischen audiovisuellen Werken auf dem Weltmarkt zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit zu verhelfen.

Bereits im April hatte das Europäische Parlament wiederum den Vorschlag der Kommission zur Verlängerung der Schutzdauer für Aufzeichnungen von Darbietungen und für Tonträger abgeändert, indem es die vorgesehene Frist von 95 Jahren auf 70 Jahre reduzierte. Gleichzeitig wurde die Kommission zur Vorlage einer Untersuchung darüber aufgefordert, ob eine solche verlängerte Schutzdauer auch für ausübende Künstler und die Produzenten im audiovisuellen Bereich notwendig sind.

Für eine neue Kommission und ein neues Parlament gibt es also weiterhin viele Möglichkeiten, zugunsten der Kultur zusammen zu arbeiten.

Die Verfasserin ist Leiterin des Pressereferats des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ■

DDR-Rockmusik zwischen Anpassung und Aufbegehren

Kristin Bäßler interviewt die Sängerin Suse Jank und die Wissenschaftlerin Birgit Jank

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall hat ein generationenübergreifendes Team bestehend aus Suse Jank & Band, dem Medienpädagogen Matthias Krebs und der Musikpädagogik-Professorin Birgit Jank in Kooperation mit der Universität Potsdam eine multimediale Bühnen-Performance unter dem Titel „Ehrt man die Rose noch?“ entwickelt und im April dieses Jahres mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und mehreren kleineren Förderern in ost- wie westdeutschen Universitäten und Musikhochschulen aufgeführt. Diese Kombination aus Vortrag, Filmdokumenten und Live-Songs aus der DDR, die unter der Leitung von Clemens Süssenbach neu arrangiert wurden, vermitteln einen anschaulichen und sinnlich einfühlsamen Einblick in die wechselvolle, mehr als 30jährige DDR-Rockmusik-Geschichte. Eine neue Musikergeneration, die selbst zu jung ist oder in ihrer Sozialisation keine Berührungspunkte hatte, um die DDR selbst erfahren zu haben, eröffnet hier mit zeitgemäßen neuen ästhetisch-musikalischen Mitteln und mit ergänzender wissenschaftlicher Kommentierung zum Einen den kritischen Blick auf eine Zeit wechselvoller deutscher Zeitgeschichte mit der eigenwillig geprägten Funktion von Rockmusik im Osten Deutschlands. Zum Anderen werden diese Lieder durch die ansprechenden Arrangements und vor allem durch die frische Interpretationsweise von Suse Jank zu eigenen, heutigen Pop-Songs mit neuen Textverständnissen und ästhetisch interessanten Wirkungen, die zu einem wichtigen Bestandteil einer gesamtdeutschen Rock- und Popmusik zu werden könnten. puk sprach mit der Sängerin Suse Jank und mit der Wissenschaftlerin Birgit Jank von der Universität Potsdam über die Tour und ihre Motivationen zu diesem Thema.

Konzert an der Hochschule für Musik und Theater Rostock am 15.04.2009. Foto: Birgit Jank (privat)

***politik und kultur*:** Suse Jank, wie sind Sie auf die Idee zu diesem interessanten Projekt gekommen?

Suse Jank: Ich bin in Berlin Mitte aufgewachsen, kam im Wendejahr in die 1.Klasse. Meine Eltern hörten viel Rockmusik und sangen Lieder von Renft, Manne Krug oder Veronika Fischer. Diese Songs begleiteten meine Kindheit. Als Teenager waren diese Songs aus meinem musikalischen Gedächtnis verschwunden. Erst im Studium an der Universität der Künste Berlin und an der Musikhochschule Weimar begann ich sie im Gesangsunterricht und im Klavierunterricht wieder neu zu entdecken. Mich sprachen die facettenreichen, oft metaphorisch gehaltenen Texte und die eindringlichen, musikalisch interessanten Melodien an. Mit Anfang Zwanzig sind Lieder, die viel Spielraum zum Träumen und zugleich aber auch zum Erkunden eigener Lebensphilosophien und Sichten auf die Welt ermöglichen wichtig. Als ich vor einem Jahr nach Abschluss des Studiums begann, professionell als Sängerin zu arbeiten, traf ich auf den Westberliner Jazz-Pianisten Clemens Süssenbach, der diese Lieder nicht kannte. Es kam die Idee auf, mit dieser unbekannten und damit im besten Sinne auch naiven Sichtweise auf diese Musik gemeinsam neue Arrangements und Interpretationsweisen zu entwickeln. So entstand etwas künstlerisch Eigenständiges. Wir sind jedoch auch neugierig geworden, welche Geschichten es um diese Lieder in der DDR gegeben hatte und so kam ich mit meiner Mutter ins Gespräch, die sich als Wissenschaftlerin seit vielen Jahren mit der Musikpädagogik und der Musik der Liedermacher und Rockmusiker in der DDR auseinandergesetzt hat. So wurde die Idee zu der Uni-Tour geboren.

***puk*:** Birgit Jank, was waren Ihre Motivationen und wissenschaftlichen Hintergründe, sich an diesem aufwendigen Projekt zu beteiligen?

Birgit Jank: Seit der Wende beschäftige ich mich mit dem Thema Aufarbeitung von DDR-Musik und DDR-Musikpädagogik, um diesen so komplexen Bereich systematischer in den Blick zu nehmen und somit den heute immer wieder anzutreffenden, manchmal kurzschlüssigen Wertungen von Alltagsmeinungen gegenüber den Kulturen und Musiken im Osten ein wenig entgegenzuwirken, sie ansatzweise zu objektivieren. Die über 30jährige Geschichte der Populären Musik in der DDR ist zu komplex und vielschichtig, um hier nur zu eindimensionalen Einschätzungen zu kommen. Musik spricht in erster Linie für sich selbst, wird durch ihre Rezipienten und Fans zu angenommener oder abgelehnter eigener Kultur. Soziokulturelle Decodierungen können helfen, die Musiker, die Fans, das Staatsgebilde und die Kulturpolitik der DDR und die komplexen Verstrickungen von Anpassung und Rebellion gerade im Bereich der Rockmusik besser zu verstehen. Solides wissenschaftliches Arbeiten benötigt deshalb immer auch eindeutige Quellen und die oft mühevolle Arbeit des Recherchierens, Sammelns und Sortierens.

***puk*:** Wie steht ihr wissenschaftlicher Werdegang mit dem Projekt in Verbindung?

Birgit Jank: Mein wissenschaftlicher Werdegang an der Humboldt-Universität in Berlin in den achtziger Jahren war durch eine Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum für Populäre Musik und deren Leiter Peter Wicke und dem Musiksoziologen Christian Kaden geprägt. Schon zu DDR-Zeiten stellten wir uns die Frage, was Kinder- und Jugendmusikkulturen ausmachen und warum sie sich immer wieder neben und zum Teil auch gegen die offiziell gewünschten Entwicklungen in der Musik der DDR etablierten, mit welchen Intentionen sie arbeiteten und welche ästhetische Wirkungen sie zu erzeugen versuchten. Nach der Wende arbeitete ich etwa 15 Jahre als Hochschullehrerin an westdeutschen und Westberliner Hochschulen und konnte dort viele neue Erfahrungen sammeln. Seit nunmehr sechs Jahren bin ich an der Universität Potsdam und habe mich unter anderem durch die Gründung einer Forschungsstelle zur Systematischen Musikpädagogik und einem dazugehörigen Archiv zur DDR-Musikpädagogik neuen Forschungsfragen gestellt. Kolloquien und Forschungsarbeiten wurden realisiert. Vor allem aber auch in der Lehre, in der Ausbildung von Musiklehrern für alle Klassenstufen war es mir wichtig, durch vergleichende Seminare immer wieder Themen zur Ost-West-Sozialisation mit den Studierenden aufzunehmen und zu bearbeiten. So haben wir Hauptseminare zu populären Liedkulturen im Westen und Osten Deutschlands der 70er Jahre durchgeführt oder kritische Vergleiche von Musik und Musikunterricht in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angestellt.

***puk*:** Werden diese Bemühungen auch künftig weitergeführt werden?

Birgit Jank: Ein aktuelles Lehrangebot beschäftigt sich mit Jugendmusikkulturen im Spannungsfeld von Musikpädagogik sowie mit der praktischen Arbeit mit Rock-Band-Arbeit in der Schule. Vor diesem beruflichen Hintergrund war es für mich geradezu ein Glücksfall, dass meine Tochter Suse mich mit der Rosen-Projektidee ansprach und ich hier ganz nebenbei eine ungewohnte Erfahrung machen konnte: nämlich meine Tochter in einem professionellen Arbeitszusammenhang neu wahrzunehmen und ihren eigenen mündigen Generationenblick der ersten Nachwendegeneration so hautnah zu spüren und zu registrieren. Dies warf für mich Fragen auf, war in Teilen auch nicht spannungslos. Aber eben dies ist für künstlerisches und auch wissenschaftliches Arbeiten produktiv und herausfordernd.

***puk*:** Suse Jank, was waren ihre Eindrücke, die sie von der Tour durch zehn Hochschulen in ganz Deutschland mitgebracht haben?

Suse Jank: Zunächst einmal haben wir die Songs für die Duo-CD OstPoesie light Jank & Süssenbach künstlerisch entwickelt und produziert. Für die Tour jedoch wollten wir den vollen Rock-Sound in einer frischen und peppigen Interpretation und haben dafür eine internationale Band mit Musikern aus Schweden, Italien und Armenien zusammengestellt, um somit auch interkulturelle Sichten mit einfließen zu lassen. Wir wollen die Songs nicht nur covern, sondern mit einer eigenständigen, witzig charmanten Neuinterpretation überzeugen. Wir nehmen diese Musik so, wie wir sie heute verstehen und für interpretierbar halten, dies jedoch auch nicht ohne Respekt vor der zum Teil beeindruckenden und auch nachdenklich stimmenden Geschichte der Lieder und der Musiker aus der DDR-Zeit. Zu diesen Einsichten hat uns die Auseinandersetzung vor allem mit den originalen Filmdokumenten und Biographien zu DDR-Rockern wie Tamara Danz, Veronika Fischer oder Manfred Krug und Gruppen wie Renft, Silly oder Pankow verholfen.

***puk*:** Gab es auch eine Resonanz über die Konzerte hinaus?

Suse Jank: Um eine möglichst breite und transparente Kommunikation zu diesem Thema in Gang zu bringen, hat unser Medienspezialist Matthias Krebs eine Internetplattform eingerichtet (www.ostpoesie.de), die bisher von über 4.000 Besuchern aktiv und passiv genutzt wurde. So haben wir ausführliche Feedbacks zu unseren Konzerten bekommen und dies hat uns sehr ermutigt, weiterzumachen und unsere künstlerische Konzeption noch auszubauen. Kritische Nachfragen gab es natürlich auch, jedoch kaum provokative, was beim Medium Internet ja heute fast die Regel ist. Auch viele konstruktive Ideen waren dabei: So wurde uns empfohlen, vielleicht doch auch mal mit einer der heute noch spielenden Originalbands aufzutreten und somit in einen Generationendialog unter Musikern zu kommen. Es war für uns

Weiter auf Seite 20

20 Jahre Mauerfall

Wie hat sich die Kulturlandschaft zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer verändert? Wie haben sich die Arbeits-, Publikations- und Ausstellungsmöglichkeiten von Künstlerinnen und Künstlern verändert? Welche Bedeutung hat das kulturelle Erbe Ost und welche das kulturelle Erbe West?

Mit diesen und weiteren Fragen befasst sich die Reihe „20 Jahre Mauerfall“. In Ausgabe 2/2009 erschien ein Beitrag der Autorin Regine Möbius und ein Interview mit Jürgen Haase, Progress-Filmverleih. In der letzten Ausgabe wird der Maler Johannes Heisig interviewt und der Verleger Christoph Links schreibt über die Verlagslandschaft in Ostdeutschland.

In dieser Ausgabe geben in einem Interview *Birgit Jank* und *Suse Jank* Auskunft über das Musikprogramm „Ehrt man die Rose noch?“. Junge Musikerinnen und Musiker interpertieren DDR-Rockmusik neu. *Steffen Lieberwirth* berichtet im Interview über die Umbruchsituation des Rundfunks in Sachsen in den Jahren 1990 bis 1992. Die Reihe wird fortgesetzt.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 19

DDR-Rockmusik

insgesamt schon erstaunlich, wie viel Interesse und Nachfrage zu diesem Thema noch und wieder besteht und zwar durch alle Generation hinweg. Gerührt haben uns aber auch einzelne Geschichten während der Tour: So gab es ein Gespräch nach der Premiere im T-Werk in Potsdam mit der Präsidentin der Universität Potsdam Frau Professorin Kunst, die uns motiviert hat, diese gute Performance als Botschafter der Universität Potsdam an andere Hochschulen zu tragen. Interessant waren die Reaktionen einiger Westdeutscher und der jugendlichen Zuschauer, die sich noch nie mit Ostrock auseinandergesetzt haben. Sie waren überrascht von der Vielseitigkeit und den verschiedenen Hintergründen des Themas. An der Uni Regensburg wurden wir sehr herzlich von Studierenden empfangen, die sich in Seminaren und mit einer Plakatausstellung im Foyer der Uni zum Mauerfall von der Bundesstiftung Aufarbeitung auseinandergesetzt und so auf unsere Performance vorbereitet hatten. An der Universität Erfurt, einer noch sehr jungen Ausbildungsstätte für Musiklehrer, kam u.a. eine ganze Mathematikvorlesung samt rockbegeisterter Professorin mit ihren 70 Studierenden in das Vortragskonzert. Künstlerischer Höhepunkt war sicherlich das Konzert an der Musikhochschule Weimar, wo eine begeisterte Stimmung herrschte. Wir hatten den Eindruck, dass unsere Musik ankommt und mitreißen kann, dass aber auch ein sehr aufgeschlossenes Interesse an den historischen Hintergründen und am individuellen Lebensalltag der DDR-Rockmusiker als Teil der deutschen Geschichte bei den Studierenden vorhanden war. Das Konzept Live-Musik, Medienpräsentation und Vortrag in einer Performance zu verbinden, ist nach unserem Eindruck und auch gespiegelt durch ein breites Medienecho in unterhaltsamer und zugleich bildender Intention aufgegangen.

***puk*:** Birgit Jank und Suse Jank, wie geht es weiter?

Birgit Jank: Zunächst hat mich nun der Uni-Alltag wieder eingeholt. Ich werde aber ich meinen Forschungsarbeiten und auch in der Gestaltung der Lehre bemüht sein, Fragen der Ost-West-Sozialisation im Rahmen von Musik und Musikpädagogik weiter zu betreiben, weil ich merke, dass dies viel mit Lebensalltag und den Wirklichkeiten meiner Studierenden zu tun hat. Derzeit machen wir mit einem Seminar eine Umfrage in Institutionen, Schulen und auf der Straße, welche Muster geprägt durch Ost und West heute an den Schulen und insbesondere im Musikunterricht zu finden sind und wie Annäherungen und gegenseitiges Bereichern organisiert und strukturiert werden kann. Auch hier hilft und vermittelt der Blick einer jungen, aufgeschlossenen und unbelasteten Generation von Studierenden aus allen Teilen Deutschlands. Die Ergebnisse werden wir auf dem Landesschulmusiktag des Verbandes Deutscher Schulmusiker in Berlin im Oktober dieses Jahres präsentieren.

Suse Jank: Wir werden unser Ost-Poesie-Projekt weiterentwickeln und haben auch schon Einladungen zu weiteren Konzerten erhalten, so z.B. zur Langen Nacht der Wissenschaften und zu Veranstaltungen von verschiedenen Landeszentralen für politische Bildung im Osten und Westen Deutschlands. Derzeit nehmen wir im Studio die Band-CD Suse Jank & Band auf, die im Herbst erscheinen wird und unter der Homepage www.susejank.com zu erwerben sein wird. Es gibt erste Planungen, im nächsten Jahr zum 20. Jahrestag der Vereinigung Deutschlands mit einem eigens für Schüler zugeschnittenem Programm durch Schulen zu touren, um somit Jugendliche in einer ansprechenden musikalischen Form an diesen historischen Wendepunkt im Leben so vieler Menschen im Osten Deutschlands in positiver und auch Geschichte nicht verdrängender Form zu erinnern. Noch suchen wir Unterstützer und Förderer für diese Idee.

***puk*:** Vielen Dank für das Gespräch.

Suse Jank ist freiberufliche Sängerin. Birgit Jank ist Professorin für Musikpädagogik an der Universität Potsdam. Kristin Bäßler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Wie sich die Kultur in Sachsen nicht abschalten ließ

Barbara Haack interviewt Steffen Lieberwirth

Kurz nach dem Fall der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland entwickelten sich in der noch existierenden DDR, später dann in den neuen Bundesländern sehr schnell neue Strukturen in vielen Bereichen. Das gilt auch für den Rundfunk, der sich aus einem zentralistisch gesteuerten undemokratischen in ein freiheitliches, unabhängiges Ländersystem zurückentwickeln sollte. In Sachsen wurde diese Entwicklung durch die Gründung des „SachsenRadio“ geprägt, das seinen „Nachfolger“, den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), nachhaltig prägte. Hier spielte die Kultur eine herausragende Rolle. Über den sächsischen, später mitteldeutschen Rundfunk in und nach der Wendezeit sprach Barbara Haack mit Steffen Lieberwirth, der ab der „Stunde Null“ das SachsenRadio und den Mitteldeutschen Rundfunk mit aufbaute und heute der Musikchef dessen Kulturradios ist.

politik und kultur: Unser Thema ist eigentlich der Rundfunk während und nach der Wende. Trotzdem die erste Frage: Wie waren die Rundfunkstrukturen in der DDR?

Steffen Lieberwirth: Der Rundfunk wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst auf Basis der alten Rundfunkstrukturen der Länder gegründet. Das heißt – Leipzig war damals für kurze Zeit amerikanisch besetzt – dass die Amerikaner versuchten, wieder einen Rundfunk aufzubauen. Der Sender in Leipzig war zerstört; deshalb wurde ein Drahtfunknetz errichtet: Über Lautsprecher, die überall in der Stadt verteilt waren, konnte der Rundfunk dadurch wieder beginnen. Es folgte die Neu-Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks mit den Sendern Dresden, Leipzig, Weimar und Halle, nunmehr unter Kontrolle der Roten Armee. 1949 wurde die DDR gegründet und damit auch das staatliche Rundfunkkomitee. Der Rundfunk wurde zentralisiert und kam nach Berlin, die Sender in Dresden, Leipzig und anderen Standorten blieben jedoch noch bis 1952 erhalten. Mit der Auflösung der Länder und der Gründung der neuen Bezirke, die territorial mit den Ländern nichts mehr zu tun hatten, wurde dann die Zentralgewalt allein von Berlin ausgeübt. So endete die Geschichte des MDR zum zweiten Mal. Das erste Mal war er im Nationalsozialismus zerschlagen worden, im Jahr 1933. Bis 1990 passierte dann alles auf politischer Basis der Berliner Hoheit.

***puk*:** Welche Rolle hat der Rundfunk während der Wende gespielt?

Lieberwirth: Das war von Sender zu Sender unterschiedlich. Sehr viel getraut hat sich der Sender Leipzig, der die berühmte Rede der „Leipziger Sechs“ zur Gewaltlosigkeit, unter anderem mit Kurt Masur, kurz vor der Demonstration ausgestrahlt hat.

***puk*:** Bis 1990 wurde der Rundfunk also von Berlin gesteuert, danach konnte sich Neues entwickeln. Das war die Geburtsstunde des Sachsen-Radios.

Lieberwirth: Vorausgegangen war die Gründung der Länder per Staatsvertrag. Das war die juristische Grundlage für die Einrichtung eines neuen Radiosenders, die Wiederherstellung des Rundfunks auf Länderbasis. Motor dafür war der Sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf.

***puk*:** Wie sind Sie persönlich zum Rundfunk gekommen und woher kamen die Kenntnisse, die sich die neuen Akteure aneignen mussten?

Lieberwirth: Es gab einen Ruf des Senders: Es wurden Leute gesucht, die politisch unbelastet waren, um das neue demokratische Programm aufzubauen. Dabei wollte der Sender vor allem auch eine eigene und unabhängige Kulturschiene ausbauen, die bis dahin in erster Linie von den Berlinern bestritten worden war und jetzt auf die Länder übertragen werden sollte. Gesucht wurden Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich. Ich hatte schon seit 1979 für den Rundfunk gearbeitet, als freier Mitarbeiter, vor allem während der Messe. Es gab eine so genannte Messewelle, eigenständig in Leipzig gesendet. Die hatte einen sehr progressiven Charakter, mit vielen Live-Auftritten. Ich lernte dadurch das Handwerk, und wurde 1990 gefragt, ob ich beim Sender anfangen wolle. So wurde ich Kulturredakteur des neuen SachsenRadios. In dieser Zeit hat der damalige Landesrundfunkdirektor mehrere Programme aufgebaut. Das wiederum gefiel Rudolf Mühlfenzl von der neu gegründeten „Einrichtung“ in Berlin überhaupt nicht. Mühlfenzl kam aus München und war zuständig für die Abwicklung des Rundfunks, nicht nur des DDR-Rundfunks, sondern auch der Nachfolgesender, also auch des SachsenRadios, obwohl das ja bereits demokratisch strukturiert war...

***puk*:** Wie hat sich aus einer zentralisierten und staatlich gesteuerten Rundfunkstruktur ein demokratischer Sender entwickelt?

Lieberwirth: SachsenRadio wollte mit Berlin nichts zu tun haben. Wir haben etwas ganz Eigenes aufgebaut. Niemand hat uns Inhalte, Programme oder Strukturen vorgeschrieben. Unser Ziel war es, ein freies Radio für die Sachsen zu machen. Es herrschte ein toller Pioniergeist mit einer ungeheuren Kraft. Spannend war auch, wie der Kulturkanal zu senden begann: Die Post, damals auch zuständig für die UKW-Sendemasten, hat uns damals einfach auf die Frequenzen von DDR 1 aufgeschaltet. Am 1. März 1991 ging also der Kulturkanal von Sachsen Radio auf Sendung, als eigenständiger und freier Sender. So konnten wir aus Sachsen für Sachsen senden. Um 19 Uhr wurden die Berliner Übergangsleitungen mitten im Wort gekappt und abgeschaltet, und wir begannen zu senden – bis 2 Uhr in der Nacht. Am Wochenende sendeten wir rund um die Uhr. Wir hatten eine unglaubliche Resonanz, eine erstaunliche Quote. Sicher war das teilweise auch hemdsärmelig gemacht, aber journalistisch war die Qualität von Anfang an sehr hoch. Es gab jeden Tag etwas Neues, ein ganzes Land war im Umbruch. Diesen Sender habe ich als Hauptabteilungsleiter Kultur betreut.

Steffen Lieberwirth Foto: MDR

Wir hatten zum Beispiel eine Sendung mit dem Titel „Liebes Volk“, für die unsere Hörer ins Funkhaus kamen und einfach frei „von der Seele“ weg reden konnten, quasi zum Volk – wie im Londoner Hyde-Park. Da entstanden einmalige historische Dokumente– auch mit Vorstellungen darüber, wie sich die DDR oder später die neuen Bundesländer einmal entwickeln könnten. Wir haben ganz neue Radioformen erfunden, die es vorher gar nicht gab.

***puk*:** Wie war die Besetzung? Gab es Kollegen, die vorher schon beim Rundfunk gewesen waren? Eine gewisse Kontinuität im personellen Bereich?

Lieberwirth: Ja, die gab es. Viele wurden dann auch vom MDR übernommen. Allerdings längst nicht alle. Die „kauften“ wir dann als freie Mitarbeiter ein. Einige fielen unter Stasi-Belastung und waren deshalb später nicht mehr dabei. Wir hatten Kollegen aus den Bereichen Hörfunk und Feature, dazu Ratgeber- und Familiensendungen und außerdem die Rundfunkklangkörper, die bis dato strukturell noch zu Berlin gehörten, aber in Leipzig saßen. Das waren der Rundfunkchor, der Rundfunkkinderchor, das Sinfonieorchester und die Radiophilharmonie, die später zum MDR-Sinfonieorchester fusionierten sowie ein Rundfunkblasorchester und die in den Vierziger Jahren von Kurt Henkels gegründete Radio-Bigband, die es beide heute nicht mehr gibt.

***puk*:** Wie war es mit der Technik, funktionierte die oder musste improvisiert werden?

Lieberwirth: Wir hatten Technik für nur ein Programm, haben aber den Ehrgeiz gehabt, drei Programme anzubieten. Dafür reichte die Technik also nicht aus. Der Kulturkanal hat aus einem Übertragungswagen gesendet, der im Hof des Funkhauses stand und mit Studios oder zu Studios umgebauten Räumen im Funkhaus verbunden war. Ein Lkw-Anhänger diente uns als Zwischenarchiv. Es wurde improvisiert – aber in höchster Perfektion.

***puk*:** Auf welches Sendematerial konnte man zurückgreifen?

Lieberwirth: Wir hatten das Material, das im Funkhaus in Leipzig lag. Die frühesten Aufnahmen sind noch vom ersten Mitteldeutschen Rundfunk aus den späten 20er Jahren erhalten. Dann gab es Aufnahmen bis zur Wende, und Sachsen Radio hat auch neu produziert. Dazu haben wir vom Sender Dresden Aufnahmen erhalten. Sie sind alle digitalisiert und dank des Engagements des Deutschen Rundfunkarchivs gesichert und archiviert worden.

***puk*:** Welche waren die größten Probleme zur Zeit des Sachsen Radios?

Lieberwirth: Wir hatten eine ungeheuere Aufbruchsstimmung, die auf jeden Fall größer war als alle Probleme. Unser größtes Problem war stets die Gefahr, dass der Sender seinen Betrieb einstellen sollte. Es gab vor allem zwei Attacken, die erste im September 1991: Das Programm sollte auf Weisung der Berliner Einrichtung abgeschaltet werden. Unser Hörfunkdirektor wurde per Fax gekündigt. Dieses Problem lösten wir dadurch, dass wir eine Kooperation mit dem Saarländischen Rundfunk eingingen. Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie uns die Kollegen aus anderen Länder-Anstalten damals geholfen haben. Konkret ging es um das Europa-Konzert mit Radio France. Das Rundfunksinfonieorchester Saarbrücken gab ein Konzert im Gewandhaus, und wir wurden gebeten, die Übertragung für den Saarländischen Rundfunk und Radio France zu übernehmen und zu senden. Wenn wir das hätten absagen müssen, hätte es massive internationale Verwicklungen mit den Franzosen gegeben. Dadurch haben wir uns politisch das Überleben gesichert. Durch diese ersten Partnerschaften haben wir uns eine gut funktionierende ARD-Kooperation aufgebaut, die bis heute existiert. Bei der zweiten Attacke haben wir gar nicht mehr reagiert und einfach weitergesendet – bis zum Übergang in den MDR.

***puk*:** Wie wurde dieser Übergang vollzogen? Wie veränderten sich die Strukturen?

Lieberwirth: Am 31. Dezember 1991 ging Sachsen Radio nahtlos über in „MDR Kultur“. Es fand lediglich um 0 Uhr ein Sprecherwechsel statt. Die Strukturen veränderten sich aber deutlich. Der MDR wurde eine Dreiländeranstalt für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Musikchefs in Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden zu Landesredak-

Weiter auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

teuren und brachten ihre Kulturkompetenz in den MDR ein. Und auch die Archive wurden übernommen.

***puk*:** Wie haben sich die personellen Gegebenheiten verändert?

Lieberwirth: Alle Mitarbeiter wurden gekündigt, nach dem Schneeballprinzip. Der jeweilige Dienstvorgesetzte kündigte seinen ihm unterstellten Mitarbeitern und erhielt dann selbst sein Kündigungsschreiben. Dann konnte man sich neu bewerben. Und alle wurden von der Gauck-Behörde überprüft. In der Zwischenzeit haben wir aber MDR Kultur schon als Vollprogramm aufgebaut – mit der Kulturhoheit für die drei Länder. Da konnten wir dann plötzlich mit dem Ü-Wagen von Meiningen bis Tangermünde fahren, oder bis Görlitz. Der Aktionsradius hatte sich extrem erweitert.

***puk*:** Die an Sachsen Radio Beteiligten haben also den MDR mit aufgebaut in der Ungewissheit, ob sie selbst eine Stelle bekommen würden?

Lieberwirth: Hoffnung hatten alle, aber nicht alle bekamen eine Stelle. Das war ein extrem komplizierter zwischenmenschlicher Prozess.

***puk*:** Hat sich die Aufbruchsstimmung aus den Zeiten von Sachsen-Radio und Sachsen 3 Kultur auf den neuen Sender übertragen?

Lieberwirth: Die Aufbruchsstimmung hat sich schon übertragen. Wir mussten ja damals noch keine Rücksicht auf Quoten nehmen. Wir haben sehr spontan gesendet, meistens live, weil wir nicht immer die Zeit und die Kapazität für Vorproduktionen hatten. Vieles ging über den Sender, so, wie es war. Begriffe wie Kostenstellen oder Kostenträger waren Fremdworte für uns. Das Programm stand im Vordergrund und die Verwaltung war nachgeordnet, es ging ausschließlich um Inhalte. Nie wieder waren wir so authentisch.

***puk*:** Wie wurde der Übergang gesteuert?

Lieberwirth: Udo Reiter war von den drei Ländern bereits als Intendant engagiert und mit dem Aufbau der neuen ARD-Anstalt beauftragt. Er war somit quasi der erste Mitarbeiter des MDR. Dass der Mitteldeutsche Rundfunk dann auch einen Kulturkanal bekam, geht nicht zuletzt zurück auf die Akzeptanz bei den Hörern, die sich SachsenRadio mit seinem Kulturengagement geschaffen hatte.

***puk*:** Wurden die Sendungen des Sachsen Radios archiviert?

Lieberwirth: Ja. Wir werden einige davon wahrscheinlich in diesem Jahr – zum 20-jährigen Jubiläum der Wende – erneut senden.

Immerhin: Der MDR ist 1992 zum dritten Mal gegründet worden und besteht bereits länger als seine Vorgänger-Anstalten: Der erste existierte von 1924 bis 1933, der zweite von 1945 bis 1952 und den dritten gibt es jetzt seit 1992.

***puk*:** Herzlichen Dank für das Gespräch.

Steffen Lieberwirth ist Abteilungsleiter Musik bei MDR Kultur. Barbara Haack ist Redakteurin von politik und kultur ■

Luthers Wirkungsspur ist breit

Von der Reformation zum Kulturprotestantismus • Von Wolfgang Böhmer

Reformation ist mehr als das Reformieren innerkirchlicher Regeln. Ihre Wirkung ist nicht begrenzt auf Kirche und Theologie. „Vielmehr hat", wie der Wissenschaftliche Beirat des Kuratoriums zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums im Jahr 2017 in einem ersten Thesenpapier mit Recht hervorhebt, „der ihr verpflichtete Protestantismus das gesamte private und öffentliche Leben, gesellschaftliche Strukturen und Wirtschaftshandeln, kulturelle Wahrnehmungsmuster und Mentalitäten ebenso wie Rechtsauffassungen, Wissenschaftskonzepte und künstlerische Ausdrucksformen mitgeformt."

Ganz gewiss betrifft dies die gesellschaftspolitische Entwicklung in Deutschland. Die Reformation ist von ihren Wurzeln her gerade auch eine Bewegung selbstbewusster Bürger und Kommunen gewesen. Sie hat wesentlich zu ihrer Emanzipation beigetragen und im Ganzen die kommunale und bürgerschaftliche Struktur der deutschen Länder maßgeblich gestärkt.

Auch der Föderalismus in seiner heutigen Gestalt ist ohne den Beitrag der Reformation nicht denkbar. Natürlich gingen bei den deutschen Reichsfürsten des 16. Jahrhunderts politische Fragen mit den Fragen des Glaubens einher. Die Reformation bot Gelegenheit, Probleme mit Kaiser und Papst auf eine bislang nicht gekannte Weise anzugehen. Das Entstehen der protestantischen Landeskirchen stärkte die Autonomie der Fürstentümer, letztlich die allmähliche Herausbildung des spezifisch deutschen Föderalismus, wenngleich bis dahin noch schmerzvolle Wege beschritten und blutige Kriege durchlebt werden mussten.

Der unmittelbare Bezug zwischen dem Glauben des Landesherrn und der konfessionellen Prägung seiner Untertanen lag gewiss nicht in der ursprünglichen Absicht der Reformatoren. Er ist ein Zwischenschritt von der früheren Einheitlichkeit zur heutigen individuellen Vielfalt, allerdings mit landsmannschaftlichen Nachwirkungen bis in unsere Zeit. Letztlich ging die Entwicklung weiter in Richtung einer konsequenteren Trennung von Kirche und Staat, wie sie heute unseren Verfassungen zu Grunde liegt.

Zweifellos hat die Reformation unser modernes Bild vom Menschen, von seiner Identität und Individualität nachdrücklich gestärkt. Wo der Wert einer Person in ihrer persönlichen Anerkennung von Gott her begründet liegt, treten konkurrierende Aspekte wie Geschlecht, sozialer Stand, Nationalität oder Vermögen zurück. Gedanken der persönlichen Freiheit und Gleichheit, zugleich aber auch von Verantwortung und Solidarität haben daraus bleibende Impulse erhalten.

Wo Individualität anerkannt wird, wird Mündigkeit entweder vorausgesetzt oder zumindest angestrebt. Der mündige Christ soll verstehen, was und woran er glaubt. Das Wort Gottes in verständlicher Volkssprache, Katechismus, Predigt und Meditation, aber auch die Bedeutung des im Lied formulierten Glaubens, das alles hat die kulturelle Entwicklung in den Ländern der Reformation stark beflügelt und entfaltet. Deutsche Sprache, Dichtkunst und Rhetorik haben von daher prägende Anregungen erhalten.

Glaube soll nach dem Willen der Reformatoren gebildeter Glaube sein. Mündige Christen sind auch mündige Bürger. Der Bildungsanstoß macht die reformatorische Bewegung zu einem maßgeblichen Vorbereiter der europäischen Aufklärung. Das Miteinander von evangelischem Glauben und aufklärerischem Geist war und ist gewiss spannungsvoll, muss es auch sein. Dass ein die Antagonismen überwindendes Miteinander in Deutschland einen aufklärerisch inspirierten Kulturprotestantismus entstehen ließ, hat zu den bis heute beeindruckendsten Leistungen unserer Kulturnation unzweifelhaft beigetragen.

Die Wirkungen der Reformation sind also in der Tat nicht begrenzt auf Kirche und Theologie. Sie betreffen, in Deutschland wie in vielen anderen Ländern, das gesamte öffentliche und private Leben. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass sich der Staat an der Vorbereitung des Reformationsjubiläums im Jahr 2017 beteiligt. Dies gilt natürlich in ganz besonderer Weise für „Luthers Land", das heutige Land Sachsen-Anhalt mit den bedeutenden Lutherstätten in Wittenberg, Eisleben und Mansfeld. Wir engagieren uns, indem wir uns als Gastgeber auf Besucher aus aller Welt vorbereiten und wichtige Baumaßnahmen zur Erhaltung der zum Unesco-Weltkulturerbe gehörenden Gebäudeensemble der Reformation und Veranstaltungen vorbereiten. Wichtig ist auch aus staatlicher Sicht bei der inhaltlichen Vorbereitung die Frage, wie es gelingen kann, den Impulsen Luthers und der Reformation in unserer heutigen, oftmals so wenig christlichen Welt Ausdruck zu verleihen. Dies betrifft Diakonie und Bildung, Kultur und Recht, Ökonomie und Medien und ebenso die Zukunft unseres Zusammenlebens in der Einen Welt.

Der Verfasser ist Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt ■

LUTHER2017

Die Wartburg in Eisenach.

© Thüringer Tourismus GmbH/Bildarchiv, Toma Babovic

Grüner Landkreis im Herzen Europas

Der Landkreis Merzig-Wadern • Von Kerstin Fischer

Der Landkreis Merzig-Wadern ist die landschaftliche Zierde des Saarlandes. Die gute Stube. Das grüne Herz. Hier präsentiert sich die Region von ihrer ländlichen Seite und hier liegen landschaftliche Höhepunkte wie die Saarschleife, das Moseltal und der Losheimer See. Und von den höchsten Erhebungen schweift der Blick weit in die Waldeinsamkeit des Hunsrücks.

Der Landkreis Merzig-Wadern nimmt mit 550 Quadratkilometern rund 20 Prozent der Fläche des Saarlandes ein, stellt aber mit rund 100.000 Einwohnern nur 10 Prozent der Landes-Bevölkerung. Doch ist die demographische Entwicklung im Landkreis überdurchschnittlich. Man wohnt hier gerne in den beiden Städten Merzig und Wadern sowie in den fünf Gemeinden Beckingen, Losheim am See, Mettlach, Perl und Weiskirchen.

Neben der abwechslungsreichen Landschaft und den zahlreichen Sehenswürdigkeiten bietet der Landkreis auch ein Kulturangebot in der Region von ganz besonderer Qualität.

So wurde bereits 1988 eine Stiftung, mit dem Landkreis Merzig-Wadern und den Kreissparkassen Merzig und Wadern als Stiftern, gegründet. Die Kulturstiftung für den Landkreis Merzig-Wadern hat den Zweck, Kulturgüter im Landkreis Merzig-Wadern zu bewahren, zu pflegen und sie in geeigneter Weise der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

In der Trägerschaft der Kulturstiftung für den Landkreis Merzig-Wadern werden 3 Einrichtungen geführt:

- Archäologiepark Römische Villa Borg
- Burg Montclair
- Museum Schloss Fellenberg

Archäologiepark Römische Villa Borg

Wie kann man sich das Leben auf einem römischen Landgut in der Antike im Detail vorstellen? Die rekonstruierte Römische Villenanlage in Perl-Borg lässt erahnen, wie man als Privilegierter in jener Zeit gelebt hat. Die Besucher begeben sich im touristischen High-Light des Dreiländerecks und in der wissenschaftlichen Forschungsgrabung auf eine Zeitreise in die Welt der Römer.

Das Freilichtmuseum beheimatet ein archäologisches Museum, ein funktionierendes antikes Villenbad, harmonische Gärten, stilvolle Tagungsräume, ein einladendes Torhaus und nicht zuletzt eine römische Taverne. Die vollfunktionsfähige römische Küche komplettiert den Herrschaftsbereich der „villa rustica“.

Das großzügige Herrenhaus beherbergt ein archäologisches Museum mit vielen Originalfundstücken und Repliken. Das Hofareal mit Wirtschaftsbauten und das edle Villenbad zeugen von der Pracht der Antike. Wer antike Wellness erleben möchte, kann mit einer Gruppe das funktionsfähige originalgetreu nachgebaute Bad anmieten und wie die Römer baden. Die archäologischen Ausgrabungen auf einer Fläche von 7,5 ha gehen kontinuierlich weiter.

Der Duft der Rosen, Kräuter und Blumen in den Gärten und der Anblick des buchsbaumgesäumten Innenhofes mit dem Wasserbecken deuten die antike Pracht an, die den lebendigen Zeitgeist unserer Vorfahren vermittelt! Könnten jene Pflanzen erzählen, die zur Zeit der Römer im Garten der Villa Heimstatt hatten, so wäre von Eroberung und Besetzung die Rede aber auch von friedlichem Zusammenleben, Handel und Wohlstand.

Gladiatoren kämpfen an den Römertagen. **Foto: Villa Borg**

Die Taverne mit ihrem römischen Ambiente verwöhnt die Gäste nach überlieferten Rezepten mit vielerlei römischen und regionalen Leckereien mit Zutaten aus den hauseigenen Gärten. Der Besucher kann dort z.B. einen Mulsum (römischer Würzwein) oder eine Patina (römische Süßspeise) kosten!

Ein einmaliges Ambiente für Hochzeiten, Tagungen, Seminare, Familienfeste und Betriebsfeiern bis ca. 120 Personen bietet das ehemalige Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Villa. Mehrere stilvolle Räume lassen Tagungen für bis zu 50 Personen zum besonderen Ereignis werden. Für Vorträge stehen Räume für bis zu 120 Personen zur Verfügung.

Zahlreiche Veranstaltungen erfüllen das Landgut während des ganzen Jahres mit Leben. Immer Anfang August schlagen Legionäre, Gladiatoren, Händler und Handwerker in der Römischen Villa Borg an den Römertagen ihr Lager auf.

Bereits der 1998 zum ersten Mal durchgeführte Römertag zog 10.000 Besucher an.

Für den Gast wird der Besuch zu einmaligen Erlebnis: Tief eintauchen in die römische Kultur, wie die Römer speisen, Wellness wie in der Antike erleben, den römischen Way of life hautnah spüren.

Museum Schloss Fellenberg

In 2008 fanden im Museum Schloss Fellenberg 11 hochkarätige, umfangreiche Wechsel-Ausstellungen statt wie z.B.

- „Jugendstil Keramik“ Eichwald – Schmieder – Wranitzky
- „Challange / Herausforderung Stoffexperimente“
- „Heimatausstellung“ Eugen Grittmann
- „Dein Land macht Kunst“ – Landeskunstausstellung 2008
- „Animalia“ – Matthias Brock
- „Traffic“ – Fotografien von Michael Reh
- Heimatausstellung „Brücken zwischen Erde und Himmel“ – Malerei der Octavie de Lasalle von Louisenthal

Zudem präsentieren sich dem Besucher zwei Dauerausstellungen im Museum Schloss Fellenberg:

- Garten der Künste, Skulpturen-Ausstellung im Garten der Künste
- Regionalgeschichtliche / Heimatkundliche Abteilung, Präsentation der 50er Jahre im Zusammenhang mit der politischen Rückgliederung des Saarlandes

Im Museum Schloss Fellenberg werden den Besucher über das Jahr hinweg verschiedene Veranstaltungen angeboten, wie z.B. die Veranstaltungsreihe „Salon 15“, eine lockere Gesprächsrunde, die sich an die große Salontradition des 19. Jahrhundert anlehnt oder die „Peter-Wust-Tage“. Selbstverständlich sind die Teilnahme bei „La Nuit des museés – die Nacht der Museen“ und der „Internationale Museumstag“ weitere Veranstaltungshighlights.
Neben diesen Veranstaltungen werden dem Besucher Führungen, Lesungen und Konzerte angeboten. Eine Präsenzbibliothek steht ebenfalls im Museum zur Verfügung und wird von Heimatforschern stark genutzt.

Seit Dezember 2007 bietet das Museum Schloss Fellenberg auch die Möglichkeit zur standesamtlichen Trauung.

Burg Montclair

Der Landkreis Merzig-Wadern hat die Burg 1991 durch Schenkung von der Familie von Boch übernommen und sie, um das Bauwerk der Nachwelt zu bewahren, aufwändig restauriert.

Denkmalpflege und Tourismus sollten sich zu einer fruchtbaren Partnerschaft entwickeln. Erfreulicherweise erleben wir heute, dass sich der Kultur- und damit auch der Burgentourismus seit Jahren im Aufwind befindet. Die Beschäftigung mit dem Mittelalter findet immer mehr das Interesse der Öffentlichkeit.

Das Saarland ist eine Region, die früher eine große Anzahl von Burgen aufwies. Die meisten dieser Burgen sind beschädigt worden und heute bestenfalls als Ruinen erhalten. Umso beeindruckender ist es, dass der Landkreis Merzig-Wadern, die Burg Montclair, als einzigartiges Ensemble dreier Burgen zumindest in Teilen wieder hergerichtet hat.

Die Saarschleife bei Mettlach ist Naturdenkmal und Wahrzeichen des Saarlandes zugleich. Die Burg Neu-Montclair liegt auf dem von ihr in weitem Bogen umflossenen Bergrücken. Sie ist nur zu Fuß oder per Rad auf einem schattigen und gut begehbaren Waldweg zu erwandern. Wer Ruhe und Erholung sucht – ob als Einheimischer, Kurgast oder Tourist – kommt hier auf seine Kosten. Nach einer Rast im Burgrestaurant oder Burghof sollte man unbedingt die mächtigen Wehrtürme erklimmen und den herrlichen Ausblick ins Saartal genießen. Ein Rundgang um die Burg vermittelt eindrucksvoll ihren einst wehrhaften Charakter. Im Anschuss empfiehlt sich eine Schiffstour auf der Saar.

Auf der Burg Montclair findet während der Saison (April bis November) an jedem ersten Samstag im Monat eine kostenlose Gespensterführung statt. Eine mittelalterliche Belebung der Burganlage, ein Angebot zum Zuschauen und Mitmachen für Klein und Groß, findet an jedem

Weiter auf Seite 23

Kulturlandschaft Deutschland

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat ihren Auftrag ernst genommen und eben nicht nur jene Bereiche des kulturellen Lebens in den Blick genommen, die jedem selbstverständlich sind, sondern hat eine umfassende Bestandsaufnahme des Kulturlebens in Deutschland vorgelegt.

In diesem Zusammenhang hat die Enquete-Kommission „blinde Flecken“ in der Kulturlandschaft und Kulturpolitik Deutschlands untersucht, so u.a. auch die Kultur im ländlichen Raum. Obwohl die Mehrzahl der Bundesbürger nicht in Großstädten, sondern vielmehr in Mittelstädten oder Dörfern lebt, spielt die Kultur in den Regionen zumeist eine untergeordnete Rolle. Kultur in der Provinz wird oftmals gleichgesetzt mit provinziell.

Dass dem so nicht aus, wurde bereits in der Reihe „Kulturregionen“ in *politik und kultur* deutlich. In sieben Ausgaben – von der Ausgabe Januar-Februar 2007 bis zur Ausgabe März-April 2008 – haben jeweils zwei der im Arbeitskreis Kulturregionen zusammengeschlossenen Kulturregionen ihre Arbeitsweise sowie ausgewählte Projekte vorgestellt. Die Unterschiedlichkeit dieser Projekte bot einen Einblick in die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland, sie zeigte den Ideenreichtum der Akteure vor Ort und machte deutlich, dass interessante kulturelle Vorhaben überall in Deutschland zu finden.

In dieser Ausgabe berichtet *Kerstin Fischer* von der Kulturstiftung Merzig-Wadern und deren kulturtouristische Aktivitäten. *Reinhard Roseneck*, aus dem Landkreis Osterode, führt aus, wie Museen zum strukturpolitischen Impulsgeber werden. *Jörn Klimant* präsentiert das Projekt KUNSTGRIFF aus dem Landkreis Dithmarschen, das sich der Bildenden Kunst widmet.

Mit der Ausgabe 4/2008 von *politik und kultur* begann unter dem Titel „Kulturlandschaft Deutschland“ die Reihe, die sich dem kulturellen Leben in den Regionen widmet. Zum Auftakt dieser Reihe stellte Wolfgang Suttner, Kulturreferent des Kreises Siegen-Wittgenstein und Stellvertretender Sprecher des Deutschen Kunstrats, das kulturelle Leben dieses Kreises vor; Adalbert Kienle, Stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, setzte sich mit Vorurteilen, mit denen der Kulturarbeit des Bauernverbands begegnet wird, auseinander; Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands, unterstrich, dass die Musikverbände der Feuerwehren die größte Einzelgruppen im Bereich des instrumentalen Laienmusizierens darstellen; Jakob Johannes Koch, Kulturreferent der Deutschen Bischofskonferenz, präsentierte die kulturelle Leistung der katholischen Kirche im ländlichen Raum und Axel Noack, Bischof der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen, verdeutlichte, dass die Kirchen gerade in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen Ostdeutschlands oftmals der einzig verbliebene kulturelle Ort sind, der seine Bedeutung behält, obwohl die Mehrzahl der Ortsbewohner keiner Kirche angehört. In Ausgabe 5/2008 setzten sich Gitta Connemann, Mitglied des Deutschen Bundestags und Gerd Dallmann, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Niedersachsen, mit dem Thema auseinander. In der Ausgabe 6/2008 stellte Inge Gotzmann die Arbeit des Bund Heimat und Umwelt vor und Horst Conradt berichtete von der filmkulturellen Arbeit in der Basiskulturfabrik in Neustrelitz. Im Mittelpunkt der Ausgabe 1/2009 standen zwei Landkreise, die sich zunächst nicht mit dem ländlichen Raum in Verbindung gebracht werden – der Kreis Ennepe-Ruhr und der Kreis Esslingen – und die beide auf sehr interessante Weise eine eigenständige Kulturarbeit in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Metropolen realisieren. In der Ausgabe 2/2009 berichtete Burkhard Clever von den kulturtouristischen Aktivitäten des Lahn-Dill-Kreises. Martin Salesch stellte die Museumsarbeit im Landkreis Celle vor und Volkram Gebel befasste sich mit der Kulturarbeit im Landkreis Plön. In der Ausgabe 3/2009 stellt Johannes Kunze, Sachgebietsleiter Kultur/Sport beim Burgenlandkreis, zwei Veranstaltungsreihen vor, in denen sich Künstler aus der Region einem größeren Publikum vorstellen können. Das eine sind Literaturtage des Burgenlandkreises und das andere eine Trienale Bildender Künstler. Bärbel Kleindorfer-Marx, Kulturreferat des Landkreises Cham, berichtet vom Chamer Modell der Vernetzung der Museumsarbeit. Hier wird die ehrenamtliche Arbeit in Museen gezielt durch drei hauptamtliche Kulturwissenschaftler des Landkreises Cham unterstützt. Johanna Junk, freie Journalistin, begeistert in ihrem Beitrag für den „Sauerland-Herbst, ein Blechbläser-Festival, das neben Hör- weitere kulinarische Genüsse zu bieten hat und sich tatkräftiger Unterstützung vieler erfreuen kann.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 22

dritten Samstag im Monat, durch den Verein „Die Tafelrunde e.V.“ statt, welcher auch die Patenschaft für die Burg Montclair übernommen hat, statt.

Neben den eigenen Einrichtungen fördert die Kulturstiftung für den Landkreis Merzig-Wadern Kulturdenkmäler in den Städten und Gemeinden des Landkreises nach Maßgabe der Richtlinien zu ihrer Satzung und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Zurzeit werden folgende Projekte gefördert:

- in der Gemeinde Beckingen – Das Kupferbergwerk in Düppenweiler
- in der Gemeinde Losheim am See – Trasse der Merzig-Büschfelder Eisenbahn
- in der Stadt Wadern – Burgruine Dagstuhl und sakraler Bereich Schloss Dagstuhl
- in der Gemeinde Weiskirchen – Ausstellung „Keltische Fürstengräber“

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Landkreis Merzig-Wadern, noch ein weitaus größeres Angebot im kultur-touristischen Bereich vorhält. Ob abwechslungsreiche Landschaft, zahlreiche Sehenswürdigkeiten (Wolfpark Merzig, Garten der Sinne), Bauwerke der Vergangenheit und der Gegenwart (Monumentalgrabhügel in Perl-Nennig, Cloef Atrium Orscholz, Alter Turm Mettlach, Keramik-Erlebniswelten Villeroy & Boch Mettlach) die Vielfalt ist einfach beeindruckend.

Das weitere Kulturangebot in der Region ist ebenfalls von ganz besonderer Qualität. Zahlreiche Veranstalter und Spielstätten konkurrieren mit überregional bedeutenden Künstlern und Aufführungen um die Gunst de Publikums.

Der Landkreis Merzig-Wadern zeigt sich hier als wahre Kulturmeile.

Die Verfasserin ist Geschäftsführerin der Kulturstiftung Merzig-Wadern ■

Neue kulturtouristische Leuchttürme im Harz

Der Landkreis Osterode am Harz gründet Museen als strukturpolitische Impulsgeber • Von Reinhard Roseneck

Der Harz zählt heute zu den bedeutendsten historischen Kulturlandschaften Europas. Kaiser, Könige und Herzöge, für die der Harz aufgrund seines Erzreichtums mindestens seit dem 10. Jahrhundert von höchstem politischen Interesse als „Schatzkammer“ des Reiches war, aber auch die Zisterziensermönche des Klosters Walkenried formten diesen von einer Natur- zu einer Kulturlandschaft von besonderer Qualität, zu einer Kulturlandschaft, die heute auch aus touristischer Sicht herausragende Qualitäten mit Alleinstellungscharakter besitzt. Hinzu kommen seine auch erdgeschichtlich einzigartigen natürlichen Ressourcen, die es nur dort gibt, wie zum Beispiel die mit unzähligen Höhlen durchsetzte Karstlandschaft des Südharzes.

Das HöhlenErlebnisZenrrum:Führung in der Iberger Tropfsteinhöhle **Foto: Karl Johaentges © HEZ**

War der westliche Harz als nördlichstes deutsches Mittelgebirge bis zur politischen Wende touristisch ein Selbstläufer, der sich nicht nur bei deutschen, sondern auch bei dänischen und holländischen Touristen höchster Beliebtheit erfreute, so hat er seit der Einbuße seiner exklusiven und konkurrenzlosen Stellung starke Rückgänge an Urlaubern und Tagesbesuchern hinzunehmen. Ein wesentlicher Grund für diese starken Einbußen im Tourismus, der heute eines der wichtigen wirtschaftlichen Standbeine des Westharzes ist, liegt in versäumten Investitionen, zu Zeiten, als man aufgrund seiner Exklusivität glaubte, diese nicht nötig zu haben. Sowohl Unterkünfte, als auch die touristischen Einrichtungen kamen in die Jahre und genügen heute in vielen Bereichen nicht mehr den internationalen touristischen Standards.

Um dem westharzer Tourismus neue Impulse zu verleihen, hat der Landkreis Osterode am Harz mit der Entwicklung und Realisierung von Leuchtturmprojekten mit internationaler Strahlkraft begonnen, die vom Start weg zu einer spürbaren Belebung des Tourismus führten. Es handelt sich dabei um die Gründung von zwei musealen Einrichtungen in wirtschaftlich besonders strukturschwachen Landkreisgemeinden: Das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried, das zu den innovativsten Museen Deutschlands zählt (2006) und das HöhlenErlebnisZentrum Iberger Tropfsteinhöhle (2008), vom Start weg eines der besucherstärksten Museen Niedersachsens. Das im Jahr 1129 als drittes Zisterzienser Kloster auf deutschem Boden gegründete Kloster Walkenried, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Aktivitäten eines der reichsten und politisch bedeutendsten Klöster des Reformordens der Zisterzienser war und das zu den bedeutendsten Zeugnissen klösterlicher Baukunst in Europa zählt, wurde 2006 nach langjährigen Restaurierungs- und Umbaumaßnahmen als ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried eröffnet.

Die auf der Grundlage umfassender wissenschaftlicher Arbeiten entwickelte Museumskonzeption betrachtet die Zisterzienser erstmalig konsequent im wirtschaftlichen Kontext: Die Zisterziensermönche als Manager des Mittelalters, als clevere Geschäftsleute und knallharte Arbeitgeber, als Schöpfer „industrieller“ Produktionsformen bereits zu ihrer Zeit, als Vordenker und Realisierer dessen, was heute Corporate Identity genannt wird, als Verwaltungsspezialisten mit eigener „Betriebsphilosophie“, kurz als „Weißer Konzern“. Die vielfältigen, ungewöhnlich und überraschend in der Ausstellung hergestellten Parallelen zu heutigen Großkon-

Weiter auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Neue kulturtouristische Leuchttürme im Harz

zernen verblüffen. Vor Eröffnung des HöhlenErlebnisZentrums waren die Besucherzahlen der Iberger Tropfsteinhöhle seit 2002, analog den Zahlen des gesamten Tourismus im Westharz, kontinuierlich gesunken, zuletzt im Jahr 2007 auf nur noch rund 50.000 Personen im ganzen Jahr. Als richtig hat sich die mutige Entscheidung des Landkreises Osterode am Harz erwiesen, mit einer Neukonzeption des Angebots im Bereich der 1874 eingerichteten Schauhöhle und einer modernen Ansprüchen genügenden Museumsinfrastruktur für den Tourismus des Westharzes ein strukturpolitisches Zeichen zu setzen: Günstig gelegen an der Harzhochstraße wird das Naturerlebnis Höhle mit einem bedeutenden Kulturerlebnis – der ältesten genetisch nachgewiesenen Großfamilie der Menschheit und ihren noch heute lebenden Verwandten – auf zeitgemäße Weise für ein breites Publikum zu einer neuen Attraktion im Harz verbunden.

Insbesondere die Präsentation der 3000 Jahre alten spektakulären Funde aus der Lichtensteinhöhle in einem eigens dafür gebauten Museum und die sensationellen Forschungsergebnisse elektrisierten die Menschen im In- und Ausland: Das weltweite Medienecho zur Eröffnung des HöhlenErlebnis-Zentrums – von Aserbaidschan über Japan bis in die USA – zeigt, dass der Westharz mit dieser Einrichtung einen neuen kulturtouristischen Leuchtturm besitzt.

In drei Teilen macht das neue HöhlenErlebnisZentrum nun Erdgeschichte lebendig und zeigt ein faszinierendes Highlight deutscher Höhlenarchäologie: Das neue „Museum am Berg“ ist den 40 Toten aus der Lichtensteinhöhle gewidmet. Es stellt das einstige Höhlengrab als Nachbau, das Leben und Sterben des bronzezeitlichen Familienclans und sogar dessen heute lebende Nachfahren vor – und damit nicht nur den ältesten, sondern auch den bislang längsten genetisch belegbaren Stammbaum der Menschheitsgeschichte. Im „Museum im Berg“, auf 160 Meter Länge neu in den Berg gesprengt, um eine attraktive untertägige Verbindung zur Höhle herzustellen, wird der Iberg als 385 Millionen Jahre altes Korallenriff aus der Südsee vorgestellt. Daran schließt sich die „Iberger Tropfsteinhöhle“ an, deren faszinierendes Erdinneres nunmehr aufgrund der neugeschaffenen touristischen Infrastruktur und der neuen Erschließung wieder stark ansteigende Besucherzahlen besitzt.

In den ersten zehn Monaten seit seiner Eröffnung haben das HöhlenErlebnisZentrum fast 80.000 Menschen besucht und 80.000 Besucher im Jahr benötigt die Einrichtung, um eine schwarze Null zu schreiben! Das HöhlenErlebnisZentrum zählt damit zu den wenigen deutschen Museen, die ihren Betrieb selbst finanzieren. Aber auch das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried ist mit ca. 50.000 Besuchern im Jahr zu einem den Tourismus des Südharzes stark belebenden Element geworden. Beide Einrichtungen wurden aufgrund ihrer „innovativen Ideen, ihrer Kreativität und ihr visionäres Denken“ im nationalen Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen“ als „Ausgewählter Ort“ (2007 und 2009) prämiert.

Die dargestellten Aktivitäten des Landkreises Osterode am Harz sind damit nicht am Ende. Seit März 2009 befindet sich der Antrag des Landes Niedersachsen zur Aufnahme der „Oberharzer Wasserwirtschaft“ in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO im Evaluationsverfahren. Unter der gemeinsamen Federführung des Landkreises Osterode am Harz und des Landkreises Goslar befindet sich als professionelle Managementeinrichtung für das potenzielle UNESCO-Weltkulturerbe „Oberharzer Wasserwirtschaft“, mit über 10 Millionen Jahresbesuchern eine der wichtigsten touristischen Attraktionen Norddeutschlands, sowie für mindestens fünf museale Welterbeinrichtungen mit zusammen bereits heute 225.000 Besuchern das „WeltErbeMuseum / Harz“ im Aufbau, das den Zusammenschluss bislang eigenständiger, kommunaler Einrichtungen zu einer einzigen, straff geführten Einheit vorsieht.

Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Direktor des ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried und des HöhlenErlebnisZentrum Iberger Tropfsteinhöhle ■

Ein ländlicher Kreis zeigt Flagge

Dithmarscher Kulturprojekt KUNSTGRIFF • Von Jörn Klimant

DITHMARSCHEN. Berufsverbände und Medien widmen ihre Aufmerksamkeit den leuchtturmartigen Kulturevents in den Metropolen. Künstlerinnen und Künstler entdecken das ländliche Umfeld als Arbeits- und Ausstellungsraum für sich. Mit seinem spartenübergreifenden Kulturprojekt KUNSTGRIFF macht der Kreis Dithmarschen die Kulturvielfalt in der Region sichtbar. Mit 63 Wort-, Bild-, Klang-Projekte an 27 Orten und rund 150 Akteuren stehen vom 28. August bis 13. September 2009 in ganz Dithmarschen die Fahnen auf KUNSTGRIFF. KUNSTGRIFF verlässlich zu kommunizieren, ist ein Weg, die kulturelle Grundversorgung im ländlichen Raum der Metropolregion Hamburg sicherzustellen.

Flagge des Dithmarscher Kulturprojektes „Kunstgriff“

KUNSTGRIFF startet Freitag, 28. August 2009, 19 Uhr im Kreishaus in Heide. Er bietet allen Künstlerinnen und Künstlern der Region und Gästen an 17 Tagen eine Plattform, um über ihre Arbeiten mit den Menschen im Flächenkreis sowie miteinander ins Gespräch zu kommen. Die erste Annäherung zwischen Kunstschaffendem und Publikum findet oft beim gemeinsamen Veranstaltungsauftakt statt, bei dem sich die Aktiven mit ausgewählten Arbeiten darstellen und für ihre Einzelveranstaltung und KUNSTGRIFF seit acht Jahren unter einem für alle verbindlichen Markentingdach kostenlos werben.

Die Möglichkeit, ein Künstlergespräch zu führen, einem Maler oder einer Bildhauerin bei der Arbeit über die Schultern zu schauen und Fragen zu stellen, ist beim KUNSTGRIFF größer als bei so manchem großen Kulturevent in der Metropole, die über die A 23 gerade mal eine knappe Autostunde entfernt von Dithmarschen liegt. Hier ist der Kontakt von Mensch zu Mensch, der Klönschnack, Teil des Kulturkonzepts. Das macht unter anderem den Charme und die Chance von KUNSTGRIFF aus; denn in Dithmarschen wird nicht nur nachgefragt, hier entsteht auch Nachfrage. KUNSTGRIFF ist kreative Wertschöpfung.

Der ländliche Raum bietet Raum für Begegnungen und für neue Gedanken. Das Spektrum aller Wort-, Bild- und Klangbeiträge ist breit. Akzeptanz und Bekanntheitsgrad dieses von Politik, Wirtschaft und Verwaltung getragenen Kulturprojektes steigt von Jahr zu Jahr - auch weit über die Kreisgrenzen hinaus, wie ein Blick ins umfangreiche, vierfarbige Programmheft zeigt. Die Menschen treffen sich innerhalb eines überschaubaren Radius zwischen Elbe und Eider abseits herausgehobener Galeriestandorte im bekannten Alltagsraum, in einer Fischfabrik etwa, einem Kuhstall, einer Klinik, einer alten Schule, einem Café oder dem Kreishaus. Das Dithmarscher Kulturprojekt in der Metropolregion Hamburg steht für bürgernahe Art der Kunstbetrachtung und -begegnung. So manches Treffen findet natürlich auch in dem Atelier statt, wo die Kunst entsteht.

Detlef Boysen, Hilfsrangierer bei der DEA und engagierter Förderer der Kunst, verhalf bereits in den 50er Jahren der Dithmarscher Stadt Meldorf, wie die Wochenzeitung DIE ZEIT anerkannte, zu „internationalem Kunstruhm“. Nach französischem Vorbild erfand Boysen die „Kunstgalerie im Café“ für ganz Deutschland neu. In gut 50 verschiedenen Ausstellungen zeigte er zunächst den Bürgern von Meldorf, dann den Bauern der Umgebung und bald der ganzen norddeutschen Öffentlichkeit, so DIE ZEIT 1955 über den Dithmarscher, „der das Schöne liebte“, zeitgenössische Maler und Bildhauer, Töpferkunst und Goldschmiedearbeiten.

Trotz beschränkter Mittel gelang es dem Dithmarscher als „Außenseiter unter den Mäzenen“, selbst die Fachwelt von seiner bürgernahen Art der Kunstbetrachtung und -begegnung überzeugen. Mit seinem alten Fahrrad pedalte Boysen an die zwanzig Mal von Meldorf nach Paris und lebte dort unter Künstlern, um die Kunst aus erster Hand zu studieren. Der Dithmarscher Kunstfreund hat den Weg frei gemacht für das Verständnis von KUNSTGRIFF.

Mit der Aktion „KUNSTGRIFF macht Schule“ werden engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie andere motiviert, in einem innovativen KUNSTGRIFF-Projekt ihrer Wahl bei den jungen Menschen die Lust und Begeisterung für Kunst zu wecken. Bei der Jahresschau in der Neuen Holländerei präsentiert KUNSTGRIFF-Arbeiten (3. September bis 4. Oktober 2009), die der Berufsverband Bildender Künstler in Schleswig-Holstein ausgewählt hat. Freunde der Leinwandkunst kommen 2009 zum 8. Mal bei der KUNSTGRIFF ROLLE, dem Norddeutschen Kurzfilmfest (13. September ab 11 Uhr im Stadttheater Heide) auf ihre Kosten.

Mit ihrem jährlichem Budget von 14.500 Euro, dem Personaleinsatz der Dithmarscher Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie den Sponsoren aus der Wirtschaft gelten für die Darstellung von KUNSTGRIFF geringere finanzielle Maßstäbe als für den Auftritt anderer Kulturevents in den Metropolen. Dennoch gelingt es der kommunalen Gebietskörperschaft Kreis Dithmarschen Jahr für Jahr durch innovative Ideen, die unter anderem von einer engagierten Arbeitsgruppe eingebracht werden, die Region zwischen Hamburg und Sylt auch kulturtouristisch zu einem Wirtschaftsfaktor und einer spannenden Destination zu machen.

Leuchtturmdenken statt Kirchturmdenken bedeutet im Kreis Dithmarschen Austausch, Zusammenarbeit und Vernetzung aller Beteiligten. Nach Ansicht des Berufsverbandes Bildender Künstler Schleswig-Holstein (BBK), der KUNSTGRIFF seit Jahren begleitet und Arbeiten für die zentrale Veranstaltung der Bildenden Kunst, die KUNSTGRIFF-Jahresschau, nach strengen BBK-Kriterien juriert, wäre es dem Verband unmöglich, Ähnliches in der Region zu organisieren.

Auch wenn sich mancher Berufskünstler öffentlich eher zur Metropole oder allenfalls zum Bundesland als zur ländlichen Kulturgemeinde mit seiner Breitenkultur bekennt, während so mancher Kritiker ihm das Wort redet, fällt das Votum des BBK klar und eindeutig aus: Wo gute Bildende Kunst ist, sollte sie gezeigt werden.

Dabei ist das Marketing über das Massenmedium Internet so wichtig wie die Print-Werbung. Auf www.kunstgriff.de findet sich bereits ein halbes Jahr vor Eröffnung des Kulturprojektes das komplette Programm. Die laufend aktualisierte Web-Seite www.kunstgriff.de ist sowohl die regionale Kulturadresse als auch die Plattform für Künstlerinnen und Künstler und an Kunst interessierte Gäste. Es ist zudem ein kostengünstiges Medium, um Kontakt zu Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufzunehmen und Interessierte mit der Kultur im ländlichen Raum vertraut zu machen. Dies geschieht in engem Kontakt zum Dithmarscher Tourismus.

Die kommunale Gebietskörperschaft öffnet Künstlerinnen und Künstler den Weg aus dem stillen Kämmerlein heraus in den Flächenkreis. Das sei, so räumen selbst arrivierte Künstler ein, ein Muss für alle Kreativen, die ihre Ernsthaftigkeit beweisen wollen. In den vergangenen acht Jahren waren es gut 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die es ernst meinten mit ihrer Kulturarbeit, und die – über die KUNSTGRIFF-Zeit hinaus – die Kulturlandschaft im ländlichen Kreis Dithmarschen abwechslungsreich gestalten.

Der Verfasser ist Landrat des Kreises Dithmarschen ■

Die Kulturschule

Ein gemeinsames Projekt von Schul-, Jugend- und Kulturpolitik • Von Max Fuchs

Nach PISA ist in der Schulpolitik einiges in Bewegung gekommen. Nicht alles muss man dabei positiv bewerten. Zum einen gibt es eine Menge an Symbolpolitik, zum anderen gehen viele Veränderungen eher in die Richtung technokratischer Optimierungsversuche mit vielen Tests und einer deutlich ökonomisch-betriebswirtschaftlichen Ausrichtung. Dies ist auch in der universitären Erziehungswissenschaft zu spüren, wo seit Jahren die meisten freiwerdenden Hochschullehrerstellen auf quantitative Bildungsforschung festgelegt werden.

Doch gibt es auch positive Entwicklungen: So wird in allen neuen Schulgesetzen die (relative) Autonomie der Schule gestärkt. Schulen können und sollen Profile festlegen und sich in den Sozialraum öffnen. Dies gilt insbesondere für die vermutlich nachhaltigste Änderung: die Ganztagsschule. Aus dem inzwischen etablierten Slogan „Bildung ist Koproduktion“ folgt konsequent die Idee „Schule ist Koproduktion“, was politisch in Form von kommunalen oder regionalen Bildungsnetzwerken umgesetzt wird. Dies wird auch vom Deutschen Städtetag in seiner Aachener Erklärung aus dem Jahr 2007 gefordert und unterstützt. Es ist also Bewegung in die Schule gekommen, wobei man immer an die These des renommierten norwegischen Schulforschers Per Dalin denken muss, derzufolge eine gelungene Schulreform 30 Jahre dauert. Schule verändert sich langsam – und das ist vermutlich noch nicht einmal falsch, da ein riesiges Gebilde mit 700.000 hochqualifizierten Mitarbeitern und fast 40.000 Standorten auch eher Schutz vor allzu kurzatmigen Reformideen aus der Politik oder von gesellschaftlichen Interessengruppen braucht.

Immerhin ist es etlichen Beobachtern aufgefallen, dass – fast als Gegenmodell zu kurzsichtigen und technokratischen Leitbildern, die eine stärkere Orientierung der Schule an vorgeblichen Bedürfnissen „der Wirtschaft“ fordern – es gerade Schulen mit einem ausgewiesenen Kulturprofil sind, die nicht nur bei PISA gut abschneiden, sondern die auch bei den verschiedenen Auszeichnungen guter Schulen berücksichtigt werden. Es besteht offenbar kein Widerspruch zwischen dem Ziel einer hohen Leistungsfähigkeit – durchaus auch in Kategorien von PISA – und einer gelingenden Schulkultur. Bislang haben sogar zwei Länder – nämlich Hamburg und Hessen – offiziell das Konzept einer Kulturschule in ihre Schulentwicklungskonzeption aufgenommen. Ein solches Konzept ist gleichermaßen interessant für die Jugend-, die Kultur- und die Schulpolitik. Auch die verschiedenen Bereiche der Kommunalpolitik (Stadtentwicklung, kommunale Bildungspolitik, Wirtschaftförderung etc.) erkennen zunehmend die Relevanz dieses Ansatzes.

Der Dachverband für Kinder- und Jugendkulturarbeit, die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), hat daher zusammen mit der Akademie Remscheid als Bundesakademie für kulturelle Bildung verschiedene Aktivitäten rund um die Schule und die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendkulturarbeit in einem neuen Arbeitsschwerpunkt „kulturelle Schulentwicklung“ gebündelt. Es fließen hierbei Erfahrungen aus dem Bundeswettbewerb *mixed-up* (Schirmherrschaft Ursula von der Leyen), dem früheren Modellprojekt *Kultur Macht Schule* und dem jetzigen, auf Haupt- und vergleichbare Schulen fokussierten Förderprojekt *Lebenskunst Lernen* zusammen, wobei im Kontext der Akademie Remscheid Fragen der Qualifizierung schulischer und außerschulischer Pädagogen und der Theorie- und Konzeptentwicklung im Mittelpunkt stehen.

© Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum

Eine Kulturschule ist dabei eine Schule, in der bestimmte Qualitätskriterien erfüllt sein müssen, u.a. künstlerischer Fachunterricht auf hohem Niveau, eine gute, ästhetisch sensible Lernkultur in anderen Fächern, eine lebendige Schulkultur, viele qualifizierte und nachhaltige Arbeitsbeziehungen zum Stadtteil, eine engagierte Elternarbeit und eine gut funktionierende Schülermitwirkung. Solche Schulen gibt es bereits. Doch nunmehr kommt es darauf an, in die Fläche zu planen. Daher steht im Moment im Mittelpunkt, praxistaugliche Konzepte einer kulturellen Schulentwicklung bereitzustellen. Denn Schulentwicklung – dies ist eine Erkenntnis aus dem Scheitern vieler gut gemeinter Erziehungsideen früherer Zeiten – funktioniert kaum top-down, sondern muss von jeder einzelnen Schule selber gewollt und initiiert werden. Für die Kultur- und Jugendpolitik sind Kulturschulen interessant, weil eine Partnerschaft mit Kultur- und Jugendeinrichtungen bewusst angestrebt wird. Das hat die Kulturpolitik vieler Länder bereits erkannt, so dass – wie etwa in Hamburg oder NRW – einiges an Geld aus dem Kulturbereich in die Zusammenarbeit mit Schulen fließt. Es gibt zudem von Remscheid aus intensive Kontakte mit Schulentwicklungen in anderen Ländern wie etwa der Schweiz oder England, wo ähnliche Ideen verfolgt werden. Aus der Tätigkeit dieses Schwerpunktes – es arbeitet seit einiger Zeit eine kleine Arbeitsgruppe in Remscheid unter Hinzuziehung weiterer Experten aus der Bundesrepublik und dem Ausland zusammen – sind bereits etliche Arbeitsergebnisse zugänglich: Bausteine zu einer Theorie und Konzeption einer Kulturschule, Checklisten, Verfahrensvorschläge. Eine erste Sammlung gelungener Praxisbeispiele ist in Vorbereitung. Es gibt zudem eine Zusammenarbeit mit Arbeitsstellen auf Landesebenen, die ähnliche Ziele verfolgen (u.a. NRW, Hamburg, Hessen, Bayern). Im Mittelpunkt dieser Aktivitäten steht ein Qualitätstableau, das sich auf mehrjährige Vorarbeiten in Modellprojekten stützt und das die unterschiedlichen Dimensionen einer Kulturschule (Qualifizierungsfragen, Rolle künstlerischer Fächer, Schulklima, Elternarbeit etc.) systematisch erfasst (siehe zu allem www.bkj.de, Projekt Lebenskunst lernen, Thema „Schulentwicklung“). Weitere Handreichungen sowie eine theoretische Begründung sind in Vorbereitung (siehe einzelne Texte auf der genannten Website, das BKJ-Magazin „Kulturelle Bildung“, Heft 2/2009 Kulturelle Schulentwicklung, sowie Kap. 7 in meinem Buch „Kulturelle Bildung“, 2008).

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates, Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung und Direktor der Akademie Remscheid ■

Erfolgsmodell Kulturelle Bildung

Am 9. Juni dieses Jahres wurden in Schloss Genshagen herausragende Projekte der kulturellen Bildung von Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB mit einem vom BKM gestifteten Preis ausgezeichnet. In seiner einführenden Grundsatzrede unterstrich Kulturstaatsminister Bernd Neumann die Bedeutung der kulturellen Bildung für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft. Die Stiftung Schloss Genshagen soll sich künftig auch um die Vernetzung der Akteure der kulturellen Bildung kümmern. Der Bund, speziell der Kulturstaatsminister versteht sich als Impulsgeber für kulturelle Bildung. Recht hat er, kulturelle Bildung ist unverzichtbar.

In dieser Zeitung wird regelmäßig von lang-, mittel- und kurzfristigen Vorhaben zur kulturellen Bildung berichtet und vor allem immer wieder unterstrichen, dass für kulturelle Bildung eine dauerhafte Infrastruktur unerlässlich ist. Die nachfolgenden Beiträge, die sich den Themen Kultur und Schule, Kultur und ältere Menschen sowie Infrastruktur kultureller Bildung widmen, belegen dieses einmal mehr.

Die Redaktion ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates“ versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.
Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerderverein

Vorstand
Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de

Mit 50 in die Oper statt ins Rockkonzert?

Zu den Ergebnissen des KulturBarometers 50+ – „Zwischen Bach und Blues“ • Von Susanne Keuchel

Jugendliche gehen zum Rockevent, Großeltern ins Klassikkonzert. Diese gängige, nahezu idyllische Vorstellung arbeitsteiligen Kulturverhaltens hat das Zentrum für Kulturforschung (ZfKf) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erstmals im Detail empirisch überprüft. Das aktuelle KulturBarometer 50+ (Keuchel/Wiesand2008) ist eine bundesweite, repräsentative Bevölkerungsumfrage. 2.000 Bundesbürger ab 50 Jahre wurden zu ihrem aktuellen Kulturverhalten, -interesse und -einstellungen gefragt, analog zum vor zwei Jahren publizierten Jugend-KulturBarometer (Keuchel/Wiesand 2005).

„Ewig jung“, Szenenfoto Altentheater des Freien Werkstatt Theaters Köln **Foto: Wolfgang Weimer**

Die Rolling Stones sind mediale Vorreiter bei der Auflösung altersspezifischer Rollenmodelle: Mit über 60 Jahren sind sie noch auf den Bühnen der Welt präsent und bleiben der Musikrichtung, mit der sie aufgewachsen sind, treu. Das KulturBarometer 50+ zeigt, dass sich dieses Phänomen nicht nur auf extrovertierte Stars der Rockszene beschränkt, sondern auch für das Publikum gilt. 10% der Altersgruppe 50+ in Deutschland interessieren sich explizit für Rockmusik, 11% für Jazz und 12% für Popmusik. Diese Anteile unter den Älteren scheinen auf den ersten Blick eher unbedeutend. Berücksichtigt man jedoch, dass den insgesamt 21% der 50-Jährigen und Älteren, die sich für eine oder mehrere der Musikrichtungen Rock, Pop und/oder Jazz interessieren, nur 28% gegenüberstehen, die ein explizites Interesse für Klassische Musik bekunden, bekommen die Zahlen eine andere Bedeutung. Dass es sich tatsächlich um einen tiefergehenden Trend handelt, legt eine Betrachtung der jungen „Alten“, hier der 50- bis 59-Jährigen, nahe: Hier finden sich sogar 24% Fans der Popmusik, 20% Fans der Rockmusik und 19% Jazzfans. Den insgesamt 38%, die sich für eine oder auch alle der eben genannten populären Musikrichtungen interessieren, stehen nur noch 26% Klassische Musikfans gegenüber. Dass sich diese geäußerten Interessen und Vorlieben auch im Konzertverhalten widerspiegeln, zeigt Grafik 1.

In kulturpolitischen Fachkreisen sollte daher das Bewusstsein gestärkt werden, dass das Alter künftig bei den Kulturinteressen eine zu vernachlässigende Komponente ist im Gegensatz zur Bildung, zum Einkommen, zu Lebensstilen oder zum Wohnstandort.

Eine „Generation 50+“ gibt es nicht...

Die altersspezifischen Differenzen bei den Musikinteressen und dem aktuellen Konzertverhalten der sogenannten „Generation 50+“ legen nahe, dass es diese Generation im Sinne einer homogenen Gruppe gar nicht gibt. Vielmehr erscheint es sinnvoll, in Anlehnung an eine Typologie von Emnid (Emnid 2004), in der Bevölkerung 50+ drei Entwicklungsrichtungen im kulturellen Verhalten grob zu unterscheiden:

- Die Jüngeren unter den „Alten“, zumeist die 50- bis 59-Jährigen (Erlebnisorientierte Aktive), die sich zunehmend für neuere Kunstrichtungen und Angebotsformate öffnen.
- Viele der 60- bis 69-Jährigen (Kulturell Aktive), die ebenfalls kulturell sehr aktiv sind, sich aber jedoch fast ausschließlich in klassischen Kulturgefilden und -formaten bewegen.
- Eine Gruppe der meist 70-Jährigen und Älteren (Passive Ältere), die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder gesellschaftlicher Isolierung in ihrer kulturellen Mobilität deutlich eingeschränkt sind.

Neue Chancen für das Kulturmarketing

Die von erwarteten altersbezogenen Rollenmustern der Kulturnutzung abweichende Gruppe der „Erlebnisorientierten Aktiven“ bietet eine Chance für Kultureinrichtungen, jüngere und ältere Zielgruppen erstmals mit ähnlichen Angebotsformaten anzusprechen. Neben „jüngeren“ Kunstrichtungen und Kunst-Events sind es vor allem auch „junge“ Servicebereiche, welche gleichermaßen von den „Jungen Alten“ bevorzugt werden. Beispiele sind hier der Bezug von Eintrittskarten per Internet (33%), Telefon (36%) oder der „Last-Minute-Verkauf“ (19%). Dies könnte die Basis für eine breite Umorientierung der klassischen Kulturbetriebe bieten. Bis dato waren die Interessen bei der Angebotsgestaltung eher konträr: Abonnement versus Last-Minute-Verkauf oder Werbung im Feuilleton statt Homepage im Internet.

Es empfiehlt sich jedoch, „alte Zöpfe“ nicht sofort abzuschneiden, da wie erwähnt die 60- bis 69-Jährigen heute vielfach auch noch sehr kulturinteressiert und mobil, jedoch noch wenig offen für Neuorientierungen im Kulturangebot sind. Mit einer zeitweiligen Beibehaltung von unterschiedlichen Angebotsformaten für „jung“ und „alt“ ermöglichte man nicht nur eine Ausweitung des Kulturpublikums sondern auch andere gesellschaftspolitisch relevante Effekte, die im Folgenden skizziert werden.

Kulturelle Teilhabe als Motor gesellschaftlichen Engagements

Es zeigte sich, dass die kulturelle Partizipation älterer Bevölkerungsgruppen auffällig mit dem Interesse am lebenslangen Lernen, dem Umgang mit Neuen Medien und der Offenheit gegenüber Begegnungen mit jungen Leuten korreliert. Mit aller gebotenen Vorsicht kann hieraus abgeleitet werden, dass eine Steigerung oder Verstetigung der kulturellen Partizipation in der Bevölkerungsgruppe 50+ mehr gesellschaftliches Engagement älterer Menschen nach sich ziehen und die Bereitschaft verstärken könnte, aktuelle Prozesse im sozio-kulturellen Umfeld mit zu gestalten. Die Ergebnisse der Studie lassen zudem vermuten, dass speziell das Engagement im Kulturbereich künftig sogar noch ausgebaut werden kann, da 32% der Befragten angaben, sich ein stärkeres Engagement speziell dort vorstellen zu können.

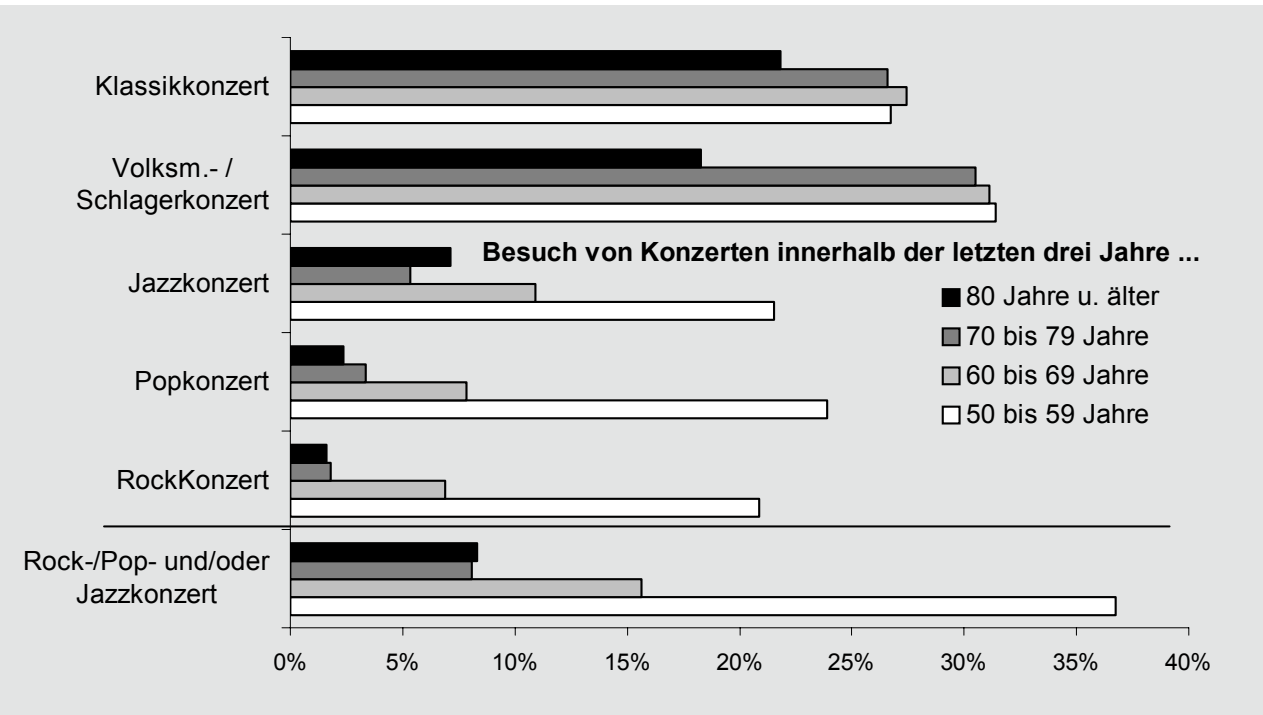
Künstlerisch-kreative Bildungsangebote sind auch im Alter gefragt

Die Bevölkerungsgruppe 50+ will jedoch nicht nur die Kulturelle Bildung von Dritten unterstützen, sondern auch selbst künstlerisch-kreativ sein. 29% in dieser Gruppe geben an, dass sie schon einmal in der Freizeit künstlerisch-kreativ gewesen sind, wobei davon 76% ihre künstlerischen Hobbyaktivitäten im Alter fortsetzen. Des Weiteren signalisieren zudem 32% der nicht künstlerisch Kreativen, bei entsprechendem Angebot künftig gerne ein künstlerisch-kreatives Bildungsangebot in Anspruch nehmen zu wollen. Dieses Potential an Interessierten könnte langfristig auch für eine optimale Auslastung kultureller Bildungseinrichtungen genutzt werden, denen es angesichts des demographischen Wandels künftig an jungen Zielgruppen fehlen wird.

Hinderungsfaktoren für kulturelle Partizipation

Bei aller Euphorie über die positive Wechselwirkungen zwischen kultureller Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe im Alter gilt es an dieser Stelle jedoch auch zu betonen, dass dies keineswegs repräsentativ für die heutige „Generation 50+“ ist, wie das Medien und Werbebranche oftmals propagieren. Tatsächlich konnte ermittelt werden, dass die Größe dieser kulturmobilen und konsumfreudigen Bevölkerungsgruppe bei lediglich 20 bis 30% liegt.

Die kulturelle Mobilität wird dabei von verschiedenen Faktoren wie unter anderem dem Alter, der Gesundheit, der Schulbildung und der wirtschaftlichen Lage bestimmt, wobei gerade Letztere bei der Nichtpartizipation eine wichtige Rolle spielt. Andere wesentliche „Barrieren“ sind fehlende Begleitung oder auch mangelndes Wissen und Unerfahrenheit mit kulturellen Angeboten. Themen wie Altersarmut oder Isolation dürfen daher keine Tabus sein, wenn über verbesserte Möglichkeiten zur Integration in das aktive gesellschaftliche Leben nachgedacht wird.



Grafik 1: Besuch von Musikkonzerten nach Altersgruppen innerhalb der letzten drei Jahre

Die Verfasserin ist Geschäftsführende Direktorin des Zentrums für Kulturforschung ■

Das Kapital des Älterwerdens aktivieren

Das Freie Werkstatt Theater Köln und der Dachverband Altenkultur • Von Dieter Scholz

Die Freiheit der Kunst gewinnen, durch eigenes Tun, die Unendlichkeit künstlerischer Gestaltungsmöglichkeit erfahren und nutzen, um das Kapital des Älterwerdens und Altseins zu aktivieren für den Dialog mit sich selbst, mit den Gleichaltrigen, den noch Älteren, den Jüngeren und Jüngsten und das nicht nur im näheren Umfeld, sondern regionale Grenzen – und dabei in Deutschland besonders die zwischen neuen und alten Bundesländern –, aber auch nationale Grenzen überschreitend und das durchaus global, das war die Motivation für die Gründung des Altentheaters des Freien Werkstatt Theaters Köln und des Dachverbandes Altenkultur.

„Herbstreise", Szenenfoto Altentheater des Freien Werkstatt Theaters Köln **Foto: Michael Fehlauer**

Das Freie Werkstatt Theater Köln (FWT), gestartet 1977 als Teil des damals vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderten Modellversuchs „Künstler und Schüler" macht seit 1979 als erstes Theater in der Bundesrepublik neben seiner Theaterarbeit mit Profis auch Theater mit älteren und alten Menschen. Mit einem Altentheaterensemble von zur Zeit 27 Mitgliedern im Alter von 64 bis 93 Jahren werden unter der Regie von Ingrid Berzau und Dieter Scholz, den künstlerischen Leitern des FWT, Theaterstücke entwickelt, die die Lebens- und Zeitgeschichte der Beteiligten widerspiegeln, den Eintritt ins Pensionsalter und das Leben als älterer und alter Mensch heutzutage thematisieren.

Sich selbst als Älterer und Alter zusammen mit den Mitspielern als Experten für Vergangenes aber auch für Gegenwart und Zukunft unter professioneller Leitung am spielerischen Entstehungsprozess eines Stückes beteiligen, sich mit seiner ganzen Person, seinen Ideen, seinen Einfällen, seiner Phantasie einbringen, improvisieren, mit Texten und Bewegungsabläufen experimentieren, Szenen entwerfen, Stücke erstellen und zur Aufführung bringen, ist immer wieder neu und abenteuerlich.

Alle Altentheaterstücke werden im eigenen Theaterhaus in Köln sowie landes- und bundesweit auf Gastspiel, auch im Ausland, gezeigt. Das FWT initiierte und veranstaltete im Altenkultur-Bereich eine Reihe von nationalen und internationalen Theaterprojekten, und Festivals, darunter 1999 das Erste Welt Altentheater Festival mit 18 Altentheatergruppen und über 250 Beteiligten aus vier Kontinenten sowie Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen und Modellprojekte, darunter 1988-1991 ein bundesweites Modellprojekt. Mit seinen „Alt-Jung"-Theaterworkshops beteiligte sich das FWT 2008 an der NRW-Landesinitiative „Junge Bilder vom Alter". Im Mai 2009 standen in einer Koproduktion mit dem FWT 13 Lesben und Schwule im Alter von 38 – 79 Jahren zum ersten Mal zusammen auf einer Theaterbühne.

In der Reihe von Preisen und Auszeichnungen für das FWT-Altentheater erhielt es zuletzt „für seine professionelle, kontinuierliche und originelle Theaterarbeit" den Hauptpreis des Otto-Mühlschlegel Preises „Zukunft Alter" 2008 der Robert Bosch Stiftung.

Neben der Möglichkeit als älterer und alter Mensch als KunstProduzent zu wirken, bietet das FWT dem älteren und alten KulturRezipienten eine Fülle von Angeboten. Zum Erleben von Kunst und Kultur erwartet den Besucher im Freien Werkstatt Theater vormittags, nachmittags oder abends ein umfangreiches Theaterangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Inszenierungen aus der Dramenliteratur, Uraufführungen selbst erarbeiteter Stücke zu aktuellen Themenstellungen und Uraufführungen von eigenen Erstdramatisierungen literarischer Werke. Zum FWT-Programm gehören auch Lesungen, Autorenlesungen und Musikveranstaltungen. Im FWT-Theaterhaus mit fünf Etagen, zwei Spielstätten und zwei Foyers, einem ehemaligen jetzt denkmalgeschützten Industriegebäude können Feste gefeiert werden, so auch 70- oder 80jährige Geburtstage und das immer in Verbindung mit einer Aufführung. Neben den „üblichen" Theaterangeboten gibt es Theaterprojekte mit Nichtprofis, Projekte mit Profis und Nichtprofis gemischt und weitere kulturelle Bildungsangebote.

Der barrierefreie Zugang für alle Generationen, besonders also auch für Ältere und Alte, gehört zum Theaterkonzept und hierbei insbesondere die generationenwirksame Öffentlichkeitsarbeit mit der Vernetzung mit einschlägigen Einrichtungen für Senioren. Das FWT bietet auf Wunsch kostenlose Einführungsvorträge, Gesprächsrunden mit Schauspielern, Regisseuren, Dramaturgen auch bei Kaffee, Wein oder Kölsch, Theaterhausführungen, öffentliche Proben und darüberhinaus die Möglichkeit, sich als Pate für eine Produktion zu engagieren. Die ersten Zuschauerreihen können für Rollstuhlfahrer, Hör- und Sehbehinderte freigemacht werden. Von Älteren und Alten besonders geschätzt wird auch die jeweilige Intimität der beiden Zuschauerräume mit je ca 100 Sitzplätzen und die regelmäßige Begrüßung durch die Theaterleiter oder durch deren Stellvertreter.

Der Dachverband Altenkultur

Wenn man als Älterer und Alter sein Leben bisher, sein Leben heute, sein Zusammenleben mit anderen Generationen, seine Vorstellungen von der Zukunft, seine Wünsche, Träume, seine Enttäuschungen und Ängste, wenn man seinen Umgang mit Material, Farbe, Ton, Bild, Sprache, Bewegung darstellerisch, tänzerisch, musizierend, singend, bildnerisch gestaltend und mediengestaltend in Zusammenarbeit mit Profis als Produkt präsentiert, wenn man schreibt und das nicht nur als biographische Erzählung für die Enkel, sondern sich literarische Formen wie Kurzgeschichte, Gedicht, Aphorismus, dramatischer Dialog u.a. erarbeitet, auch die Kunst des Vortrags, der Lesung, oder auch des freien Erzählens nutzt, so macht man Älterwerden und Altsein zum Kunst- und Kultererlebnis für alle Generationen.

Altenkultur so verstanden durch Angebote, Projekte und Modelle zu fördern, war die Absicht von über 90 Engagierten aus den Bereichen Kunst, Kultur, Soziales, Politik, Medien, Verwaltung sowie allgemein Interessierten, die sich aus beiden Teilen Deutschlands kommend am 23.November 1990 im Freien Werkstatt Theater Köln trafen und dort den Dachverband Altenkultur mit zwei Geschäftsstellen – eine in Leipzig, eine in Köln, gründeten. Heute ist der Dachverband Altenkultur Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – BAGSO –, des European Reminiscence Network, und Partner von Age Culture.

In den fast 20 Jahren initiierte und veranstaltete der Dachverband Altenkultur – auch als Kooperationspartner – viele regionale, nationale und internationale Austauschtreffen und Festivals. Die erste bundesweite Fachtagung Altenkultur des Dachverbandes lief 1991 im Leipziger Rathaus unter der Schirmherrschaft des Leipziger Stadtpräsidenten Friedrich Magirius, dort legte der Dachverband auch die erste Studie zur Seniorenkultur „Bedingungen, Konzepte in den alten und neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland" vor. Bei der zweiten Fachtagung 1992 in Köln referierten der ehemalige Kulturdezernent von Nürnberg Hermann Glaser, Dr. Konrad Hummel vom Sozialmininsterium Stuttgart und der Dortmunder Kultursoziologe Prof. Dr. Konrad Pfaff.

Das gegenwärtige Angebot der Leipziger Geschäftsstelle des Dachverbandes Altenkultur ist unter anderem das Kunst- und Kulturprojekt „Brückenschlag über die Elbe", das bundesweite Seniorenschreibseminar, Mal- und Zeichenkurse, Textilgestaltung, Tanz und Chorgesang, Lesetourneen, Buchveröffentlichungen. Die Kölner Geschäftsstelle des Dachverbandes Altenkultur in Kooperation mit dem Freien Werkstatt Theater betreibt den Schwerpunkt Theater.

Der Verfasser ist Leiter des Freien Werkstatt Theaters Köln und erster Vorsitzender des Dachverbandes Altenkultur ■

www.fwt-koeln.de
www.dachverband-altenkultur-leipzig.de

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

KULTURPOLITIK DER PARTEIEN: VISIONEN, PROGRAMMATIK, GESCHICHTE UND DIFFERENZEN
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler

167 Seiten

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk das Buch:

Kulturpolitik der Parteien

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45

Das 2. Theaterfestival „Herzrasen“ am Schauspielhaus Hamburg

Solange ich lebe, muss ich davon ausgehen, dass ich weiterlebe. (Karl Valentin) • Von Thomas Lang

Herzrasen ist ein aufregender, erregender, manchmal auch bedrohlicher Zustand. Bestens geeignet also dazu, als Titel – und Selbstauftrag – herzuhalten für ein Festival, das Theateraufführungen von, mit und für alte und ältere Menschen versammelt. Seniorentheater oder Altentheater gelten mittlerweile Begriffe für ein eigenes Genre, das als Thema, aber auch als Format von der bundesdeutschen Theaterlandschaft entdeckt worden ist. Und es klingt plausibel, wenn ein Theater wie das Schauspielhaus Hamburg, das sich mit diesem komplexen Thema auseinandersetzen will, die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den entsprechenden sozialkulturell geprägten Institutionen sucht – und findet. Und das nicht nur bei der Finanzierung des Festivals, sondern auch in inhaltlicher und ernsthafter Auseinandersetzung und gegenseitiger Wahrnehmung. Die Körber-Stiftung, bekannt durch ihre umfassende Stiftungstätigkeit in Sachen Bildung und Wissenschaft, Integration, Kultur und Engagementförderung greift die Thematik Altern in ihrer ganzheitlichen Konzentration auf Leben und „Versorgt-sein“ auch in ihrem BegegnungsCentrum „Haus im Park“ im Hamburger Stadtteil Bergedorf auf.

„Das Narrenschiff des Alters“, Szenenfoto Altentheater des Freien Werkstatt Theater Köln. **Foto: Wolfgang Weimer**

Die Ästhetik ist bereits in der Wirklichkeit vorhanden“, so würde es die amerikanische Fotografin Helen Levitt kommentieren. Herzrasen 2 versammelte in 2008 so mitteilungsinteressierte Theaterkünstler, engagierte Ältere am Theaterspiel interessierten Menschen sowie Berufstheaterproduktionen zum Thema im variantenreichen Wechselspiel. Als prominenter Höhepunkt des Festivals galt die Produktion des Schauspielhauses selber, „Die Kümmerer“, eine mutige und opulente Versammlung von durch ehrenamtliches Engagement aufgefallenen „Kümmerern“, Hamburger und Hamburgerinnen, die mit Berichten über ihre Lebensverläufe, mit szenischem Spiel als mitteilsame Besucher einer romantischen Eckkneipe sowie mit „Spiel im Spiel“-Formen („DSDS fürs Ehrenamt“) die ganz große Bühne eroberten und bereits damit Theatertraditionen provozierend kommentierten.

Dieses intelligente und sorgfältige Zusammenwirken der Gesellschaftsinstitution Stiftung und der Kulturinstitution Theater muss als state of the art definiert werden, wenn Kunst und Kultur nicht als dekorativer Appendix ihn der Auseinandersetzung mit Entwicklungen von Wirklichkeit genutzt werden. Herzrasen 3 ist für den Oktober 2010 angedacht.

Das Alter in der Kunst

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Altwerden, mit seinen sozialstrukturellen Fragen von Leben und Überleben nimmt also das Theater an und dokumentiert damit auch sein neu entfachtes gesellschaftspolitisches Interesse. Die Konflikte der Generationen werden befragt und Utopien neuerer Lebens-, Wohn- und Versorgensformen untersucht. Doch das zentrale Denken des Theaters, ja, der Kunst allgemein, ist natürlich das Umgehen mit dem Ende des Lebens und mit den Nöten des Verfalls. Und mit der Hilflosigkeit und auch Gefühllosigkeit dieser Gesellschaft im Umgang mit dem alten, einsamen, pflegebedürftigen Menschen. „Die gesamte Geschichte und Politik reduziert sich auf die Verdrängung der Sterblichkeit“ merkt der Dramatiker Heiner Müller († 1995) kritisch an und formuliert: „Kunst aber stammt aus und wurzelt in der Kommunikation mit dem Tod und den Toten.“ Müller, Heiner: Werke; Frankfurt 2008

Theater als Mitteilungsformat

Theater findet heute seine Attraktivität durch seine Ausprägung als „öffentliche“ Kunst, als Kunstform, der das betrachtende Publikum unabdingbar (und quasi als Definition) zugehört. Eine Theateraufführung lädt den Zuschauenden – auch und besonders im nichtprofessionellen Theater – in eine länger andauernde und anderes ausschließende „Rolle“. So ist das, was auf der Bühne stattfindet, nicht isoliert zu betrachten und zu bewerten, sondern das, was die Zuschauenden wahrnehmen, deren Bezug zum Gezeigten, ja auch ihre Vervollständigungs- und kommentierenden Leistungen, ihre assoziierenden Tätigkeiten und Aufgaben. Dem also hat sich auch und gerade das „Seniorentheater“, das Theater von und mit Älteren zu stellen, nämlich Theater auch als Mitteilungsform zu begreifen. „Vom Spiel für sich zum Spiel für andere“ wird als notwendiger Entwicklungsschritt im Theater der Nichtprofessionellen verlangt. Doch das Interesse, öffentlich wahrgenommen zu werden in dieser „Wahrnehmungsgesellschaft“, nicht mehr wahrzunehmen, schiebt sich immer wieder erkennbar in den Vordergrund und überdeckt zu oft die Sichtbarmachung von Gestaltungswillen.

Dieses Theater der Älteren selbst gelingt am besten da, wo es zu fragmentierten, mitteilenden Spielweisen gelangt, mehr handelt und dokumentiert als „spielt“, die Souveränität der Person und des Alters den Agierenden belässt, der Ruhe Raum gibt und der Kraft des Gedankens und der Vorstellung, so sich selbst ernster nehmend.

„Flüchtlinge im Ruhestand“, ein Projekt vom Schauspiel Essen von, mit und über auch älteren Asylsuchenden in ihren ungeklärten Lebensverhältnissen, ließ deutlich werden, wie stark eine in Kostüm und Bühne unaufwändige und genaue Versammlung verknüpfter dokumentarischer Lebensberichte zu wirken vermag. Eine mitteilungsorientierte Darstellungsstrategie wurde plastisch, die mit ihren literarisch verdichteten, aus ausführlichen Interviews der Beteiligten generierten Texten ganz unspektakulär Hinweise gab auf die Bühne als möglichen Mitteilungsort.

„Erinnerungsarbeit“ ist mittlerweile zu einem etablierten Forschungs- und Darstellungsformat avanciert. Aufgenommen und weiterentwickelt werden diese kreativen Prozesse in der Keywork-Arbeit, dargestellt von Reinhold Knopp und Karin Nell: Keywork: Neue Wege in der Kultur- und Bildungsarbeit mit Älteren 2007.

Alter und Ältere on stage

Einhergehend mit einer Informationsgesellschaft der „neuen“ Medien, die zum einen den Zugang zu und die Partizipation an den „alten“ Medien verändern und erweitern, durchaus aber auch das Interesse an dem „echten“ Medium Theater wachsen lassen, suchen und finden auch die Berufstheater Zugang zum Thema Alter als gesellschaftliche Frage und Auseinandersetzung. Deren mittlerweile etablierten Erfahrungen (und Erfolge) einer Theaterkultur der „Jugendclubs“, die symbolhaft junge Menschen Theaterprojekte unter theaterpädagogischer Anleitung erstellen lassen, nutzen diese, um auch Alten und älteren Menschen Raum und Bühne zu vergleichbaren Projekten zu geben. Neuerdings auch mutig und sinnstiftend in generationsübergreifenden Projekten, in denen junge Leute und aktive Alte diese Begegnung zum Thema machen. Zudem sind in diesem Feld Entwicklungen zu beobachten zu Theaterformaten, die sich von einer (vermeintlichen) Theater-Künstlichkeit weg zu Vorgängen des „Echten“ hin bewegen. Stichworte dazu: Dokumentartheater, Biografien auf der Bühne, „Akteure“ statt „Schauspieler“, „Experten des Alltags“, „Beschwerdechöre“, „Bürgerbühne“, Fiction und Faktion. Interessant dabei: die „Virtualisierung“ der Lebenswelt schmiedet Allianzen und Verbindungen als mögliche neue Gemeinsamkeit zwischen Theater und Digitalwelt.

Alte Künstler

Eines geriet im Rahmen des Festivals ganz eindrücklich ins Blickfeld, der alternde wie alte Künstler selbst. Der Umgang mit diesem Thema ist in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit ein widersprüchlicher. Der alte Schauspieler, die ältere Schauspielerin in Stadttheater, Film und Fernsehspiel sind uns durchaus eine Selbstverständlichkeit. Nicht gilt dieses bei Tänzern und Tänzerinnen in Ballett und Tanztheater, zählt doch hier einzig Beweglichkeit, Kraft, die Eleganz des Körpers und seine Schönheit, ja auch die Erotik, der Glanz des Körperlichen.

In der Produktion „Zeitsprünge“ der Leipziger Choreografin Heike Hennig – ein paar Stühle auf der leeren Werkstattbühne, wenige Scheinwerfer, die Tänzer und Tänzerinnen in Trainingskleidung, – treffen ganz junge auf ganz alte Tänzer und Tänzerinnen. In einem „Battle“, einem spielerisch leichten Wettstreit der tänzerischen Kompetenzen werden das Alter und die Möglichkeiten des Körperlichen umgehend und einzig zum Thema. Während die Jungen ihre unbändige Lust an der Bewegung ausspielen, ihre Artistik und Vitalität im Modernen Tanz wie auch in Hiphop-Motiven, kontern die Alten mit der ruhigen, souverän-zittrigen Eleganz eines ganzen gelebten Tänzerlebens und mit dem milden Lächeln des „sich und anderen nichts mehr beweisen Müssens“, in ruhiger Dichte, in der eingeprägten Bewegungsreife, in: Würde. So wurde bei einigen simultanen Pas de Deux-Passagen von Alt und Jung, im Ein- und Gleichklang frappierend eindrücklich „Alter“ poetisch übersetzt, das Gemeinsame und Andere von Jung und Alt, alles in einem Bild gehalten. Diese alten und jungen Tänzer und ihre Kunst vermochten es in diesem Fall besonders, das Alter zu erzählen und vom Mut zum Leben und von dessen Vergänglichkeit.

Der Verfasser ist Leiter des Programmbereichs Theater der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel ■

www.bundesakademie.de

Fünf erfolgreiche Jahre für das Leseland Niedersachsen

Die Akademie für Leseförderung der Stiftung Lesen an der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek • Von Georg Ruppelt

Ich vergesse das Meiste,
was ich gelesen habe,
so wie das, was ich gegessen habe;
ich weiß aber so viel:
beides trägt nichtsdestoweniger
zur Erhaltung meines Geistes und
meines Leibes bei.
(Lichtenberg)

© Akademie für Leseförderung, Foto: Andreas Müller

„Seefahrt ist not“ meinte Gorch Fock vor knapp 100 Jahren; „eine Akademie für Leseförderung ist not“, meinten vor gut sechs Jahren der Geschäftsführer der Stiftung Lesen in Mainz, Heinrich Kreibich, und ihr damaliger Vorstandsvorsitzender und Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover. Mit einem Kooperationsvertrag zwischen dem Niedersächsischen Kultusministerium und dem für Wissenschaft und Kultur sowie der Stiftung Lesen wurde die Akademie an der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek 2004 ins Leben gerufen.

Das Kultusministerium brachte drei Pädagogen-Stellen ein, die an die Bibliothek abgeordnet wurden. Die Bibliothek ist dem Wissenschaftsministerium zugeordnet, das Mittel zur Verfügung stellte. Sie selbst hat jahrzehntelange Erfahrung in der bibliothekarischen Aus- und Fortbildung. Die Stiftung Lesen brachte ihr Know-how, ihre internationale Akzeptanz, ihre wissenschaftlichen und pädagogischen Konzepte, ihre Publikationen und Kontakte ein.

Im Kooperationsvertrag heißt es u. a.: „Ziel des Projektes ist es, Instrumente für eine regionalisierte Förderung der Lesekultur insbesondere in Niedersachsen zu erproben und auszubauen.“ Als übergeordnete Aufgaben werden genannt:

1. Information, Schulung und Fortbildung von Multiplikatoren,
2. Netzwerk Leseförderung/Lesekultur,
3. Aufbau eines Portals Netzwerk Leseförderung in Niedersachsen.

Über diese und weitere Aufgaben der Akademie kann man sich jetzt auch in einer reich illustrierten umfangreichen Broschüre informieren: „Leseland Niedersachsen. Lesenetzwerke und lokale Leseförder-Initiativen 2009“, erschienen in der „Schriftenreihe der Stiftung Lesen“. Es geht nicht nur um Informationen über insgesamt 22 niedersächsische Lesenetzwerke. Die Schrift gibt auch Anregungen für Anschlusstäter, z. B. zu den Themen: Frühförderung, Leselernbegleitung, Kampf dem Leseknick, Vertiefung und Erweiterung der Leselernkompetenz, Partner in der Leseförderung, Aktionen zu besonderen Anlässen, regelmäßige Angebote, mehrtägige Großveranstaltungen u. a. Die Broschüre kann als PDF herunter geladen oder als Druck angefordert werden unter: www.akademiefuerlesefoerderung.de.

Seit dem Frühjahr 2004 sind von der Akademie rund 550 Veranstaltungen durchgeführt worden mit insgesamt jährlich 3.000 bis 3.500 Teilnehmern. Das fünfjährige Wirken der Akademie war und ist überaus erfolgreich. Alles deutet aber darauf hin, dass die Arbeit der Akademie trotz aller Erfolge kaum überflüssig werden wird — ganz im Gegenteil!

Im Verbund mit anderen Institutionen und Einzelnen wird sie weiterhin den Zugang zum verstehenden Lesen fördern. Denn auch in Zukunft gilt, dass, wer nicht oder nur schlecht lesen kann, in vielerlei Hinsicht ausgeschlossen ist von beruflicher Karriere, aber auch von ganz persönlichen Fortschritten. Er ist in weiten Teilen ausgeschlossen von der Fülle und Schönheit des Wissens und damit ausgeschlossen von der geistigen Befriedigung, die uns Erkenntnis verschaffen kann. Er ist ausgeschlossen von unendlich vielen fantastischen Alternativwelten, deren Tore uns durch das Lesen geöffnet werden. Und er ist weithin ausgeschlossen von der Nutzung der gewaltigen Informationsströme unserer Zeit, der papiernen wie der elektronischen, ausgeschlossen damit auch von der fundierten Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Geschehen der Gegenwart.

In diesem Sinne leistet die Akademie wie viele andere Einrichtungen und engagierte Einzelne einen gar nicht zu überschätzenden Beitrag für die demokratische Bewusstseinsbildung in unserem Land. Ihr Wirken trägt dazu bei, den Artikel 5 unseres Grundgesetzes umzusetzen, in de es ihm heißt: „Jeder hat das Recht, [...] sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ Dazu aber muss man lesen können.

Der Verfasser ist Vizepräsident des Deutschen Kulturrates und Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover ■

Musikalische Bildung öffnet Grenzen

20. Musikschulkongress war faszinierendes Forum für Vielfalt, Integration und Qualität • Von Matthias Pannes und Claudia Wanner

„Please, don’t stop the music!“ – mit diesem Zitat der Sängerin Rihanna eröffnete Bundespräsident Horst Köhler den Musikschulkongress des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) im Berliner ICC. „Gemeinsames Musizieren führt die unterschiedlichsten Menschen zusammen. Menschen, die vielleicht sonst gar nicht zusammenkämen“, betonte der Bundespräsident und hob hervor: „Was trägt besser als Musik zur Integration bei?“. Köhler unterstrich dabei den gesellschaftlichen Stellenwert der musikalischen Bildung: „Ohne musikalische Bildung wäre unsere Gesellschaft nicht nur ärmer – sie wäre in vieler Hinsicht einfach schlecht dran. Wir brauchen musikalische Bildung, und wir brauchen Musikschulen nicht nur für die persönliche Entwicklung der einzelnen Schüler. Wir brauchen musikalische Bildung und Musikschulen auch, damit es unserer Gesellschaft und unserem Land gut geht. Deshalb braucht musikalische Bildung einen festen Platz in der Bildungspolitik – und darum sollten wir sie uns auch etwas kosten lassen. Das ist eine notwendige Investition in die Zukunft. Ich bin mir sicher: Sie wird sich auszahlen – auch wenn das in Geld dann nicht direkt messbar ist.“

Er könne sich vorstellen, „dass viele Kinder und Jugendliche erst einmal lernen müssen, sich zu konzentrieren, zuzuhören, bei der Sache zu bleiben. Aber dann machen sie, wenn es gut geht und der Unterricht erfolgreich ist, die unersetzliche Erfahrung, etwas gelernt zu haben und zu können, was ihnen niemand mehr nehmen kann. Und ich glaube, dass es gerade in unserer Zeit wichtig ist, unverlierbare Schätze zu haben. Musizieren oder Singen können – das sind solche unverlierbaren Schätze.“ Musik helfe aber ebenso, einen Sinn für Gemeinsamkeit zu entwickeln: „Gemeinsames Musizieren führt die unterschiedlichsten Menschen zusammen. Menschen, die vielleicht sonst gar nicht zusammenkämen. Was trägt besser als Musik zur Integration bei? Hier kommen Alt und Jung zusammen, Menschen mit und ohne Behinderung, Einheimische und Zugewanderte; hier entstehen Gemeinschaften aus einem gemeinsamen Interesse und mit einem gemeinsamen Ziel“. Natürlich mache niemand Musik, „um ein besserer Mensch oder ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden. Musik macht man, weil man Freude daran hat oder weil andere einen mit ihrer Freude daran angesteckt haben. Kunst und Musik sind zu allererst um ihrer selbst willen da. Es ist das freie und nicht von Zwecken bestimmte Spiel, das – nach Schiller – den Menschen ganz Mensch sein lässt’“, so Köhler in seinem Grußwort.

Der fulminante Kongressauftakt präsentierte direkt unterschiedlichste musikalische Begegnungen: zu Beginn die Bochumer integrative Band „Just Fun“, die seit Jahren behinderte und nicht behinderte Menschen auf hohem musikalischen Niveau zusammenführt, und die mit der intergenerativen Damen-Swing-Band „Die schicken Swingschnitten“ aus Fürth ein mitreißendes Fusionsorchester bildete; nach der Rede des Bundespräsidenten folgten dann die 100 Musiker des türkisch-deutschen Ensembles „Kadesh“ mit einer Komposition, in der brillant musikalische Elemente aus beiden Kulturen verarbeitet und vereint wurden; den Schluss der Eröffnungsveranstaltung bildete ein raffiniert-grenzüberschreitend arrangierter Stilmix über den Berliner Gassenhauer „Bolle reiste jüngst zu Pfingsten“, bei dem das Lied von der gesungenen und getanzten Musikalischen Früherziehung über einen mit gelungener Komik parodierenden gemischten Chor bis hin zu den mitreißenden Formationen der Rap-Gruppe und der Kinder-Rockband in einer Vielfalt musikalischer Welten und in einer Qualität dargeboten wurde, was von den faszinierten rund 1.500 Eröffnungsbesuchern zu Recht mit anhaltenden Standing Ovations quittiert wurde.

Musikschulangebote weiter räumlich und zeitlich erreichbar und zugänglich zu machen, forderte der Vorsitzende des Verbandes deutscher Musikschulen, Winfried Richter, in seiner Begrüßung bei der Kongresseröffnung. Ebenso nötig seien aber auch – so Richter – „qualifizierte Musikpädagogen, die den Menschen von Anfang an und ein Leben lang Hilfestellungen bieten, um das Gute an der Musik und dem Musizieren für sich und in der Gemeinschaft nutzbar zu machen. So kann Musik hervorragend zur Integration beitragen“.

Festredner Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und Geschäftsführer der RUHR 2010 GmbH, warnte im Hinblick auf die Kooperation von Musikschulen und Ganztagsschule in seinem Eröffnungsvortrag davor, „das Leitbild der Musikschule, Leistungen durch Motivation zu erzielen, durch das Leitbild von Schule zu ersetzen, das zusehend auf Leistung durch Druck gerichtet ist“. Die Musikschule solle „in den neuen Konstellationen ihr

Weiter auf Seite 30

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

into Johannesburg mit Lars Petter Hagen

Der zweite Trailer unserer „into-Reihe". In Johannesburg begleiteten wir den norwegischen Komponisten Lars Petter Hagen. Auf einer surrealen Sicherheitsmesse und in den Townships begab Hagen sich auf die Suche nach den Individuen einer ausschließlich im kollektiven Gewalt-Trauma vereinten Gesellschaft.

Musikmesse Frankfurt 2009

Schlaglichter auf aktuelle kulturpolitische und ästhetische Positionen: Hans-Joachim Otto (MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages), diskutierte auf der ConBrio-nmz-Bühne über Kulturwirtschaft und das Kulturgut Neue Musik. Weitere Messe-Talks wurden mit Monika Griefahn, Klaus Doldinger, Moritz Eggert, Dieter Gorny, Gerald Mertens, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Marcel Worms, Miroslav Srinka u.v.a. geführt.

Abenteuer Neue Musik #3 mit Orm Finnendahl

Zum dritten Mal treffen Schüler einen zeitgenössischen Komponisten und erarbeiten zusammen eines seiner Stücke. In dieser Folge von „Abenteuer Neue Musik" spricht Orm Finnendahl über sein Werk und die Erfahrungen im Unterricht.

Wege aus der Krise?

Seit einigen Jahren schon ist die Präsentation der Wirtschaftszahlen der Musikindustrie keine besonders erfreuliche Veranstaltung mehr. Nun wollen Musikpädagogen mit „PlayFair" neues Wertebewusstsein schaffen.

taktlos # 131

Aus angeblichem Sparzwang gerät die Kirchenmusiker-Ausbildung unter Druck: Hochschulen schließen, Kantoreien werden fusioniert, Stellen gestrichen, die professionellen Anforderungen teils drastisch gesenkt. Die Folge: ein Kultur-Kahlschlag?

media

kostenlos unter:
www.nmz.de

Fortsetzung von Seite 29

eigenes Leitbild bewahren und ihre eigenen Stärken beibehalten und entfalten. Und das allgemein bildende Schulwesen muss seinen allgemeinen Musikunterricht auch weiterhin leisten". Schulische und außerschulische Einrichtungen der kulturellen Bildung sollten besser miteinander verzahnt werden und ortsspezifische Konzeptionen und Kooperationen entwickelt werden. „Die Musikschule leistet einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung, spricht sozial Schwache an und ist eine öffentliche Angelegenheit", so Scheytt. Im Wechselspiel von Markt, Staat und Zivilgesellschaft komme „gerade in diesen finanzkritischen Zeiten der öffentlichen Hand eine zentrale Rolle zu. Da die Musikschulen einen öffentlichen Bildungsauftrag erfüllen, der nicht allein dem Markt und der Zivilgesellschaft überlassen bleiben könne, sei die Politik auf Ebene von Ländern und Kommunen gefordert, die Kontinuität und Qualität des Musikschulangebots zu sichern. Dabei hielt er fest: „Musikschulen brauchen fest angestellte Lehrkräfte, nur mit Honorarkräften können Musikschulen keine verlässlichen Kooperationspartner für Ganztagsschulen sein" und forderte, Musikschulen durch gesetzliche Regelungen aus der Freiwilligkeit herauszuführen. „Der wahre Wert der Kultur liegt in ihrer Unbezahlbarkeit. Daher dürfen wir Musikschulen nicht Marktgesetzen ökonomischer Zweckrationalität überlassen. Musikschulen sind ein Schmuckstück, ein wundervolles Element jeder kommunalen Bildungslandschaft". „Ohne Musikschulen bliebe die Bildungslandschaft reichlich öde", schloss Scheytt und endete mit dem Aufruf: „Lasst Musikschulen blühen!"

Über 2.200 Teilnehmer, Gäste und Musiker waren beim 20. Musikschulkongress des VdM, der vom 15. bis 17. Mai im Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC) veranstaltet wurde, und der wegen der großen Nachfrage an Kapazitätsgrenzen stieß. In rund 50 Arbeitsgruppen und weiteren Foren konnten die Besucher aktuelle, innovative Modelle und Konzepte für die Musikschularbeit ab dem frühen Lebensalter, für Klassenmusizieren in Kooperation mit allgemein bildenden Schulen, für vielfältigste Formen von Instrumental- und Vokalunterricht, für das gemeinsame Musizieren im Ensemble erfahren. Damit bot dieser bundesweit größte Kultur-Kongress einen riesigen Querschnitt aktueller Musikschularbeit: von Musikunterricht für Menschen mit Migrationshintergrund über Angebote für den „Dritten Lebensabschnitt" bis hin zu Arbeitsgruppen wie „Arabische Musik an der Musikschule", „Gamelan – Spielen auf javanischen Musikinstrumenten", „Integration oder Bauchlandung – Integrative Anteile im Gruppenunterricht" und „Zukunft schenken – Einblicke in die musiktherapeutische Praxis an Musikschulen", die das Kongressmotto ebenfalls reichlich mit Inhalten füllten. Die beiden überzeugenden Plenumsvorträge von Eckart Altenmüller (HfMT Hannover) zu Erkenntnissen aus der neurobiologischen Forschung und von Gerhard de Haan (FU Berlin) über die Entwicklung der „Bildungslandschaften – aus der Zukunft in die Gegenwart geschaut", fanden vor jeweils fast 1.000 Zuhörern ein aufmerksames Publikum, für das die Referenten noch lange nach ihren Vorträgen für interessierte und kompetente Nachfragen zur Verfügung standen.

Einen musikalischen Leckerbissen konnten die Konzertbesucher am Abend des 15. Mai im Haus des Rundfunks des Medienpartners rbb von der Deutschen Streicherphilharmonie (Leitung: Michael Sanderling) erfahren, die im ersten Teil ergreifend-dramatisch die schmerzvolle Kammersinfonie von Schostakowitsch zu Gehör brachten. Gemeinsam mit dem Tanzensemble der Musik- und Kunstschule Velbert führten die jungen Musikerinnen und Musiker „Die Jahreszeiten" von Peter Tschaikowsky auf, bei der die intelligente, professionelle Choreografie des von Barschai für Orchester arrangierten Klavierzyklus das fachkundige Publikum in seinen Bann zog. Zum Abschluss des Kongresses führten am 17. Mai im ICC Schülerinnen und Schüler der Joseph-Schmidt-Musikschule Berlin Treptow-Köpenick und der „Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi" mit artistischem Können und großem Erfolg das Musical „Traumgespinste" auf. Gefördert wurde der Kongress vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin.

Matthias Pannes ist Bundesgeschäftsführer des Verbands deutscher Musikschulen und Claudia Wanner ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Verband deutscher Musikschulen ■

Weitere Informationen unter www.musikschulen.de.

Bundespräsident Horst Köhler beim Kongress des Verbandes deutscher Musikschulen 2009 © Claudia Wanner

Komplex, pluralistisch, realistisch

Abrahamischer Trialog als Brücke zur Integration • Von Eva Maria Hinterhuber und Julia Thomas

Nationale und internationale Konfliktlagen haben zu einer erhöhten medialen und politischen, aber auch wissenschaftlichen Aufmerksamkeit für den interreligiösen Dialog in Deutschland geführt. Vor dem Hintergrund einer zunehmend verbreiteten Verknüpfung des Themas Religion mit Fragen der Integration und inneren Sicherheit erhofft man sich vom interreligiösen Austausch, statt des Konflikt- das Verständigungspotenzial der Religionen zu stärken. Das Interesse gilt in Deutschland angesichts der bestehenden Konfliktfelder Antisemitismus und Xenophobie, Islamismus, aber auch der weit verbreiteten Angst vor „dem" Islam auch dem Dialog zwischen den drei dominierenden Religionen Judentum, Christentum und Islam. Insbesondere auf die zivilgesellschaftlichen Initiativen und ihren potenziellen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt werden große Hoffnungen gesetzt.

Das Projekt „Abrahamischer Trialog und Zivilgesellschaft" des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin ging der Frage nach dem sozialintegrativen Potenzial des interreligiösen Dialogs empirisch nach. Die Ergebnisse der von der Herbert Quandt- und der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung unterstützten Studie wurden jüngst bei Lucius & Lucius veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen zivilgesellschaftliche Vereine, Stiftungen, Foren und rechtlich nicht formalisierte Zusammenschlüsse, die sich dem trilateralen Dialog zwischen Judentum, Christentum und Islam widmen.

Das zivilgesellschaftliche abrahamische Engagement in Deutschland reicht bis in die 1970er Jahre zurück. Vereinigungen, die sich ihrer Ausrichtung gemäß auf eine einzige Religion konzentrieren (etwa die konfessionellen Akademien), fördern den Trialog ebenso wie Assoziationen, in deren Arbeit der bilaterale Dialog im Mittelpunkt steht (bspw. jüdisch-christliche oder christlich-muslimische Gesellschaften), und Organisationen, die sich potenziell an alle Religionen richten. Seit der Jahrtausendwende ist eine neue Entwicklung zu beobachten: Es werden vermehrt zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet, die von Beginn an einen trilateralen Zugang wählen.

Beispielhaft genannt seien hierfür das Bendorfer Forum für ökumenische Begegnung und interreligiösen Dialog, das Abrahamische Forum des Interkulturellen Rats in Deutschland, die Gesellschaft Freunde Abrahams, die Sarah und Hagar Initiative Hessen oder das Haus Abraham in Denkendorf. Für eine weite Verbreitung des trilateralen Dialogs hat nicht zuletzt das gemeinsame Projekt der drei großen Religionsgemeinschaften für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland unter dem Namen „Weißt Du, wer ich bin?" gesorgt. (Kurzportraits dieser und zahlreicher weiterer Initiativen werden im Anhang der oben genannten Publikation von Marie von Manteuffel vorgestellt.)

Das Ziel, miteinander in den Dialog zu treten, verfolgen die „Bottom-up"-Initiativen mit einer beeindruckenden Vielfalt an Aktionsformen. Das Spektrum reicht von gegenseitigen Besuchen über das gemeinsame Auslegen der Heiligen Schriften sowie Gebeten und Andachten bis hin zu gemeinsamen Festen. Es umfasst Tätigkeiten im Bereich Schule und Erziehung sowie in Forschung und Lehre. Publikationen zum Thema werden herausgegeben, Seminare und Tagungen, Gesprächskreise und Foren, Vorträge und Podiumsdiskussionen veranstaltet, sogar Reisen werden organisiert. Gemeinsam werden Lösungsstrategien für praktische Probleme entwickelt. Auch im Bereich Kunst werden die Initiativen aktiv: Hierzu zählen Ausstellungen, Konzerte, Theater und Kabarett, Tanz. Sogar das Medium Film wird genutzt. Radiosendungen zum Thema Trialog werden produziert, Hörbücher mit Texten aus den Heiligen Schriften zusammengestellt, die für alle drei monotheistischen Religionen Bedeutung haben. Sport, vor allem Fußball, dient ebenso als Mittel, um miteinander in Dialog zu treten. Quizveranstaltungen sollen das Wissen über die jeweils anderen abrahamischen Religionen mehren und das verbreitete Unwissen in Bezug auf die eigene Religion verkleinern. Schließlich umfasst die Bandbreite der Aktivitäten auch die finanzielle Förderung abrahamischen Engagements und die Gründung bzw. das Betreiben von Abrahamshäusern.

Mit der Bezugnahme auf das Abrahamische – und damit auf das die drei Weltreligionen Verbindende – wählen die Trialog-Initiativen einen möglichen und berechtigten Zugang, um von einem Neben- oder gar Gegeneinander zu einem Miteinander im interreligiösen Dialog zu gelangen. Dass sich hierin auch ein exklusives Potenzial verbirgt, wird von zahlreichen Akteuren thematisiert. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit, in den Dialog weitere Gruppen mit einzubeziehen, wird nicht nur angemahnt, sondern auch umgesetzt: Insgesamt weisen die Akteure im trilateralen Dialog in ihrer Zusammensetzung sowie hinsichtlich ihrer Zielgruppen eine große Vielfalt auf. Sie sind basisnah, partizipativ und inklusiv. Nicht nur innerhalb des abrahamischen Kontexts, auch gegenüber anderen Religionsgemeinschaften sind sie offen und beziehen überdies Personen ohne religiöse Anbindung mit ein. Geschlechts- und Schichtzugehörigkeit stehen einer Partizipation am Trialog nicht entgegen. Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der Einbindung der nachfolgenden Generation sowie in Bezug auf eine Erhöhung der Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen. Dass er von der Basis getragen wird, und dass sowohl unterschiedliche religiöse als auch nicht religiöse Gruppen beteiligt sind, ist die beste Voraussetzung dafür, dass der trilaterale interreligiöse Dialog zu einer gesellschaftlichen Integration beitragen kann.

In ihren Tätigkeiten sind die Initiativen vor allem auf der Ebene eines Dialogs des Handelns und des Lebens angesiedelt. Der theologische Austausch spielt eine etwas geringere Rolle, der Dialog der (gemeinsamen) religiösen Erfahrung hingegen scheint nachrangig zu sein. Diese Gewichtung spiegelt sich auch in den Aktionsformen wider. Unter den verhandelten Inhalten sind ebenso gesellschaftspolitische Themen in der Mehrzahl.

Da die von den Trialog-Akteuren formulierten Ziele also vorwiegend gesellschaftspolitische Anliegen betreffen, haben Zielvorstellungen wie eine spirituelle Begegnung und Identitätsarbeit keine Priorität. Die persönliche Motivation hingegen, sich in den trilateralen Dialog einzubringen, wird auch theologisch, religiös oder spirituell begründet.
Insgesamt zeigt sich in den Zielvorstellungen das Bestreben, die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse mitzugestalten. Die Trialog-Akteure versuchen, mittels Medien- und PR-Arbeit auf die Öffentlichkeit einzuwirken, sie sind in der Zivilgesellschaft gut vernetzt und unterhalten vielfältige Beziehungen zu den staatlichen Institutionen der Politik und Verwaltung.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Trialog-Initiativen zu denjenigen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen gezählt werden können, die Brücken bildendes Sozialkapital („bridging") hervorbringen. In einer Situation, in der Verschiebungen in der religiösen Landschaft stattfinden, bemüht sich die Basis um ein Miteinander, während auf höchster Ebene neben positiven Signalen nicht zuletzt Macht- und Verteilungskämpfe ausgetragen werden. Darüber hinaus scheinen die zivilgesellschaftlichen Akteure im trilateralen Dialog in Deutschland in der Lage zu sein, den Fallstricken auszuweichen, die der gegenwärtige diskursive Kontext bereitstellt. Denn im gegenwärtigen medialen und politischen Diskurs wird das Thema Integration bzw. Desintegration zunehmend unter den Vorzeichen „Kultur" und Religion" verhandelt. Es kommt zu einer Vermischung von Integrations- und Religionsfragen, soziale und politische Probleme werden auf kulturelle bzw. religiöse Faktoren reduziert. Statt solche konfliktträchtigen Reduktionismen zu forcieren, bewegen sich die Trialog-Initiativen in einer komplexen, pluralistischen gesellschaftlichen Realität. Zwar wählen sie einen religiösen Zugang und agieren auch auf der Dialog-Ebene des theologischen Austausches, sie erweitern ihr Gesichtsfeld aber durchgängig um gesellschaftspolitische und andere Themenstellungen.

In Hinblick auf Integration ist einer gesellschaftspolitischen Konnotation des interreligiösen Dialogs gegenüber einem Glaubensdialog im engeren Sinne der Vorzug zu geben. Sie bietet die Möglichkeit, gemeinsam Wissen und Fähigkeiten anzueignen, Netzwerke zu bilden, zusammen Handlungsfähigkeit zu erlangen.

Gleichzeitig ermöglicht die Beschäftigung mit einem Thema, das jenseits der Religion alle betrifft, das Wesen eines Dialogs zu erfahren: Zu einem Konsens zu gelangen, ist nur ein möglicher Ausgang eines Dialogs. Wichtiger ist die Erfahrung, dass man, unter Beibehaltung der eigenen Geltungsansprüche, auch Dissens auf vernünftige Weise stehen lassen und dennoch im Gespräch bleiben kann. Auf diese Weise eröffnet sich die Möglichkeit, Unterschiede anzunehmen als auch Gemeinsamkeiten zu entdecken, nicht zuletzt in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte.

Geht es um den interreligiösen Dialog als „Integrationswerkzeug" (Jamal Malik), scheint ein nah am Alltag verorteter Zugang, wie er in der Beschäftigung interreligiöser Initiativen mit Politik, Kunst, Kultur und Sport zum Ausdruck kommt, am ehesten Erfolg zu versprechen.

Eva Maria Hinterhuber ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Julia Thomas Wissenschaftliche Hilfskraft am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. ■

Die Hagia Sophia in Istanbul war zunächst eine byzantinische Kirche und später eine Moschee. Heute ist sie ein Museum.
Foto: Kristin Bäßler

Dialog zwischen den Religionen

Die Gülen-Bewegung und der moderne Islam • Von Kristin Bäßler

Dass dem politisch viel betonten interreligiösen Dialog in Deutschland schnell einmal die Puste ausgeht, zeigte die kürzlich ausgesprochene Aberkennung des Hessischen Kulturpreises an den muslimischen Schriftsteller Navid Kermani. Weil er sich im März in der Neuen Zürcher Zeitung im Zusammenhang mit der Kreuzigungsszene von Guido Reni kritisch mit dem christlichen Symbol des Kreuzes auseinandersetzte und dieses aus seiner religiösen Überzeugung heraus interpretierte, drohten Kardinal Lehmann und der ehemalige Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Naussau, Peter Steinacker, damit, den Kulturpreis ihrerseits nicht anzunehmen. Die Konsequenz: bevor es zu einem interreligiösen Eklat gekommen wäre, zog Hessen den Preis an Kermani zurück; in dem Moment also, in dem der interreligiöse Dialog, der immer auch kritische Auseinandersetzungen aushalten muss, stattgefunden hätte, haben sich zwei dem Dialog entzogen – zumindest vorerst.

Deutschland, ein Land des interreligiösen Dialogs? Auf politischer Ebene scheint dieser noch nicht weit gediehen zu sein, auf zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Ebene schon. Wie Eva Maria Hinterhuber und Julia Thomas in dieser Ausgabe von *politik und kultur* zeigen, gründen sich vermehrt zivilgesellschaftliche Organisationen, die den trilateralen Dialog zwischen Christentum, Judentum und Islam suchen. Im Mai dieses Jahres hat auch das Institut für Religionswissenschaft der Universität Potsdam und der Verein Forum für Interkulturellen Dialog Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Orient Institut, dem Abraham Geiger Kolleg und der Evangelischen Akademie zu Berlin eine internationale Konferenz durchgeführt, in der christliche, jüdische und muslimische Wissenschaftler über „Muslime zwischen Tradition und Moderne" diskutierten und fragten, inwieweit die Gülen-Bewegung als Brücke zwischen den Kulturen fungieren kann. Das Ziel der Veranstalter war es, die Gülen-Bewegung einer wissenschaftlichen Betrachtung zu unterziehen und das im Audimax der Universität Potsdam, unweit des Ortes, wo Friedrich Wilhelm I. 1732 am Langen Stall den ersten Gebetssaal für seine türkischen Gardesoldaten errichten lies.

Was wissen die Menschen in Europa über einen modernen gelebten Islam, der in der medialen Berichterstattung eher durch fundamentalistische Angriffe als durch interreligiöse Dialoge wahrgenommen wird? Und wer ist die Gülen-Bewegung, die in Deutschland nahezu unbekannt ist?

Die Gülen-Bewegung

Die Gülen-Bewegung ist ein loser Zusammenschluss von Muslimen, die in der ganzen Welt beheimatet sind. Ihre Ideen über ein Miteinander in der modernen Welt gründen sich auf den Ideen des türkischen Imam Fethullah Gülen, geboren Anfang der 1940er Jahre in der anatolischen Provinz Erzurum, für den religiöse Tradition und Naturwissenschaften nicht im Widerspruch stehen, sondern vielmehr eine Symbiose für einen funktionierenden Islam in der Moderne darstellen. Zentrale Themen der Gülen-Bewegung sind Toleranz, Gewaltfreiheit, Demokratie,

Weiter auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Dialog zwischen den Religionen

gesellschaftliche Verantwortung und vor allem Bildung. Die Gülen-Bewegung unterhält weltweit zahlreiche Schulen und Institutionen in denen vor allem türkische Muslime unterrichtet und ausgebildet werden. Bildung soll zum einen religiöse Identität herstellen, auf der anderen Seite aber auch die Integration in die säkulare Umwelt befördern. Das zweite große Thema, dem sich Gülen und seine Anhänger verschieben haben, ist der interreligiöse Dialog in der Weltgemeinschaft. So sucht Gülen immer wieder den Dialog mit den anderen großen Weltreligionen: mit dem Papst, dem griechischen und armenischen Patriarchen der Orthodoxen Kirchen oder dem Oberrabbiner der Türkei.

Deutschland und der interreligiöse Dialog

Bei der Konferenz „Muslime zwischen Tradition und Moderne“ in Potsdam führte die Auseinandersetzung mit der Gülen-Bewegung auch zu der Frage, wie Deutschland auf eine solche islamisch geprägte Bewegung reagiert. Dass sich Deutschland nicht immer leicht tut mit einem innerdeutschen interreligiösen Dialog, zeigt nicht nur das Beispiel Kermani. Gründe dafür sieht beispielsweise der Ethnologe Wolfgang Kaschuba vom Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität in der deutschen bzw. europäischen Geschichte, die insbesondere seit dem 19. Jahrhundert – vor allem auch durch die Etablierung des Nationalstaates – eher auf Differenz, Abgrenzung und Schuldzuweisungen basierte, als auf Dialog. Diese könne vom Kaiserreich, der Zeit des Nationalsozialismus in seiner schrecklichsten Form, der Ausgrenzung der Flüchtlingen in den 1940er Jahren bis hin zu den Anwerbeabkommen der Gastarbeiter der 1950er und 1960er Jahre sowie der Asylpolitik in den 1980er Jahren beobachtet werden. Insbesondere nach dem 11. September 2001, so Kaschuba, wurden Stereotypen und Klischees in Hinblick auf Muslime aufbereitet und geschürt. So forderte der Wissenschaftler Reinhard Kirste in seinem Vortrag „Kulturbrücken als Dialogchancen“, dass beispielsweise 700 Jahre Islam auf der iberischen Halbinsel nicht ignoriert werden dürften und man sich heutzutage der abrahamitischen Tradition von Christentum-Judentum-Islam stärker bewusst werden sollte, vor allem im Dialog zwischen den Religionen.

Australien und die Gülen-Bewegung

Während in Deutschland die Gülen-Bewegung in Deutschland noch weitestgehend unbekannt ist bzw. eher mit Zurückhaltung wahrgenommen wird, ist sie beispielsweise in Australien eine anerkannte muslimische Bewegung, wie die Hildesheimer Professorin Claudia Derichs in ihrem Vortrag „Die Gülen-Bewegung down under: Eindrücke und Befunde aus Australien“ erläuterte. Im Vergleich zu Australien, so Derichs, sei die Gülen-Bewegung in vielen Teilen Deutschlands noch gar nicht präsent. Die stärkere Wahrnehmung in Australien hänge ihrer Meinung nach auch mit der dortigen Einwanderungspolitik zusammen. Obwohl die Migrationsgeschichte der Türken in Deutschland und Australien sehr ähnlich verlief und beide Länder mit der Türkei in den 1960er Jahren Anwerbeabkommen vereinbarten, wurden die damaligen türkischen Immigranten in Australien von Anfang an nicht als Gastarbeiter, sondern als „Citizens“ – Bürger bezeichnet. Das Anliegen der australischen Regierung war es, den türkischen Einwanderern nicht einen temporären Gastarbeiterstatus, sondern eine Heimat zu geben.

Zum 40-jährigen Bestehen der türkischen Einwanderungsgeschichte in Australien hieß der Slogan „We came as workers – We stayed as citizens“. In Australien wurden die türkischen Einwanderer sehr schnell integriert, sie bekamen das Wahlrecht und konnten so am politischen wie kulturellen Leben partizipieren. Seit 1973 bekennt sich Australien zu seiner multikulturellen Gesellschaft, die Multikulturalität als Mehrwert empfindet und dementsprechend auch politische Maßnahmen durchsetzt. So erhalten beispielsweise Religionsschulen staatliche Unterstützung. Viele dieser und anderer Schulen sind von der Gülen-Bewegung gegründet.

Für Derichs zeigt sich an dem australischen Beispiel, dass es ein Vorurteil sei, dass türkische Eltern wenig Interesse an der Bildung ihrer Kinder haben. Im Gegenteil: Bildung hat dort insbesondere für viele türkische Einwanderer einen sehr hohen Stellenwert, auch Dank der Initiativen der Gülen-Schulen.

Trotz des Engagements der Gülen-Bewegung insbesondere im Bildungsbereich, gibt es in Europa, aber auch in der Türkei, skeptische Stimmen gegenüber der Bewegung. Die einen kritisieren Gülens modernes und weltliches Denken. Andere wiederum befürchten, dass Gülen eine geheime Agenda hätte, um einen weltweiten islamischen Imperialismus vorzubereiten. So unterschiedlich die Kritik, so ungreifbar ist letztlich auch die Gülen-Bewegung, da sie keine Institution oder festumgreifende politische Bewegung im herkömmlichen Sinne darstellt.

Diesbezüglich konnte auch die Konferenz kein Licht ins Dunkel bringen. Sicherlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Gülen-Bewegung nicht nur einer wissenschaftlichen, sondern auch einer stärkeren kritischen und politischen Betrachtung unterzogen worden wäre. Eine stärkere Objektivität hätte man sich auch deswegen gewünscht, da die Ideen der Gülen-Bewegung der zentrale Angelpunkt der Konferenz waren, von dem aus Themen wie die Integration von Muslimen in Deutschland, das Zusammenkommen der Kulturen durch gemeinsame Werte oder das Religionsverständnis in der Begegnung zwischen unterschiedlichen Religionen herausgearbeitet wurden.

Dennoch hat die Potsdamer Konferenz einen Beitrag zum interreligiösen Dialog geleistet: die Vermittlung einer Form des Islam, die nicht in den Hinterstuben von Moscheevereinen gelehrt wird, sondern sich einer breiteren Öffentlichkeit und anderen Religionen stellte. Solcher öffentlichen Veranstaltungen bedarf es mehr, um zum einen die Vorurteile eines fundamentalen Islam aufzubrechen, zum anderen auch, um ein breites Wissen über den Islam zu vermitteln, der für einen interreligiösen Dialog unabdingbar ist.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

„Praktisches Kochbuch“ und „Beruf der Jungfrau“

Über Henriette Davidis – eine der erfolgreichsten deutschen Autorinnen • Von Georg Ruppelt

Über Jahrhunderte hinweg war die Produktion von Kochbüchern in der Regel ein ertragreiches Geschäft. Da der Inhalt von Kochbüchern aber weniger der Geistes-, sondern eher der Leibesstärkung diente, blieb die Beschäftigung mit ihnen auf Köchinnen und Köche, Hausfrauen und Hausväter, Ärzte und Heilkundige beschränkt. Ein Kochbuch zu verlegen, galt im 19. Jahrhundert nicht eben als anrüchig, aber es war halt ein Geschäft, mit dem keine wissenschaftlichen oder literarischen Lorbeeren zu ernten waren. Einen ungeheuren Aufschwung nahm die Kochbuchproduktion dennoch, und zwar durch ein zunächst recht bescheiden daher kommendes, aber bald den Markt revolutionierendes und dann auch beherrschendes Bändchen.

Ein wesentliches Hilfsmittel zum guten und auch zum sparsameren Kochen ist ein zuverlässiges Kochbuch.“ Dieser Satz aus der Einleitung von Henriette Davidis’ „Praktischem Kochbuch für die gewöhnliche und feinere Küche“ erhebt, so unscheinbar er auch klingen mag, doch einen hohen Anspruch. Zwar ist vom Kochbuch allgemein die Rede, doch wird impliziert, dass eben genau das vorliegende Kochbuch ein zuverlässiges sei.

Und das war es in der Tat. Woher diese Zuverlässigkeit kam, sagt uns der Untertitel, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Rezepte ausprobiert worden seien, die man in dem Buch abgedruckt habe. In den ersten Auflagen seit 1844 hieß das Kochbuch „Zuverlässige und selbstgeprüfte Recepte der gewöhnlichen und feineren Küche“.

Dass Rezepte, bevor sie in der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, auch immer auf ihre tatsächliche Koch- und Genießbarkeit geprüft wurden, war durchaus keine Selbstverständlichkeit. Gerade ältere Kochbücher bestehen häufig aus Kompilationen verschiedener Quellen, vornehmlich anderer Kochbücher. Wer heute ein Rezept aus dem 17. oder 18. Jahrhundert sich nachzukochen wagt, wird nicht selten von dem Ergebnis unangenehm überrascht sein. Ein weiteres Hindernis, das dem Nachkochen alter Rezepte im Wege steht, ist die oft ungenaue oder fehlende Beschreibung von Mengen, Zutaten oder Zubereitungsanweisungen.

Erst das 19. Jahrhundert wurde konkreter. Allerdings dürfte das exakte Nachkochen von Speisen aus manchem Kochbuch auch dieser uns relativ nahen Zeit erhebliche Schwierigkeiten bereiten. In Betty Gleims „Bremischem Kochbuch“ von 1840 sind beispielsweise im Anhang neun Seiten einer Übersicht der wichtigsten deutschen Maße und Gewichte vorbehalten. Sie werden dort mit dem als Grundmaß vorgegebenen Bremer Maß verglichen. Wenn etwa eine Hamburgerin nach den für ihre Region gültigen Maßen und Gewichten diese Rezepte nachkochen wollte, so musste sie zunächst folgende Anweisung zur Kenntnis nehmen:

- „1 Quartier hält 45 Cubikzoll, und ist also 1 1/8 Bremer Quart.
- Es hat 2 Oeßel, jedes zu 2 ¼ Bremer Mengeln.
- 1 Scheffel hält 5312 Cubikzoll und ist 1 ½ Bremer Scheffeln gleich.
- Er hat 2 Faß, 4 Himmten oder 16 Spint.
- 1 Faß zu 2656 Cubikzoll ist gleich 2/5 eines Bremer Scheffels.
- 1 Himmt zu 1327 Cubikzoll ist gleich 1 ½ Bremer Vierteln.
- 1 Spint zu 332 Cubikzoll ist 1 ½ Bremer Spint gleich.
- 1 Pfund wiegt 10,080 holländische As, und ist
- 1 Loth schwerer als das Bremer Pfund.“ usw.

Das Kochbuch der Henriette Davidis beschreibt deutlich und ausführlich Vor- und Zubereitung von Gerichten in klarer, schnörkelloser Prosa, und es enthält Gerichte, die bereits mindestens einmal ausprobiert wurden, nämlich von der Verfasserin des Buches.

Bis zu ihrem Tode 1876 wurde das Buch 21 Mal aufgelegt, lebte aber unter ihrem Namen und unter Nennung zusätzlicher Bearbeiterinnen fort bis ins 21. Jahrhundert. Natürlich handelte es sich bei den Neuauflagen des Davidis’schen Kochbuches vom 19. bis zum 21. Jahrhundert inhaltlich um neue Bücher. Kochbücher gehören ja im Wortsinne zur Gebrauchsliteratur, davon zeugen die Fettflecke und Spaghetti-Lesezeichen in Büchern, die sich bereits eine Weile reger Benutzung erfreuen; sie sind verbraucht, Neuanschaffungen werden notwendig. Außerdem veralten Kochbücher und müssen immer wieder an die Zeitverhältnisse angepasst werden, wenn sie das Attribut „praktisch“ behalten wollen, etwa weil sich die Ernährungsgewohnheiten ändern, Krieg und Nachkriegszeit den Speiseplan bestimmen oder die Technik ganz neue Hilfsmittel für die Zubereitung von Speisen zur Verfügung stellt.

Die Erzieherin

Wer war nun diese Henriette Davidis, nach deren Anweisungen Generationen von Köchinnen und Hausfrauen die Kochkunst erlernten und ausübten? Die Praxisnähe des Buches und seine klare, gepflegte Sprache lassen auf jemanden schließen, der sich sowohl in der Küche bestens auskannte, wie auf jemanden, der eine gewisse sprachliche Bildung erfahren und/oder Freude an schriftstellerischer Produktion gefunden hatte.

Henriette Davidis wurde am 1. März 1801 im westfälischen Wengern an der Ruhr geboren. Sie war das zehnte von dreizehn Kindern des dortigen lutherischen Pfarrers. Nach ihrer Konfirmation besuchte sie die private höhere Töchterschule in Schwelm, ließ sich dann in Elberfeld zur Erzieherin ausbilden und übte diesen Beruf darauf im Familienkreis und in begüterten Haushalten in Bremen und in der Schweiz aus. Einen eigenen Hausstand hat sie nie gegründet. Sie war zweimal verlobt; beide Male verlor sie den Verlobten durch Tod.

1841 übernahm sie die Leitung einer Mädchenarbeitsschule in Sprockhövel. In diesem Lehrinstitut wurden heranwachsende Mädchen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereitet. Die sieben Jahre, während der sie als Leiterin der Schule tätig war, sind recht eigentlich die Grundlage gewesen, auf der sie ihre spätere Existenz als freie Schriftstellerin aufbaute.

Aus dem Bedürfnis, ihren Schülerinnen einen Küchenleitfaden an die Hand zu geben, war ein umfangreiches Manuskript aus selbst erprobten Kochrezepten und praktischen Hinweisen für Haushalt und Küche entstanden. Als sie es publizieren wollte, musste sie die Erfahrung vieler Schriftsteller teilen, die ihr Erstlingswerk einem Verleger übergeben: es wurde abgelehnt. Schließlich griff der Bielefelder Verlag Velhagen & Klasing zu, der sich damit einen lukrativen Bestseller sicherte.

Die erfolgreiche Schriftstellerin

Mit dem dann alle Erwartungen übertreffenden Erfolg des „Praktischen Kochbuchs“ war Henriette Davidis der Durchbruch als Sachbuchautorin gelungen, was einschneidende Veränderungen in ihrem Leben zur Folge hatte, denn bald konnte sie von den Honorareinkünften ihrer Bücher leben. Sie nahm Abschied von der Leitung der Mädchenarbeitsschule in Sprockhövel, um für den Rest ihres Lebens als freie Schriftstellerin tätig zu sein. Ihr Ruhm und ihr Wohlstand gründeten sich in erster Linie auf ihren Kochbuch-Bestseller, der bald eine marktbeherrschende Position einnehmen sollte und auch in Übersetzungen im Ausland eine Auflage nach der anderen erlebte. Der Name Davidis war zu einem Markenartikel geworden, der erstklassige Qualität anzeigte.

Das mag sich auch auf den Erfolg ihrer anderen Sachbücher ausgewirkt haben, die ebenfalls zahlreiche Auflagen erlebten, wenn auch keines an die phänomenalen Verkaufserfolge des „Praktischen Kochbuches“ heranreichte. Ihre pädagogischen Erfahrungen kamen dem Erziehungsbuch „Die Jungfrau. Worte des Raths zur Vorbereitung auf ihren Beruf. Eine Mitgabe für Töchter bei ihrem Eintritt in’s Leben“ zugute. Die zweite Auflage erschien 1864 unter dem Titel „Der Beruf der Jungfrau. Eine Mitgabe für Töchter bei ihrem Eintritt in’s Leben“. Hier einige Textstellen aus einer späteren Auflage:

„Herren geflissentlich in Gespräche zu ziehen oder Unterhaltungen mit ihnen anzuknüpfen, die eine Art von Gelehrsamkeit zu Tage fördern sollen, ist nicht Sache einer Dame von guter Sitte und weiblichem Takt; sie überläßt dies den Männern.“

„Das Haus zum angenehmsten Aufenthalt der Familie zu machen und darin durch fromme Liebe, durch Anmuth und weibliche Würde eine magnetische Kraft auszuüben, das ist eine Kunst, welche die Männer an den Frauen viel höher schätzen als alle Gelehrsamkeit.“

„Ein Durchsetzenwollen seines Willens ist nicht fein und für das häusliche Leben von gar unangenehmen Folgen. Darum sollten junge Töchter sich stets zu beherrschen suchen, sich auch nicht verstimmen lassen, wenn es nicht nach ihren Wünschen geht.“

„Das Leben der glücklichen Gattin und Hausfrau ist eine stete Selbstverleugnung; wie aber, wenn solche nicht früh gelernt, nicht früh Fügsamkeit geübt würde?“

Die Selbständige

In den 50er Jahren wandte sich Henriette Davidis zunehmend der Erziehung von Kindern, speziell von Mädchen, zu mit ihrer „Puppenköchin Anna“ und der „Puppenmutter Anna“. Für einige Familienzeitschriften schrieb Henriette Davidis als freie Mitarbeiterin. Recht lukrativ dürfte für sie später die Publikation der Werbeschrift „Kraftküche von Liebig’s Fleischextract für höhere und mittlere Verhältnisse erprobt und verfaßt“ gewesen sein. Die Autorin wusste ihren „Marktwert“ sehr wohl einschätzen. Sie verhandelte selbstbewusst mit ihren Verlegern über Preisgestaltung, Auflagenhöhen und Ausstattung ihrer Bücher.

Eine ihrer Publikationen fällt völlig aus dem Rahmen ihre Sachbücher heraus. 1848 erschien ein Band

Weiter auf Seite 33

Fortsetzung von Seite 32

mit Gedichten, die tiefe Gläubigkeit erkennen lassen, aber auch zu Liebesleid und Abschiedsschmerz. Außer ihren beiden Verlobten hatte sie auch ihren geliebten Bruder durch den Tod verloren.

Im dem Gedichtband wird die politische Gegenwart des Jahres 1848 expressis verbis ausgespart. Hier einige Zeilen aus dem „Trinklied“:

„Ein Trinklied versuch' ich zu singen –
Es gilt weder Mosel noch Rhein;
Es gilt weder Freiheit noch Presse,
Es gilt weder Zecher noch Wein.“

Die unruhige Zeit findet keinen Eingang in ihre Bücher. Die Welt ist für Henriette Davidis, wie sie ist, und es gibt an den Dingen nichts zu rütteln. Und doch: Sie, die in praktisch-erzieherischer Tätigkeit und schriftstellerischer Produktion dem Dasein der Frau in der Gesellschaft eine eindeutige Funktion zuweist, nämlich die der Hausfrau und Mutter, sie selbst ist so etwas wie eine emanzipierte Frau, jedenfalls in beruflicher Hinsicht und wenn auch wohl dem Zwang der Umstände gehorchend. Schon früh musste sie selbsttätig für ihren Unterhalt sorgen, und sie beweist bis zu ihrem Tode, dass sie in der Lage ist, die Regie über ihr Leben tatkräftig und geschickt zu führen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie in der Geschichte der Frauenemanzipation, dass ausgerechnet Henriette Davidis, die wohl auch ein wenig mit dafür Sorge getragen hat, dass Generationen junger Mädchen in ein rein auf Häuslichkeit eingeschränktes Leben hineinwuchsen, dass also gerade sie bewies, wie auch eine Frau des 19. Jahrhunderts sehr wohl in der Lage war, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Henriette Davidis starb am 3. April 1876 in Dortmund, wo sie die letzten 20 Jahre ihres Lebens gewohnt hatte.

Zum Schluss wollen wir, die wir an Vier-Minuten-Schnellgerichte und die „Heiße Tasse“ gewöhnt sind, uns noch ein Rezept aus dem „Praktischen Kochbuch“ gönnen, das dort unter „Hinweisung auf schnell zu machende Speisen“ firmiert, nämlich den:

„Wildschweinskopf. Man schickt dem Kopf zum Schmied, um ihn mit glühendem Eisen gehörig absengen zu lassen, wäscht ihn rein, schneidet die Haut von Ober- und Unterrüssel los, macht vor der Stirn einen Einschnitt, damit die Schwarte nicht aufplatze, und läßt ihn eine Nacht ganz im Wasser liegen, um ihn von dem durch das Sengen entstandenen Geruch zu befreien. Kann man ihn nicht im Schinkenkessel auf einem Einleger kochen, so thut man wohl, den Kopf in ein reines, altes Tuch zu legen. Die Ohren müssen glatt angelegt und das Tuch zum bequemeren Herausziehen zugebunden werden. Dann legt man denselben in einen Topf, bedeckt ihn mit 2 Theilen Wasser, 1 Theil Essig, gibt Senf dazu, schäumt ihn gut und läßt ihn mit reichlich Zwiebeln, Pfeffer, Nelken, Lorbeerblättern, Salbei, Thymian, Rosmarin 4-5 Stunden langsam kochen, bis er fast weich ist, und in der kochenden Brühe 1 Stunde nachweichen. Dieselbe muß einen recht kräftigen Geschmack haben. Dann putzt man die Ohren, zieht die Zunge ab und läßt den Kopf kalt werden, legt ihn in ein passendes Bunzlauer Geschirr, gießt die kaltgewordene Brühe darauf, in welcher er sich wochenlang frisch erhält. Beim Gebrauch schneidet man die schwarze Haut unten am Halse ein wenig weg, verziert die Schüssel mit gehackter Petersilie, buntgeschnittenen Zitronenscheiben, Rothebeeten, dem Weißen und Gelben von hartgekochten Eiern und in Streifen geschnittenen Gurken, den Kopf mit Grün, und gibt ihm eine Zitrone oder einen Apfel ins Maul. Der Kopf wird mit der Sauce à la diable oder Remoulade zur Tafel gegeben. Was davon übrig bleibt, legt man wieder in die Brühe.“

Der Verfasser ist Vizepräsident des Deutschen Kulturrates und Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover ■

Ein Zeichen aktiver Erinnerung

Gesamtlesung des Tagebuchs von Anne Frank in der Gedenkstätte Bergen-Belsen • Von Habbo Knoch

Am 12. Juni jährte sich zum 80. Mal der Geburtstag von Anne Frank. Aus diesem Anlass haben an ihrem Todesort Bergen-Belsen in unmittelbarer Nähe zu den Massengräbern über 150 Schülerinnen und Schüler, Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens, aus Politik und Verwaltung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten das gesamte Tagebuch von Anne Frank gelesen. Der Zuspruch und die positiven Rückmeldungen waren sehr eindrücklich. Vor Ort zeigte sich dann in den Gesprächen am Rande der Lesung, dass die Bereitschaft, einen Leseabschnitt zu übernehmen, bei vielen an eine persönliche Erfahrung mit dem Tagebuch geknüpft war.

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und die Gedenkstätte Bergen-Belsen wollten mit dieser Veranstaltung in angemessener Weise auf die große Symbolkraft Anne Franks für den Ort des früheren Konzentrationslagers Bergen-Belsen reagieren. Anspruch dieser besonderen Form der Würdigung war, Lesende und Zuhörende in einen unmittelbaren Bezug zu dem originalen Text zu bringen – auf Ansprachen oder eine Vorstellung der Lesenden wurde deshalb verzichtet. Über den Tag entfaltete die Lesung eine wachsende Kraft: Zweieinhalb Lebensjahre verdichteten sich im Zeitraum eines Tages, vom ersten Eintrag Anne Franks am Tag ihres 13. Geburtstags bis zum letzten vom 1. August 1944, drei Tage, bevor die acht Untergetauchten des Hinterhauses in der Amsterdamer Prinsengracht verhaftet wurden.

Das Konzept der Gesamtlesung aller bisher publizierten Tagebucheinträge unter Verzicht auf eine wertende Auswahl entspricht dem Ansatz des im Oktober 2007 eröffneten Dokumentationszentrums in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Dort werden Hunderte von Dokumenten, Exponaten und Lebensgeschichten der Verfolgten in ihrem historischen Kontext sichtbar und zugänglich gemacht. Konzept und Realisierung der Ausstellung setzen sich von illustrativen oder symbolischen Zugangsformen ab, wie sie lange Zeit auch für den Umgang mit Anne Frank und ihrem Tagebuch üblich waren. Die inhaltliche Einbettung des Tagebuchs geschah während der Lesung durch Führungen über das ehemalige Lagergelände und durch Begehungen der Dauerausstellung, die uneingeschränkt parallel zur Lesung genutzt werden konnte.

Die 190 Tagebuchbriefe Anne Franks füllten einen Zeitraum von acht Uhr morgens bis kurz vor Mitternacht. Die Lesung fand in der Auskragung des Dokumentationszentrums statt. Durch die weitflächige Fensterfront des schwebenden Gebäudekopfes blickten die Lesenden auf den historischen Ort des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers. Der durch die Massengräber bestimmte Raum des ehemaligen Lagers wurde in der Nachkriegszeit als parkähnliches Gedenkstättengelände gestaltet.

In einem dieser Massengräber wurden auch Schwestern Anne und Margot Frank begraben. Sie starben im März 1945 an Typhus und Unterernährung. Der genaue Todestag ist nicht mehr ermittelbar. Die Geschwister Frank zählen zu den etwa 10.000 der mehr als 52.000 Ermordeten des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, deren Namen inzwischen wieder bekannt sind. Die Toten sind bis heute auf dem Gelände anonym, sie lassen sich den Massengräbern nicht zuordnen. Die elysische Landschaft der Gedenkstätte Bergen-Belsen verriet lange Jahre nichts über die Anordnungen, Strukturen und Funktionen des Lagers.

Diese Anonymität und Unsichtbarkeit zu überwinden, war ein Ausgangspunkt für die Planung des seit 2000 aus Mitteln von Bund und Land neu entwickelten Dokumentationszentrums und der Neugestaltung der Gedenkstätte. Erstmals konnte in diesem großen Projekt nach allen verfügbaren Dokumenten zur gesamten Geschichte des Lagers Bergen-Belsen als Kriegsgefangenen-, Konzentrations- und Displaced-Persons-Lager recherchiert werden, um diese Quellen als Exponate in den Vordergrund der neuen Ausstellung zu rücken und zu erläutern. Konkretisierung, Detaillierung und Präzisierung des Wissens über den historischen Ort Bergen-Belsen verbinden sich dabei mit dem Bemühen, Berichte und Gegenstände von Ermordeten und Überlebenden an diesen Gedenk- und Lernort zurückzubringen. In einem weiteren, noch nicht abgeschlossenen Projektabschnitt sollen die topographischen Strukturen des ehemaligen Lagergeländes sichtbar gemacht sowie die wenigen Bodendenkmale gesichert werden. Erforderlich ist zudem eine Ausstellung zur Geschichte des Ortes und der Erinnerungskultur an Bergen-Belsen seit 1945.

Die nun mit der neuen Ausstellung in ihrer Komplexität sichtbar gemachte Geschichte des historischen Ortes Bergen-Belsen ist nach 1945 nicht nur durch seine Gestaltung, sondern auch durch Erinnerungsformen überlagert worden. Neben den Bildern der Befreiung, die den Blick auf dieses Lager ebenso öffneten wie verstellten, prägt die enge Verbindung von Anne Frank mit Bergen-Belsen die Wahrnehmung des Ortes, besonders seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, als über die amerikanische Bühnenfassung des Tagebuchs ihre Geschichte auch in der Bundesrepublik bekannt wurde. Im Jahr nach den deutschen Erstaufführungen war sie das meistgespielte Theaterstück an bundesdeutschen Bühnen. Der große Zuspruch war Anlass für den Hamburger NS-Verfolgten Erich Lüth, „Pilgerfahrten“ zur Gedenkstätte Bergen-Belsen zu organisieren. Tausende von Jugendlichen lenkten mit der Aktion „Blumen für Anne Frank“ zwischen 1957 und 1959 die Aufmerksamkeit auf diesen Ort.

Schülerinnen und Schüler des Nassau College Beilen in der Nähe des ehemaligen Durchgangslagers Westerbork in den Niederlanden lasen die ersten Einträge des Tagebuchs. Foto © Jesco Denzel

Was als „Tagebuch“ zu diesem Zeitpunkt vorlag, wich jedoch von Anne Franks ursprünglichen Texten ab. Es gibt zwei Fassungen ihrer Tagebucheinträge: Ihre fortlaufenden Einträge sowie ihre eigene Überarbeitung dieser Texte seit Frühjahr 1944, nachdem am 28. März Gerrit Bolkestein als Minister der niederländischen Exilregierung die Niederländer aufgerufen hatte, private Zeugnisse für die Zeit nach dem Krieg zu sammeln. Otto Frank, Annes Vater, griff auf beide Fassungen zurück, als er 1946 eine erste Publikation des Tagebuchs vorbereitete. Er strich Passagen, um ein homogeneres Bild von Anne, der Familie und der Verfolgungssituation in den Niederlanden zu vermitteln.

Erst auf der Basis einer textkritischen Edition von 1986 konnte fünf Jahre später in der deutschen Übersetzung von Miriam Pressler eine Tagebuchfassung erscheinen, die den originalen Texten von Anne Frank folgt. Aus dieser, später noch ergänzten Fassung wurde in der Gedenkstätte Bergen-Belsen gelesen. Alle Lesenden hatten einen Eintrag zugeteilt bekommen, viele davon waren mit einem Bezug zur lesenden Person ausgesucht worden – ein Eintrag zu den Auseinandersetzungen im Hinterhaus und Annes Schlichtungsversuche für eine Diplomatin etwa oder ein Text über das Lesen von Büchern im Hinterhaus für den Leiter einer Bibliothek. Andere hatten von sich aus Wünsche geäußert. So gab es einen vorberechneten Zeitplan, der gut eingehalten wurde: Alle, die zugesagt hatten, kamen, niemand verpasste den Leseeinsatz. Nach dem Lesen zeichneten alle ihre Stelle im Leseexemplar ab und füllten eine Seite für ein Gästebuch aus, das die Veranstaltung neben der Tonaufnahme dokumentieren wird.

Für die lesenden Schülerinnern und Schüler war der Moment am Pult mit einiger Aufregung verbunden, aber auch viele Erwachsene konnten sich der besonderen Atmosphäre nicht entziehen. Erfahrenen Rednern stockte manches Mal die Stimme, trotz der spürbaren intensiven Vorbereitung der vorab versandten Texte. Die meisten Gäste nahmen sich noch einige Zeit, um im Gespräch und über den Besuch der Ausstellung mehr über die Gedenkstätte und ihre Arbeit zu erfahren. Für die Gedenkstätte konnten auf anregende Art bestehende Kontakte vertieft und neue hergestellt werden.

An den Lesenden lies sich die breite Verankerung der Gedenkstätte und ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe ablesen: Vertreter der umliegenden Kommunen, der Landtagsfraktionen, einzelner Ministerien, von Kirchen und Stiftungen zeugen von der breiten Verflechtung der Gedenkstätte in Niedersachsen; diplomatische Vertreter aus Frankreich, den Niederlanden, Polen, den Vereinigten Staaten und der russischen Föderation dokumentierten die internationale Reichweite der Gedenkstätte; viele Personen aus Kultur, Wissenschaft, Medien und Kunst machten das weite Spektrum von Beziehungen und Bezügen zur Gedenkstättenarbeit deutlich.

Um Mitternacht schloss die Lesung mit Auszügen aus dem Nachwort zum Tagebuch. Anne Franks Hoffnung, Schriftstellerin oder Journalistin zu werden und nach dem Krieg selbst „einen Roman vom Hinterhaus“ herausgeben zu können, endete in Bergen-Belsen. Im Namensverzeichnis der Gedenkstätte sind 121 Personen erfasst, die ebenfalls am 12. Juni geboren worden waren. Die Gesamtlesung des Tagebuchs von Anne Frank, die uns über ihre Reflexionen und Eindrücke im Tagebuch so nah zu sein scheint, sollte auch den Blick auf die Lebensgeschichten der vielen anderen Menschen lenken, die in Bergen-Belsen und an anderen Orten in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, gequält und ermordet wurden.

Der Verfasser ist Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (Celle) und verantwortlicher Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen. ■

Der Verfasser dankt Martina Staats, Mitarbeiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen und verantwortlich für die inhaltliche Organisation der Lesung, für Material zu Anne Frank und kritische Durchsicht des Textes.

Das Ohr des Architekten

Portrait über Peter Androsch, Leiter der Musikabteilung der Kulturhauptstadt Linz 2009 • Von Achim Ost

„Alle Ausbildungen abgebrochen“ steht in Peter Androschs Vita, aber dieser Satz markiert keine gescheiterte Existenz. Vielleicht ist es nur so, dass der Abbruch jeweils an der Stelle erfolgte, wo die Ausbildung in Wiederholung, Ritual und fachinterne Vergründlichung umschlug. Dass Peter Androsch sich mit solchen Dingen nicht lange aufhalten mag, wenn er den Eindruck hat, jetzt genug aufgenommen zu haben, wird jeder bald verstehen, der mit ihm redet. „Beredt“ wäre ein in falsche Richtungen weisender Ausdruck für das, was einem da entgegenschlägt. Androsch ist weniger ein rhetorisches Talent als auf eine von innen her leuchtende Weise überzeugend. Was er zu sagen hat, will er zugleich teilen; er wirkt eher ansteckend als dozierend.

Von Beruf ist Peter Androsch Musiker, in einem umfassenderen Sinne als es traditionelle Sparten-Einteilungen vorsehen. Er ist Gitarrist, Klangbastler und Partiturenschreiber, Improvisator und Komponist, und es ist wohl am ehesten die letztere Berufsbezeichnung, die auf ihn passt. Allerdings ist er nie nur mit Musik beschäftigt, sondern in einem außerordentlich weiträumig gedachten Maße immer auch mit ihren Lebensbedingungen.

Peter Androsch lebt, arbeitet und lehrt in Linz, und man ahnt, dass er sich gerade für sein Metier, die Musik, nicht viel Zeit nehmen kann. Androsch leitet seit drei Jahren die Musik-Abteilung der europäischen Kulturhauptstadt Linz. Er versteht sein Amt so, dass er nicht auswärtige Künstler zu urbanen Events herbei schaffen, sondern mit künstlerischem Horizont etwas Bleibendes für die Stadt produzieren will. Peter Androsch hat in Linz ein weiträumiges Nachdenken in Gang gesetzt über das Hören als menschlichen Sinn, über dessen Wirkung auf Lebensumstände und Lebensgefühl, um das Hören als humanen Orientierungssinn.

Die heute häufigste Umgebung des Menschen ist die Stadt. Sie ist eine menschliche Erfindung, und wie so oft ist die Erfindung selbst in vieler Hinsicht der Entwicklung derer, die mit ihr leben, voraus. Das Hören jedenfalls ist in der modernen Stadt in buchstäblichem wie metaphorischem Sinn unter die Räder gekommen. Denn das zentrale Problem ist, sagt Peter Androsch, dass diejenigen, die Städte und damit auch den akustischen Raum bauen, nichts davon verstehen: Architekten und Stadtplaner sind verhängnisvoll aufs Optische fixiert und tolerieren die akustischen Skandale und Katastrophen, die sie anrichten, weil sie nicht wissen, wie sie es besser machen könnten.

Es käme also darauf an, Wissen zu produzieren und an den richtigen Stellen des gesellschaftlichen Prozesses einzuspeisen. Damit hat der Komponist Peter Androsch begonnen. Er kommt seither kaum noch zum Komponieren, und seine Fähigkeit zu überzeugen und mit Wissen ansteckend zu wirken, hat ein wunderbares Betätigungsfeld gefunden: Die Stadt Linz. Es ist eine alte Industriestadt mit 200.000 Einwohnern, weitere 300.000 Menschen leben im oberösterreichischen Ballungsraum, einer geschäftigen und wohlhabenden Region. Wien liegt, umgeben von Niederösterreich, 200 Kilometer entfernt.

Der geräumige Hauptplatz, wie der rechteckige Platz mit der barocken Fassadeneinfassung und der abschüssigen Grundfläche in der Kernstadt griffig heißt, ist auch eine große urbane Hörbühne. Zur Donau hin haben seinerzeit die Nazis zwei Brückenkopfgebäude errichten lassen, die dem Platz an dieser Seite eine Kessel-Akustik geben. Wenn von Südosten her die Straßenbahn, mit verhallten metallischen Begleitgeräuschen, ihren Auftritt auf dem Platz vorbereitet und aus der Enge der Schmidtorstraße gefahren kommt, verschwindet ihr Eintrittsgeräusch sehr schnell wieder. Die weit zurückliegenden, ungleich hohen barocken Fassaden mit ihren verschiedenen Flächen, Materialien und Winkeln reflektieren wenig, die Straßenbahn behindert nicht einmal die Gespräche in den Straßencafés, während sie zur Platzmitte rollt. Auch die Autos verhalten sich vergleichsweise diskret, es gibt keinen Kampf um akustische Vorherrschaft, sondern eine lebendige Koexistenz von Fahrzeugen, Fußgängern, der Freilichtgastronomie und sogar einer Baustelle: Hier bildet sich die Stadt akustisch ab, ohne durch verstärkende Schall-Reflexionen Terror auszuüben.

Man kann sicher aus älteren Stadtgestaltungen lernen, aber nicht alles, was die Alten gemacht haben, ist besser als das, was heute produziert wird. Was Androsch ablehnt, ist eine normative vorindustrielle Idylle als Modell urbanen Lebens: darüber ist die Geschichte längst und unwiederbringlich hinweg gezogen. Also muss zunächst Wissen über die Gegenwart produziert und so konzentriert werden, dass es sich ausbreiten kann. Das Wissen über den urbanen akustischen Raum ist auf verschiedene Disziplinen – Medizin, Psychologie, Physik, Akustik und andere – verteilt, und an entscheidenden Stellen, nämlich Stadtplanung und Architektur, nicht vorhanden. Eine Institution, die daran etwas ändern soll, ist das Akustikon, das am letzten Juni-Wochenende in der Linzer Pfarrgasse eröffnet wird. Es beinhaltet eine Forschungsstelle, kombiniert mit einer Art Mitmachmuseum und will einerseits Grundtatsachen von Raumakustik populär vermitteln, andererseits neues Wissen herstellen und in die Praxis einspeisen.

Beschallungsfrei einkaufen: Am 3. März 2009 drehte SPAR in Linz die Radios ab. Unser Foto zeigt v.l.n.r.: Jakob Leitner (SPAR-OÖ-Geschäftsführer), Klaudia Voit (Marktleiter-Stellvertreterin vom EUROSPAR Linz-Derfflingerstraße) und Peter Androsch (Konzeption Musik Linz09) © Linz09

Andere Teile des Linzer Hörstadt-Projektes sind weniger aufwändig, aber insofern von großer Bedeutung für die Zukunft des Projekts, als sie mit der Unterstützung gewichtiger Institutionen des öffentlichen Lebens eingerichtet worden sind. Zum Beispiel die Linzer Ruhepole, die dem Bedürfnis des Stadtbewohners nach einfach und unaufwändig zugänglichen Ruheräumen nachkommen. Einer liegt im Gebäude des ehemaligen Centralkinos, das der SPÖ gehört, ein anderer im neugotischen Mariendom. In beiden hat Ruhe eine je spezifische Gestalt: gebrauchsfertig und entgegenkommend im Centralkino, erhaben und andächtig im Dom. In beiden Fällen aber wird die Erfahrung vermittelt, dass ein kostbares Gut ist und besondere Situationen herstellt – selbst in einer vergleichsweise beschaulichen Stadt wie Linz.

Auch Musik gehört zum Hörstadt-Projekt. Nicht nur die wummernden Subwoofer in Auto-Kofferräumen oder anderen privaten Beschallungs-Initiativen, sondern in Gestalt genuin urbaner, altehrwürdiger Instrumentalmusik. In den Kirchen der Stadt finden während des Kulturhauptstadt-Jahres täglich zu bestimmten, öffentlich bekannt gemachten Zeiten viertelstündige Orgelkonzerte statt, und abends um 18 Uhr liefert auf der Stadtpfarrkirche ein Turmbläser auf einer ventillosen Naturtrompete eine messinghaft warme, wie prähistorische Version von Stadtbeschallung.

Eine wichtige Rolle spielt die Kampagne „Beschallungsfrei“, die darauf achten will, dass die private Beschallung der städtischen Lebensräume nicht unbegrenzt fortschreitet. Dahinter steckt keine volkserzieherische Besserwisserei und keine reaktionäre, latent diktatorische Reformpädagogik, aber doch ein politischer Impuls. Der findet sich in der Linzer Charta, einer Art Grundrechtserklärung für den menschlichen Hörsinn, den das Stadtparlament im Januar einstimmig verabschiedet hat. Was die politische Umsetzung anbelangt, setzt die Linzer Charta weniger auf traditionelle parteipolitische Mechanismen als auf die Idee einer volonté générale. Eine Ausstrahlung auf andere Städte zeichnet sich hier und da schon ab. Denn das ist vielleicht der größte Vorteil einer Initiative, die noch ganz am Anfang steht: Es ist ganz leicht sich anzuschließen und eigene Ideen beizutragen.

www.linz09.at, www.hoerstadt.at
Literatur: Hörstadt. Reiseführer durch die Welt des Hörens. Kompiliert und redigiert von Florian Sedmak und Peter Androsch. Christian Brandstätter-Verlag, 12,90 €
www.brandstaetter-verlag.at

Hans-Jürgen Müller – Visionär

Von Olaf Zimmermann

Er hatte keine Lust mehr, Kunst zu verkaufen, als ich ihn 1985 kennenlernte. Das alleine ist schon bemerkenswert, weil ich nie einen begnadeteren Kunstverkäufer kennen gelernt habe, als diesen knorrigen Wahl-Schwaben. Dieser Mann konnte einfach jedem alles verkaufen, wenn er denn dazu Lust hatte. Mir hatte er bei unserem Kennenlernen eine Arbeitsstelle verkauft. Ich sollte Geschäftsführer seiner Galerie in Köln werden, die er gerade verkaufte, weil der potentielle Käufer keine Erfahrung im Kunsthandel hatte. Galerieräume + Künstler + Geschäftsführer war das Angebot, das er dem Käufer machen wollte. Ich willigte ein, auch weil Hans-Jürgen Müller versprach mit in den ersten Monaten meiner neuen Tätigkeit kräftig unter die Arme zu greifen. Und das tat er. Bei ihm habe ich gelernt, meinem subjektiven Qualitätsempfinden für Kunst zu trauen.

Hans-Jürgen Müller hatte ein Auge für neue, gute Kunst. Schon Ende der fünfziger Jahre zeigte er in seiner Stuttgarter Galerie Arbeiten von Cy Twombly, Morris Louis, Willi Baumeister, Dieter Roth und Günter Uecker. Ende der sechziger Jahre kamen in seiner ersten Galerie in Köln dann noch Künstler wie Arnulf Rainer, Robert Filiou, Georg Karl Pfahler und Robin Page hinzu. Mitte der siebziger Jahre erschien sein bekanntestes Buch „Kunst kommt nicht von Können“. Ende der siebziger Jahre konzipierte und organisierte er gemeinsam mit seiner Galeristenkollegen Ursula Schurr und Max Hetzler die berühmt gewordene Ausstellung „Europa ,79 – Kunst der 80-er Jahre“ in Stuttgart mit Werken von Tony Cragg, Enzo Cucchi, Reinhard Mucha, Günther Förg, Francesco Clemente und vielen anderen. 1982 eröffnete er dann wieder eine Galerie in Köln in den Räumer des Entdeckers der „Neuen Wilden“ Paul Mäanz in der Schaafenstraße in Köln. Hier zeigte er Ausstellungen u.a. von Thomas Huber, Jan Knapp, Blalla W. Hallmann, Peter Angermann und Heinz Zolper. Immer war er mit seinem Kunstblick der Zeit voraus, hat Trends gesetzt und Künstlerkarrieren mitentwickelt.

Und dann 1985 der Bruch. Nein, eigentlich war das Schließen seiner Galerie kein Bruch, sondern die konsequente Weiterentwicklung seiner künstlerischen Ideen. Denn letztlich hat sich Hans-Jürgen Müller immer mehr vom Kunsthändler zum Künstler entwickelt. Er war der Ansicht, dass durch Schönheit die Welt verändert werden kann. Offensichtlich war ich etwas begriffsstutzig, als er mir von seinen Plänen erzählte. Er nahm mich an

© Uwe Seyl

die Hand und zerrte mich förmlich in die Tiefgarage unter dem Kölner Dom. Willst Du das hier für Deine Kinder?!? Diese Hässlichkeit, dieser Gestank nach Urin und Abgasen, dieser Krach von quietschenden Reifen und das permanente Hupen. Willst Du das wirklich? Seine drastischen Argumente blieben nicht wirkungslos.

Auch ich habe mich, wie viele andere, gefangen nehmen lassen von seiner Idee, auf Teneriffa ein kleines Stückchen schöne Welt zu bauen. Gemeinsam mit seiner Frau Helga hat sich Hans-Jürgen Müller seinen Traum verwirklicht. Sein Mariposa ist auch nach zwanzig Jahren noch nicht vollständig fertig gestellt. Es ist auch deshalb nicht fertig, da Hans-Jürgen Müller ein Künstler ist, der in seiner Radikalität letztlich nicht kompromissbereit war. Hätte man nicht einfach ein normales Projekt machen können, Gelder beantragen sollen, statt auf Teneriffa, irgendwo in den neuen Bundesländern mit EU- und Bundesförderung beginnen sollen Mariposa zu bauen? Nein, Hans-Jürgen Müller ist zu solch pragmatischem Vorgehen, glücklicherweise, vollständig ungeeignet gewesen.

Am 27. Mai ist Hans-Jürgen Müller mit 73 Jahren gestorben. Bei seiner Beerdigung hat er selbst zum letzten Mal noch einmal alle Register gezogen. Die eindrucksvolle, bewegende Feier selbst der Sarg war diesem ungewöhnlichen Mann würdig.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Der Deutsche Kulturrat hatte in kultur · kompetenz · bildung (Ausgabe 15) im März 2008 ausführlich über das Projekt Mariposa berichtet. Nachzulesen unter: http://www.kulturrat.de/dokumente/kkb/kkb-15.pdf. Das Projekt Mariposa findet man im Internet unter: http://www.mariposa-projekt.de/

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:
· Auswärtige Kulturpolitik,
· Bildung,
· Bürgerschaftliches Engagement,
· Daseinsvorsorge,
· Erinnern und Gedenken,
· Europa,
· Föderalismusreform
· Informationsgesellschaft,
· Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
· Kulturelle Bildung,
· Kulturfinanzierung,
· Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
· Kulturpolitik allgemein,
· Kulturwirtschaft,
· Künstlersozialversicherungsgesetz,
· Medien,
· Soziale Sicherung,
· Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
· Stiftungsrecht,
· Urheberrecht.

Bürgerschaftliches Engagement

Drucksache 16/12584 (07.04.2009)
Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stand der Umsetzung beim entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“

Drucksache 16/12876 (06.05.2009)
Antwort
der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/12584 –
Stand der Umsetzung beim entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“

Bildung

Drucksache 16/12337 (18.03.2009)
Kleine Anfrage
der Fraktion der FDP
Bildungspolitische Weichensetzung durch das Konjunkturpaket II

Drucksache 16/12022 (19.02.2009)
Antwort
der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/11829 –
Bildungspolitische Maßnahmen im Konjunkturpaket II

Drucksache 16/12552 (30.03.2009)
Unterrichtung
durch die Bundesregierung
Dritter Bericht zur Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland

Drucksache 16/11549 (05.01.2009)
Antwort
der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/11349 –
Finanzrelevante Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern beim Bildungsgipfel in Dresden

Drucksache 16/12656 (21.04.2009)
Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)
1. zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/9808 –
Bildungsgipfel nutzen – Bessere Bildung für alle – Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern

2. zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/10586 –
Bildungsgipfel muss Ergebnisgipfel werden – Für ein gerechtes und besseres Bildungswesen

3. zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion der FDP – Drucksache 16/10328 –
Aufbau von privatem Bildungskapital fördern – Grundlage für Bildungsinvestitionen schaffen
4. zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/10587 –
Die finanziellen Grundlagen für den Bildungsaufbruch schaffen

Drucksache 16/12668 (22.04.2009)
Antrag
der Abgeordneten der FDP
Klarheit beim Konjunkturpaket II – Bildungspolitische Handlungsspielräume für Länder und Kommunen einräumen

Drucksache 16/12687 (22.04.2009)
Antrag
der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zukunft schaffen, Bildung stärken – Bildungspolitische Herausforderungen als gesamtstaatliche Aufgabe ernst nehmen

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude — Fotonachweis: Deutscher Bundestag

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 16/12242 (12.03.2009)
Antwort
der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/12049 –
Conservation Science – Forschung und Entwicklung für den Erhalt des kulturellen Erbes

Drucksache 16/12400 (24.03.2009)
Gesetzentwurf
der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
Entwurf eines Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform

Der Deutsche Kulturrat vor neuen Herausforderungen

Der Vorstand des Deutschen Kulturrates legt sein Arbeitsprogramm vor

Kulturpolitik ist keine gesellschaftliche Oase, sondern vielfältig mit Entwicklungen in der Gesellschaft verbunden. Zum einen will sie gestaltend in die Gesellschaft hineinwirken (Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik). Zum anderen werden gesellschaftliche (also soziale, ökonomische, politische und natürlich vor allem kulturelle) Entwicklungen in besonderer Weise für sie relevant. Kulturpolitik hat viele Akteure. Insbesondere spielt die (organisierte) Zivilgesellschaft, die einen hohen Prozentsatz des kulturellen Lebens in Deutschland erfasst, neben dem Staat als Akteur eine wichtige Rolle. Kulturpolitik ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch entschieden Aufgabe gesellschaftlicher Akteure (Kulturpolitik als gesellschaftliche Aufgabe).

Gerade angesichts dramatisch zu nennender Entwicklungen – und hiermit sind nicht nur die ökonomischen Entwicklungen gemeint – werden alle Akteure in den nächsten Jahren auf eine harte Probe gestellt. Denn wir haben es zur Zeit mit einer Umbruchphase zu tun, die bereits jetzt zu einer Neudefinition des Verhältnisses zwischen Staat und Markt in der Wirtschaftspolitik geführt hat. Es gibt – parallel zu diesen ökonomischen Entwicklungen – außerdem im kulturellen Leben selbst gravierende Umbrüche, die alle relevanten kulturpolitischen Handlungsfelder (demographischer Wandel, Medienentwicklung, multi-ethnische Gesellschaft etc.) berühren und verbinden. Eine zentrale Herausforderung ist dabei die unter dem Stichwort „Digitalisierung“ zusammenzufassende Entwicklung, die bei weitem nicht nur die Medienpolitik i.e.S. berührt: Es werden ganz grundsätzlich Fragen des kulturellen Lebens (von rechtlichen Regelungen bis zu Formen des Zusammenlebens) davon erfasst. Alle diese Fragen werden in der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt systematisch erfasst, so dass es sinnvoll ist, die Umsetzung dieser Konvention – quasi als organisierendes Prinzip – in den Mittelpunkt der Tätigkeit zu stellen. Der Vorstand des Deutschen Kulturrates hat daher für seine Tätigkeit Schwerpunktthemen ausgewählt, wobei die satzungsgemäßen Kernaufgaben (Erhaltung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kultur und die darin beschäftigten Menschen) weiterhin im Mittelpunkt stehen.

In besonderer Weise geht es zur Zeit um die Sicherung der kulturellen Infrastruktur.

Allzu leicht und allzu oft spricht man – auch in der Kulturpolitik – von Krisen und Herausforderung. In der Tat erfordert es eine ständige Intervention, wenn die finanziellen und personellen Grundlagen des kulturellen Lebens in Deutschland erhalten oder vielleicht sogar weiterentwickelt werden sollen. Eine Gefahr dieser häufigen Krisenrhetorik besteht allerdings darin, dass bei gefährlichen Krisen und äußerst bedrohlichen Perspektiven die geeigneten Worte fehlen.

Es ist fast sicher, dass es in naher Zukunft zu einer solchen krisenhaften Entwicklung kommen könnte. Denn die derzeitigen Rettungsversuche des Staates, das Bankensystem und darüber hinaus die „Realwirtschaft“ nicht weiter in die (jetzt schon) größte Krise der Nachkriegszeit abrutschen zu lassen, kostet sehr viel Geld, das nicht vorhanden ist. Es werden Konjunkturprogramme finanziert, es werden Bürgschaften in astronomischer Höhe übernommen, deren Finanzierung völlig unklar ist.

Spätestens nach der Bundestagswahl, voraussichtlich bei dem Koalitionsvertrag (gleichgültig, welche Parteien die Regierung stellen) werden wir erfahren, mit welchen drastischen Sparmaßnahmen wir zu rechnen haben. Es steht dabei jetzt schon fest, dass die öffentlichen Kulturausgaben die Begehrlichkeiten auf sich ziehen werden. Dies liegt u.a. daran, dass nur ein sehr kleiner Teil dieser öffentlichen Ausgaben auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens eine stabile gesetzlich Absicherung hat. Gleichzeitig bricht auch die Finanzierungsmöglichkeit privater Kulturförderer, etwa der Stiftungen und Unternehmen, zusammen. Zudem werden bewährte Systeme der sozialen Sicherung von KünstlerInnen (wie die Künstlersozialkasse) bedroht. Dies ist daher die dringlichste Aufgabe des Deutschen Kulturrates und seiner Gremien und damit natürlich auch des Vorstandes: Möglichkeiten zu finden und zu nutzen, massive Eingriffe in die kulturelle Infrastruktur in Deutschland zu verhindern.

Handlungsschwerpunkte

1. Ein wichtiger Schritt wird darin bestehen, die bereits jetzt erkennbaren Ansätze für eine gesetzliche Absicherung von Kultur- (und Bildungs-)ausgaben zu forcieren und in konkrete Handlungsvorschläge an Regierungen und Parlamente umzusetzen. Der Vorstand schlägt vor, eine bereits geplante Arbeitsgruppe in einen formellen Fachausschuss „Gesetzliche Absicherung“ umzuwandeln und hierbei wichtige Akteure einzubinden (kommunale Spitzenverbände, Länder, Bundesebene).
2. Gleichzeitig muss ausgelotet werden, ob bereits vorhandene rechtliche Regelungen ausreichend genutzt werden. Dies betrifft u. a. die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt als neues völkerrechtliches Instrument, das auch Verpflichtungen für die beteiligten Staaten formuliert. Dieses neue Instrument hat bislang noch gar keine Wirkung in der Praxis entfaltet. Der Deutsche Kulturrat steht in der Verantwortung, als die zentrale zivilgesellschaftliche Organisation in der Kulturpolitik auf Bundesebene einen deutlichen Beitrag zur Entwicklung und Implementierung brauchbarer politischer Instrumente zu leisten.
3. Quer zu allen Arbeitsfeldern liegt die eingangs unter dem Label „Digitalisierung“ angesprochene Entwicklung. Diese betrifft sowohl grundsätzliche Fragen des Urheberrechts. Sie betrifft aber auch die unterschiedlichsten Dimensionen des Umgangs der Menschen mit sich, mit anderen und mit kulturellen Traditionen. U. a. sind folgende Fragen relevant: Welche Rolle werden Zeitungen und Bücher in der Zukunft spielen? Wie wird das Internet die Kommunikationskulturen in Zukunft weiter verändern? Welcher Wandel wird in Hinblick auf individuelle Freiheits- und Schutzrechte (was ist „privat“, was ist „öffentlich“?) stattfinden? Der Vorstand wird geeignete Initiativen anregen, die dazu dienen, die Komplexität dieser Entwicklung in ihren Auswirkungen auf die verschiedenen Dimensionen zu erfassen.
4. Die neue kulturpolitische Bedeutung der EU ist spätestens seit der entsprechenden „Mitteilung“ und dem Beschluss der Kulturminister im Jahre 2007 für jeden sichtbar geworden. Der Vorstand muss sich dafür einsetzen, dass der Deutsche Kulturrat in den nunmehr entwickelten Organen im Rahmen der Umsetzung der „Methode der offenen Koordinierung“ seinen Sachverstand einbringen kann.
5. Neben der Gestaltung von Rahmenbedingungen, die im wesentlichen in den Fachausschüssen begleitet und weiterentwickelt wird, darf die inhaltliche Begründung für dies geforderte finanzielle Engagement der öffentlichen Hand und der anderen Akteure nicht vernachlässigt werden. Gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise entsteht bei den Menschen ein erhöhter Bedarf an Orientierungen und Reflexionsmöglichkeit, weil vorhandene Werte und Ordnungsvorstellungen plötzlich zur Disposition stehen. Der Vorstand wird diesen inhaltlichen Aspekt der Tätigkeit des Deutschen Kulturrates – etwa im Bereich der kulturellen Bildung, aber auch in Hinblick auf den kulturellen Wandel in der Gesellschaft – im Blick behalten und entsprechende Argumentationen und Analysen zur Diskussion stellen.

Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates;
Christian Höppner, Vizepräsident des Deutschen Kulturrates;
Georg Ruppelt, Vizepräsident des Deutschen Kulturrates ■

Zeichnung:
Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie ich einmal den Stellenmarkt der „ZEIT“ sehr vor-zeitig einsehen durfte

Manchmal ist es als Journalist schon von Vorteil, embedded zu sein. So wie ich vom Bundesministerium des Inneren. Abgesehen vom kleinen monatlichen Scheck kommt man, wenn es mein Chef Wolfgang für opportun hält, einfach an total exklusive Informationen. Da erhalte ich doch kürzlich – und das ist unser normaler Kommunikationsweg – wieder mal einen Mail-Virus, der automatisch den Acrobat Reader öffnet und mich solide brieft.

„Nachstehende Liste durcharbeiten: Es folgen Stellenanzeigen, die von der künftigen Bundesregierung im ersten Quartal 2010 in der ZEIT geschaltet werden. Es handelt sich um insgesamt zirka einskommazwo Millionen Arbeitsplätze, finanziert aus dem Konjunkturpaket fünf.

Erstens: Gesucht werden siebentausend Internet-Kinderporno-Prüfer. Wir bevorzugen erwiesenermaßen moralisch gefestigte ältere Herren – mit einschlägiger Erfahrung und stabilem Gesichts-Sinn. Medienkompetenz ist von Vorteil, ggf. auch vorherige politische Betätigung in Bundestag oder Landtagen, da eine Ausweitung des Überwachungs-Spektrums auf religiösen oder politischen Extremismus unmittelbar bevorsteht. (Hinweis für Gleichstellungsbeauftragte: In diesem Ausnahmefall nur Herren, weil wir Damen solchen Schmutz natürlich nicht zumuten wollen). Hochgeschwindigkeits-DSL-Anbindung, Büro, Sekretär und Dienstwagen werden gestellt. Bezahlung in Anlehnung an W 3.

Zweitens: Wir bieten hunderttausend Kindern und Jugendlichen im Alter von neun bis 15 Jahren einen angemessen dotierten Einblick in die Berufsrealität. Als Testkäufer von Zigaretten, Alkohol und sonstigen Drogen erhaltet Ihr ein Taschengeld-Budget von tausend Euro monatlich. Dafür meldet Ihr Einkäufe im Wert von achthundert Euro an die zuständigen Instanzen (und liefert bitte die entsprechenden Beweismittel dort unbeschädigt ab). Mit dem Rest des Geldes könnt Ihr machen was Ihr wollt – zum Beispiel gute Bücher kaufen oder für die Dritte Welt spenden. Bewerbungen bitte direkt an das Familien-Ministerium – Kennwort: Zens-Ursula – und die Zustimmungs-Erklärung der Eltern (PDF genügt, Muster unter www.bundesregierung2010 im Netz) nicht vergessen!

Drittens: Super-Chance für ca. zehntausend volljährige Existenz-Gründer(-innen)! Das Bundes-Gesundheitsministerium schreibt die selbstständige Bewirtschaftung von staatlichen Lizenz-Shops für den Verkauf von Wein, Bier, Spirituosen und Tabakwaren aus. Beste Konditionen – da kostengünstige Belieferung direkt durch das Bundes-Beschaffungsamt. Waren-Abgabe nur an Volljährige. Achtung: Einhaltung dieser Vorschrift wird durch jugendliche Testkäufer überwacht.

Viertens: Eine dreiviertel Million „Amtshelfer(-innen)“ erhalten zunächst auf Mini-Job-Basis Existenz-Ergänzung, Existenz-Grundlagenanteil oder Resozialisierungs-Startkapital. Das Aufgabenfeld der „Amtshelfer“ ist ungewöhnlich vielfältig. Gescheiterte Akademiker können sich als Kommunikations- und Kompetenz-Transporteure innerhalb der in dieser Hinsicht bekanntlich defizitären städtischen oder staatlichen Institutionen (Ämter, Arbeitsagenturen, Verwaltungen, Ministerien) bewähren. Sie sollen Bürgernähe aufgrund eigener Erfahrung kompetent und zuverlässig generieren sowie Informations-Defizite zwischen den einzelnen Behörden verringern helfen. Sicherheits-Checker(-innen) sorgen für Ruhe und Ordnung in Wohngebieten, gehen der Polizei zur Hand und falls nötig auch der Bundeswehr bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Land-Watcher-(innen) tragen zur Rentabilität der bundesrepublikanischen Milchwirtschaft bei und helfen schon mal bei der Ernte, sind somit Garanten unserer ernährungswirtschaftlichen Unabhängigkeit. Industrie-Pusher(-innen) springen ein, wenn irgendwo unvernünftig gestreikt wird. Führerschein-Inhaber helfen so auch, den Nahverkehr ggf. aufrecht zu erhalten. Auch die Kontinuität des KiTa-Betriebes wird auf diese Weise garantiert.

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos“ Foto: C. Oswald

Fünftens: Der Staatsminister für Kultur und Medien sucht hunderttausend Kulturschaffende. Die derzeit in diesen Bereichen Tätigen haben ihre Unfähigkeit, Deutschland als Kulturnation angemessen zu repräsentieren, hinlänglich unter Beweis gestellt. Sie werden deshalb entlassen. Sektiererische ästhetische Irrwege, mangelnde öffentliche Präsenz, andauernde Staatsverdrossenheit und unverschämtes Anspruchsdenken machen diesen Schnitt notwendig. (Nach einer gewissen Bewährungszeit bieten sich bei den unter Drittens und Viertens offerierten Stellenangeboten auch für diesen Kreis großzügigerweise gewisse Bewerbungschancen.) Die neuen Kulturschaffenden brauchen keine besonderen Qualifikationen mitzubringen – nur den unerschütterlichen Glauben an ihre gern auch begrenzte Kreativität und die Überzeugung, dass die Bundesrepublik ein ausgezeichneter Platz ist. Differenzierte Casting-Shows starten unter der Leitung von Harald Schmidt, Günther Jauch und Thomas Gottschalk demnächst in allen öffentlich-rechtlichen Programmen.“

Soweit das Briefing aus dem BMI, das sogar mich als abgebrühten „Embeddisten“ im Hinblick auf Zeitpunkt und Detail-Reichtum zunächst verblüffte. Dann aber fiel mir wie Schuppen von den Augen: Das ist typisches virales Marketing in Schäubleschem Geist: Die Handlungsfähigkeit der künftigen Regierungspartei rechtzeitig demonstrieren, den Bürgern elementare Ängste nehmen, die Wirtschaft auch auf mittlere Sicht ankurbeln – und für innere Sicherheit sorgen: genial. Und das Ganze wird in einem Medium gestartet, von dem man ganz anderes erwartet: Wolfgang for Präsident, ja, wir können's!

Theo Geißler ■

Impressum

politik kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Kristin Bäßler, Stefanie Ernst, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Marius Digel

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

ISSN 1867-5557

inter|kultur

Juli – August 2009 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 4

Musizieren – Interkulturelle Integration?

Von Elmar Weingarten

Das Tonhalle-Orchester Zürich © Priska Ketterer/Tonhalle-Orchester Zürich

Am 10. März teilte die Kantonspolizei Nidwalten mit: „Ein 27-jähriger Schweizer ohne Migrationshintergrund hat gestanden, den Einbruch in die Kaserne Will in Stans im Oktober 04 begangen zu haben“. In dieser Formulierung „Schweizer ohne Migrationshintergrund“ steckt eine Menge Erklärungsbedürftiges. Zunächst macht sie klar, dass es sich nicht um einen Ausländer oder den Sohn eines Ausländers, oder um einen Schweizer mit mindestens einem ausländischen Elternteil handelt, der diesen Einbruch begangen hat, sondern um einen Schweizer, von dem man das eigentlich nicht erwartet oder erwarten dürfen sollte. Es könnte sogar sein, dass die Kantonspolizei mit ihrer Formulierung „ein Schweizer ohne Migrationshintergrund“ eine gewisse Fürsorglichkeit für sich reklamieren würde, da sie möglicherweise der normalen Reaktion begegnen will, dass es sicher wieder Ausländer waren, die sich widerrechtlich in einer Kaserne zu schaffen machten.

Wie dem auch sei, die gut gemeinte Wortschöpfung Migrationshintergrund hat sich semantisch schnell mit dem aufgeladen, was früher schlicht Ausländer bedeutete. Die allgemein grassierende Xenophobie produziert eine elegante semantische Lösung des Problems, dass als Schweizer oder als Deutsche geborene Kinder von Ausländern im strengen Sinn keine Ausländer mehr sind. Aber mit der Begrifflichkeit „Migrant“ oder wenigstens „Migrationshintergrund“ gelingt es doch, diese als solche wieder einzufangen. Hinzu kommt, dass man bei dem Begriff des Migranten an jene in den letzten Jahrzehnten aus dem Osten Europas oder dem Westen Asiens zugezogenen Neubürger denkt und nicht an die Frankfurter Banker, deren Migrationshintergrund eher in der Schweiz, England oder Amerika zu suchen ist.

Wie sieht das Problem der Migranten und ihres Hintergrunds in einer kulturellen Eliteeinrichtung wie der eines klassischen Orchesters aus? Die großen Orchester in Deutschland haben alle einen ganz erheblichen Ausländeranteil, der mitunter mehr als ein Viertel der Musiker betragen kann. Sie kommen aus allen Kontinenten – nur noch nicht aus Afrika. Beim Tonhalle-Orchester haben mehr als die Hälfte der Musiker einen Migrationshintergrund, doch sind viele im Laufe der Jahre Schweizer geworden. Orchester sind sehr hermetisch organisierte Gebilde. Das Recht zur personellen Selbstergänzung haben sich diese erkämpft. Sie sind im technischen Sinn hoch professionalisierte Systeme, in dem sie die Zugangskriterien und die Verfahren der Selbstrekrutierung selbst bestimmen. Oft bewerben sich Hunderte auf eine Stelle. Die Aussichtsreichsten werden zu Probespielen eingeladen. Jeder muss dem Orchester oder einem gewählten Gremium vorspielen. Oft geschieht dies noch in der ersten Runde hinter einem Vorhang. Früher sollte dies weibliche Kandidaten vor einem frühzeitigen Ausscheiden schützen, heute nützt dies möglicherweise „Migranten“. In mehreren Runden wird dann in einem gnadenlosen Verfahren ein geeignetes neues Orchestermitglied ausgewählt. Es muss die Mehrheit des auswählenden Gremiums haben. Dann erhält der oder die Neue eine Probezeit und am Ende dieser muss in aller Regel mehr als zwei Drittel des entscheidenden Gremiums der endgültigen Einstellung zustimmen.

Das Entscheidende an dieser gnadenlosen Prozedur besteht darin, dass in einem völlig durchsichtigen Einstellungsverfahren allein die instrumentalen Fertigkeiten und die musikalische Potenz eines Kandidaten eine Rolle spielt, nicht die nationale Herkunft, das Geschlecht oder die musikalische Schule aus der er kommt. Ist die große Hürde instrumentaler Fertigkeiten, die für alle Orchestermitglieder eben gleich hoch ist, erst einmal genommen, dann beginnt ein sehr komplizierter Prozess der Integration. Gemeinsames Musizieren im Orchester bedeutet stärker als in vielen anderen Berufen die absolute Notwendigkeit aufeinander zu hören, sich anzupassen und einzupassen in die Klangkultur, immer wieder sich auf einen neuen Nachbarn einzustellen, sich insgesamt der Orchesterdisziplin zu fügen, die in mitteleuropäischen Orchestern besonders strenge Züge annehmen kann. Aber generell gilt, dass Persönlichkeitsunterschiede eine größere Rolle spielen als kulturelle Differenzen. Vielfach bringen die Musiker, vor allem die Streicher, da sie in ihren Herkunftsländern anders ausgebildet sind, erheblich differente Vorstellungen in ein Orchester ein und es hängt dann von den neuen Kollegen ab, ob diese künstlerischen Vorstellungen fruchtbar aufgenommen werden oder ob der zweifellos harte Integrationsprozess zur Aufgabe dieser eigenen Vorstellungen führt. Ganz zweifellos werden die ausländischen Musiker als Künstler von ihren Kollegen wahrgenommen. Sie sind im Regelfall von der Beherrschung ihres Instrumentes her gesehen genau so gut wie sie. Kulturelle Differenzen machen sich eher im allgemeinen Verhalten bemerkbar, wie man einander begegnet und wie ernst man bestimmte Regelungen nimmt. Aber in einem anachronistischen System wie dem eines Orchesters, wo vorne einer steht, der Dirigent, und mit dem Arm nach unten schlägt und alle fangen an zu arbeiten, ist der Anpassungsdruck erwartungsgemäß und unvermeidlich besonders hoch. Man muss sich das klar machen: es gibt wohl wenige Arbeitsplätze, wo man hier und jetzt und alle zur gleichen Zeit, sorgsam aufeinander hörend, dem Taktschläger folgend sein Bestes geben muss. Und dieses Beste besteht zunächst einmal nur darin, die Noten korrekt und wenn möglich auch hier und jetzt beseelt zu spielen.

Aber dieser Anpassungsdruck richtet sich beim Musizieren wie auch bei den nicht unwichtigen Vorbereitungs- und Nachbereitungsaktivitäten auf jedes neue Orchestermitglied, ganz gleich, ob es mit einem Migrationshintergrund ausgestattet ist oder nicht. Viel entscheidender und oft schwieriger ist die individuelle charakterliche und intellektuelle Ausstattung für den Prozess der Integration in ein Orchester. Es ist für Außenstehende immer wieder überraschend, dass phantastische Musiker, die ihr Instrument blendend beherrschen und aufregend Musik machen, in ihrem intellektuellen Vermögen und in ihrem Charakter so unterschiedlich sein können. Auch diese Momente spielen sicherlich eine Rolle, oft noch eine wesentlich bedeutendere Rolle als die Kultur unterschiedlicher Herkunftsländer.

Kein Zweifel: in den letzten Jahrzehnten sind die Orchester kulturell bunter geworden und man hört von den „Japanern im Orchester“ oder den „Russen im Orchester“ und suggeriert damit Inkompatibles. Doch früher sprach man mit ähnlichen Untertönen in Berlin von den „Bayern im Orchester“. Wichtig ist nur, was dies beim gemeinsamen Musizieren auf der Bühne bedeutet. Dort findet der Prozess der vielleicht sogar interkulturellen Integration statt, der nur dann gelingt, wenn die Musik das Wichtigste bleibt.

Ziel eines jeden großen Orchesters ist es, als Orchester eine unverwechselbare Identität zu entwickeln. Das hat zur Folge, dass die verschiedenen kulturellen Hintergründe wesentlich unwichtiger werden als die Kultur eines Orchesters. Diese unterschiedlichen Hintergründe sind vorhanden, sie werden mitunter auch als Bereicherung empfunden, sie müssen aber auch in den Dienst der Sache gestellt werden und diese wird bestimmt durch die Grundidee, dass das Ganze immer mehr als die Summe seiner Teile ist und wenn dies realisiert wird, also ein Orchester mehr ist als die Addition einzelner gut gespielter Stimmen, nur dann kommen große, das Publikum faszinierende Hörerlebnisse zustande.

DER VERFASSER IST INTENDANT DES TONHALLE-ORCHESTERS ZÜRICH ■

Kunst ist kein Heilmittel für gescheiterte Politik

O-Töne aus dem Film „PerspektivWechsel“ von Nadja Rahal und Johannes Roskamm

Bei den abgedruckten Interviews handelt es sich um Ausschnitte aus dem Film „PerspektivWechsel“ von Nadja Rahal & Johannes Roskamm aus dem Jahr 2008. In dem Interviewfilm nehmen Kulturschaffende und Künstler – die Schauspieler Birol Ünel, Mehdi Moinzadeh, Fang Yu und Ernest Hausmann, die Sängerin Astrid North, der Musiker und Produzent Volkan T, die Kulturmanagerinnen Philippa Ebéné und Shermin Langhoff sowie die Filmemacherin San-Ju Choi – Stellung zu ihrer Arbeit.

Nadja Rahal (Produktion und Regie) ist gebürtige Schwarzwälderin und lebt in München. Sie hat die Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München absolviert und einen B.A. in Film & Video Produktion am City College in New York erworben. Nach einigen Jahren als Produktionsmanagerin und Koordinatorin von Filmen und Musikvideos in den USA kehrte sie nach Deutschland zurück und arbeitet seitdem als Pressesprecherin, Redakteurin, Herausgeberin und nun auch als Filmemacherin. PerspektivWechsel ist ihr erstes Filmprojekt. Kontakt: buero@nadjarahal.com.
Johannes Roskamm, Freiburger Ethnologe und Mediendesigner, war mit der Kamera dabei. Ihm oblag die Schnitt- und Tontechnik. Kontakt: info@movimientos.net.

DIE REDAKTION ■

Birol Ünel. © PerspektivWechsel

PerspektivWechsel: In den letzten Jahren wird im Zusammenhang mit der migrationspolitischen Diskussion zunehmend davon gesprochen, dass auch die Kultureinrichtungen und die Künste eine wichtige Rolle dabei spielen sollten. Was ist Ihre Meinung dazu? Welchen Eindruck haben Sie vom Stand der Diskussion um Teilhabe von Minoritäten in Deutschland? Sehen Sie in den letzten Jahren neue positive und negative Entwicklungen?
Philippa Ebéné (Künstlerische Leiterin der Werkstatt der Kulturen Berlin): Grundsätzlich ist es schon erfreulich, dass überhaupt einmal über dieses Thema gesprochen wird. Angesichts des Umstandes, dass in der Hauptstadt 25% der Einwohner einen so genannten „Migrationshintergrund“ nachweisen können, sollte man sich Gedanken darüber machen, dass all jene, nämlich ein Viertel der hiesigen Bevölkerung, stärker an der Kulturlandschaft partizipieren sollte. Inwieweit diese Debatte dann auch tatsächlich zu höherer Partizipation führen wird, bleibt abzuwarten.
Birol Ünel (Schauspieler und Schauspielcoach): Auf der Straße ist es spürbar, dass aufgrund der so genannten „Minderheiten“– ich mag das Wort nicht – das kulturelle Leben in der BRD einen ziemlich hohen Qualitätswert bekommen hat.
Shermin Langhoff (Künstlerische Leiterin des Theaters Ballhaus Naunynstraße Berlin)**:** Es stoßen mir natürlich die negativen Entwicklungen auf. Diese Integrationsdebatte wird wie immer ein bisschen kurz gesehen. Und dass sie überhaupt als Integrationsdebatte formuliert wird, ist ja schon an und für sich ein Ding. Wie gesagt, das andere ist vor allem, dass diese Debatte sehr kurz gedacht wird, egal ob in der Politik oder in anderen Kontexten. In so einem Kontext wappnet man sich mit Deutschkursen sowie im Kontext einer kulturellen Bildung gegebenenfalls an Goethe, Schiller und den blauen Cranach und denkt nicht an die Komplexität einer Welt, die uns alle, jeden einzelnen, herausfordert mit all ihrer Diversität. Deswegen braucht es auch die Befähigungen in der kulturellen Bildung, der sinnlichen ästhetischen Wahrnehmung, um mit dieser Komplexität umzugehen.
Mehdi Moinzadeh (Schauspieler und Regisseur)**:** Kunsteinrichtungen oder Kunst haben das Positive an sich, dass sie sich nie für einen Zweck instrumentalisieren lassen. Man kann nicht mit lustigen Kunstprojekten oder Kunstinstitutionen eine gescheiterte Ausländerpolitik oder Einwandererpolitik wettmachen. Wenn man es vorher nicht geschafft hat, dann wird man es jetzt mit großen Ambitionen auch nicht schaffen.
Volkan T. (Musiker und Produzent): Von dieser ganzen Diskussion, die zum Thema Integration geführt wird, fühle ich mich gar nicht angesprochen, weil ich letztendlich hier in Deutschland geboren bin und ich mich als Deutscher identifiziere. Ich will auch so behandelt werden, alles andere ist unrealistisch. Ich sage immer: Ich bin in Tauberbischofsheim geboren, dann nach Frankfurt migriert, und im Kindesalter dann nach Berlin gekommen. So viel ich weiß, liegt das alles in Deutschland. Von daher kann ich deswegen schon kein Migrant sein, weil ich dann von woanders herkommen müsste.
PerspektivWechsel: Welche Rolle kann Kunst und Kultur Ihrer Meinung nach beim Thema „Teilhabe von Minoritäten“ spielen?
Ünel: Na ja, wir sind Erzähler. Nach der alten Shakespeareschen Tradition haben Kunst- und Kulturschaffende diese Aufgabe. Wir haben unsere Andersartigkeit mit unseren Möglichkeiten zu vermitteln.
Sun-ju Choi (Drehbuchautorin und künstlerische Leiterin des „Asian Women´s Film Festivals“)**:** Kunst und Kultur sind immer der erste Schritt zur Sichtbarmachung von Minderheiten. Ich aus meiner Sicht kann durch vielerlei Dingen wie mit Drehbüchern, Filmen dazu beitragen. Die Migranten und Migrantinnen müssen in die Öffentlichkeit und zwar nicht nur in Klischeerollen, die es zur Zeit ganz viel zu sehen gibt, sondern als Migranten, die den Alltag repräsentieren, ihr normales Leben, in ihren normalen Berufen, ja wie jeder andere Mensch hier in Deutschland auch leben.
Astrid North (Sängerin)**:** Natürlich, weil du unheimlich viele Dinge in die Kunst hineinsetzen kannst. Das bedeutet, du kannst deinen Ausdruck, deine Geschichte, deine Herkunft, deine Identität als Künstler ausdrücken und dabei immer Teile deiner Herkunft, Teile deiner Kultur mit hineinnehmen.
Fang Yu (Schauspieler und Filmemacher)**:** Ich denke, dass es ganz wichtig ist, dass die Künstler aus verschiedenen Kulturen mit ihren Beiträgen zur Verständigung zwischen Ausländern und Deutschen beitragen können. Und das tun sie auch. Als ich vor zwanzig Jahren nach Deutschland kam, da kam ich mir als Chinese vor wie vom Mond.
Ernest Hausmann (Schauspieler)**:** Ich finde die Rolle von Kunst und Kultur sollte eine Art von Kommunikation, von Zwischenmenschlichkeit sein – zwischen Menschen, die miteinander über Musik, über Tanz, über Schauspiel kommunizieren. Das ist vielleicht die erste mögliche Art und Weise, wie man sich, gerade wenn man woanders herkommt, darstellen kann.
Langhoff: Ich glaube, dass Kunst und Kultur nicht die riesige Veränderung bewirken kann. Was Kunst und Kultur tun kann, ist, im Gegensatz zur Diplomatie, zur Politik und zur Ökonomie, gegebenenfalls kompromisslos sein. Das heißt, sie kann Fragen stellen, die sich andere nicht trauen zu fragen und Perspektiven einnehmen, die andere nicht einnehmen können. Damit kann sie gegebenenfalls auch in den politischen Raum hineinwirken. Im besten Falle kann sie das, wenn sie auch rezipiert und reflektiert wird und Eingang in den Diskurs findet.
PerspektivWechsel: Genießt die Vielfalt der Kulturen in Deutschland in der Kulturpolitik und öffentlich geförderten Kulturarbeit genug Wertschätzung und Aufmerksamkeit?
Langhoff: Selbstverständlich nicht. Ich kann ein ganz pragmatisches Beispiel aus Berlin geben. Berlin gibt 350 Mio. Euro im Jahr für Kultur aus und 350.000 Euro von diesen Mitteln, also 0,001 Prozent sind für interkulturelle Projektarbeit spezifisch dezidiert. Es geht mir dabei nicht um Ethno-Fonds oder folkloristische Migrationsfonds oder dergleichen. Aber die Realität ist eben die, dass nicht in allen Förderungen eine Berücksichtigung neuer Ästhetiken, neuer Formen, neuer Geschichten, neuer Perspektiven stattfindet, was oft mit Lobbys, Jurys, Zusammensetzungen, Zielen und so weiter zusammenhängt.
Choi: Das ist natürlich immer relativ. Ich bemerke schon ein Upgrade oder mehr Interesse in diese Richtung, aber dass tatsächlich eine gleichberechtigte Teilhabe oder Repräsentation oder Wertschätzung stattfindet, kann ich noch nicht sagen.
Ünel: Wir sind immer noch die Ausnahme. Woran ich versuche zu arbeiten ist, dass die Vielfalt der Kulturen eine Selbstverständlichkeit wird und sie in jeglicher Form von Kultur und Kunst, ob das nun Malerei oder Schauspiel ist, keine Rolle mehr spielt.
Ebéné: Nein keinesfalls. Ich denke nicht, dass Deutschland tatsächlich das migrantische und postmigrantische Potential hebt, das es in der Kulturlandschaft heben könnte. Da gibt es noch einiges zu tun.
Yu: Ja und nein. Einerseits bekomme ich als Schauspieler immer mehr Rollen in Filmen und in Fernsehfilmen. Andererseits spiele ich immer Stereotypen wie Restaurantbesitzer oder Mafiabosse. Mit der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft steigt auch mein Prestige. Ich spiele mittlerweile auch chinesische Geschäftsleute, die eine deutsche Firma aufkaufen wollen. Aber immer noch spiele ich eben nicht einen Einheimischen, ich spiele einen Fremden.
North: Ich denke, die Partizipation der Kulturen ist in jeder Stadt und in jedem Bezirk innerhalb von Berlin und innerhalb von Deutschland sehr unterschiedlich. Berlin als Vorzeigestadt ist für andere deutsche Städte bestimmt großartig, aber im Vergleich zu internationalen Großstädten ist das, was in Berlin stattfindet, ein Minimum an Partizipation.
PerspektivWechsel: Welche Erwartungen haben Sie an eine Kultur- und Gesellschaftspolitik, die die Vielfalt der Kulturen in Deutschland fördern und weiterentwickeln will?
Choi: Meine Erwartungen an Kultur- und Förderinstitutionen sind vielfältig. Das wichtigste wäre, dass tatsächlich ein optimiertes oder ein

Astrid North. © www.mark-bollhorst.de

→ Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Fortsetzung Künstlerinterviews

adäquates Angebot von dieser Seite kommt, so dass sich auch Migrantinnen und Migranten von den Angeboten und Programmen angesprochen fühlen. Oftmals ist es so, dass viele Migrantinnen und Migranten keinen Zugang zu Förderungen haben und überhaupt nicht wissen, wie die ganzen Förderinstitutionen und Programme laufen. Diese Informationen werden gar nicht in die Basis hineingetragen, so dass immer wieder die gleichen Leute an den Förderprogrammen partizipieren. Meistens sind es dann auch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, also Deutsche, die davon profitieren. Ich kann nicht sagen, dass das wirklich zu den Stellen eindringt, die wirklich gemeint sein sollten.

Langhoff: Ausgehend von einem demokratischen Grundgedanken, natürlich keine andere als an das Publikum sowie an die Produktion von Kunst und Kultur. Das heißt auch, dass es gerade dort, wo Geld verteilt wird und wo Entscheidungen getroffen werden, kulturpolitisch eine Repräsentation der Diversität der Gesellschaft stattfinden muss. Das bedeutet, dass migrantische Perspektiven von visiblen Minderheiten und anderen einbezogen sein und entsprechend Teilhabe erfahren müssen.

Ünel: An die Politik habe ich eine Erwartung: Man sollte endlich aufhören, Menschen die jetzt mittlerweile in der dritten Generation, also oftmals seit dreißig, vierzig Jahren in Deutschland leben, mit Auflagen zu maßregeln, wie „alle zwei Jahre gehst du zum Ausländeramt und holst dir eine Aufenthaltserlaubnis ab“.

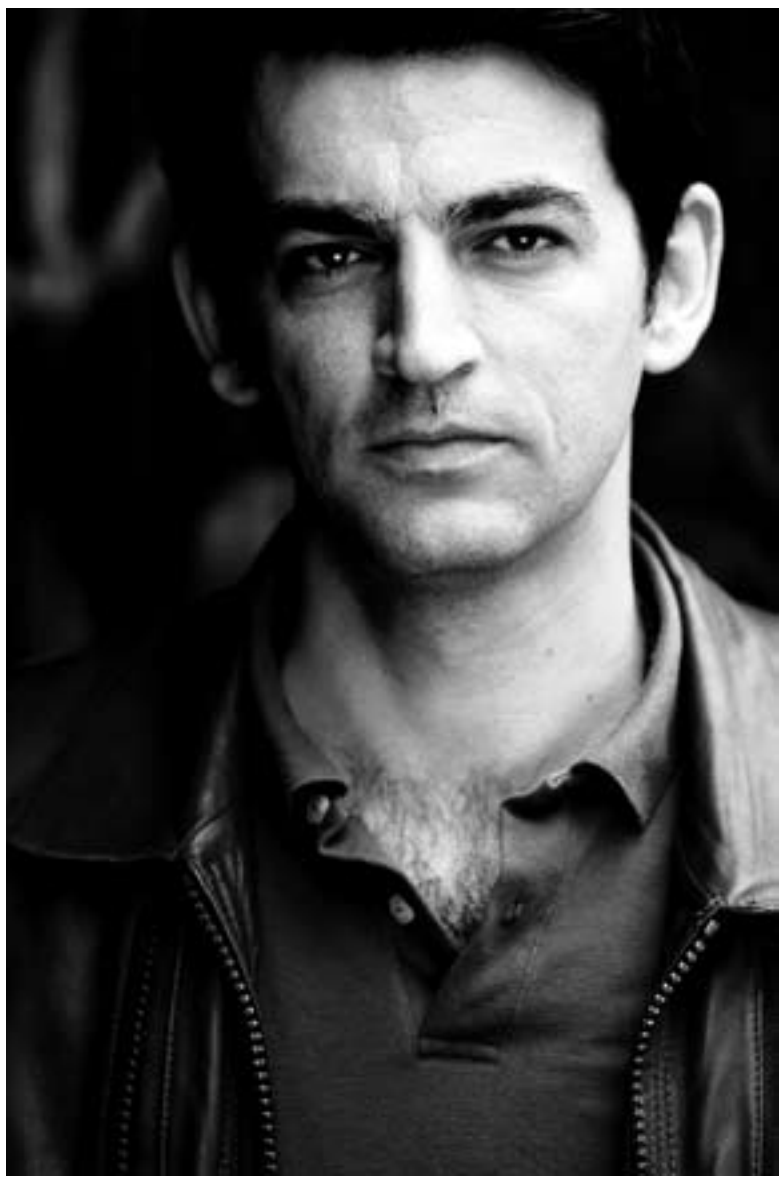
Ebéné: Also zunächst einmal reden wir über Geld. Der Hauptstadtkulturfonds, der vor einigen Jahren in Berlin ins Leben gerufen wurde, hat natürlich dafür gesorgt, dass wir heute eine sehr lebendige freie Szene haben. Wie gesagt, die gibt es einfach deswegen, weil es plötzlich Möglichkeiten für diese freien Gruppen gibt, sich zu entfalten. Man wusste, man darf kreativ sein und um Geld bitten, um sich dann auch künstlerisch zu äußern. Im Augenblick haben wir eine ähnliche Situation eben nicht. Es ist nicht so, dass Künstlerinnen und Künstler mit einem transkulturellen Hintergrund wissen, dass sie ihre Geschichten dabei erzählen dürfen, so wie sie sie erzählen möchten und dürfen dafür an eine Institution herantreten und bekommen Geld dafür. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie Geld bekommen, wenn sie Themen ansprechen, die ein Viertel der Bevölkerung ansprechen und eben nicht all diejenigen, die man für gewöhnlich in der Öffentlichkeit sieht, ist eher gering.

Yu: Ja, die Politik muss mehr Geld ausgeben, so dass die Künstler in der Lage sind, etwas zu produzieren. Ich sehe viele Künstler, deren Projekte einfach mangels finanzieller Mittel scheitern.

Moinzadeh: Dass sie aufhört, Politik damit zu machen.

PerspektivWechsel: Gibt es so etwas wie eine interkulturelle Kulturszene in Deutschland? Was halten Sie von Veranstaltungen, Festivals und Fördermaßnahmen, die explizit eine interkulturelle Kulturszene fördern wollen?

Sun-yu Choi. © Jan Ralske



Medih Moinzadeh. © MAI, Foto: Ute Langkafel

Ünel: Viel. Das ist für mich eine Form von Talentsuche. Es gibt ja viele Bands, die aus verschiedenen Nationalitäten bestehen, die man noch nicht so gut kennt, aber die von sich aus Institutionen geschaffen haben, um Auftrittsmöglichkeiten zu bekommen und um medial zu wirken. Es liegt auch viel in der Hand der Eigeninitiative. Dort tun sich Nischen auf. Mittlerweile gibt es Fördervereine und Fonds. Die Leute wissen also, sich mehr selber zu helfen als noch vor zehn, fünfzehn Jahren.

Ebéné: Grundsätzlich bin ich natürlich dafür, dass diese Arbeiten gefördert werden, da ich nicht weiß, wie sie sich sonst etablieren sollen. Ich wüsste nicht, was es für Alternativen gibt. Wenn jetzt die Frage lautet, ob ich dafür bin, dass sich beispielsweise das Worldmusic-Festival in Berlin etablieren sollte und dafür auch Gelder bereitgestellt werden, weil die postmigrantischen Entwicklungen, die sich in dieser Musikszene zeigen, auch unterstützt werden müssen, dann lautet die Antwort ja. Wenn die Frage eigentlich darauf abzielt, jetzt ein Haus zu bauen, ein Theater, in dem sich all das abspielen soll, was wir eigentlich nicht haben möchten, beziehungsweise was wir nicht für notwendig erachten, dann lautet die Antwort nein.

Langhoff: Eine flächendeckende interkulturelle Kulturszene gibt es bisher sicherlich noch nicht. In Berlin gibt es sie sicherlich. Ich weiß nicht, wie es beispielsweise in Halle oder Leipzig oder dergleichen ist. In einigen Städten, die ich kenne, wie Nürnberg zum Beispiel, ist das partiell der Fall, auch in Köln oder Hamburg. Aber ich denke, dass dies sicher ein Phänomen der größeren Städte ist, da dort tatsächlich sehr viel kulturelles Kapital ist, so dass man es nicht verleugnen, wegsperren oder unsichtbar machen könnte. Insofern ist in dieser Hinsicht sicher viel passiert und es gibt immer mehr Sichtbarkeit in dieser Richtung. Ich glaube, dass es sehr häufig auf der Initiative der Protagonisten beruht und nicht aufgrund größerer Förderung oder Unterstützung. Es ist vor allem Selbstprekarisierung, ehrenamtliches Arbeiten und Netzwerkgeschichten. Insgesamt ist es in der Kunst- und Kulturproduktion nicht so, dass große Margen gelebt werden: dort findet aber noch einmal eine besondere Selbstausbeutung statt, um Interkultur zu schaffen. Insofern würde ich sagen, dass die Situation nicht total rosig ist. Was spezielle Förderungen angeht, würde ich mir wünschen, dass alle Kunst- und Kulturförderungen in diesem Land auch eine spezifische Berücksichtigung der Diversität dieses Landes haben und entsprechend in ihrer Vergabe, in ihrer Rahmenpolitik etc. Intercultural Mainstreaming fahren. Nun ist die Realität aber nicht so, dass so zusagen alle Produktionen und Produzenten aus der migrantischen Kulturszene überhaupt Zugang zu diesen Förderungen erhalten. Insofern glaube ich, dass es noch spezifische Förderungen geben muss, so dass sie der Realität entsprechen, weil die Zugänge noch nicht vorhanden sind. Es bedarf eines besonderen Empowerments, wenn man so will, um dahin zu kommen. Um auf gleicher Augenhöhe Fördergelder zu beantragen, braucht es auch tatsächlich spezielle Förderungen für Interkultur.

Choi : Bislang war es so: Berlin hat eine Förderstelle für interkulturelle Festivals und interkulturelle Ereignisse. Folklore war tatsächlich erwünscht, also performative Sachen wie traditioneller Tanz, traditionelle Musik und alles was wirklich offiziell die jeweiligen Nationen und Staaten repräsentiert. Aber das kann nicht Sache der interkulturellen Vermittlung oder Förderung sein. Es müssen die Leute, die hier vor Ort etwas tun, angesprochen werden. Wenn eine Kultur irgendwo anders hinkommt, beziehungsweise hier lange verweilt, dann verändert sich diese Kultur, aber auch die deutsche Kultur. Es findet eine Durchmischung statt und etwas anderes kommt heraus. Da kann es nicht bei Folklore bleiben. Das wäre Traditionspflege ohne Sinn und Verstand.

Moinzadeh: Die explizit ausgestellten, zur Verfügung gestellten Fördermittel für interkulturelle Geschichten sind wunderbar. Wir brauchen sie, aber man muss aufpassen, dass man damit nicht wieder irgendwelche Ausgrenzungen fabriziert.

PerspektivWechsel: Wenn Sie Kulturdezernent in Ihrer Stadt wären, was würden Sie als erstes zur Förderung der kulturellen Vielfalt in ihrer Stadt tun?

Moinzadeh: Ich würde den Fokus auf musikalische, künstlerische Frühförderung legen.

Hausmann: Als erstes würde ich diesen riesigen weißen Elefant, die subventionierten Staatstheater versuchen aufzubrechen, indem ich sagen würde, dass es viel mehr Wettbewerb geben muss.

Ebéné: Ich würde auf jeden Fall auf Einstellungskorridore beharren und auf Quoten, ganz eindeutig.

Choi: Die Infrastruktur für mediale Vermittlung muss durchdacht und verändert werden. Es reicht nicht, dass irgendein Nischenprogramm für irgendwelche Migrantengruppen läuft, sondern

Philippa Ebéné. © Philippa Ebéné

Fang Yu. Foto: privat

Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Fortsetzung Künstlerinterviews

es muss in die Öffentlichkeit hinein getragen werden.

Langhoff: Ich würde tatsächlich als erstes eine Quote einführen.

PerspektivWechsel: Welche Erfahrungen haben Sie persönlich – als Künstler mit Migrationshintergrund gemacht? War oder ist der Migrationshintergrund aus Ihrer Sicht für Ihre künstlerische Tätigkeit förderlich, hinderlich oder ohne Einfluss?

Yu: Ich denke mit meinem Hintergrund ist es sowohl förderlich als auch hinderlich. Förderlich ist es, dass ich als Exot, als Chinese, der mit einem gewissen Akzent Deutsch sprechen kann, sehr viele Einsätze bekomme, beispielsweise für Synchronsprechen oder Filmproduktionen. Was hinderlich ist, ist die Tatsche, dass ich eben weiterhin als Chinese für bestimmte Typen eingesetzt werde, und nicht, wie in Amerika zum Beispiel, wie ein Afroamerikaner oder Asien-Amerikaner. Dort sind alle in allen Filmen vertreten. Das ist in Deutschland noch lange nicht so.

Ünel: Ein ganz simples, profanes Beispiel: Als ich die Schauspielschule beendet hatte, das war Anfang der 1980er-Jahre, hatte ich aufgrund meines Namens Birol Ünel, das klingt ja ein bisschen ausländisch, immer Rollenangebote. Man hat also gar nicht gefragt, wo kommst du her. Man hat nur gesagt, du bist ein Anderer, ein Fremdartiger. Die haben Texte mit grammatikalischen Fehlern geschrieben, bei denen ich dachte: „Haben die mal etwas von Grammatik gehört?“ Ich hab dann einmal nachgefragt, ob sich da jemand verschrieben hat. Ich hab das wirklich ernst gemeint und gesagt: „Hallo, ich komm von der Schauspielschule. Ich kann dir Shakespeare von hinten nach vorne rezitieren. Ich glaube, ihr habt hier eine Fehlbesetzung, kann das sein?“

North: Für meine künstlerische Tätigkeit ist meine Herkunft sowohl förderlich als auch hinderlich gewesen. Dieser Gedanke, dass, wenn man eine dunklere Hautfarbe hat, auf jeden Fall singen kann, Rhythmus im Blut hat und auf jeden Fall eine bestimmte Art von Musik macht, hatte zur Folge, dass ich gefragt wurde, ob ich bestimmte Dinge machen möchte, die für mich auch förderlich waren, weil ich meine Kreativität zeigen konnte. Gleichzeitig aber war das für eine bestimmte Art von Musik auch ein in-die-Schublade-packen. Zum Beispiel, wenn du so aussiehst, wird geglaubt, dass Du beispielsweise keine Hardrockmusik machen würdest. Das ist sehr hinderlich gewesen.

Volkan T. Foto: Timo Schlosser, DigitaLink

Shermin Langhoff. © MAI, Foto: Ute Langkafel

Moinzadeh: Wenn ich als Schauspieler beim Film arbeite, dann passiert mir meistens am ersten Drehtag, dass der Tonmeister nach der ersten Szene zu mir kommt und mich fragt: „Entschuldigen Sie Herr Moinzadeh, das war ja ganz toll, aber ich glaube sie haben so eine ganz komische Aussprache. Ich weiß nicht, woran das liegt.“ „Ja, ich spreche deutsch.“ Und weiter: „Meinen Sie nicht, dass es vielleicht ein bisschen mit Akzent sein sollte oder nicht so ganz sauber?“ Ich sage: „Ja wieso? Wo steht denn, dass die Figur kein deutsch sprechen kann oder einen Akzent hat?“

Volkan T.: Was mich bei dem Thema aufregt ist, dass man zum Beispiel in der Presse immer als Künstler mit Migrationshintergrund bezeichnet wird. Das will ich eigentlich nicht, da ich denke, dass Kunst nichts mit Migration oder so zu tun hat. Es ist letztendlich so, dass wir alle hier leben, wir können uns über jedes Thema auslassen; auch über Themen, die uns beschäftigen. Das können deutsche Leute auch. Generell finde ich es nicht gut, dass man so auf den Migrationshintergrund reduziert wird, weil es eigentlich nicht die Thematik von einem persönlich ist. Das kann ein Thema in einem Stück sein oder ein kleiner Hinweis. Man darf nie vergessen, dass alle Stücke auch funktionieren würden, wenn sie nur Deutsche spielen würden. Deswegen finde ich es eher negativ, wenn ich als Künstler mit Migrationshintergrund bezeichnet werde. Ich hätte gerne, dass ich einfach ganz normal akzeptiert werde, wie jeder andere auch.

Ernest Hausmann. © Jeanne Degraa

Hausmann: In dem Sinne förderlich, als dass ich für mein Aussehen besetzt werde. Hinderlich oder ärgerlich wird es immer dann, wenn es dieses Klischee sein soll: also der Dealer an der Straße, der afrikanische Student, der sich irgendwie hier in die Gesellschaft rein schleicht. Ich möchte eigentlich, dass wenn ich Rollen angeboten bekomme, ich erst einmal als Schauspieler wahrgenommen werde. Das möchte jeder Schauspieler, das möchte jede Schauspielerin, das möchte jeder Mensch.

PerspektivWechsel: Sind Sie im Austausch mit anderen transkulturellen Künstlern? Gibt es gemeinsame Initiativen, Projekte oder Forderungen an die Politik?

Langhoff: Ja, der Austausch findet statt. Es gibt sehr viele Erfahrungen, die man teilt. Was in den letzten Jahren für mich besonders war, war, dass eine so genannte „Ausweitung der Kampfzone“ stattgefunden hat. Sehr lange habe ich mit diesen deutsch-kurdisch-türkischen Kontexten agiert. Das war nicht nur eigenes Wunschdenken, sondern hat sich auch aus den eigenen Kompetenzen heraus ergeben, aus dem, was man mitgefördert und mitentwickelt hat. Hinsichtlich dessen gibt es tatsächlich eine Ausweitung. Es gibt sowohl zu einer afro-deutschen Szene als auch zu einer koreanisch-deutschen Szene sowie zu anderen Netzwerken Kontakte, Gespräche und Erfahrungsaustausch und hoffentlich demnächst auch gemeinsame Initiativen. Wir alle merken, dass wir ganz ähnliche Erfahrungen machen, wenn auch auf verschiedenen Ebenen, zum Teil auch in verschiedenen Konstellationen. Ich habe das Gefühl, dass sich da etwas zusammenbraut und ich würde gerne weiter daran mitbrauen.

Ebéné: Ich lebe in Berlin und wie schon gesagt, in Berlin haben wir 25% Menschen mit irgendeiner Form von migrantischem Hintergrund, was immer das auch heißen mag. Die Definitionen unterscheiden sich da ja. Selbstverständlich kenne ich einen Haufen Künstler und einen Haufen kulturpolitisch aktiver Menschen, die nicht alle zwei weiße deutsche Elternteile haben.

Choi: Ja, es gibt sogar eine sehr starke Vernetzung. In der koreanischen Community haben wir jetzt einen Verein gegründet, der sich „Koreantation e.V.“ nennt. Wir machen Konferenzen, Ausstellungen und auch einen Dokumentarfilm. Zum einen natürlich über die deutsch-koreanische Migrationsgeschichte vor dem Hintergrund des kalten Krieges, also nicht nur Westdeutschland und Südkorea, sondern auch die DDR und Nordkorea. In diesem Zusammenhang arbeiten wir auch stark mit der vietnamesischen und mit der chinesischen Community zusammen, obwohl diese Migrationsgeschichte in der Form dort nicht vorhanden ist. Und natürlich gibt es auch Interessen zur afro-deutschen Community, indischen und vielen anderen Communities, die sich politisch situieren, verorten und aus diesem Raum sprechen wollen.

Volkan T.: Ja natürlich. Wir haben jetzt ein Projekt, die Band „Asian Orange“, das international aus Migranten besteht und welches das Konzept der Band ist. Wir setzen uns auch international damit auseinander, weil die Probleme ja nicht nur in Deutschland existieren, sondern ein europaweites, ein weltweites Problem darstellt. ■

Impressum
interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung